943.08
K833s
1920

Spartakus-briefe

(Neudruck)

Berlin 1920
Herausgeber: Kommunistische Partei Deutschlands (Spartakusbund)
Preis 2,50 Mark
100 Prozent
Tendenzschrift

Kommunistische Partei Deutschlands

Spartakusbriefe

Herausgegeben von der
Kommunistischen Partei Deutschlands
(Spartakusbund)

(Neudruck) – Preis 2,50 Mark

Vorwort.

Die Opposition gegen die Haltung der sozialdemokratischen Partei, wie sie in der Bewilligung der Kriegskredite am 4. August 1914 ihren ersten Ausdruck fand, entstand sofort in den ersten Augusttagen aus den Reihen des linken Flügels der alten Partei. Um Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Franz Mehring, Klara Zetkin sammelte sich das erste Häuflein von Kämpfern, denen allerdings jede legale Propaganda, und sei es auch nur ein Organ zur Selbstverständigung, durch die Handhabung des Belagerungszustandes sehr bald völlig unmöglich gemacht wurde. Dieser Druck ist einer der Gründe dafür, daß zunächst die „Opposition" aller Schattierungen gemeinsam in organisatorischer Verbindung arbeitete, was in dem bekannten Protestbrief der Funktionäre an den Parteivorstand vom Juni 1915 auch öffentlich in Erscheinung trat. Die scheinbare Einigkeit der Opposition ließ sich auf die Dauer nicht aufrechterhalten. Auf dem ersten Zimmerwalder Kongreß (September 1915) zeigten sich deutlich innerhalb der deutschen Delegation verschiedene politische Auffassungen, und die Debatten über die Haltung der Konferenz-Delegierten in den internen Zusammenkünften der Groß-Berliner Opposition führten sehr rasch zu organisatorischer Trennung der Anhänger der „Arbeitsgemeinschaft" (um Ledebour) und der „Gruppe Internationale" (um Liebknecht). Bis zum Herbst 1915 hatte „die" Opposition das (ursprüngliche Nieder-Barnimer) „Informationsmaterial" herausgegeben. Als nun die „Gruppe Internationale" am Neujahrstage 1916 ihre erste selbständige Reichskonferenz in den Räumen des Genossen Karl Liebknecht abhielt und auf dieser Konferenz die von der Genossin Rosa Luxemburg verfaßten (als Anhang der Junius-Broschüre abgedruckten) Leitsätze als Basis für die weitere Tätigkeit der Gruppe annahm, wurde die Herausgabe eines eigenen Mitteilungsblattes notwendig. Der formelle Beschluß erfolgte an einem Sonntag Vormittag im Januar 1916 in einer Sitzung der Zentrale, an der u. a. Karl Liebknecht und Franz Mehring teilnahmen. Liebknecht übernahm die Abfassung der ersten Beiträge. Zur äußeren Kennzeichnung der selbstverständlich illegal erscheinenden Mitteilungen wurde das Pseudonym „Spartakus" als Unterschrift vorgeschlagen. Gleich die erste Nummer erregte in der Oeffentlichkeit ein solches Aufsehen, daß sich seither die Bezeichnung „Spartakusgruppe" statt „Gruppe Internationale" (benannt nach der von Luxemburg und Mehring herausgegebenen Zeitschrift, Mai 1915) einbürgerte.

Die wachsende Rührigkeit der Gruppe, die neben den Spartakusbriefen zahlreiche Flugschriften herausgab und wiederholt Demonstrationen gegen den Krieg veranstaltete, verursachte Denunziationen der rechtssozialistischen Presse und behördliches Eingreifen. Karl Liebknecht wurde am 1. Mai 1916 bei der Demonstration auf dem Potsdamer Platz verhaftet, um ins Zucht-

943.05
K833s
1920

haus verbannt zu werden. Rosa Luxemburg, die erst im Februar 1916 eine einjährige Gefängnisstrafe verbüßt hatte, wurde Anfang Juli 1916 in Schutzhaft genommen, woraus sie ebenso wie Liebknecht erst die November-Revolution befreite. Franz Mehring und Ernst Meyer wanderten Anfang August 1916 gleichfalls in Schutzhaft. Alle andern bekannteren Mitglieder der Spartakusgruppe saßen im Gefängnis oder im Schützengraben. Da sprang Genosse Leo Jogiches (Tyßka) in die Bresche. Schon vorher hatte Jogiches, in engster Verbindung mit der Genossin Luxemburg, der Gruppe wesentliche Hilfe geleistet. Jetzt widmete er seine ganze Zeit, seine volle Kraft und seine außerordentlichen Fähigkeiten der revolutionären Bewegung. Unter den verschiedensten Pseudonymen, die ihn die eifrig nach ihm forschende Polizei anzunehmen zwang, knüpfte Jogiches damals die wieder durch zahlreiche Verhaftungen gelockerten organisatorischen Fäden innerhalb der Spartakusgruppe. Eine seiner ersten Arbeiten war die Fortsetzung und der Ausbau der Spartakusbriefe. Der „Spartakus", der so lange in einigen Hundert Exemplaren in Schreibmaschinenschrift vervielfältigt worden war, erschien jetzt gedruckt in hohen Auflagen. Unter den erschwerendsten Umständen wußte Jogiches, der auch hier sein außergewöhnliches Talent als Organisator und Redakteur bewies, die Zeitschrift zum besten politischen Organ während der Kriegszeit auszugestalten und den Vertrieb trotz aller Nachstellungen der Behörden auszudehnen. Der „Spartakus" wurde der geistige Mittelpunkt, sein Vertrieb der organisatorische Mantel für die linksstehende Opposition. Ein kleiner Teil dieser Opposition, die sogenannten „Linksradikalen" in Bremen und Hamburg, hatten daneben ihr eigenes legales Organ, die Bremer „Arbeiterpolitik".

Genosse Leo Jogiches hatte die redaktionelle und technische Zusammenstellung bis zu seiner Verhaftung im Frühjahr 1918 in Händen, d. h. der Nummern 1 bis 8 und eines Sonderheftes mit Dokumenten über die russische Revolution. Die Mehrzahl der Beiträge stammt aus der Feder der Genossin Luxemburg, deren eifrige Mitarbeit auch die Gefängnismauern nicht hindern konnten. Die übrigen Artikel und Notizen haben zu Verfassern: Franz Mehring, Karl Liebknecht, Paul Levi, J. Karski und Ernst Meyer. Nach der November-Revolution erübrigte sich die Fortsetzung der „Spartakus"-Zeitschrift durch die Herausgabe der „Roten Fahne" und der „Internationale".

Der Inhalt des „Spartakus" ist ein Beweis dafür, daß der Spartakusbund, die jetzige Kommunistische Partei Deutschlands, vom ersten Tage an zielklar die deutsche Revolution als einzigen Ausweg aus dem Kriege erstrebt und herbeizuführen gesucht hat. Ob die deutschen Heere im Osten und Westen auf dem Rückzug oder im Vormarsch waren, ob die militärische Lage Deutschlands glänzend erschien oder nicht — der „Spartakus" verfolgte das eine Ziel: den Imperialismus niederzuwerfen um das Proletariat zum Sieger zu machen. Während die „Unabhängigen" und ihre Vorläufer, die „Arbeitsgemeinschaft" von einer Illusion zur andern taumelten, der Einigkeit im Rahmen der alten Parteiorganisation nachjagten, von den kapitalistischen Regierungen einen „Verständigungs"-Frieden erbettel-

ten, auf Wilsons Völkerbund schwuren und den Bolschewiki weise Lehren über Revolution und Sozialisierung erteilten, wies „Spartakus" immer wieder auf die einzige Lösung aller Schwierigkeiten hin: die revolutionäre Aktion des deutschen Proletariats. Noch heute, da die Revolution erst begonnen hat, ist daher jeder Satz des „Spartakus" aktuell.

Der „Spartakus" widerlegt auch die blöden Vorwürfe, die deutschen Kommunisten seien unselbständige Nachäffer des russischen Vorbilds. Zu dem Rätesystem und der Diktatur des Proletariats hat sich der „Spartakus" allerdings schon im Frühjahr 1917 bekannt. Aber wenn er auch selbstverständlich diese Kernstücke jeder proletarischen Revolution enthält, verzichtet er doch nicht auf die Kritik der bolschewistischen Politik, da die Politik einer sozialistischen Partei nicht besondere Angelegenheit dieser Partei allein, sondern Sache des gesamten Proletariats aller Länder ist. Nur bleibt es nie ein Besserwissen, sondern jedes Wort der Kritik wird auch hier zum erschütternden Appell an den Aktionswillen des deutschen Proletariats.

Im vorliegenden Heft sind die gedruckten Nummern des „Spartakus" zusammengestellt. Der Abdruck der vorher erschienenen Briefe in Schreibmaschinenschrift ist zurzeit nicht möglich, da das Archiv der Zentralstelle ein Opfer der wiederholten Zerstörungen unseres Büros durch Noske-Garden geworden ist.

Mögen die alten Nummern in neuer Auflage, die dem Andenken unserer ermordeten Freunde Liebknecht Luxemburg und Jogiches gewidmet sind, unserer Bewegung neue Anhänger werben!

Der Rhodus.

Ein scharfer Wind bläst durch die Lande. Die Militärdiktatur schlägt um sich, wie von der Tarantel gestochen. Haussuchungen, Verhaftungen, politische Prozesse stehen auf der Tagesordnung in Berlin, in Stuttgart, in Leipzig, in Hamburg, in Bremen . . . Alle Führer der Opposition, alle diejenigen, die den Grundsätzen des internationalen Sozialismus treu für die Beendigung des verbrecherischen Völkermordens nach Kräften wirken, werden hinter eiserne Gitter oder – in das glorreiche Heer der „Vaterlandsverteidiger" gesteckt. Gefängnisse füllen sich. Staatsanwälte arbeiten im Schweiß des Angesichts Anklagen auf Landesverrat aus, Spitzel wimmeln in den Straßen und in öffentlichen Lokalen, der sozialdemokratische Parteivorstand gibt gegen „anonyme" Hetzer Flugblätter heraus, die auf Bahnhöfen und Plätzen mit Hilfe der Polizisten verbreitet werden . . . . So verröchelt der famose „Burgfrieden" in Deutschland. Die Komödie ist ausgespielt, die Masken sind gefallen und die Gemütlichkeit hat aufgehört. Geboren aus der Infamie des Verrats der sozialdemokratischen Führer an den proletarischen Massen und der proletarischen Massen an den eigenen Klassenaufgaben, endet der „Burgfrieden" in der Infamie eines offenen Kreuzzugs der sozialdemokratischen Führer Arm in Arm mit der Militärdiktatur gegen die Massen, die sich auf ihre Interessen und Aufgaben besinnen, die gegen Hunger, Massenmord und das Halseisen des Belagerungszustandes zu rebellieren beginnen.

Und wie „außerhalb der Mauern" der Partei, so innerhalb derselben. Der Parteiorganismus ist in völliger Auflösung begriffen. Die Beule der Anarchie, die im Kreise Teltow-Beeskow aufgebrochen ist, zeigt wie im Spiegel die Zukunft der Partei im Ganzen und die Schicksale des künftigen Parteitags, auf den die Opposition der „goldenen Mitte" ihre ganze Hoffnung zu setzen pflegt. Das Treiben der Groger und Thurow im Auftrage der Scheidemann-Ebert, sowie jenes Flugblatt dieses sogenannten „Parteivorstands" gegen „anonyme Flugblätter" offenbaren mit aller Deutlichkeit, worauf der Plan der „Durchhalter" geht. Sie haben den verzweifelten Mut von Renegaten, die alle Brücken zwischen sich und einer ehrenhaften Vergangenheit verbrannt haben. Sie haben, als freiwillige Stützen der imperialistischen Regierung beschlossen: *entweder* den Kurs des 4. August zur *dauernden* Politik der Sozialdemokratie zu machen, die deutsche Arbeiterschaft von der sozialistischen Internationale abzulösen und sie an den Wagen der deutschen Bourgeoisie anzukoppeln, *oder* – von der Partei nicht einen Stein auf dem andern übrig zu lassen. Und dieser Plan wird systematisch, zäh und skrupellos ins Werk gesetzt.

Während die Säbeldiktatur jede Regung der Opposition im Lande gegen den Völkermord mit Gefängnis, Zuchthaus oder militärischer Einziehung bestraft, sucht der Parteivorstand jede Opposition in der Partei gegen seine Diktatur in der Anarchie zu ersticken. Die gelbe Gegengründung der Groger und Thurow ist eine typische Kundgebung dieser Politik und nach den Schicksalen der Kreisgeneralversammlung in Teltow-Beeskow kann man sich an den Fingern abzählen, was erfolgte, wenn der künftige Parteitag in seiner Mehrheit nicht aus gehorsamen Mameluken des Parteivorstandes bestehen wird, oder wenn er, nach zunehmender Opposition im Lande, eine unbotmäßige Mehrheit auch nur aufzuweisen verspricht. Rund 200 gehorsame Schachfiguren genügten dem Parteivorstand, um in dem größten Kreise Deutschlands gegen die gesamte, Zehntausende zählende Masse der Parteimitglieder eine Scheinorganisation zu gründen und sich auf diesen Schein stützend, das ganz reale Eigentum jener Zehntausende von Proletariern – die gesamte Kreiskasse in den eigenen Fingern zu behalten. Ein in aller Form abgesetzter Kreisvorstand aus sieben Männeken genügte, um sich zu einer „Kreisorganisation" auszuwachsen. Bei niederen Organismen wachsen bekanntlich wichtige Glieder, wenn sie dem Tier durch einen Unfall verloren gegangen sind, ohne Schwierigkeit wieder nach. Manche Reptile ergänzen, wenn man ihnen den Schwanz abreißt, binnen kurzem das verlorene Körperstück von selbst. In der deutschen Sozialdemokratie geschehen größere Wunder: hier „ergänzt" ein abgehackter Schwanz den ganzen Organismus, ein abgestreifter Kreisvorstand legt sich eine ganze neue „Kreisorganisation" zu! . . . Der Casus wäre zum Lachen, wenn die bloße Möglichkeit einer solchen frechen Spiegelfechterei nicht immerhin ein bezeichnendes Symptom der tiefen Korruption aller demokratischen Begriffe wäre, die sich im vergangenen Leben der Partei im Laufe der Zeit eingefressen hat, und wenn sie nicht ein noch bezeichnenderes Symptom für die künftigen Wirren wäre, die uns bei der Abrechnung mit den Scheidemann und Konsorten erwarten.

Genau so wie jetzt im Kreise Teltow wird es der Partei im ganzen ergehen, sobald sie den Versuch machen wird, ihre unverfälschte Meinung gegen den Kurs des 4. August zum Ausdruck und zur Geltung zu bringen. Wie die preußischen Nutznießer des Dreiklassenwahlrechts ihre Machtposition im Landtag skrupellos ausnutzen, um jede Reform eben dieses Wahlrechts zu verhindern, so haben die Scheidemann-Ebert und ihre Kreaturen beschlossen, ihre Posten und alle Machtmittel, die sich aus den Posten ergeben, bis zum äußersten auszunutzen, um sie weiter zu behalten und die Partei, falls sie sich dagegen aufbäumt, in der Anarchie der inneren Intrigen, Denunziationen, Spaltungen, Scheingründungen zugrunde gehen zu lassen. Einem Parteitag, der die Politik des 4. August zu desavouieren wagt, wird ein gelber Gegenparteitag aus Kreaturen des P. V. erwachsen, der den Scheidemann-Ebert den Lorbeer winden wird. Der Partei, die es wagen wird, sich im Sinne des internationalen Sozialismus einen neuen Parteivorstand zu geben, wird sofort eine gelbe Gegenpartei erwachsen, die sich die Ebert und Scheidemann „ergänzen" werden. Ebert und Scheidemann sind „unabsetzbar", wie die Groger und Thurow „unabsetzbar" sind. Mit Mitteln des Statuts, der Demokratie, der Mehrheitsbeschlüsse ist ihnen nicht beizu-

kommen, genau so wie die Militärdiktatur, der Völkermord und der organisierte Massenhunger nicht mit Berufungen auf die Verfassungsparagraphen, mit Reichstagsreden und mit Versammlungsresolutionen zu bannen sind. Die Auseinandersetzung mit der Diktatur des Parteivorstandes und seines Anhangs wie die Auseinandersetzung mit der Diktatur des Imperialismus sind keine Rechtsfragen, sie sind Machtfragen, — dies endlich zu begreifen ist die wichtigste und dringendste Erkenntnis, die der sogenannten Opposition in unseren Reihen nottut.

Während die Männer des 4. August, bei aller Beschränktheit ihrer politischen Horizonte und ihrer weiteren Berechnungen, jedenfalls das unmittelbare Ziel, das sie sich gesteckt haben, klar und fest ins Auge fassen und geradenwegs — wenn auch auf krummen Wegen — darauf losgehen, sieht es in weiten Kreisen der Opposition damit noch leider sehr betrübend aus. Unklarheit über die eigentlichen Aufgaben und Schwächlichkeit der Haltung ringen hier vielfach um die Palme.

In der jüngsten Zeit haben die Parteigenossen in einer Reihe von Wahlkreisen zu den sogen. Parteidifferenzen, d. h. zu den Schicksalsfragen des Sozialismus öffentlich Stellung genommen. Und in welcher Form geschah dies z. B. in Kiel, in Nordhausen? In Form von Resolutionen, in denen die Billigung oder die Zustimmung zu der Politik der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft ausgesprochen wird. Dies ist der Ausdruck der Opposition, zu dem nun die Genossen der verschiedenen Wahlkreise von den Mitgliedern und Anhängern der Arbeitsgemeinschaft aufgefordert werden.

Was ist nun aber jene „Politik der Arbeitsgemeinschaft", deren Billigung als Glaubensbekenntnis der Parteimassen und als politisches Erkennungswort gelten soll? Wann und wie ist jene Politik je formuliert, als etwas ganzes zusammengefaßt, begründet, kundgegeben worden?

Wir wollen diesmal keine Einzelheiten in die Erinnerung rufen, aber es ist für jedermann, der die letzte Reichstagssession aufmerksam verfolgt hat, klar — und die betreffenden Genossen aus dem Reichstag werden es sicher selbst ehrlich zugeben, daß es eine „Politik der Arbeitsgemeinschaft" als etwas Geschlossenes, Konsequentes, Durchdachtes und Zielklares, um das sich weite Parteikreise als um eine Achse gruppieren könnten, gar nicht gibt. Vielmehr lief jene Politik bisher auf eine Reihe sicher gut gemeinter, aber mehr oder weniger glücklicher, mehr oder weniger schwankender Tastversuche von Fall zu Fall aus, eine Politik, die noch selbst ganz im Werden, eigentlich in den Anfängen begriffen und innerer Festigung, Klärung und Schärfung dringend bedürftig ist.

Allein mag sie bisher so vortrefflich gewesen sein, wie sie es leider nicht gewesen ist, — wie kann überhaupt die politische Stellung der Massen in der heutigen Situation sich darin erschöpfen, die „Politik der Arbeitsgemeinschaft" zu billigen oder nicht zu billigen? Ist es nicht — man verzeihe uns das harte aber einzig passende Wort — ist es nicht wieder ein Stück jenes parlamentarischen Kretinismus, der den Krebsschaden unseres Parteilebens seit Jahrzehnten bildete, wenn heute nach allem und trotz allem, was wir erlebt haben, die Massen der Genossen glaubten, etwas wesentliches gesagt und geleistet zu haben, indem sie ihre Zustimmung zur

Haltung der Arbeitsgemeinschaft aussprechen? Genau so wie zu Beginn des Krieges der Kadavergehorsam der Millionen Arbeiter die Partei wie eine preußische Soldatenkolonne auf das Geheiß der hundertzehn Mann im Reichstage schweigend kehrtum machen ließ, ebenso nimmt schon die Umkehr der Massen zurück zum Sozialismus die groteske Form der geistlosen Jasagerei zu der Kreditverweigerung im Reichstag an. Die parlamentarische Aktion des Dutzends oder einiger Dutzend Abgeordneter ist also immer das Gegebene, die Politik, die Achse des Lebens, der Nabel der Welt, die Massen sind nur der Chor, die dazu Ja oder — in seltensten Fällen — Nein sagen. Als ob die Schicksale des Krieges und des Friedens heute noch im Parlament entschieden werden könnten! Als ob die Aktion der sozialdemokratischen Parlamentarier heute noch eine andere Bedeutung, einen anderen Zweck hätte, als den Massen klar zu machen, — daß sie nichts vom Reichstag, daß sie alles nur von sich selbst zu erwarten haben, als sie zu diesem selbständigen Handeln durch Wort und Beispiel aufzurütteln und aufzupeitschen! Die Mauern der Säbeldiktatur und der imperialistischen Blutherrschaft werden nicht vor den Posaunenstößen der Reichstagsreden und Abstimmungen fallen und noch weniger vor den schüchternen Versuchen auf der Hirtenflöte einer bescheidenen und tugendhaften Opposition. Nur die rücksichtslose Machtentfaltung der Volksmassen kann dieses Wunder fertig bringen. Und wenn die Kreditbewilligung im Reichstag allerdings zum Springpunkt und zur Losung der gesamten Politik des sozialdemokratischen Verrats wurde, so ist umgekehrt die Ablehnung der Kredite im Reichstag mit nichten das A und O der Rückkehr zur sozialistischen Politik, vielmehr nur ein Detail, ein schwacher Anfang einer Politik, deren ganzer Schwerpunkt außerhalb des Parlaments, in Massenaktionen liegt.

Vom Standpunkt der Anhänger der Scheidemann-Ebert ist die Zustimmung zur Politik der offiziellen Fraktion in der Tat ein genaues, erschöpfendes Glaubensbekenntnis: besteht doch gerade das Wesen dieser Politik darin, die Arbeiterklasse zum bloßen Kanonenfutter, zur folgsamen Hammelherde einer handvoll Parlamentarier zu machen, — wie dies übrigens zum Wesen jeder bürgerlichen Politik gehört. Der Kern der Selbstbestimmung und der Opposition gegen jenen Kurs des 4. August besteht umgekehrt in der Verlegung der politischen Entscheidungen aus den Konventikeln der Parlamentsfraktionen und anderer „Instanzen" in den eigenen zielklaren Willen und die eigene Handlungsfähigkeit der Massen. Wenn deshalb die Scheidung der Geister in der Parteimasse die Form annehmen sollte, daß die einen Wahlkreise der Politik der Scheidemann-David zustimmen, die anderen derjenigen der Haase-Ledebour, so wäre die Opposition im Grunde genommen ein umgekehrter Affenspiegel der Mehrheitspolitik. Das erste Wort einer wirklichen Oppositon muß vielmehr die Erkenntnis und das Bekenntnis sein: nicht im Parlament können die Würfel über Krieg und Frieden, über die Internationale, über den Massenhunger fallen, sondern in den Fabriken, in den Werkstätten, auf der Straße.

Mit der kritiklosen Zustimmung zu der „Politik der Arbeitsgemeinschaft" ist noch gar nichts getan und nicht einmal etwas gesagt, auf die eigene Politik, eigene Aktion der Massen kommt es an. Nicht als

beifallklatschender Chor zu den Handlungen einer Handvoll Parlamentarier, sondern selbst als Handelnde müssen sich die Proletarier auf die politische Bühne wagen.

Immer wieder und immer wieder muß den Genossen gesagt werden: erwartet von nirgends ein Heil als von Euch selbst. Nur wenn Ihr endlich wagt, in kühnen Massenaktionen von steigender Wucht, ohne Gefahren zu fürchten und Opfer zu zählen, eure ganze Macht zu entfalten, nur dann wird es gelingen, die Partei gegen die Ebert-Scheidemann zu retten, den Frieden und die Freiheit aus dem Chaos der imperialistischen Bestialität zu erringen. Hier ist der Rhodus, hier gilt es zu springen.

Rosa Luxemburg.

Liebknecht.

Das Unglaubliche ist also Ereignis geworden: die Regierung hat es gewagt, das Schandurteil gegen Liebknecht noch zu verschärfen und zum Zuchthaus auch noch die Aberkennung der Ehrenrechte, d. h. des Reichstags- und Landtagsmandats hinzuzufügen! Die Rache ist süß, namentlich wenn sie so bequem ist, wenn der Gegner an Händen und Füßen gefesselt und das Duell in die Komödie einer „Gerichtsverhandlung" unter Ausschluß der Oeffentlichkeit verkleidet ist. Denn es ist klar: das furchtbare Urteil ist nicht die „Strafe" allein für Liebknechts Beteiligung an der Maidemonstration, es ist Vergeltung für sein ganzes Auftreten im Reichs- und Landtag, wo er als Einziger vor aller Welt der blutigen Farce des Burgfriedens die Maske vom Gesicht riß, Vergeltung auch für seine Haltung in der Arrestantenzelle und im Gerichtssaal, wo der Gefesselte seinen Schergen trotzte, sie moralisch züchtigte und zum revolutionären Glauben, zum internationalen Sozialismus fest und unerschütterlich stand wie eine Eiche.

Niemals hätten jedoch die Machthaber gewagt, ein solches Schandurteil zu fällen, wären sie nicht seit Ausbruch des Krieges gewöhnt, daß deutsche Sozialdemokraten kuschen. Weil sie die Sozialdemokratie seit zwei Jahren als Schutztruppe und Handlangerin der Regierung betrachten, fielen sie mit schäumender Wut über denjenigen her, der aufrecht blieb.

Denn was tat Liebknecht? Er tat nur, was die Resolutionen der internationalen Kongresse, was das Programm, die Parteitagsbeschlüsse, die Grundsätze, die Traditionen allen Sozialisten zur Pflicht machen. Im Geiste und im Sinne dieser Grundsätze und Resolutionen handelte Liebknecht. Wenn das, was er tat, „Landesverrat" ist, dann haben sich sämtliche deutsche Delegierte auf den Kongressen und Parteitagen, die für jene Resolution stimmten, die gesamte Partei, die sie nachträglich als für sich bindend anerkannte, der Vorbereitung, Anstiftung, Aufforderung zum Landesverrat strafbar gemacht. Und doch wagten die Staatsanwälte nicht im Traume daran zu denken, die Sozialdemokratie wegen ihrer Beschlüsse zu behelligen. Bis zum 4. August 1914 galt es für Freund und Feind als selbstverständlich, daß die Sozialdemokratie mit allen Kräften sich dem Kriege widersetzen, sich seiner Fortsetzung unerbittlich entgegenstemmen werde. Heute wird Liebknecht für die Erfüllung dieser selbstverständlichen Pflicht ins Zuchthaus gesteckt. Wes-

halb? Einzig und allein, weil die offizielle Sozialdemokratie den revolutionären Klassenkampf preisgegeben, weil sie sich aus einer Partei des internationalen proletarischen Klassenkampfes in eine Regierungspartei, in einen Fußschemel der imperialistischen Klassenherrschaft verwandelt hat.

Liebknechts Zuchthausurteil ist also ein Kainszeichen auf der Stirn der offiziellen deutschen Sozialdemokratie, ein Siegel ihres Verrats an den Pflichten des internationalen Sozialismus und den historischen Aufgaben des Proletariats.

Als Opfer des Bankrotts der Sozialdemokratie im Kriege verkörpert Liebknecht in seinem persönlichen Schicksal die Geschicke des deutschen Proletariats als Klasse und nimmt sie mit in seine Zuchthauszelle. Liebknechts „Landesverrat" besteht darin, daß er um den Frieden *kämpfte*. Aber die ganzen weiteren Schicksale des deutschen und des internationalen Sozialismus hängen davon ab, ob das Proletariat verstehen wird, den Frieden zu *erkämpfen* und zu diktieren.

Der Sozialismus hat sich beim Ausbruch des Weltkrieges als Faktor der Geschichte ausgeschaltet. Der Krieg brachte deshalb eine ungeheure Stärkung der kapitalistischen Klassenherrschaft, der politischen und sozialen Reaktion und des Militarismus mit sich. Was *nach* dem Kriege sein wird, welche Zustände und welche Rolle die Arbeiterklasse erwarten, das hängt ganz davon ab, in welcher Weise der Friede zustande kommt. Erfolgt er bloß aus schließlicher allseitiger Erschöpfung der Militärmächte oder gar — was das Schlimmste wäre — durch den militärischen Sieg einer der kämpfenden Parteien, erfolgt er mit einem Wort ohne Zutun des Proletariats, bei völliger Ruhe im Innern des Staates, dann bedeutet ein solcher Friede nur die Besiegelung der weltgeschichtlichen Niederlage des Sozialismus im Kriege. Die radikalsten Parteitags- und Kongreßresolutionen können nachträglich nicht ersetzen, was an Taten und Handlungen zur rechten Stunde gefehlt hat. Dann bleibt der Imperialismus auch nach dem Kriege unumschränkter Herr der Situation und die Sozialdemokratie zählt im Frieden wie im Kriege als Machtfaktor des gesellschaftlichen Lebens nicht mehr mit.

Nach dem Bankrott des 4. August 1914 ist also jetzt die zweite entscheidende Probe für den historischen Beruf der Arbeiterklasse: ob sie verstehen wird, dem Krieg, dessen Ausbruch sie nicht verhindert hat, zu *beenden*, den Frieden nicht aus den Händen der imperialistischen Bourgeoisie als Werk der Kabinettdiplomatie zu empfangen, sondern ihn der Bourgeoisie aufzuzwingen, ihn zu erkämpfen.

Aber um Frieden kämpfen heißt nicht im Reichstag Bethmann-Hollweg zuzureden, daß er die Pflicht habe, in Friedensverhandlungen mit Grey einzutreten. Um Frieden kämpfen heißt nicht, untertänige Bittschriften an die Regierung unterzeichnen. Um Frieden kämpfen heißt auch nicht, in polizeilich genehmigten Versammlungen Beifall klatschen und für Friedensresolutionen Hände hochheben, um am anderen Tage ruhig weiter Munition für den Krieg mit eigenen Händen zu bereiten, das „Durchhalten" zu ermöglichen und mit hungerndem Magen die Miltärdiktatur geduldig zu ertragen.

Um Frieden kämpfen heißt, alle Machtmittel der Arbeiterklasse rücksichtslos gebrauchen, um im Lande wie draußen im Felde die Fortführung des

Völkermordes unmöglich zu machen, heißt wie Liebknecht vor keinem Opfer und keiner Gefahr zurückschrecken, um den Burgfrieden zu sprengen und der Säbeldiktatur in den Arm zu fallen.

Nur wenn ein solcher entschlossener Massenkampf dem Kriege ein Ende macht, kann der Frieden zu einem neuen mächtigen Aufschwung des Sozialismus und zur Wiedergeburt der Internationale als lebendiger Macht führen.

Und nur derselbe entschlossene Massenkampf um den Frieden kann Liebknecht aus seiner Zelle befreien.

Als das englische Volk im siebzehnten Jahrhundert zum Kampf um die politische Freiheit sich erhob, war sein erster Schritt, die Märtyrer der Freiheit zu befreien. Die finsteren Tore des Londoner Towers öffneten sich und das Volk führte mit Jubel seine Vorkämpfer durch die Straßen, ihnen Rosmarin vor die Füße streuend.

In Paris, als die Sturmglocke der großen Revolution läutete, die dem feudalen Mittelalter in Europa ein Ende machte, war die erste Geste der Volksmassen — der Sturm auf die Bastille. Pariser Frauen legten mit eigenen Händen die verhaßte Zwingburg nieder, in der der französische Absolutismus die Freiheitshelden verschmachten ließ.

Und auch in Rußland, als die Volksmasse im Jahre 1905 ihren ersten Triumph über den zarischen Absolutismus und über den Krieg mit Japan feierte, eilte sie sofort vor die Tore der Gefängnisse und unter ihrem gebieterischen Ansturm spieen die Kerker ihre langjährigen Opfer aus.

Auch Liebknecht kann aus seinem Zuchthaus nur durch die Masse des deutschen Proletariats befreit werden, wenn sie ihre Pflicht, ihre Ehre und damit ihre wahre Macht wiedergefunden hat.

Liebknechts Schergen wissen wohl, mit welcher Liebe Hunderttausende im Lande wie im Schützengraben an ihm hängen. Gerade diesen Arbeitern und Soldaten wollte die Militärdiktatur zeigen: „Wir achten eures Schmerzes und eurer Wut nicht, auch können wir euch alles bieten, ihr werdet doch nichts für Liebknechts Befreiung wagen, ihr seid und bleibt Kanonenfutter!" Jetzt ist es an den Proletariern im Arbeitskittel und im Soldatenrock, die Antwort zu geben.

Liebknecht rief, als man ihm im Oberkriegsgericht am 23. Juli das verschärfte Urteil verkündete mit stolz erhobenem Haupte: Und doch wiederhole ich:

Nieder mit dem Krieg!
Nieder mit der Regierung!

Liebknechts Ketten werden fallen, wenn die deutsche Sozialdemokratie das Kainszeichen des Verrats am internationalen Sozialismus vor ihrer Stirne wegwischen wird, wenn Millionen Frauen und Männer im Lande wie im Schützengraben, den Mut finden, ebenso furchtlos wie Liebknecht den Ruf zu erheben:

Nieder mit dem Krieg!
Nieder mit der Regierung!

Rosa Luxemburg.

Das Bekenntnis eines internationalen Sozialdemokraten.

Aus den Akten des Prozesses Liebknecht.*)

Berlin, den 3. Mai 1916.

An das Königliche Kommandanturgericht

Berlin.

In der Untersuchungssache gegen mich bedürfen die Protokolle über meine Aussagen folgender Verdeutlichung:

1. Die deutsche Regierung ist nach ihrem gesellschaftlichen und geschichtlichen Wesen ein Instrument zur Unterdrückung und Ausbeutung der arbeitenden Massen, sie dient im Innern und nach außen den Interessen des Junkertums, des Kapitalismus und des Imperialismus.

Sie ist die rücksichtslose Vertreterin weltpolitischer Ausdehnung, die stärkste Treiberin des Wettrüstens und damit einer der wichtigsten Exponenten bei Herausbildung der Ursachen des jetzigen Krieges.

Sie hat diesen Krieg in Gemeinschaft mit der österreichischen Regierung angezettelt und sich so mit der Hauptverantwortung für seinen unmittelbaren Ausbruch belastet.

Sie hat den Krieg unter Irreführung der Volksmassen und selbst des Reichstags (vgl. u. a. Verschweigung des Ultimatums an Belgien, Aufmachung des deutschen Weißbuches, Ausmerzung der Zarendepesche vom 29. Juli 1914 usw.) in Szene gesetzt und sucht mit verwerflichen Mitteln die Kriegsstimmung im Volke zu erhalten.

Sie führt den Krieg nach Methoden, die selbst von dem bisher üblichen Niveau betrachtet, ungeheuerlich sind (Ueberfall auf Belgien und Luxemburg, Giftgase – inzwischen bei allen Kriegführenden gebräuchlich geworden, vgl. aber die alles überbietenden neuen Zeppelinbomben, die alles Lebende, ob Kombattant oder Nichtkombattant im weiten Umkreise vernichten sollen; U. B.-Handelskrieg, Torpedierung der Lusitania usw., Geisel- und Kontributionssystem, besonders im Anfange in Belgien; planmäßiges Einfangen der ukrainischen, georgischen, ostseeprovinzlichen, polnischen, irischen, mohammedanischen usw. Kriegsgefangenen in den deutschen Gefangenlagern zum landesverräterischen Kriegsdienst und zu landesverräterischer Spionage für die Mittelmächte – Vertrag des Unterstaatssekretärs Zimmermann mit Sir Roger Casement vom Dezember 1914 über Formierung, Ausrüstung und Ausbildung der aus gefangenen britischen Soldaten bestehenden „irischen Bri-

*) Die beiden hier zur Veröffentlichung gelangenden Schriftstücke lagen der Kommission des Reichstags vor, der, wie erinnerlich, im Falle Liebknecht auf den ersten Pfiff des Militärkommandos hin, das „kostbarste Kleinod" des Parlaments, die Immunität seiner Abgeordneten in patriotischem Eifer apportierte und der herrschenden Soldateska zu Füßen legte. Der undurchdringliche Schleier des Geheimnisses, mit dem die Regierung und ihre Zensur die Untersuchung und die Gerichtsverhandlungen im Prozeß Liebknecht umhüllte, wird nunmehr etwas gelüftet.

gade" in den deutschen Gefangenenlagern; Versuche, in Deutschland befindliche Zivilisten feindlicher Staatsangehörigkeit unter Bedrohung mit Zwangsinternierung zum landesverräterischen Kriegsdienst gegen ihr Land zu pressen usw.; „Not kennt kein Gebot!").

Sie hat durch den Belagerungszustand die politische Rechtlosigkeit und wirtschaftliche Ausbeutung der Volksmasse gewaltig gesteigert; sie verweigert alle ernsten politischen und sozialen Reformen, während sie durch Redewendungen über angebliche Gleichachtung aller Parteien, über angebliche Abkehr von politischer und sozialer Ausnahmebehandlung, über angebliche „Neuorientierung" und dgl. diese Volksmasse für ihre imperialistische Kriegspolitik gefügig zu erhalten sucht.

Sie hat in der wirtschaftlichen Versorgung der Bevölkerung während des Krieges aus agrarischen und kapitalistischen Rücksichten gründlich versagt und so einer empörenden Volksauswucherung und Not die Wege geebnet.

Sie hält auch heute noch an ihren Kriegszielen der Eroberung fest und bildet damit das Haupthindernis für sofortige Friedensverhandlungen auf Grundlage des Verzichts auf Annexionen und Vergewaltigung aller Art. Sie erstickt durch die, zudem rechtswidrige Aufrechterhaltung des Belagerungszustandes (Zensur usw.) die öffentliche Kenntnis unbequemer Tatsachen und die sozialistische Kritik ihrer Maßnahmen. Sie enthüllt damit ihr System scheinbarer Gesetzlichkeit und vorgespiegelter Volkstümlichkeit als ein System wirtlicher Gewalt, echter Volksfeindlichkeit und des bösen Gewissens gegenüber den Massen.

Der Ruf „Nieder mit der Regierung" soll diese gesamte Politik der Regierung als verderblich für die Masse der Bevölkerung brandmarken.

Er soll weiter besagen, daß schroffster Kampf, Klassenkampf gegen die Regierung die Pflicht jedes Sozialisten, jedes Vertreters proletarischer Interessen ist.

2. Der jetzige Krieg ist kein Krieg zur Verteidigung nationaler Unversehrtheit oder zur Befreiung unterdrückter Völker oder zur Wohlfahrt der Massen.

Er bedeutet vom Standpunkt des Proletariats nur die äußerste Konzentration und Steigerung der politischen Unterdrückung, der wirtschaftlichen Aussaugung, der militaristischen Abschlachtung von Leib und Leben der Arbeiterklasse zum kapitalistischen und absolutistischen Vorteil.

Darauf gibt es nur eine Antwort der Arbeiterklasse aller Länder: Verschärften Kampf, internationalen Klassenkampf gegen die kapitalistischen Regierungen und die herrschenden Klassen aller Länder, für die Beseitigung jener Unterdrückung und Ausbeutung, für die Beendigung des Krieges durch einen Frieden im sozialistischen Geist. In diesem Klassenkampfe liegt für den Sozialisten, dessen Vaterland die Internationale ist, die Verteidigung alles dessen beschlossen, was er als Sozialist zu verteidigen hat.

Der Ruf „Nieder mit dem Krieg" soll zum Ausdruck bringen, daß ich dem jetzigen Krieg nach seinem geschichtlichen Wesen, nach seinen allgemeinen gesellschaftlichen Ursachen und der besonderen Form seiner Entstehung, nach der Art, wie, und nach den Zielen, für die er geführt wird, in grundsätzlicher Verurteilung und Feindschaft gegenüberstehe; und daß es die Pflicht jedes

Vertreters proletarischer Interessen ist, am internationalen Klassenkampf für seine Beendigung teilzunehmen.

3. Ich bin als Sozialist grundsätzlicher Gegner wie dieses Krieges, so des bestehenden Militärsystems und habe den Kampf gegen den Militarismus stets als eine besonders bedeutsame Aufgabe, als eine Lebensfrage für die Arbeiterklasse aller Länder nach Kräften unterstützt (vgl. meine Schrift: Militarismus und Antimilitarismus 1907, die internationalen Jugendkonferenzen zu Stuttgart 1907 und Kopenhagen 1910). Der Krieg gebietet, den antimilitaristischen Kampf mit verdoppelter Anstrengung zu führen.

4. Der 1. Mai ist seit 1889 der Kundgebung und Propaganda für die großen Grundgedanken des Sozialismus, gegen jede Ausbeutung, Unterdrückung und Vergewaltigung geweiht, der Propaganda für die Zusammengehörigkeit der Arbeiter aller Länder, die durch den Krieg nicht aufgehoben, sondern verstärkt ist, gegen ihre brudermörderische Zerfleischung, für den Frieden, gegen den Krieg.

Während des Krieges ist diese Kundgebung und Propaganda eine doppelt heilige Pflicht jedes Sozialisten.

5. Die von mir vertretene Politik ist in dem Beschluß des internationalen sozialistischen Kongresses zu Stuttgart (1907) vorgezeichnet, der die Sozialisten aller Länder, nachdem sie den Krieg nicht verhindert haben, verpflichtet, mit allen Mitteln auf seine schnelle Beendigung hinzuwirken und die durch ihn geschaffenen Verhältnisse auszunutzen, um die Beseitigung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung zu beschleunigen.

Sie ist bis zur letzten Konsequenz international gemeint. Sie statuiert die gleiche Pflicht, die ich mit anderen in Deutschland der Regierung und den herrschenden Klassen gegenüber erfüllte, für die Sozialisten der übrigen kriegführenden Staaten ihren Regierungen und herrschenden Klassen gegenüber.

Sie wirkt international, indem sie in wechselseitiger Anfeuerung von Land zu Land den internationalen Klassenkampf gegen den Krieg fördert.

Ich habe mit anderen diese Politik seit Kriegsbeginn, wo immer ich vermochte, in aller Oeffentlichkeit verfochten und betätigt und bin dazu, soweit es möglich war, auch mit meinen Gesinnungsfreunden in den anderen Ländern in Verbindung getreten. (Z. B. Reise nach Belgien und Holland, September 1914, Weihnachtsbrief 1914 an den Labour Leader-London, Schweizer Zusammenkünfte, an denen persönlich teilzunehmen ich leider durch höhere Gewalt verhindert war usw.).

6. Diese Politik ist nicht nur die meinige, an der ich festhalten werde, koste es, was es wolle, sondern die Politik eines stets zunehmenden Teils der Bevölkerung in Deutschland und den anderen kriegführenden und neutralen Staaten. Sie wird bald, wie ich hoffe, und wofür ich weiter zu arbeiten entschlossen bin, die Politik der Arbeiterklasse aller Länder sein, die dann die Macht besitzen wird, den imperialistischen Willen der heute herrschenden Klassen zu brechen und zum Wohle der Allgemeinheit die Beziehungen und Zustände der Völker nach ihrem Willen zu gestalten.

Armierungssoldat Liebknecht.

Berlin, den 8. Mai 1916.

An das Königliche Kommandanturgericht

Berlin.

In der Strafsache gegen mich bemerke ich noch:

1. Landesverrat ist für den internationalen Sozialisten vollkommener Nonsens. Er kennt keine feindliche Macht, der „Vorschub zu leisten" er auch nur denken könnte. Er steht jeder fremden kapitalistischen Regierung genau so revolutionär gegenüber wie der eigenen. Nicht: „Einer feindlichen Macht Vorschub leisten", sondern: „In internationaler Wechselwirkung mit den Sozialisten der anderen Länder allen imperialistischen Mächten zugleich Abbruch tun", ist die Quintessenz seines Strebens.

Er kämpft im Namen des internationalen Proletariats gegen den internationalen Kapitalismus. Er faßt ihn dort, wo er ihn findet und wirksam treffen kann. Das ist: im eigenen Lande. Im eigenen Lande bekämpft er im Namen des internationalen Proletariats die eigene Regierung, die eigenen herrschenden Klassen als Repräsentanten des internationalen Kapitalismus.

In diesem dialektischen Prozeß, im nationalen Klassenkampf gegen den Krieg verwirklicht sich der internationale Klassenkampf gegen den Krieg.

Das ist der Sinn der Worte Jaurès, die zum Motto meiner Ende März 1915 erschienenen Schrift: „Klassenkampf gegen den Krieg" gewählt sind.

2. Würden die deutschen Sozialisten z. B. die englische Regierung und die englischen Sozialisten z. B. die deutsche Regierung bekämpfen, so wäre das eine Farce oder schlimmeres. Wer den Feind, den Imperialismus, nicht in den Repräsentanten angreift, die ihm Auge in Auge gegenüberstehen, sondern in denen, die ihm und denen er weit vom Schusse ist, und noch gar unter Approbation und Förderung der eigenen Regierung (d. h. der ihm allein unmittelbar gegenüberstehenden Repräsentanten des Imperialismus), ist kein Sozialist, sondern ein trauriger Offiziosus der herrschenden Klassen. Eine solche Sorte Politik ist Kriegshetzerei und nicht Klassenkampf, sondern das Gegenteil davon.

Gewiß hat der internationale Sozialist, und nur er, da er den Klassenkampf gegen die eigene Regierung führt, das Recht, auch die fremden Regierungen anzugreifen. Dafür aber finden sich in allen Ländern, auch in Deutschland, genügend Kräfte, Skrupellosigkeit und Demagogie, so daß er seine ganze Kraft dem Angriff gegen die eigene Regierung widmen muß, um wenigstens der schlimmsten Wirrnis entgegenzuwirken.

Darum habe ich mich hier nicht mit den Sünden anderer zu befassen, sondern mit denen der deutschen Regierung; ja, es ist meine Pflicht, die fremden Regierungen gegen unberechtigte Vorwürfe in Schutz zu nehmen, weil die Unwahrheit nirgends zu schonen ist und weil solche Unwahrheiten heute mehr wie je dem verwerflichen Zweck der Völkerverhetzung, der Aufstachelung des Kriegshasses dienen.

In habe die ausländischen Regierungen, wo immer sich Gelegenheit bot, in ihren eigenen Ländern Aug in Aug angegriffen, und in Deutschland,

wenn ich davon im Ausland einen Erfolg im sozialistischen Sinn erachte oder damit zugleich die deutsche Regierung Aug in Aug angriff. Niemals werde ich es tun, wenn ich dadurch der Kriegshetzerei Vorschub leiste.

Wegen meines Kampfes gegen den Zarismus und die zaristische Politik der deutschen Regierung bin ich jahrelang von den deutschen Behörden verfolgt worden. Unmittelbar vor Kriegsausbruch wurde ich – allen parlamentarischen Ueberlieferungen zuwider – vom preußischen Abgeordnetenhaus voller Haß und Empörung deswegen dem Ehrengericht der Anwaltschaft ausgeliefert; während des Krieges – im November 1914 – wurde das Verfahren gegen mich mit einem Schuldigspruch beendet. Ich werde das Material dazu überreichen, aus dem ersichtlich ist, wie ich unter den heutigen Verhältnissen Angriffe gegen feindliche Regierungen betrachte.

3. Es gehört zum Wesen des b e w u ß t e n internationalen Kampfes, daß der Sozialist die Cooperation der Sozialisten in allen Ländern als ein Ganzes überblickt, daß er b e w u ß t in dieser Arbeitsteilung zu gemeinsamem Zweck an seinem Teil in seinem Lande mitwirkt, daß er b e w u ß t seinen Kampf und den der Sozialisten in den anderen Ländern als sich ergänzende Funktionen erkennt und so den Kampf auch gegen die Regierungen in sein Bewußtsein aufnimmt.

Dem Gegner im eigenen Lande gegenüber diesen internationalen Gesichtspunkt hervorzuheben, kann als ein Moment der Entschuldigung, der Unsicherheit, der Unentschlossenheit erscheinen und so den Klassenkampf abschwächen. Wenn dieser Gesichtspunkt ausgesprochen werden muß, so nur zur Propaganda unter denen, die für die internationale sozialistische Politik gegen den Krieg zu gewinnen sind und um diese Politik bei denen, die sie betreiben, zu einer bewußten zu machen.

In solchem Sinn und in solcher Form tritt dem Krieg des Kapitalismus die soziale Revolution der Arbeiterklasse entgegen.

Armierungssoldat K a r l L i e b k n e c h t.

Politisches und Kritisches.

Die Reichskonferenz des Kanzlers Bethmann-Hollweg.

Dem deutschen Imperialismus gehts hart, – der Krieg gibt immer bösere Nüsse zu knacken, Moloch braucht immer neue Haufen geduldigen Proletarierfleisches und in den Massen gährt es. Dem deutschen Kanzler gehts hart – die Fronde sitzt ihm gehörig auf und die Massen beginnen sein doppelzüngiges Doppelspiel immer klarer zu durchschauen. Und dem deutschen Parteivorstand gehts hart – in hellen Scharen kehren ihm die deutschen Arbeiter voll Abscheu den Rücken und rüsten sich, ihn und seinesgleichen aus dem geschändeten Tempel der Partei zu züchtigen.

Allen dreien zugleich soll die „Reichskonferenz" helfen.

Den Anfang hatte die schnöde Denunziation der Arbeiter gemacht, die sich endlich auf ihre Pflicht und Macht besannen und um Brot, Freiheit, Frieden streikten. Der hinterlistig-schlaue Friedensaufruf folgte: er sucht

durch eine zweideutige Petition die stutzig Gewordenen unter dem Ruf: für den Frieden! auf das Kriegsziel des Kanzlers, auf die Durchhalte-Politik einzuschwören. Ein Durchhalte-Parteitag sollte das Werk geriebener Bauernfängerei krönen. Ein Durchhalte-Parteitag par ordre de Mufti-Bethmann und unter Bethmanns Protektorat. Statt dem Parteitag des Belagerungszustandes kommt nun am 21. September die Reichskonferenz des Belagerungszustandes, um den Nöten des deutschen Imperialismus, des deutschen Reichskanzlers und ihres allergetreuesten Dieners, des deutschen Parteivorstandes abzuhelfen: eine famose Ouvertüre für die neue Reichstags-Ausstattungs-Oper, die Ende September, im Anschluß an die Reichskonferenz, steigen wird.

Die Reichskonferenz ist nicht besser, als ein Kriegsparteitag. Sie ist ein erweiterter Parteiausschuß; ihre Zusammensetzung ist ein Hohn auf alle Demokratie; die „Wahlen" der Delegierten sind Belagerungszustandswahlen; die Verhandlungen finden unter dem Damoklesschwert der Militärdiktatur statt; die Berichte werden der Schere, dem Stifte und dem freien Veto des Zensors unterliegen.

Die Reichskonferenz entbehrt jeder parteistatutarischen Grundlage. Es gibt nicht die leiseste Bestimmung in der Parteiverfassung, die ihr nur die leiseste Daseinsberechtigung erteilte. Ihre Einberufung bildet einen Staatsstreich, den man mit der Einsetzung der Konsularregierung durch Napoleon Bonaparte vergleichen könnte, wenn die Helden aus der Lindenstraße Napoleone wären.

Die Parteikonferenz existiert parteirechtlich überhaupt nicht. Sie hat weniger Befugnis über Parteiangelegenheiten zu verhandeln oder sogar zu beschließen, als der Wahlverein des kleinsten Dörfchens; ja, sogar weniger als der Vorstand des kleinsten Wahlvereins im kleinsten Dörfchen, der doch immerhin eine gewisse parteistatutarische Zuständigkeit besitzt, während die Reichskonferenz parteirechtlich nichts ist als blauer Dunst, Sand in die Augen.

Dieser absolute, grundsätzliche Mangel aller und jeder Rechtsgrundlage kann nicht durch Beschlüsse des Parteiausschusses, nicht durch Beschlüsse einzelner Wahlvereine, auch nicht, und am allerwenigsten durch Beschlüsse der Reichskonferenz selbst behoben werden. Ihr das Recht zuerkennen, selbst zu bestimmen, daß sie zuständig sei, hieße, ihr das Recht zuerkennen, das Statut, die Verfassung der Partei umzustoßen, also die wichtigsten Beschlüsse zu fassen, während sie doch keine Befugnis zu den allergeringsten Beschlüssen hat.

Sie hat aber nicht nur keine rechtliche Zuständigkeit, sondern auch keine moralische. Ja, wenn das möglich wäre, noch weniger moralische als rechtliche. Gewiß, jede ernsthafte, grundsätzlich oppositionelle Stimme, die sich auf ihr erheben wird, wird zehnfach mehr Gewicht besitzen, als alles Durchhaltegeschrei der ganzen Bethmann-Claque zusammengenommen. Aber gerade darum, bei der Art der Zusammensetzung, bei dem Zustandekommen unter dem Patronat der Regierung fehlt der K o n f e r e n z die moralische Grundlage, mehr noch wenn dies möglich wäre, als sie einem Kriegsparteitag fehlen würde, dessen Parodie sie ist: die Parodie einer Parodie.

Sie hat, da sie weder eine rechtliche, noch eine moralische Grundlage besitzt, auch keine Kompetenz, keine Zuständigkeit, über die Angelegenheiten der Partei zu verhandeln oder gar zu beschließen, Gutachten abzugeben oder ähnliches — gleichviel, in welchem Sinn!

Auch nicht etwa im Sinn der „Opposition"! Das gilt es besonders festzuhalten. Auch keine Beschlüsse im Sinne der „Opposition"! Einmal aus parteirechtlichen Gründen: Die Zufälligkeit, daß sich etwa eine oppositionelle Mehrheit auf der Konferenz finden sollte, ausnutzen zu wollen, wäre Kurzsichtigkeit, ja noch mehr — Blindheit. Es hieße, den Parteiinstanzen für die Vergangenheit Indemnität geben, für die Gegenwart und Zukunft jeden Staatsstreich, jede Kabinettspolitik legalisieren, sich gebunden auf Gnade und Ungnade ihnen ausliefern.

Aber noch wichtigere Gründe gibt es, hier zu rufen und zu fordern: principiis obsta! Widersteht den Anfängen! Die Zerrüttung der Partei geht bis ins tiefste Mark. Die Gesundung der Partei kann nur in einem langen, gründlichen, ungehemmten Gärungsprozeß erfolgen; sie kann nur erfolgen von unten auf; nicht durch Beschlüsse von Parteitagen, noch weniger durch Beschlüsse von Parteitagsparodien. Von einer Parteikonferenz das Heil erwarten, heißt das Wesen der Krankheit verkennen und sich damit den Weg zu ihrer Heilung verrammeln. In den Massen auch nur eine Spur der Illusion erwecken, als könne wieder, wie einst üblich, das Gute von oben herabregnen, wäre die verhängnisvollste Erneuerung des verhängnisvollsten Fehlers der Vergangenheit.

Nicht Parteikonferenz, sondern die Massen der Parteigenossen selbst, nicht die Führer oder Delegierten, sondern die Massen selbst, nicht von oben herab, sondern von unten auf. „Helft euch selbst, ihr Arbeiter, so wird euch einst ein Parteitag helfen!"

Mit plumpen Tricks, so plump, wie die Einberufung der Parteikonferenz selbst, hat man auf ihr zu rechnen. Aber nicht nur damit. Schlaumeier altbewährter Marke, politische Weichtiere vieler Gattungen werden sich finden, die das Lied von der Geschlossenheit singen werden, die händeringend und tränenschluchzend die großen Toten, die heiligen Zeugen der ruhmvollen Parteigeschichte aus den Gräbern zitieren werden.

Fort mit den hohlen Phrasen und aller Verkleisterung! Die Gegenwart ist Schmach und nicht Ruhm; die Zukunft wird größere Schmach und nicht Ruhm sein, wenn heute das Geschwür nicht bis in die Tiefen des Gewebes ausgebrannt wird. Hier gibts nicht linden Balsam, milde Arznei. Auch kein Gesundbeten. Hier gilt das bekannte Wort von Hippokrates: Ausgeschnitten und ausgebrannt muß das fressende Krebsübel aus dem Körper der Partei werden.

Gefeit gegen alle Versuchungen gehen unsere Freunde zur Konferenz, um dort im Sinne des Beschlusses von Teltow-Beeskow zu handeln: um die Veranstalter und Regisseure dieser Konferenz des Reichskanzlers Bethmann-Hollweg vor der Parteimasse zu entlarven, um die absolute Unzuständigkeit der Konferenz festzustellen, um die Folgen auszusprechen, die sich für die Partei ergeben, wenn die Konferenz zu beschließen oder zu „begutachten" sich erdreisten wird, um von dieser Zusammenkunft einiger hundert „Führer"

und Delegierter an die Millionen der Masse — in der Heimat und an der Front zu appellieren, um den schrillen Kampfruf gegen die Parteiverderber, gegen die Regierung, gegen den Krieg zu erneuern — zum Fenster hinaus, zu den proletarischen Kämpfern, aus deren Kraft und Tatbereitschaft die deutsche Sozialdmokratie, die Internationale wiedererstehen soll.

Kleine Mißverständnisse.

Scheidemann und Genossen können mit Recht erbittert über schwarzen Undank klagen. Seit Jahr und Tag arbeiten sie im Schweiße ihres Angesichts, um der Regierung das Geschäft zu erleichtern. Sie bewilligen sämtliche Kriegskredite. Sie schreiben Broschüren, Zeitungsartikel und predigen reisend in Volksversammlungen das „Durchhalten" im Völkermord. Sie verfolgen mit allen Mitteln die Opposition im Lager der Sozialdemokratie. Sie tun alles, um den leise herannahenden Gewittersturm der Volksmassen gegen den Krieg zu beschwören. Sie suchen ihn mit Flüchen denunziatorischer Flugblätter gegen „anonyme" Aufwiegler zu bannen und gehen so der siebenten Abteilung des Königlichen Polizeipräsidiums (Politische Geheimpolizei) kräftig an die Hand. Sie sind endlich auf den witzigsten aller bisherigen Einfälle gekommen: auf die famose „Friedenspetion", die den Wind des Massengrolls abfangen soll, damit er, statt zum Sturm anzuwachsen, im harmlosen Drehen einer niedlichen Windmühle gefesselt wird. Den beunruhigten Löwen, der sich vom langen trägen Schlaf erhebt und anfängt, seine Mähne zu schütteln, wollen sie zu einem gelehrigen Pudel abrichten, der auf den Hinterpfoten schön tut und auf Kommando „bitte, bitte um Frieden!" macht. Scheidemann und Genossen tun alles und unterlassen nichts, um die Regierung zu stärken, das Proletariat zu demoralisieren, kurz — den Krieg zu verlängern. „Mein Liebchen, was willst du noch mehr?" können sie mit Recht den heutigen Machthabern zurufen.

Aber o weh! Man würdigt sie „dort" nicht ganz nach Verdienst. Man ist undankbar. Man ist sogar mißtrauisch.

Ist es zum Beispiel erhört? Scheidemann geht extra nach Breslau und streut dem Reichskanzler in einer gewaltigen Volksversammlung Blumen vor die Füße, er stellt ihm auf Grund einer „vertraulichen" Unterredung das Zeugnis aus, daß Bethmann nicht im Traume an Annexionen denke, — „dies Kind, kein Engel ist so rein!" Und da erfolgt sofort in der „Norddeutschen Allgemeinen" ein kategorisches Dementi desselben Bethmann, der die eifrigen Anbiederungen seines Freundes Scheidemann mit eisiger Kälte abschüttelt! Ja, es kommt noch besser: diese selbe brillante Breslauer Rede Philipp Scheidemanns, die als Broschüre die Herzen aller Volksgenossen für den Reichskanzler und die Fortsetzung des Krieges gewinnen sollte, begegnete zunächst großen Schwierigkeiten bei der Herausgabe. Philipp Scheidemann mußte wieder im Laufen von einem geheimrätlichen Vorzimmer zum andern ein Paar Stiefelsohlen durchlaufen, bis man ihm erlaubt hatte, seine patriotische Broschüre zu verbreiten. Ist es erhört?!

Und nun gar die Tragikomödie mit der „Friedenspetition". Das patente Mittel gegen Friedensdemostrationen und politische Massenstreiks, das die Männer des 4. August ausgeklügelt haben, ist in einigen Bezirken von den Militärkommandos verboten worden! Die alten Haudegen des Belagerungszustandes trauen nämlich dem Burgfrieden nicht ganz. Sie wissen, daß die Scheidemann und Genossen die Massen nicht mehr im Zügel haben und daß in Zeiten der allgemeinen Erregung und gewitterhaften Spannung die „bestgemeinten" Experimente manchmal ganz unerwartete Resultate zeitigen. Sie, die Träger der rohen Gewalt und der unverblümten Reaktion, erraten mit dem sicheren Instinkt der Herrschenden, daß „auf dem Markte der Geschichte" die Verkleidung nicht gilt. Sie verlassen sich deshalb lieber auf Polizei, Gefängnis und Zensur, als auf die Schlaumeierei der Scheidemänner. Und der arme Parteivorstand muß wieder von Vorzimmer zu Vorzimmer laufen und vor jedem „Diesthabenden" seine Weste aufknöpfen, sein verkanntes reines Herz bloßlegen, um das „kleine Mißverständnis zu zerstreuen und für die „Friedenspetition" den Segen sämtlicher Armeekorpskommandanten zu erbetteln!

Solche kleinen Mißverständnisse sind übrigens schon anderen Petitionen und anderen Leuten passiert. Auch dem Popen Gapon z. B., der vor dem Ausbruch der russischen Revolution in Petersburg zarentreue Arbeitervereine gründete, um der revolutionären Agitation der Sozialdemokratie den Wind aus den Segeln zu nehmen. Die zarische Regierung machte dem eifrigen Manne jede erdenkliche Schwierigkeit. Man löste seine Vereine auf, Gendarmen verhafteten seine treuen Schäflein. Und diese kleinen Mißverständnisse endeten plötzlich in einem knallenden großen Mißverständnis. Der Zug der „Bittenden", die der Pope Gapon am 22. Januar 1905 vor das Zarenschloß führte, um dort eine untertänigste Petition mit der Bitte um politische Freiheiten dem Väterchen Zaren zu Füßen zu legen, wurde vom Militär Väterchens mit blauen Bohnen begrüßt und die rührende Massenbitte verwandelte sich unversehens in eine blutige Massenmetzelei, die das Signal zum Ausbruch der Revolution gab.

Solche peinliche Ueberraschungen erwachsen mitunter in Zeiten elektrischer Spannungen der Weltgeschichte, in denen leichte Harlekinaden und Karnevalsmasken manchmal plötzlich zu einer furchtbar tragischen Grimasse erstarren. Es wäre wirklich zum Lachen, wenn z. B. die braven Scheidemann, Ebert und Braun, von den genasführten Massen gedrängt, sich an die Spitze eines untertänigsten Bittzuges treuer Volksgenossen zum Reichskanzlerpalais stellten und, plötzlich mit blauen Bohnen traktiert, als erste Opfer eines revolutionären Massenkampfes in Deutschland aufs Pflaster fielen.

Ob sie innerlich nicht doch ein leises Unbehagen bei diesem Spielen mit dem Feuer beschleicht? Um den Frieden läßt sich nämlich bei der Säbeldiktatur beinahe so schlecht „bitten", wie um die politische Freiheit beim Blutzaren ....

Karl Liebknecht.

Eingeständnisse hinter den Kulissen.

Wir sind in der angenehmen Lage, der Oeffentlichkeit folgende streng vertrauliche Eingabe zu übermitteln, die der nationalliberale sächsische Landtagsabgeordnete Nitzschke aus Leutsch im Auftrag des „Nationalliberalen Landesvereins" dem Sächsischen Kriegsministerium überreicht hat.

An das Kgl. Sächs. Kriegsministerium Dresden.

Dem Kgl. Sächs. Kriegsministerium beehren wir uns folgendes zu unterbreiten:

Es hat sich nicht vermeiden lassen, daß auch unsere Krieger im Felde sich allmählich große Einschränkungen in der Ernährung auferlegen müssen. Sie sind ohne Murren bereit, auch dieses zu ertragen. Leider hat sich aber im Felde eine ähnliche unerfreuliche Erscheinung gezeigt, wie dies infolge der Nahrungsmittelknappheit auch im Lande der Fall war; ein schweres Mißvergnügen darüber, daß an manchen Stellen Ungleichmäßigkeiten in der Ernährung vorkommen. Die Klagen, daß bei manchen Truppenteilen die Vorgesetzten, besonders die Offiziere, ganz erheblich besser und abwechslungsreicher mit mehr Fleisch, Butter und Fett verpflegt werden als die Mannschaften, die auf Marmelade und Salzheringe angewiesen sind und dann den Offizieren stellenweise auch mehr Köche als nötig zur Verfügung stehen sollen, kehren öfter wieder und nicht etwa nur von Leuten, die man zu den gewohnheitsmäßigen Nörglern rechnen muß, sondern von solchen aus allen Kreisen und Richtungen. Die Mißstimmung darüber ist teilweise so groß, daß daraus eine für den sozialen Frieden nach dem Kriege sehr gefährliche Erbitterung zu entstehen droht, um so mehr, als auch die Mißstimmung über die Ernährungspolitik im Inland noch immer stark ist. Man erblickt in diesen Tatsachen eine von den oberen Behörden gewiß nicht gewollte, aber übermäßige Bevorzugung der Vorgesetzten, die als ungerecht empfunden wird. Denn der Soldat erwartet, daß in Zeiten, wo die Nahrungsmittel so knapp sind wie jetzt, alle Kämpfer möglichst gleich behandelt werden, wie sie ja auch die Gefahren des Krieges alle in gleicher Weise tragen.

Es ist nun, wie jeder Beobachter des politischen Lebens bestätigen wird, unbedingt nötig, daß schon während des Krieges alle Mißstände, die zu sozialem Unfrieden nach dem Kriege führen können, so viel als nur irgend möglich beseitigt werden. Man kann sonst der Entwicklung unserer inneren politischen Verhältnisse nur mit schwerster Sorge entgegensehen.

Es erscheint deshalb dringend geboten, daß alles geschieht, um künftig so große Ungleichheiten in der Beköstigung von Vorgesetzten und Mannschaften nicht mehr vorkommen zu lassen. Unsere Offiziere selbst, die in so mustergültiger, bewunderungswürdiger Weise ihren Untergebenen Beispiele der Hintansetzung ihrer Person im Kampfe und im Ertragen aller anderen Gefahren und Anstrengungen des Krieges von jeher und auch im gegenwärtigen Kriege gegeben haben, werden auch nicht zögern, sich größeren Beschränkungen in der Verpflegung zu unterwerfen. Es mag auch noch darauf hingewiesen werden, daß die Mißstimmung über die bisherigen Zustände um so erklärlicher ist, als unter den Soldaten sich sehr viele befinden, die infolge

des Krieges ohnehin schon erheblich größere Opfer bringen müssen, als mancher Offizier und ferner auch solche, die im Frieden gesellschaftlich und wirtschaftlich die gleichen Gepflogenheiten haben als die Offiziere, denen das Ertragen der notwendigen Opfer durch die jetzigen Zustände nur unnütz schwer gemacht wird.

Aus diesen Gründen gestatten wir uns, das Kgl. Sächs. Kriegsministerium ganz ergebenst zu bitten, diesen Tatsachen seine besondere Aufmerksamkeit schenken zu wollen und auf Abstellung dieser Unzuträglichkeiten wo sie sich finden, zur Verhinderung einer immer weiter um sich greifenden Erbitterung der Volksklassen gegeneinander und gegen das Offizierkorps nach Möglichkeit hinzuwirken.

Leipzig, 10. 5. 16.

Aus dem Reich.

Der Massenstreik der 60 000 Arbeiter zu Berlin und Braunschweig im Monat Juli als Protest gegen den Liebknecht-Prozeß wirkte wie ein Flammenzeichen, das kund tat, daß die breiten Proletariermassen von neuem Kampfesgeist gegen die Herrschenden beseelt werden, daß sie allmählich die Rolle des willfährigen Werkzeugs und des demütigen Opfers des Weltkrieges satt haben.

Diese Tat, die an sich im Hinblick auf die Ruhe der ihr Schicksal noch geduldig ertragenden ungezählten Arbeiter bescheiden ist, hat ihre Wirkung auf die maßgebenden Gewalten nicht verfehlt. Sie vermuten – und nicht mit Unrecht – vor einem Anfang einer ganzen Reihe von Arbeiterkämpfen zu stehen und suchen der drohenden Gefahr mit den altgewohnten und schlechtestbewährten Gewaltmitteln zu begegnen.

Das kommt deutlich zum Vorschein in den Zuschriften aus dem Reiche. Wir sehen hier einen ganzen Feldzug von Verhaftungen, Prozessen und Verurteilungen, aber auch von Ansätzen neuer Kämpfe.

Aus Chemnitz wird uns geschrieben: Die Arbeiter in der Metallindustrie rühren sich in Chemnitz besonders lebhaft. So traten die Arbeiter der Firma Reinecker, die ausschließlich für den Heeresbedarf tätig sind, trotz der Verräterei der Noske und Heilmänner geschlossen in den Ausstand. Sie forderten Lohnaufbesserungen, die ihnen schon nach 3stündigem Ausstand bewilligt wurden. Bei der Lokomotivenfabrik Hartmann, die auch gezogene schwere Geschütze herstellt, kam es Mitte August zu einem Ausstand, an dem sich alle Arbeiter beider Betriebe geschlossen beteiligten. Der Ausstand dauerte einen Tag. Diese Bewegungen sind nicht etwa von den „berufenen" Gewerkschaftsinstanzen geleitet, im Gegenteil. Die Instanzen waren aufs höchste überrascht. Die Arbeiter von Hartmann forderten außer einer 20prozentigen Lohnerhöhung auch die Beschaffung von Nahrungsmitteln. Bei den Verhandlungen ließen sie sich zwar nochmals übers Ohr hauen und mit 10 Prozent Lohnaufbesserung abspeisen. Aber die Unzufriedenheit ist groß und auch der Kampfesgeist lebendig.

Im weiteren Erzgebirge faßt die entschiedene Opposition allmählich, aber sicher Fuß, so in Meerane, Döbeln, Oelsnitz i. V., Johanngeorgenstadt und Schwarzenberg.

In Essen kam es am 16. August zu einer eindrucksvollen Demonstration. Auf diesen Tag war vom sozialdemokratischen Verein eine Versammlung für den Abend angesetzt. Sie wurde in der bürgerlichen Presse angekündigt: in der sozialdemokratischen konnte die Anzeige infolge der Vorzensur nicht gebracht werden. Daraufhin stellte die Polizei das Verlangen an den Redner, im Sinne des Reichskanzlers zu reden, und versagte, als diese Zumutung entschieden zurückgewiesen wurde, die Genehmigung. Es erschienen nun zu der festgesetzten Stunde etwa 2000 Personen. Am Eingang zum Saal prangte ein Schild: „Der für heute angekündigte Vortrag findet nicht statt." Kurz vor der für den Vortrag festgesetzten Stunde erschienen Genossen unserer Richtung, die das Schild herunterrissen und die Rufe ertönen ließen: „Der Zuchthäusler Karl Liebknecht lebe hoch!" Es bildete sich nun ein Zug, der sich nach der Stadt zu in Bewegung setzte. Er passierte den Saalbau, den Hauptbahnhof, das Stadttheater, die „Rheinisch-Westfälische Zeitung", das Bezirkskommando, das Kriegerheim und den Limberker Platz. Aus Hunderten Kehlen ertönte die Marseillaise und andere revolutionäre Lieder. Rufe: Hoch Liebknecht! Nieder mit dem Krieg! erfüllten die Luft. Die Polizei wollte des öfteren Verhaftungen vornehmen, doch die Menge befreite jedesmal die Festgenommenen. Die Demonstration hatte ein Nachspiel: Der Essener Parteisekretär wurde zur Polizei bestellt. Dort wurde ihm bedeutet, daß wenn sich so etwas wiederhole, wir die ganze Verantwortung der etwa eintretenden Folgen zu tragen hätten.

Eine Versammlung, die Ende August in Essen stattfand, brachte die Stimmung der Arbeiterschaft besonders prägnant zum Ausdruck.

Die Versammlung war vom Konsumenten-Ausschuß einberufen; als Referent sollte der Vorsitzende des Kriegsernährungsamtes auftreten. Es kamen etwa 3300 Personen zusammen, darunter höchstens 400 Angehörige bürgerlicher Parteien. Der Referent hatte sich die Aufgabe gesetzt, zum Durchhalten aufzurufen und hielt dabei eine Hetzrede gegen England und Rußland. Da stieß er aber auf heftigen Widerspruch aus der Mitte der Versammelten. Es wurden die stürmischsten Zwischenrufe laut, wie, daß die verlangten Opfer nur für den Kapitalismus gebracht seien und a. m. Und als er seine Rede mit einer Fanfare zum Durchhalten schloß, wurde ihm durch Zischen, Pfeifen, Lärmen geantwortet, während sich nur vereinzeltes Händeklatschen vernehmen ließ. Ein Angestellter des Deutschen Metallarbeiterverbandes trat dem Referenten entgegen. Er setzte der Völkerverhetzungsrede die internationale Solidarität des Proletariats entgegen. Seine Ausführungen lösten stürmischen minutenlang andauernden Beifall der Anwesenden aus.

Duisburg. In Hamborn, einer Nachbarstadt von Duisburg, deren Bevölkerung hauptsächlich aus Proletariern besteht, gärt es seit einigen Tagen wieder heftig. Im August fanden Demonstrationen gegen die Aushungerung und gegen den Krieg statt, die großen Umfang angenommen haben. Bei einer anderen Ansammlung wurde das größte Lebensmittelkaufhaus

gestürmt. In einigen Minuten schlossen alle Geschäfte, die Frauen zogen nach dem Markte und stürmten die Buden. Die Polizei ist eingeschritten, war aber machtlos.

Braunschweig. Der mutige Kampf, den die Arbeiter selbst gegen die imperialistische Regierung aufgenommen haben, wird von den Behörden mit einer „Gegenoffensive" beantwortet. In den Räumen des „Volksfreund" hat am 22. August ein Beamtenaufgebot von 24 Mann eine peinliche Haussuchung vorgenommen, die jedoch ergebnislos verlief. Es wurden anschließend daran Gen. Sepp Oerter, Redakteur des „Volksfreund", und Gen. Genzen, Geschäftsführer des Fabrikarbeiterverbandes in militärische Sicherheitshaft genommen und nach Hannover überführt. Am 1. September wurde wiederum im „Volksfreund", diesmal von etwa 40 Polizeibeamten ebenso bei vielen Genossen gehaussucht. 8 Genossen wurden verhaftet, die jedoch nach eingehendem Verhör alle wieder auf freien Fuß gesetzt werden mußten. Ueber alle Angestellten des „Volksfreund" ist Briefsperre verhängt. Weiter finden hier umfassende Einziehungen von besonders politisch „Anrüchigen" statt. Die Arbeiterschaft ist in großer Erbitterung und von entschlossenem Kampfesmut durchdrungen.

Gera. Hier sind am 29. August zwei jüngere Genossen verhaftet worden. Der eine ist inzwischen wieder entlassen. Sie werden beschuldigt, an der Verbreitung des Flugblattes „2½ Jahre Zuchthaus" mitgewirkt zu haben.

In Halle nehmen die Haussuchungen ihren Fortgang. Aus Anlaß des zweiten Liebknechtprozesses hat ein Betrieb gestreikt.

In Magdeburg zeigt die Wahl zur Parteikonferenz, daß unsere Richtung in den letzten Monaten ganz bedeutend an Boden gewonnen hat. Unser Kandidat erhielt 107 Stimmen, gegen 123 des Kandidaten der Arbeitsgemeinschaft und 151 bzw. 147 der Mehrheitskandidaten.

Stuttgart. Ein politischer Prozeß folgt auf den andern. Am 29. August fand die Verhandlung des Aufruhrprozesses von Crispien und Genossen statt. Crispien wurde wegen eines Vergehens gegen den Auflaufparagraphen wie gegen das Belagerungsgesetz zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt. Ein Monat Untersuchungshaft wurde in Anrechnung gebracht. Genosse Hörnle, wie Genossin Hörnle und der Jugendgenosse Zwicker bekamen eine Strafe, ersterer von 4, die beiden letzteren von 3 Wochen Gefängnis, die durch die Untersuchungshaft als verbüßt gilt. Die anderen 5 Angeklagten sind freigesprochen worden. Die Handlangerdienste, die die Scheidemänner dem Staatsanwalt leisteten, kamen bei der Verhandlung drastisch zum Ausdruck. Der Staatsanwalt schloß seine Anklagerede mit einem Zitat aus der „Schwäbischen Tagwacht" aus dem Artikel: „Aufgepaßt", in dem die Arbeiter vor selbständigen Massenaktionen gewarnt werden. Er meinte dabei, daß er keine besseren Worte finden könne, um seine Ansicht auszudrücken. Keil wird nun wohl gestärkt durch das hohe Lob der Anerkennung einer Staatsanwaltschaft seinen Denunziantenkampf gegen die Opposition mit neuem Feuer fortsetzen. – Im August wurde eine Genossin wegen Verbreitung des Maiflugblattes vor das Schöffengericht zitiert. Als Beweismaterial hatte die Staatsanwaltschaft eine Photographie

des betreffenden Flugblattes dem Gericht vorgelegt. Der Verteidiger erhob Einspruch und verlangte die Beibringung eines Originalexemplars. Der Gerichtshof schloß sich seinem Antrag an, da aber die Polizei während der angeordneten mehrstündigen Unterbrechung der Verhandlung das Flugblatt nicht auftreiben konnte, vertagte das Gericht die Sache bis September. In einem dritten Prozeß ist eine Genossin wegen Beteiligung an der Liebknecht-Demonstration am 26. Juni wegen „groben Unfugs" und Widerstands gegen die Staatsgewalt zu 3 Wochen Gefängnis und 30 Mark Geldstrafe verurteilt worden. Der grobe Unfug bestand in den Ausrufen: „Nieder mit dem Kriege," „Wir wollen Frieden", „Gebt uns Brot."

Während der Untersuchung in dem Aufruhrprozeß prangte eines Tages an allen Stuttgarter Anschlagsäulen ein Plakat, in dem die Polizei einen „Mordversuch" auf den „Chef" der politischen Polizei kundgibt und eine Belohnung von 500 Mk. auf Auffindung des Täters aussetzt. Die Mache war zu plump, um nicht allgemein nach Gebühr gewürdigt zu werden. Doch die Polizei schreckte nicht davor zurück, einen jugendlichen Genossen in Untersuchungshaft zu nehmen. Die Haft währt bereits 3 Monate.

Ein weiterer Prozeß schwebt noch. Zehn Genossen sitzen bereits den dritten Monat in Untersuchungshaft. Sie sind „verdächtig", das Flugblatt „2½ Jahre Zuchthaus" verbreitet zu haben. Die Untersuchung ist auf den Paragraph vom „versuchten Landesverrat" festgelegt.

An Karl Liebknecht.

Ein Posten ist vakant! – Die Wunden klaffen
Der eine fällt, die anderen rücken nach . . .

Nein, du bist nicht gefallen! Jetzt gehst du fort von uns, aber in der engen Zelle, hinter den eisernen Gittern, in der Jacke des Zuchthäuslers bleibst du auf dem Posten als Streiter und Führer der heiligen Sache, und jeder Tag, den du im Zuchthaus verlebst, ist ein Stachel für die deutsche Arbeiterklasse, jedes Geklirr deiner Ketten ist ein Posaunenruf für uns alle: Zum Kampf! Zum Kampf für unsere und deine Befreiung!

Stolz und unbeugsam, ein Todfeind der Herrschenden, ein treuer Freund und Verteidiger der Unterdrückten, ein Fahnenträger des internationalen Sozialismus gehst du ins Zuchthaus, und die Liebe von Hunderttausenden in Deutschland und in allen Ländern begleitet dich auf diesem Opfergang, die Blicke von Hunderttausenden werden sich auf das eiserne Tor, hinter dem du verschwindest, richten, um von dort Kraft, Mut und Begeisterung zum Kampfe zu schöpfen. Als Geisel unserer Ehre gehst du hin, an uns anderen ist es nun, mit letzter Kraft an der Waffe zu schmieden, mit der das deutsche Proletariat dereinst deine Ketten sprengen wird, um dich wieder an die Spitze des revolutionären Kampfheeres zu führen.

Wir kennen dich, wir wissen, du wirst aushalten. Du wirst alle Pein und Qual mit lachendem Stolz erdulden und wirst zu uns in derselben trotzigen Jugendkraft zurückkehren. Und nun nicht viel Worte an dich, den Mann der Tat. Durch Taten können wir allein uns deiner würdig zeigen. Nur ein kurzer heißer Abschiedsgruß, nur ein kräftiger Händedruck: auf Wiedersehn im Kampf! Auf Wiedersehn, wenn sich die deutsche Arbeiterklasse aus der heutigen Schmach wieder zu ihrer historischen Größe emporrichtet, auf Wiedersehn – mit deinem Ruf auf den Lippen:

N i e d e r m i t d e m K r i e g!
N i e d e r m i t d e r R e g i e r u n g!

Geßlers Hut.

Der kritische Prozeß in der Sozialdemokratie schreitet mit Siebenmeilenstiefeln vorwärts. Der neueste Staatsstreich des sogenannten Parteivorstandes gegen die Berliner Arbeiterschaft hat die Lebensfrage der Partei in ihrem ganzen tragischen Ernst aufgerollt und treibt mit Gewalt zu einer Entscheidung. Die Entwendung des „Vorwärts" reiht sich würdig der Zwangsentlassung der Duisburger Redaktion, den Willkürakten in Frankfurt a. M., dem Kesseltreiben gegen den Redakteur Gen. Meyer, dem Umsturz in der Preußischen Landeskommission, dem denunziatorischen Flugblatt

gegen die „anonymen" Hetzer und den politischen Massenstreik, den Machenschaften im Kreise Teltow-Beeskow, dem versuchten Kriegsparteitag an. Zugleich aber ist diese neueste Palastrevolution im gewissen Sinne ein Höhepunkt und eine Krone der bisherigen Infamien. Hier tritt nämlich wie mit Blitzlicht grell beleuchtet zutage, was schon von Anbeginn des Krieges in dem ganzen Tun und Lassen der „obersten Polizeibehörde" für jeden Urteilsfähigen klar war: daß die Gewaltherrschaft des „Parteivorstandes" ein Kind des Belagerungszustandes ist, wenn auch ein von der Bank gefallenes Kind.

Es ist nötig, sich über die ganze Tragikomik der Situation klar zu werden. Der jetzige „Parteivorstand", die Scheidemann-Ebert, sind auf einem ordentlichen Parteitag der Sozialdemokratie gemäß allen formalen Anforderungen des Parteistatuts gewählt worden. Seitdem ist aber eine Umwälzung vor sich gegangen. Der gewesene sozialdemokratische Parteivorstand hat sich inzwischen zum bürgerlichen Imperialismus bekehrt, hat Parteiprogramm und Parteistatut der Sozialdemokratie zum alten Eisen geworfen und die eigene Tätigkeit wie die offizielle Politik der Partei auf einen ganz neuen Boden gestellt. Er bleibt aber nach wie vor sozialdemokratischer „Parteivorstand" und jetzt als solcher seine neue Politik g e g e n die Partei durch, einzig und allein dank dem Belagerungszustand, der die Parteimasse geknebelt und gefesselt hat. Genau wie die Kriegslieferanten und die Lebensmittelwucherer den Notstand der Bevölkerung ausnutzen, um durch alle Tricks der künstlich erzeugten Teuerung und der Lebensmittelverfälschung Geschäfte im Kriege zu machen, so nutzt der sogenannte Parteivorstand den politischen Notstand der sozialdemokratischen Arbeiterschaft aus, um bei dem Völkermord sein Geschäft zu machen und seine Politik den Arbeitern gegen ihren ausdrücklichen Willen aufzuzwingen. Wie der biedere Hamburger Wurstfabrikant die Konsumenten mit seiner Leberwurst aus Gummiabfällen, Haaren und Wagenschmiere vergiftete, so will der „Parteivorstand" jetzt die Berliner Arbeiterschaft geistig vergiften, indem er ihr in ihrem eigenen Organ an Stelle der sozialistischen Klassenpolitik die Politik des sozialimperialistischen Verrats vorsetzt. Er tut es zwar gegen die Redaktion des „Vorwärts", gegen die Preßkommission, gegen den Berliner Zentralvorstand und gegen die gesamte Masse der organisierten Berliner Arbeiterschaft, aber mit Zustimmung — des Oberkommandos in den Marken, und diese Zustimmung ist die einzige Sanktion seiner Maßnahmen und seiner Politik. Der ehemals von der Sozialdemokratie als ihr ausführendes Organ gewählte Parteivorstand funktioniert somit jetzt nur noch als untergeordnetes Organ der Militärdiktatur. Er hat seine Machtbefugnisse nicht von der sozialdemokratischen Arbeiterschaft, sondern von Herrn v. Kessel.

Dies alles ist in der „Vorwärts"-Sache nunmehr mit der brutalsten Nacktheit und Ungeniertheit zutage getreten, und gerade deshalb steht jetzt die Berliner Arbeiterschaft und mit ihr die Gesamtpartei vor einem Entweder-Oder. Dieser Staatsstreich hat die Parteikrise zu einer akuten gemacht: der „Parteivorstand" zwingt der Partei selbst den Kampf auf und macht die Entscheidung unausweichlich. Jetzt muß sich endlich zeigen, ob die

Partei Mittel und Macht genug besitzt, sich der Gewaltpolitik ihrer treulosen Diener, die sich zu ihren Herren aufwerfen, zu erwehren, oder ob sie ihnen auf Gnade und Ungnade ausgeliefert ist. Der Kampf um den „Vorwärts" muß um jeden Preis ausgefochten werden, denn hier spitzt sich die Lebensfrage der Sozialdemokratie zu: läßt sich die Berliner Arbeiterschaft diesen Gewaltstreich gefallen, dann ist der Diktatur der Ebert-Scheidemann keine Schranke mehr gesetzt, dann ist der Politik des 4. August Tür und Tor geöffnet. Die jetzige Chefredaktion des „Vorwärts", das ist Geßlers Hut, von dem es sich nunmehr fragt, ob ihm die Berliner Sozialdemokratie die Reverenz erweist oder ob sie die infamierende Zumutung mit dem erforderlichen Ungestüm zurückweist.

Dieser Kampf jedoch – er kann nicht von den Berliner Instanzen, er muß von den Massen selbst ausgefochten werden, wie denn die Rettung der Partei und des Sozialismus überhaupt nur das Werk der Massen, ihrer eigenen Entschließung, ihrer politischen Urteils- und Aktionsfähigkeit sein kann.

Die deutsche Sozialdemokratie ist beim Ausbruch des Weltkrieges an dem Kadavergehorsam der proletarischen Massen ihren sogenannten Führern, ihren eigenen ausführenden Organen gegenüber zugrunde gegangen. Sie kann zum Leben wieder erweckt werden nur durch die Tat derselben Massen, die in der furchtbaren Schule des Völkermordes erkannt haben, was in ihnen an politischer Reife und Selbständigkeit durch den jahrzehntelangen Kasernendrill in der Sozialdemokratie ertötet worden ist. Zugleich mit der Erweiterung der Kampffront und ihrer Basis muß aber die Methode des Kampfes selbst geändert werden.

Die Berliner Preßkommission und der Zentralvorstand haben gegen den Gewaltstreich der Scheidemann-Ebert lange und feierliche Protestresolutionen veröffentlicht, die sich soweit ausgezeichnet lasen und nur den Mangel leider hatten, daß sie einen untauglichen Versuch mit untauglichen Mitteln am untauglichen Objekt darstellten. Gegen Bajonette richtet man nämlich mit moralischer Entrüstung – wie die gesamte Weltgeschichte seit Brennus und seinem „Wehe den Besiegten" lehrt – herzlich wenig aus, und die jetzige Leitung des „Vorwärts" stützt sich auf die Bajonette des Herrn v. Kessel. Die Proteste der beiden Instanzen appellierten an das schnöde verletzte Organisationsstatut der Partei, aber die Basis, auf der die Scheidemann-Ebert in diesem Falle fußen, ist ja gar nicht sozialdemokratisches Parteistatut, sondern die Bestimmungen der preußischen Verfassung betreffend den Belagerungszustand. So konnte denn der jetzige Konflikt nicht als Rechts- und Kompetenzstreit, sondern nur als reine Machtfrage ausgefochten werden, und an Stelle der papiernen Resolutionen der Berliner Instanzen mußten endlich Taten der Berliner Arbeiterschaft treten.

Die Arbeitermasse hatte in diesem Falle ein Machtmittel in der Hand, das bei entschlossener Anwendung von durchschlagender Wirkung ist: es ist dies ihre Macht als Abonnentenmasse. Die Scheidemann-Ebert haben bisher alle ihre Gewaltstreiche gegen den „Vorwärts" mit dessen Charakter als Zentralorgan begründet. Es galt ihnen zu zeigen, daß ein Zentralorgan „Vorwärts", das von der gesamten Berliner Arbeiterschaft als ihr Organ

abgelehnt wird, eine Fiktion ist. Die Scheidemann-Ebert-Fischer haben — immer auf Grund der preußischen Verfassungsbestimmungen über den Belagerungszustand — die Kasse der Berliner Partei, das Vermögen der Berliner an der „Vorwärts"-Druckerei und die Expedition des „Vorwärts" an sich gerissen. Es galt ihnen zu zeigen, daß nicht der Gedschrank, die Druckmaschinen und der Expeditionsapparat eine sozialdemokratische Zeitung ausmachen, sondern die Lesermasse, die ihr die moralische und politische Stütze gewährt und die Masse der namenlosen Agitatoren, die in jahrzehntelanger aufopfernder Mühe, im unermüdlichen Treppauf- und Treppabrennen den heutigen Ausbau des „Vorwärts" ermöglicht haben. Der „Parteivorstand" von Kessels Gnaden wollte und will den Berliner Arbeitern mit Gewalt ein im Sinne der Politik des 4. August geleitetes Blatt aufzwingen. Es galt, ihm dieses Blatt mit Verachtung vor die Füße zu werfen. Nur ein sofortiges Veto der Lesermasse des „Vorwärts" — aber nicht als eine Reihe zersplitterter individueller Vorgänge der Privatinitiative, sondern als wohlorganisierte geschlossene, von den Parteiinstanzen öffentlich geleitete und politisch begründete Massenaktion der Abonnenten konnte den Umsturz der Scheidemann-Ebert parieren.

So lagen die Verhältnisse, als der „Vorwärts"-Streit vor das Forum der Groß-Berliner Verbands-Generalversammlung kam. Voll verhaltener Wut und Entrüstung über den frechen Gewaltakt, wartete die Berliner Arbeiterschaft tatenbereit auf die Direktiven ihrer Führer, die zur Arbeitsgemeinschaft gehören. Selten war die Situation für einen Kampf so günstig, die Aufregung der Masse so tief, das Unrecht so kraß, das Kampfziel so scharf umrissen, die Kampfparolen so naheliegend. Die Arbeitsgemeinschaft hatte es in der Hand, den rücksichtslosen Boykott des Zentralorgans des Herrn v. Kessel zur dringlichsten Pflicht jedes Genossen zu erklären. Sie konnte zur systematischen Agitation von Haus zu Haus für die Abbestellung des „Vorwärts" Tausende von Genossen mobilisieren, eine Massenaktion großen Stils ins Werk setzen. Und da der Kampf um den „Vorwärts" nur eine Teilerscheinung, ein Ausschnitt des allgemeinen Abwehrkampfes der proletarischen Klassenpolitik gegen die Sozialimperialisten und die Politik des 4. August darstellt, war es elementare Pflicht der Arbeitsgemeinschaft, wie ein Gebot der Klugheit, aus der inneren Logik der Dinge heraus, das Kampfterrain auszudehnen und zu erweitern. Die Schaffung eines offenen organisierten Schutz- und Trutzbündnisses der Parteiorganisationen im ganzen Reich, die zu einem entschlossenen Kampf gegen die Gewaltpolitik der Instanzen bereits reif sind; die Proklamierung der Beitragssperre als Mittel, den Parteivorstand durch die Masse der Parteimitglieder in Verruf zu erklären und ihn seiner Eigenschaft als leitendes Organ der Gesamtpartei vor aller Welt zu entkleiden: Angriff auf das Heiligtum der sozialimperialistischen Parlamentsmogler — auf ihre Parlamentsmandate — durch die Abfägung der zwei am „Vorwärts"-Streich beteiligten Berliner Reichstagsabgeordneten, — das waren die Parolen, nach denen die ganze Situation gebieterisch verlangte und zugleich der Weg, um den „Vorwärts"-Streik von der engen Basis einer einzelnen Parteiorganisation und eines Teilkonflikts auf den Boden des allgemeinen politischen

Gegensatzes: hie Sozialdemokratie — hie Sozialimperialismus zu stellen und ihn im Rahmen der Gesamtpartei auszufechten.

Aber gerade vor einem grundsätzlichen Kampf auf einer der Größe des Kampfzieles entsprechend erweiterten Front bekreuzigt sich die Arbeitsgemeinschaft. Der Geist des Sumpfes gab ihr auch diesmal ihre Mittel und Wege ein. Ein neuer „Aktionsausschuß" — als ob man an den alten nicht genug hatte — zur Verschleppung jeder wirklichen Aktion; der Beschluß, das Abonnement nicht zu bezahlen, womit die Arbeitsgemeinschaft den Gipfel der Lächerlichkeit erklommen und als Kampfmittel an Stelle des organisierten „Vorwärts"-Boykotts durch die Masse der Abonnenten das Privatgezänk des einzelnen Abonnenten mit seiner Zeitungsfrau gesetzt hat; ein Vertrauensvotum für die verprügelte Redaktion mit dem Auftrag, auf ihrem Posten „durchzuhalten", das heißt das neue Regierungsreptil, genannt „Vorwärts", durch die Mitarbeit der alten Redaktion zu schmücken und zu decken; zum Schluß das Versprechen, einst in der Zukunft den Staatsstreichlern vom Parteivorstand zur Strafe keine Aemter mehr zu übertragen — das war alles, wozu sich die Berliner „Führer" der Arbeitsgemeinschaft aufschwingen konnten! Um die aufgeregte Berliner Parteimasse für den Moment zu beruhigen und das eigene Prestige notdürftigst aufrecht zu erhalten, simulierten sie nur einen Kampf, statt wirklich zu kämpfen, und gaukelten für die Zukunft Aktionen vor, denen schon in der Gegenwart der Stempel von Scheinaktionen von vornherein aufgedrückt war.

Die Frage blieb offen. Der „Vorwärts"-Konflikt steht vor wie nach vor der Tür und harrt gebieterisch seiner Lösung. Der Kampf muß um jeden Preis weitergeführt werden, und der Boykott des „Vorwärts", die Schaffung eines Ersatzblattes in Berlin und bis dahin die Einführung eines Ersatzorgans aus dem Reich in den weitesten Kreisen der Berliner Arbeiterschaft bleiben — nach dem Versagen der Arbeitsgemeinschaft — vorläufig die einzigen Mittel in diesem Kampf.

Freilich, der Schutzpatron des Klüngels Scheidemann-Ebert-Fischer: das Oberkommando, kann die Gründung einer Ersatzzeitung für den geraubten „Vorwärts" nicht zulassen. Aber jetzt handelt es sich nicht mehr um eine Tageszeitung, sondern um ein Entweder — Oder, bei dem unendlich Wichtigeres auf dem Spiele steht als ein Berliner Preßorgan: es handelt sich um die Frage, ob überhaupt die Masse der Sozialdemokraten ein Mittel hat, die Partei, die Demokratie vor dem Untergang zu retten. Gewiß, derselbe Schutzpatron kann auch der provisorischen Einführung eines Parteiblattes aus der Provinz Schwierigkeiten in den Weg legen, und eine nach Zehntausenden zählende Arbeiterschaft wochen- und monatelang ohne eine politische Tageszeitung lassen, und das bei den heutigen Zeitläuften heißt der Masse ein schweres Opfer zumuten. Aber manchmal ist es um des Sozialismus willen nötig, sogar größere Opfer zu bringen, ja, Freiheit und Leben in die Schanze zu schlagen. Freilich, gerade die jetzige Krise der Partei macht ein geistiges Bindemittel für die Arbeitermasse dringend notwendig. Aber ein von den Scheidemann-Ebert gegen den Willen und die politische Auffassung der Berliner geleiteter „Vorwärts" ist ohnehin kein geistiges

Band zwischen sozialistischen Kämpfern, sondern höchstens ein Bindemittel zwischen der genasführten Arbeiterschaft und der imperialistischen Bourgeoisie. Die massenhafte Abbestellung des „Vorwärts" kann gewiß in beträchtlichem Maße zur Absplitterung der Abonnenten, zur Einführung bürgerlicher Blätter in Arbeiterfamilien führen. Aber die Arbeiter, die jetzt, in dieser schweren Krise der Sozialdemokratie den Rücken kehren und d a u e r n d zur bürgerlichen Presse überlaufen, sind kein allzu ernster Verlust für die Bewegung. Gilt es doch entlich einzusehen, daß nicht die Zahl, sondern politische Reife, Kampffähigkeit und Idealismus die Macht der Sozialdemokratie ausmachen. Man kann freilich nicht im voraus sagen, wie lange etwa ein Abonnentenstreik dauern muß, um dem sogenannten Parteivorstand die geraubte Masse aus der Hand zu winden oder sie in seiner Hand zu zerbrechen. Man kann auch nicht wissen, welche Wendung der noch nicht erprobte Kampf weiter nehmen mag. Man kann dies und jenes und noch zehn andere Dinge nicht wissen. Aber . . . man kann überhaupt keinen ernsthaften Kampf ausfechten, wenn man mit lauter Wenn und Aber rechnet und alle Chancen des Sieges im voraus in der Tasche haben will. Die Entscheidung ist übrigens viel leichter, als es auf den ersten Blick den Anschein hat. Man braucht sich nur für einen Moment vorzustellen, daß Bassermann, Fuhrmann und Stresemann kraft einer Abmachung mit dem Oberkommando die politische Leitung des „Vorwärts" in ihre Hände bekommen hätten: würden die Berliner Arbeiter auch dann noch den „Vorwärts" weiter als ihr Organ abonnieren und lesen? Der vorliegende Fall unterscheidet sich aber von dem gedachten nur durch andere Namen.

Doch wie leicht oder schwer die Entscheidung sein mag, eines ist jedenfalls sicher: der Kampf ist unvermeidlich, die Berliner haben keine Wahl. Dieser Kampf, der um den „Vorwärts" ausgefochten werden muß, ist zugleich ein Kampf gegen den Belagerungszustand und für den Frieden, er ist die Mobilmachung der Masse zur Verteidigung der Arbeiterbewegung vor dem Untergang in Anarchie und politischer Prostitution.

Die Opposition, die sich um die Arbeitsgemeinschaft schart, hatte jetzt Gelegenheit, ihre scharfen Worte auf der jüngsten Reichskonferenz in Taten umzusetzen. Der „Vorwärts" war i h r Organ. Die Berliner Instanzen bestehen zum größten Teil aus ihren Anhängern. Sie hat den Organisationsapparat in der Hand, um die Massen in Bewegung zu setzen. Die Ledebour-Haase-Ad. Hoffmann konnten jetzt zeigen, ob sie zu handeln verstehen, und ein Schritt wirklichen Kampfes ist mehr wert, als zehn schneidige Reden in einem Konventikel. Wenn diese Opposition jetzt nichts weiter als die papiernen Protestresolutionen und hohle Scheinaktionen zustande brachte, so war das nichts als eine schmähliche Kapitulation. Danach werden auch die heftigsten Reden der Arbeitsgemeinschaft nur als eine Fortsetzung der alten offiziellen Politik der deutschen Sozialdemokratie, der Politik der kühnen Worte und der feigen Taten, gelten können, die unsere Partei am 4. August in den Abgrund geführt hat. Die Berliner Parteimasse muß nunmehr ihre Sache selbst in die Hand nehmen. Geßlers Hut wartet auf seinen Tell.

Nicht die alte Leier, sondern das neue Schwert!

Wird es dem Reichstag gelingen, der Stimme der Vernunft, dem Verlangen eines endlichen Völkerfriedens nachdrückliches Gehör zu verschaffen und die baldigste Beendigung des Krieges herbeizuführen?" seufzte der „Vorwärts" am 28. September. Und nach der Kanzlerrede vom 28. September über die politische Lage und die Kriegsziele wimmerte er zerschlagen: „Wie auch die spannungsvoll harrenden Hörer zu den Kriegsfragen stehen möchten . . . sie alle waren erschienen, um den fiebernden Puls der Zeit zu fühlen, um dabei zu sein, wenn von den Lippen des verantwortlichen deutschen Reichskanzlers Entscheidendes über die Geschicke der Nationen gesagt würde . . . Aber die Harrenden und Hoffenden erlebten wieder einmal eine Enttäuschung. Sie vernahmen keine neue Botschaft, kein befreiendes Wort."

Hoffen und harren auf den Reichskanzler! Harren und hoffen auf den deutschen Reichstag! Hoffen und harren, Enttäuschung und Jammergestöhn — das war der Weisheit letzter Schluß für den „Vorwärts", als er noch Hauptorgan der Arbeitsgemeinschaft war. Jammergestöhn, wohl gemerkt, über den Kanzler, den Reichstag — nicht über sich selbst und seine Politik des aschgrauen Elends.

Stehen wir so zum Reichstag, zum Parlamentarismus? Gewiß nicht. „Lieber ein Stück Unterfutter von einem alten Weiberrock" sein, als von der Partie dieser vorwärtslichen Spittelhelden.

Wir haben lang genug geharrt;
Man hat uns lang genug genarrt!
Jetzt greifen wir nach unserm Recht.
Jetzt stellen wir uns zum Gefecht!

Bethmann quoll in jener Rede über in verlogener und hetzerischer Heuchelei über Rumäniens Treubruch; er wiederholte die Komödie der Friedensbereitschaft zum sechstenmal und bekannte sich demonstrativ zum Glauben seiner grimmigen Gegner aus dem Agrarierlager, — derselben Junius Alter und Kapp, die er am 5. Juni zur unbändigen Begeisterung der Scheidemänner radikal zu verbrennen schwur, weil sie seine Kriegswut in Zweifel gezogen hatten.

„Was wollen die unverbesserlichen, die innere Politik mit der Kriegführung vermengenden Demokraten"; „wir kämpfen nicht gegen die russische Reaktion" — sagen die Piraten um Kapp und Junius Alter. „In die inneren Zustände der anderen Länder mischen wir uns nicht ein. Wie Rußland seine inneren Verhältnisse regeln will, ob autokratisch oder konstitutionell, das ist Rußlands Sache" — betete der Kanzler nach. „England ist der Hauptfeind" — lehrt das Gesetz der Kapp-Piraten. „Darum ist England der selbstsüchtigste, der hartnäckigste und der erbittertste Feind," — schwört der Kanzler nach. Der Staatsmann, der gegen England nicht jedes taugliche Kampfmittel anwendet, verdient, verjagt und angeklagt zu werden — drohen die Kapp-Piraten. Er „verdient gehenkt zu werden," — übertrumpft sie der Kanzler und schüttelt sich vor Widerwillen über den

Verdacht „veralteter Verständigungsneigung". Zum Teufel mit dem Gedanken der Demokratisierung Deutschlands, fluchen die Kapp-Piraten. „Freie Bahn für alle Tüchtigen, das sei unsere Losung," echot der Kanzler dem preußischen Junkerparlament nach: „eine an sich völlig nichtssagende rhetorische Wendung" – wie das Agrarierblatt, die „Deutsche Tageszeitung", quittierte.

Diese Kanzlerrede war allerhand – selbst für das sanftlebigste Fleisch. Genug, sollte man meinen, um milde Limonade in gärend Drachengift zu verwandeln. Aber die Limonade der Arbeitsgemeinschaft brodelte nicht auf. Mucksmäuschenstill saßen die artigen Schulbuben. Bei den stärksten Herausforderungen – kein lispelnder Hauch des Widerspruchs, während brausender Beifall den Kanzler umtönte.

Heilig sei der gute Ton im Parlament! Keine Szenen heraufbeschwören. Ordnung über alles. In einigen Wochen vielleicht, an der gehörig eingerichteten Stelle, wird – wenn die Mehrheit keinen Strich durch die Rechnung macht – wird auch die Arbeitsgemeinschaft ihr wohlgegliedert Zunftsprüchlein sagen, mit guten Manieren und würdigen Worten, wie sich's für eine respektable Opposition gebührt. Und – wir hörten im Oktober 1916 aus Haases Munde die dutzendste Friedenssehnsuchts- und Verständigungsrede.

Fassen wir die Aufgaben des parlamentarischen Kampfes so auf, wie die Kämpen von der Arbeitsgemeinschaft ihn führen?

Gewiß nicht! Wir sind weder harrende Narren, noch parlamentarische Droschkengäule, die stets die alten Straßen traben, vor jeder Neuerung der parlamentarischen Taktik scheuend, noch Musterknaben des guten Tons und trocknen Tons, den wir mit allen politischen Philistern, Schlafröcken und Filzpantoffeln dorthin wünschen, wo der Pfeffer wächst.

Um was geht es in diesen Tagen? Kein Augenzwinkern hilft darüber hinweg – um alles! Um Sein oder Nichtsein des Proletariats als politischer Faktor! Um den Besitz der gesellschaftlichen Macht! Um die Macht über Krieg und Frieden! Um die Schicksale der sozialen Revolution selbst!

Wir stehen vor der Wahl: Kampf oder schimpfliche Kapitulation. Ein Drittes gibt es nicht. Wer dem Kampf ausweicht, kapituliert. Wer vom Kampf redet, aber ihn nicht wagt, höhnt den bittern Ernst der Zeit, indem er ihn mit faden Grimassen nachäfft. Der ist nicht für uns, der ist wider uns.

Nicht in Sitzungen und Konferenzen fällt die Entscheidung, sondern in den Fabriken, auf den Straßen, im Heere. Dem Proletariat lebt nur ein Erlöser: das Proletariat selbst.

Das Parlament kann ihm kein Erlöser sein – trotz aller „Vorwärts"brunst, am wenigsten das erbärmlichste aller Parlamente, der deutsche Reichstag.

Und doch kann es der revolutionären Bewegung wichtige Hilfe leisten. Aber nicht als Gesetzesfabrik, nicht als Schwatztheater und Gebetsmühle einer parlamentarischen „Opposition", sondern indem es vom Klassenkämpfer, der sein parlamentarisches Mandat nur für diesen Zweck erworben hat, zur revo-

lutionären Tribüne verwandelt wird, von der er den Feuerbrand ins Gebälk der herrschenden Ordnung und den Schlachtruf in die Massen schleudert.

Keine Worte, die nur Worte sind! Ein Ruf, ein Kampfschrei allein, der die Oeffentlichkeit aufscheucht, das Proletariat alarmiert, ist schon ein Gewinn. Die schönste Rede dagegen, die das Meer der sozialen Leidenschaften nicht aufwühlt und sich ängstlich scheut, auch nur ein Geschäftsordnungswässerlein zu trüben, ist von Uebel. Und mag sie von radikalsten Worten und prinzipiellsten Darlegungen wimmeln: sie bleibt ein Irrlicht über dem Sumpf.

Die Männer von der Arbeitsgemeinschaft wollen den parlamentarischen Status quo, die alte Leier.

Ihre ganze Tätigkeit im Reichstag legt davon Zeugnis ab. Auch die eben verflossene Tagung – und nicht nur der 28. September, wo die Haasesche „Stimme der Vernunft" erschallte und Ledebours Vision der weltparlamentarischen Menschheitserlösung aufstieg, sondern nicht minder die Schutzhaft-Debatte – der parlamentarische „Erfolg" der Arbeitsgemeinschaft. Dittmann bewegte sich im Grunde genommen, trotz des radikalen Kleides, auf dem Boden des hergebrachten parlamentarischen Kretinismus. Statt den Reichstag anzuklagen, rief er ihn um Hilfe an. Statt durch Art und Richtung seiner Angriffe den Kriegsblock von Westarp bis David und die ganze bürgerliche Welt zum Geständnis der Wahrheit, nämlich ihrer Spießgesellenschaft mit der Säbeldiktatur und zur Solidarisierung mit ihr zu zwingen, erwarb er den Segen Paasches, Scheidemanns und der ganzen bürgerlichen Welt. Die Beseitigung der „Mißstände" wurde zu einer „gemeinsamen Angelegenheit aller Parteien". Das Volk kann ruhig schlafen – der Reichstag wacht; die Sache ist in besten Händen.

Der Antrag auf Liebknechts Enthaftung bestätigt noch schlagender unser Urteil. Schaut hinter die trutzigen Helmvisiere der Kämpen. Nur in einem Sinne konnte diese Parlamentsaktion ernste Bedeutung gewinnen: wenn sie im Geiste unserer eingekerkerten und verschickten Freunde zu einem Hilfsmittel der außer parlamentarischen Massenaktion gestaltet wurde.

Gerade das aber tat die Haase-Schar nicht. Dreimal hatte sie schon die „wilden Streiks" verleugnet. Und mit hölzernen Kinderfäbeln statt mit stählernen Flammenschwertern zog sie in die Bahn.

Die außerparlamentarische Tatenlosigkeit der Arbeitsgemeinschaft trägt ihr gerüttelt Maß von Mitschuld wie an den Opfern der Schutzhaft, so an Liebknechts Geschick. Parlamentarische Reden können diese Schuld nicht sühnen. Stadthagens Rede wurde zur pathetischen Deklamation an den Reichstag. Statt den Reichstag neben der Militärjustiz und der Regierung an den Pranger zu stellen und zum Fenster hinaus an die Massen zu appellieren, wie es Rühle später im Namen Liebknechts tat.

Ohne klare Grundsätze, ohne politische Orientierung, ohne die Kraft und den Willen zur vollen Ausnutzung der parlamentarischen Möglichkeiten ist die Arbeitsgemeinschaft im Reichstag vollends und grundsätzlich zur Unfruchtbarkeit verdammt, da ihr der Mutterboden des außerparlamentarischen Kampfes fehlt.

Wohin wir blicken, wortgefälliges Nichtstun, das sich von dem offenen und bewußten Referierungsoffiziösentum der Scheidemänner durch noch größere Gefährlichkeit unterscheidet, soweit das Proletariat das parlamentarische Schattenspiel für ernsten Klassenkampf nimmt und auf Hilfe vom Reichstagshimmel hofft und harrt.

Welcher Sozialist das Parlament heute nicht als Werkzeug in den Dienst der Massenaktion stellt, macht es zur plappernden Spinnstube oder zu schlimmerem. Welcher Sozialist es heute nicht benutzt, um das Vertrauen, die Hoffnung der Arbeiterklasse, wie auf Regierung, Reichskonferenzen, Partei- und Gewerkschaftsinstanzen, so auch auf den Reichstag und auch auf die parlamentarischen Scheinaktionen der sozialistischen Abgeordneten der Opposition systematisch und in der Wurzel auszurotten, ist ein Irreführer, kein Führer des Proletariats. Und welcher sozialistische Abgeordnete heute, da der Belagerungszustand alle anderen Tribühnen verschlossen hat, im Parlament diese heiligsten Pflichten nicht erfüllt, er mag sich drehen und wenden wie er will, er macht sich zum Mitschuldigen des Belagerungszustandes.

Fort mit dem alten Geleier – wir brauchen das neue Schwert!

Das Fazit der Reichskonferenz.

Unter dem Schwert der Militärdiktatur, hinter verschlossenen Türen, die Berichterstattung unter der doppelten Zensur der Parteiinstanzen und der militärischen Kommandanten der „öffentlichen Meinung": so tagte drei Tage lang die „Reichskonferenz", so verwirklichte sich in vollkommen angemessener Form die tolle Lüge einer sozialistischen und demokratischen Benefizvorstellung für den deutschen Imperialismus in Nöten. Das dreht sich im Reigen und jauchzt dem Herrn zu, aber die Ketten klirren verräterisch an den Füßen, die Peitsche knallt vernehmlich den Takt und den armseligen Komödianten antwortet nur das dumpfe Echo ihrer Kerkermauern.

Selbst für den abgebrütetsten Komödianten war diese Situation atembeklemmend.

„Bei einer absolut freien Berichterstattung – so muß ein Mitglied des Parteivorstandes zu Beginn der Tagung erklären, könnte die glatte Beendigung der Konferenz in Frage gestellt werden." Die Militärdiktatur über der Konferenz!

Die Gruppe der „Internationale" nagelte an der Schwelle der Verhandlungen den Charakter der Konferenz fest. Sie spricht ihr jede politische und moralische Bedeutung und lehnt jede sachliche Abstimmung von vornherein ab. Die Gruppe der Arbeitsgemeinschaft, die der Gelegenheit zu schwatzen nicht hatte widerstehen können, wird ihr wohl oder übel am Schluß der Verhandlungen folgen müssen. Sie wird reden, aber nicht abstimmen. So drehen sich die Räder der Mehrheit im luftleeren Raum. Ihrer Aktionskraft ist von vornherein das Wirkungsfeld entzogen. Mag sie sich selbst ein Vertrauensvotum ausstellen!

Ihre Hauptredner Scheidemann und Ebert ließen alle Register des Sozialimperialismus erklingen. Es galt, das beginnende Erwachen der Massen einzuschläfern, die ersten Schritte der Massenaktionen zu hemmen. Die russische Gefahr, die längst verfaulte Kriegslegende tauchte wieder aus der Versenkung auf, der Verteidigungskrieg, das Volksheer, die Verwahrung gegen Annexionen im allgemeinen und ihre Beschönigung im einzelnen. Ebert rückte der verhaßten Massenaktion direkt auf den Leib. Im echten Polizeistil vergießt er Tränen über die „unglücklichen Opfer der Verführer zum Streik". Er beschwört das Musterbild der englischen Munitionsarbeiter, die auf Sonn- und Feiertage verzichten. Der Mannheimer Parteitagsbeschluß spricht offen aus, unter welchen Umständen ein Massenstreik eingeleitet werden *darf*. So mußten also die Arbeiter wohl warten, bis die Scheidemann und Legien die Fahne des Massenstreiks erhoben, nach gnädigst eingeholter Erlaubnis Bethmann-Hollwegs. Inzwischen aber ist es Pflicht der Instanzen, gegen solche „wilde Aktionen" vorzugehen.

Hier war der Rhodus, wo es zu springen galt. Was wußte die Arbeitsgemeinschaft darauf zu antworten? Ihr Denken und Reden kreist um die Parlamentstribüne. Toleranz und Aktionsfreiheit für ihre welterschütternden Redeaktionen im Parlament, das ist einstweilen der Gipfel ihrer Wünsche und das Ziel ihres Kampfes. „*Keiner von uns*," erklärte Haase, „*empfiehlt wilde Streiks*, aber man soll Verständnis für die darin ausbrechenden Gefühle haben. (!) Statt des kühnen Aufrufs der Massen zur breitesten Entfaltung ihrer Machtmittel gegen den Krieg die bescheidene Bitte um ein wenig Verständnis für ihre „Gefühle" und um ein wenig Spielraum für die parlamentarischen Uebungen der Herrschaften von der Arbeitsgemeinschaft. Konnte man der Situation kläglicher, hilfloser, bornierter gegenüberstehen? Konnte die Unzulänglichkeit der Einsicht und der Mangel an Mut sich klassischer aussprechen? Dasselbe Bild auf dem Felde der internationalen Politik. Worin mündet da die Forderung der Arbeitsgemeinschaft? Die „Verständigung" ist ihr das erlösende Wort, die „Verständigung der Völker", die, abgetrennt vom Klassenkampf des Proletariats im eigenen Lande, nichts anderes bedeutet als den *Kuhhandel der Regierungen auf dem Boden des Imperialismus und auf Kosten der Völker*.

Wie im Brennspiegel faßte Karl Kautsky die trüben Strahlen dieser hilflos schwankenden Theorie und Praxis, dieser Trümmerstücke einer verglommenen Fackel, zusammen. „England und das englische Proletariat" seien sofort zum Frieden bereit, wenn von der deutschen Regierung gewährleistet würde: keine Annexionen, die Wiederherstellung Belgiens und Serbiens, die Anerkennung internationaler Schiedsgerichte durch Deutschland, eine Verständigung mit England über die Rüstungen.

Dies sind die Erkenntnisse, die der Theoretiker der Arbeitsgemeinschaft aus zwei Jahren des imperialistischen Weltkrieges schöpft und dies der Leitstern ihrer politischen Praxis! Wenn die Mehrheit die positive Hilfsorganisation der Arbeiterschaft für den Imperialismus darstellt, so die Arbeitsge-

meinschaft die Organisation der Hilflosigkeit gegen den Imperialismus, der frommen Wünsche und der biederen Gefühle, die nur allzuoft in den unfreiwilligen Helferdienst für den Gegner umschlagen.

Demgegenüber wußte die Gruppe der „Internationale", geschlossen in ihrer Auffassung der Situation, sie geistig beherrschend, das Gewicht einer festen Auffassung in die Wagschale zu werfen.

Die Konferenz endete mit einem Vertrauensvotum, das die Mehrheitsvertreter den — Mehrheitsvertretern spendeten. Sie hatten nach der Konferenz, was sie vor der Konferenz hatten — ihre eigene Ueberzeugung von ihrer eigenen Trefflichkeit.

Wenn sie nicht weiter zu gehen wagten, so war das aber für die Opposition des Sumpfes alles eher als ein Grund zur Befriedigung. Denn es war wesentlich ihrer Zaghaftigkeit zuzuschreiben, wenn die Mehrheit ihr die gewünschte „Toleranz" für ihre parlamentarischen Tourniere einräumte: nicht aus Respekt vor ihrer zahlenmäßigen Stärke, sondern aus der richtigen Erkenntnis ihrer inneren Schwäche.

Die schalkhafte Wirklichkeit sollte gar bald der Arbeitsgemeinschaft diese bittere Wahrheit in schonungsloser Weise beibringen. Sie schwelgte noch in den süßesten Träumen von ihrer herannahenden Macht in der Partei — da sie doch so viele Mandate zur Reichskonferenz aufgebracht hatte — und die Redaktion des „Vorwärts" verkündete soeben der Welt in einer Betrachtung über „Das Ergebnis der Reichskonferenz" (Nr. vom 24. September), daß nunmehr „seitens der Mehrheit der kleinliche Kampf instanzenmäßiger Vergewaltigung aufgegeben werden" müsse, als kaum einige Tage darauf das Hauptblatt der Arbeitsgemeinschaft von seinem traurigen und wenig ruhmvollen Geschick ereilt wurde und am eigenen Leibe erfuhr, daß rednerische Lufterschütterungen auf einer Konferenz noch kein ausreichender Schutz gegen eine entschlossene, wenn auch noch so verwerfliche Kampfesweise des Gegners sind.

Politisches und Kritisches.

Ein Alarmschrei.

Am 21. Oktober fiel Oesterreichs Ministerpräsident von der Kugel Friedrich Adlers.

Eher mag man staunen, daß diese Tat nicht früher geschah, als daß sie jetzt geschehen ist.

Oesterreich — diese Mischung orientalischer Despotie mit deutscher Militär-, Polizei- und Geldsacksherrschaft; Oesterreich, die Wiege des Weltkrieges, ist im Kriege zur Hölle geworden. Kerker, Flinte, Galgen regieren. Das Stöhnen der Verzweifelten erstickt unter der würgenden Faust. Selbst die russische Duma ward nicht völlig ausgeschaltet — in Oesterreich Grabesstille. Selbst das ungarische Tisza-Parlament trat zusammen — in Oesterreich Kirchhofsruhe.

Und in dieser Kirchhofsruhe, in diesem Moderduft, kein ermunternder Luftzug. Nirgends die Sozialdemokratie, die „Völkerbefreierin", so verfault, wie in Oesterreich. Wenn die offiziellen Leiter der österreichischen Bewegung die offiziellen deutschen Mameluken an Renegaten-Niedertracht nicht erreichen mögen, in Oesterreich fehlt das entschlossene und bewußte Aufbäumen der Arbeiterschaft gegen die falschen Führer, fehlen selbst die Anfänge einer Massenbewegung gegen Krieg und Regierung noch immer. Der Dunst quälender Trostlosigkeit vom Himmel bis zur Erde, soweit der Horizont reicht.

In dieser Atmosphäre „Halbasiens" unter dem Druck des Verrats der Arbeiterklasse durch die Instanzen, angesichts der bleiernen Regungslosigkeit der Volksmassen, erwuchs die Tat Friedrich Adlers ähnlich den großen russischen Attentaten anfangs der sechziger Jahre des vorigen Jahrhunderts. Zu einer Zeit, da Millionen Schuldloser für fremde Schuld und feindliche Interessen hingeschlachtet werden, traf sie den verantwortlichen Träger eines fluchbeladenen Regimes.

Friedrich Adlers Hand war die Hand des Rächers und Richters, des Mahners und Warners. Seine Revolverschüsse zeigten der Welt, wie im Zucken des Blitzes das Grauen des Abgrundes, in dem sich das österreichische Volk befindet. Nicht die Erweckung des österreichischen Parlaments, eines Abklatsches der deutschen Reichstags-Bedientenstube, war ihr Zweck, sondern der Alarm der Oeffentlichkeit, die endliche Aufrüttelung des österreichischen Proletariats zu selbständiger Initiative, zu entschlossenem Handeln, zum sozialistischen Kampf.

Für diesen heiligen Zweck brachte er bewußt sein Opfer dar.

Ihre moralische Höhe feit die Tat gegen die Niedrigkeit, die sie begeifert. Um ihre politische Wirkung zu verhindern, stempeln geschäftige Federn den Täter zum Irrsinnigen. Das Preßgesindel der deutschen Regierungssozialisten gab die Losung: ihnen bangt am meisten vor dem Erwachen des Proletariats, für das Friedrich Adler sein Leben hingab.

Wir senken das Haupt vor dem Täter und erkennen in der Tat das Walten der unabwendbaren Verkettung von Ursache und Wirkung; aber auch eine neue Bestätigung unserer Politik, der Politik, die in der bewußten sozialistischen Aktion der Massen das einzige Mittel erblicken, das die Befreiung der Arbeiterklasse und die Erlösung aller in politischer und sozialer Verdammnis Schmachtenden verheißt und sichert.*)

*) Indem wir uns vollinhaltlich den obigen Ausführungen anschließen, möchten wir nur noch bemerken, daß wir über die Zweckmäßigkeit der terroristischen Taktik mit Adler nicht zu rechten brauchen. Sein ganzes Leben und Wirken im Dienste des proletarischen Klassenkampfes, ist Bürgschaft dafür, daß ihm ebenso der Wunsch fern lag, den einstigen russischen Terrorismus auf österreichischen Boden wieder aufleben zu lassen, wie ihm die objektive Unmöglichkeit klar sein mußte, dieser Kampfesweise bei einem Proletariat Eingang zu verschaffen, das auf eine 25jährige politisch und geistig tief verankerte und weitverzweigte Massenbewegung zurückblickt. Wir nehmen Adlers Tat für das, was sie ist — für einen Alarmschrei, den der Rufer mit seinem Blut besiegelt.

Die Redaktion.

Der „ausreichende Schutz".

Sind wir nicht Staatsstützen genug? Schützen wir die Regierung, den heiligen Kapitalismus, den dreimal heiligen Völkermord nicht „wirklich völlig ausreichend?": So ließ sich am 11. Oktober der Vorsitzende der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion Philipp Scheidemann vernehmen. Und „protestierte" gegen die Einsperrung des Genossen Mehring, während er gleichzeitig dem wehrlos in Schutzhaft Sitzenden einen tückisch vergifteten Pfeil ins Gefängnis schickte.

Keine rohe Gewalt, die unseren geistigen Kampf stört! so rief er, während er bereits die Hand zur Leichenfledderei am verbotenen „Vorwärts" ausgestreckt hatte.

„Aus tiefster Ueberzeugung" forderte er die Aufhebung des Belagerungszustandes, er, der Sprecher, der Nutznießer und Handlanger des Belagerungszustandes, die sich in der Küche des Belangerungszustandes durchschmarotzern und am Kamin des Belagerungszustandes wärmen, in dem die kümmerlichen deutschen Volksrechte in flackernder Flamme verbrennen.

Was wetten, daß selbst Herr von Bethmann-Hollweg vor solcher Gesellschaft zuweilen ausspeit: Pfui Teufel! „Aber was tun?" wird er in Bismarckscher Reminiszenz achselzuckend hinzufügen: „Was tun? Anständige Menschen arbeiten nicht für mich!"

Das Ende einer Schwindelphrase.

„Sozialismus wohin wir blicken" — jauchzten und jubilierten die Kolb und Lensch und Winnig und Kluth, als die Brotkarten-Herrlichkeit vor ihren Augen aufging. Längst hat ihr Jubel betretenem Schweigen den Platz geräumt und am 18. Oktober 1916 machten sich ihre Nahrungsmittel-Nöte in der Reichstags-Budget-Kommission Luft im Ruf nach — der Polizei: „Wir müssen eine Art Polizeistaat haben, der hier Vorsorge trifft, wenn er auch in politischen Dingen nicht zu wünschen ist." In der Zeit des Belagerungszustandes der Hilferuf nach dem Polizeistaat zur Rettung aus dem „Sozialismus wohin wir blicken" — und all das aus „sozialdemokratischem" Munde!

Der Fall ist typisch für das Schicksal aller der Hoffnungs- und Jubel-Phrasen von Neuorientierung und ähnlichem Gewäsch, mit dem die Massen heute noch nach Kräften für die Regierung geködert werden.

Der „Vorwärts"-Streich vor der Groß-Berliner Verbands-Generalversammlung.

Wären Worte mutige Schwerter, so wäre nach dem letzten „Vorwärts"-Streich des Parteivorstandes in den Berliner Lüften das Klingen alter Heldenträume gewesen. Dichterklagen sind uns nicht gegeben, um so viel vergeudete Größe. So können wir bei der Verbands-Generalversammlung vom 29. Oktober nur die wirklichen Kräfte schätzen und berechnen, die für oder wider eine schnurgerade Politik, wie sie nur dem Willen klassenbewußter Proletarier entquillt, sich einsetzen. Die Rechnung eines solchen

kristallklaren Willens ist den in Berlin vorläufig noch tonangebenden Führern der Arbeitsgemeinschaft auch im „Vorwärts"-Streit vorgelegt worden; sie haben sie nicht eingelöst. Sie konnten sie ohne den Willen und Mut, der nicht bei ihnen ist, nicht zahlen. Für die Masse der Arbeiterschaft zur Kenntnis und als Richtlinien für den weiteren Kampf veröffentlichen wir ein Flugblatt, die Anträge, sowie zwei Reden, in denen von der entschiedenen Opposition der Berliner Generalversammlung der Weg aus dem Sumpfe gezeigt worden war.

Folgendes Flugblatt lag den Delegierten von der Versammlung bereits vor:

An die

Verbands-Generalversammlung Groß-Berlins.

Parteigenossen! Delegierte!

Wir haben über die „Vorwärts"-Angelegenheit zu entscheiden. Es liegt uns in Form einer Flugschrift, betitelt: „Der Gewaltstreich des Parteivorstandes" der Bericht über den Hergang des Konflikts vor, in dem die Korrespondenz und die Beschlüsse aller beteiligten Körperschaften zusammengestellt sind.

Was hat nun der Zentralvorstand von Groß-Berlin, der in seiner überwiegenden Mehrzahl aus Mitgliedern der Arbeitsgemeinschaft besteht, was die Preßkommission, was die Redaktion des „Vorwärts" zur Wahrung der Interessen der Berliner Arbeiterschaft getan? Sie haben Briefe geschrieben und Briefe erhalten. Sie haben diskutiert, gestritten und Resolutionen gefaßt. Sie haben Anträge an das Oberkommando gestellt und mit der Ausführung dieser Anträge den Helfershelfer des Parteivorstandes, ihren geschworenen Feind, Herrn Richard Fischer, betraut. Sie haben mit dem Oberkommando verhandelt, sie haben mit dem Parteivorstand verhandelt, sie haben miteinander verhandelt. Nur eins haben sie nicht getan:

sie haben nicht gehandelt!

Und als die Sache bereits verloren war, versammelten sich Zentralvorstand und Preßkommission, um in Resolutionen feierlichst zu verkünden, daß der Parteivorstand . . . das Organisationsstatut durchbrochen hat!

Genossen! Der Parteivorstand hat bereits längst und zwar dutzende Male das Statut nicht bloß durchbrochen, sondern es auch in Stücke zerrissen und seine Mitglieder zünden sich jetzt mit den Fetzen ihre Nachmittagszigarren an. Es gehört bureaukratische Gehirnerweichung dazu, den Kampf mit dem Paretivorstand, der zugleich ein Kampf gegen die Säbeldiktatur ist, immer noch als einen Rechtsstreit und nicht als nackte Machtfrage aufzufassen.

War denn das Schicksal des „Vorwärts" unabwendbar? War es nicht möglich, den frechen Staatsstreich des Parteivorstandes, des Schützlings und Nutznießers der Säbelherrschaft, zu verhindern?

Jawohl! Wenn die Berliner Opposition von der Arbeitsgemeinschaft Mark in den Knochen hätte. Wenn sie von Lassalle gelernt hätte, was Macht ist. Wenn sie – statt vor der Entlassung eines Richard Fischer

zurückschrecken — sich den „Vorwärts"-Betrieb wirklich gesichert, wenn sie durch Beitragssperre und andere ernste Waffen den Parteivorstand in Berlin mattgesetzt und sich selbst eine feste eigene organisatorische und finanzielle Rüstung geschaffen hätte — gestützt auf die lebendige Aktivität der Massen. Wenn sie den Massenkampf, der verheißungsvoll begonnen hatte, rücksichtslos fortgesetzt hätte und nicht bei den ersten paar Haussuchungen, Verhaftungen und Briefsperren zusammengekracht wäre, daß Gott erbarm. Wenn sie die Massen aufgerufen und zu Trägern der Bewegung hätte werden lassen, statt sie zurückzudrängen und ihre Geschicke ganz wie einst — im Zentralvorstand, in der Preßkommission und anderen Vorständen und Kommissionen nach dem verrotteten Schema obrigkeitlich instanzenmäßig von oben herab zu verwalten. Wenn sie so ihre Entschlossenheit und Kraft entwickelt und geübt hätte. Dann hätten die Massen selbst als ein aktionsbereiter Wächter so fest und sturmerprobt hinter dem „Vorwärts" gestanden, daß sich die Ebert und Genossen nicht herangetraut hätten. Warum waren die hunderttausende Berliner Genossinnen und Genossen nicht in der Lindenstraße aufgeboten? Warum erzwangen sie sich nicht Gehör und Gehorsam in den feierlichen Sitzungen, die über das Schicksal des Blattes, ihres Eigentums, entscheiden sollten? Warum haben sie die Ebert nicht auf derb proletarische Art unmittelbar vor ihr Tribunal gezogen? Unbekümmert um die Instanzen, die der Parteivorstand längst zu Popanzen gemacht hat?!

Ein Jahr ist's her, da wußten sich die Vertreterinnen der oppositionellen Frauen Groß-Berlins Eintritt und Gehör beim Parteiausschuß zu verschaffen! Wie klein war damals noch die Groß-Berliner Opposition. Aber sie war frisch, kühn, wagemutig, aktionsbereit und daher stark. Wie groß ist sie heute? Aber wie schlaff, wie zaudernd, unsicher, aktionsfeindlich, und daher schwach!

Ein Exempel zur Lehre: Was die Organisation zur schneidigen Waffe und was sie zum Bleigewicht macht.

Hätte der Parteivorstand den „Vorwärts" — Redaktion und Druckerei — Tag für Tag und Nacht für Nacht von opferbereiten Genossen besetzt gefunden; wußte er, daß ihn die Massen für seine Infamie exemplarisch zur Verantwortung ziehen würden — nicht erst „auf dem Parteitag", sondern heute! In Massenkundgebungen! Wüßte er, daß sein Staatsstreich mit einer allgemeinen Beitragssperre, mit dem Boykott und dem Ersatz des „Vorwärts" und mit einer energischen, rastlosen, systematischen Flugblattaktion erwidert würde, er hätte den Streich nicht gewagt. Und wenn er ihn gewagt hätte, er wäre mißglückt. Und wenn er nicht mißglückt wäre, wäre die Berliner Opposition heute in Ehren unterlegen, um morgen in Ehren zu triumphieren.

Aber freilich, es konnte nicht so kommen, wie es hätte kommen müssen, wenn der Parteivorstand hätte unterliegen sollen. Weil die Berliner Opposition das jammervollste Stück einer Scheinopposition ist. Weil der „Vorwärts" kein Vorbild stürmischer oder auch nur klarer, folgerichtiger Opposition war, kein Propagandist der Massenbewegung, sondern ein abschreckendes Vorbild scheinoppositionellen Durchtaumelns und ein Propa-

gandist der Instanzenpolitik mit drei Kreuzen vor dem Gedanken an die Bewegung der Massen selbst.

Das Bestreben, sich heimlich in die Macht einzuschleichen, hat noch immer Schiffbruch gelitten, wenn die einzig mögliche Stütze der Macht das Bewußtsein der Massen war. Und heute mehr als je können die Massen nur gewonnen, angefeuert und zur Aktion fortgerissen werden durch kühne Initiative – nicht in der Verteidigung, sondern im stürmischen Angriff.

Noch wäre nichts verloren, wenn die Massen noch jetzt mit den bisher versäumten Mitteln eingreifen würden. Noch können sie die Situation retten und die Niederlage in einen Sieg verwandeln. Aber ihr erstes Werk müßte sein, den jetzigen Ungeist der Berliner Opposition auszutreiben und die proletarische Bewegung Berlins mit einem neuen besseren Geist zu erfüllen: mit dem Geist der Bereitschaft und des Willens zum Massenkampf!

Dann, aber nur dann, werden sie den „Vorwärts" zurückerobern, aber allerdings, um auch ihn mit einem anderen, einem besseren Geist zu erfüllen. Spartakus.

Ferner lag wieder die bereits im Juni d. J. den Berlinern unterbreitete Resolution Luxemburg vor, die das offene und organisierte Zusammengehen der durch den Parteivorstand vergewaltigten oder verfolgten Organisationen im ganzen Reiche fordert. Wir geben sie in dem Wortlaut, der der Oktoberversammlung unterbreitet wurde:

Resolution Luxemburg und Genossen.

Das Verhalten des Parteivorstandes gegenüber der Redaktion des Zentralorgans „Vorwärts", sein Gewaltstreich in Duisburg, seine Mitwirkung an den Parteiwirren im Frankfurter Agitationsbezirk und in Bremen, der Versuch, die dem Parteivorstand mißliebigen Mitglieder der Kontrollkommission hinauszudrängen, die Parteinahme für den abgesetzten Kreisvorstand von Teltow-Beeskow, endlich der mit der preußischen Landeskommission ausgeführte Handstreich gegen die Berliner Genossen sowie das unerhörte Attentat gegen die Berliner Arbeiter, deren Organ er, entgegen dem Willen der Berliner Genossen, in den Dienst der imperialistischen Politik vom 4. August gestellt hat, – alles dies hat bewiesen, daß der Parteivorstand nicht mehr als Organ des sozialdemokratischen Klassenkampfes funktioniert, sondern als ein Organ der Regierungspolitik, das die deutsche Arbeiterklasse vor den Wagen der imperialistischen Bourgeoisie zu spannen trachtet. Der Parteivorstand erweist sich damit als eine Gefahr für den Bestand der Organisation, die politische Macht und den sozialistischen Geist der Partei, eine Gefahr, deren systematische Bekämpfung dringende Pflicht aller Genossen ist, denen die Grundsätze des internationalen Sozialismus, die Zukunft der Arbeiterbewegung am Herzen liegen.

Die Verbands-Generalversammlung beauftragt den Groß-Berliner Zentralvorstand, sich mit anderen Kreisen im Reich, die gleichfalls unter

der zerrüttenden Politik des Parteivorstandes zu leiden haben, ins Einvernehmen zu setzen, um gemeinsam über organisatorische Abwehrmaßnahmen zur Rettung der Partei zu beraten.

Des weiteren schlug der Kreis Teltow-Beeskow in einem ausführlichen Antrag den Berlinern vor, zur Abwehr des Gewaltstreichs zu beschließen: Boykott des „Vorwärts", Amtsniederlegung der Redaktion, Bezug eines Parteiblattes aus dem Reich als Ersatz für den „Vorwärts", Herausgabe von Mitteilungszirkularen, sowie die Schaffung eines neuen Berliner Parteiblattes.

Zwei von Mitgliedern der Groß-Berliner Organisationen gezeichnete Anträge begründen die Unmöglichkeit für die Berliner, an diesen Parteivorstand Beiträge noch weiter abzuführen (was auch ein Teltower Antrag aussprach), und geben den Organisationen des 2. und 3. Berliner Kreises die Anregung, ihren Reichstagsvertretern als Teilhabern an den Gewaltstreichen des Parteivorstandes und an der Regierungspolitik die Eigenschaft sozialdemokratischer Abgeordneter abzuerkennen. Die Anträge lauten:

Antrag 1.

Die Verbands-Generalversammlung von Groß-Berlin verpflichtet den Zentralvorstand, den dem Parteivorstand auf Grund des Statuts zukommenden Teil der Beiträge zu sperren.

Die gesperrten Gelder sind vom Zentralvorstand für die Partei aufzuheben, bis die von den Parteiinstanzen betriebene Vergewaltigung einzelner Parteiteile und Zerrüttung der Partei im ganzen beseitigt, deren Rechte den Parteibehörden gegenüber und speziell die Rechte der Berliner Genossen auf den „Vorwärts" gewährleistet sind und die Partei selbst auf den Boden des proletarischen Klassenkampfes, und insbesondere des rücksichtslosen Kampfes gegen den Imperialismus in jeder Form gestellt worden ist.

Die Verbands-Generalversammlung weist die willkürliche Auffassung des Parteivorstandes, wonach Parteiorganisationen, die ihm den Beitrag verweigern, sich ohne weiteres außerhalb der Partei stellen, aufs entschiedenste zurück und stellt fest, daß die Beitragssperre nur als Abwehr und Protest gegen einen pflichtvergessenen Parteivorstand zur Anwendung kommt, der durch ununterbrochene Verletzungen des Parteistatuts des Programms und der Parteitagsbeschlüsse sich selbst tatsächlich längst außerhalb der Partei gestellt hat.

Schließlich gibt die Verbands-Generalversammlung ihrer Ueberzeugung Ausdruck, daß, soweit die Genossen im Reich zur Wahrung ihrer Rechte von der Waffe der Beitragssperre Gebrauch machen, dies — um dem Parteivorstand seinen Kampf gegen die Partei nicht zu erleichtern — nur durch den Beschluß der Wahlkreisverbände oder einzelner Wahlkreise geschehen soll, die unmittelbar die Abführung der Beiträge an die Kasse des Parteivorstandes bewerkstelligen.

Antrag 2.

Als Beantwortung des Gewaltstreichs des Parteivorstandes würde es die Verbands-Generalversammlung mit Freuden begrüßen, wenn der 2. und 3. Berliner Wahlkreis durch ihre Mitgliederversammlungen erklären, daß ihre Abgeordneten, der Geschäftsführer des „Vorwärts" R. Fischer und das Parteivorstandsmitglied W. Pfannkuch n i ch t mehr als die Vertreter ihrer Wähler im Reichstage zu betrachten sind, da sie nicht mehr eine den Anschauungen ihrer Wähler entsprechende sozialdemokratische Politik vertreten, vielmehr als Vertreter der Regierungspolitik anzusehen sind. Dieser Beschluß wäre der Oeffentlichkeit bekannt zu geben.

Die Verbands-Generalversammlung erachtet es ferner im gemeinsamen Interesse für geboten, dieses Verfahren auch den anderen Kreisen des Reichs zu empfehlen, soweit sie durch Parteivorstandsmitglieder und Mehrheitsabgeordnete vertreten werden, da diese das Parteiprogramm und die Beschlüsse der Partei mit Füßen treten und sich in den Dienst des Imperialismus gestellt haben. Mit ihrer Beseitigung als Vertreter der Sozialdemokratie im Parlament muß schon jetzt begonnen werden.

(Es folgen Unterschriften Delegierter der entschiedenen Opposition aus dem 2., 3., 4., 6. Berliner Wahlkreis und dem Wahlkreis Teltow-Beeskow.)

Man weiß, wie die Wortführer der lauwarmen Opposition von Haase über Ledebour bis zu Ströbel und Hoffmann im Hochgefühl ihrer historischen Berufung – gekniffen haben gegenüber denen, die ihnen die Waffen, die einzigen, um das Recht der Berliner zu erfechten, in die Hand drückten. Sie streckten lieber den Arm hin, um wieder einschlagen zu dürfen in die Hand der gottgewollten Abhängigkeit von den Instanzen. Sie wollten für den „Vorwärts" nichts zahlen und sie wollten mit den Instanzen verhandeln. Der Arm blieb solange sinnlos ausgestreckt, bis mit dem verdienten Fußtritt die Redaktion, die berufen war, „durchzuhalten", hinausflog. Das ist den Führern ohne Massenpolitik und ohne Massen, die diesmal noch die entscheidende Stimmenzahl aufgebracht haben, besonders von zwei Rednern vorausgesagt worden, deren Ausführungen wir im folgenden wiedergeben:

Der Antrag Luxemburg wird vom Genossen Müller (Teltow-Beeskow) begründet, der ausführt, daß der Antrag bereits auf der ersten Verbands-Generalversammlung vorgelegen habe und abgelehnt worden sei. Damals mit der Begründung, daß wir durch Annahme dieses Antrags, besonders durch seinen Schlußpassus, das Odium der Parteispaltung auf uns laden, dies müsse aber schon wegen der indifferenten Massen vermieden werden. Heute sei, sagt Redner, die Zeit vorbei, auf solche Erwägungen Rücksicht zu nehmen, heute sehe jeder Genosse, wer bewußt auf die Spaltung hinarbeite. Wir haben gerade in Teltow-Beeskow erlebt, wie vorteilhaft die Spaltung für uns sei; denn abgespalten haben sich nur die Partei- und Gewerkschaftsbeamten, und die endlich los zu sein, sei für uns alle vorteilhaft. Von der Masse der Genossen wollen und brauchen wir uns nicht zu spalten, nur diese kann eine Politik betreiben, die den rücksichtslosen Klassenkampf, die sofortige

Beseitigung des Burgfriedens durchführt. Das Volk muß im Kampf gegen den Imperialismus zu tatkräftigen Aktionen schreiten; daß solche wohl möglich sind, habe der Streik der Berliner Munitionsarbeiter am Tage der Liebknechtverurteilung gezeigt. Zur Durchführung solcher Aktionen, wie auch zum tatkräftigen Kampf gegen die verwerfliche, den Arbeitern gegenüber verräterische Instanzenpolitik des Parteivorstandes ist aber ein offener Zusammenschluß der bereits kampfbefeiten Parteiorganisationen notwendig, die geheimen Verbindungen der Arbeitsgemeinschaft sind wertlos. Die Kämpfe der Arbeiter sind frei und offen: mit aller Rücksichtslosigkeit und Kraft zu führen, nur dann können sie von Erfolg sein. Das fordere der Antrag Luxemburg. Nehmen Sie den Antrag heute an. Sie werden dann im Sinne unserer eingekerkerten Genossen beschließen und erleben, daß die Massen nur noch fester hinter uns stehen und nicht wie heute, durch eure Schwächlichkeit und Halbheit verwirrt, mißmutig auseinanderlaufen.

Ein anderer oppositioneller Redner leitete seine Ausführungen mit der unumgänglichen Feststellung ein, daß der „Vorwärts" in seiner früheren Gestalt das Organ der Halbheiten und der Unentschlossenheiten war und den Anforderungen einer entschiedenen Opposition in keiner Weise entsprochen habe; dennoch sei es selbstverständlich, daß alles zu seiner Verteidigung gegenüber dem Parteivorstand getan werden müsse, denn es handle sich um Abwehr eines gegen die Berliner Arbeiterschaft gerichteten politischen Gewaltstreichs. Das sei um so mehr geboten, als der „Vorwärts" von seinen engsten Freunden nur in schwächlichster Weise verteidigt werden solle. Der Redner wandte sich gegen den von den Kreisvorständen (Arbeitsgemeinschaft) vorgelegten Antrag (neue Verhandlungen mit dem Parteivorstand, Nichtbezahlung des „Vorwärts"), den er als eine Scheinaktion bezeichnete. Daß sich irgend etwas ändert, so rief der Redner der Versammlung zu, wenn Sie heute beschließen, den Parteivorstand aufzufordern, seine Gewaltmaßregeln aufzugeben, werden Sie wohl selbst nicht glauben. Was den zweiten Teil des Antrages betrifft, so habe Hoffmann in seiner Empfehlungsrede dem Verlangen nach einer rücksichtslosen Boykottierung des „Vorwärts" das Argument entgegengestellt, die Berliner Organisation dürfe durch einen derartigen Beschluß nicht den Vorwurf auf sich lenken, den „Vorwärts" ruiniert zu haben. Diese Argumentation sei der Gipfel der Unentschlossenheit und Rechnungsträgerei. Nur dann werde man auf ein entsprechendes Echo in den Kreisen der Parteigenossen rechnen können, wenn man eine klare eindeutige Kampfparole ausgebe. Mit einer Aufforderung zum Nichtbezahlen des Abonnementsgeldes sei es nicht getan. Auch geschenkt wolle die denkende Arbeiterschaft ein derartig geschändetes Blatt nicht im Hause haben. Der Parteivorstand habe ein wohlüberlegtes Spiel getrieben, und er werde seinen Siegespreis festhalten, wenn die Berliner Arbeiterschaft nicht entschlossen sei, ihn in Scherben zu schlagen. Der „Vorwärts", wie er heute bestehe, sei wert, daß er zugrunde gehe. Den Eberts und Scheidemanns, die da wähnen, die Verfügungsmöglichkeit skrupelloser Benutzung von äußeren Machtmitteln gestatte es ihnen, den Berliner Genossen ein im Sinne der Politik des 4. August geleiteten Blattes gegen ihren Willen aufzuzwingen, müsse durch die Tat gezeigt werden, daß im Gegensatz zur bürgerlichen Ge-

schäftspresse ein Parteiblatt ohne die hingebungsvolle Arbeit der Genossen nicht bestehen könne. Es müsse ein entsprechender Beschluß gefaßt und unverzüglich mit aller Kraft für seine Durchführung gearbeitet werden. Der Redner wandte sich dann nachdrücklich gegen die Auffassung, die den „Vorwärts"konflikt als Einzelfall betrachtet haben will. Es sei doch klar, daß der jetzige Gewaltstreich genau der seit Jahr und Tag vom Parteivorstand geübten Methode entspreche, die darauf abziele, der Politik des 4. August unter allen und jeden Umständen die Bahn freizumachen. Das müsse bei der Beurteilung des Kampfes wie auch bei der Anwendung der Kampfmittel ausschlaggebend sein. Es handle sich um keinen Rechtsstreich, sondern einen Machtkampf, es handle sich letzten Endes darum, ob in der Sozialdemokratie eine kleine Clique oder die Massen der Genossen ihren Willen durchsetzen können. In diesem Kampfe gelte es, alle Mittel anzuwenden, alle ausnahmslos, und zwar nicht die abgerissenen Mittel des Instanzenweges, der Sitzungen und Resolutionen, sondern die Mittel der Tat. Dem Parteivorstand müsse die Masse der Genossen gegenübergestellt werden und darum unmittelbare Aktion. Ein Kampfmittel, auf das eine entschlossene Opposition nicht verzichten dürfe, sei die Beitragssperre. Die Arbeitsgemeinschaft habe gewiß gegen die ruinierende Gewalt des Parteivorstandes sehr viel moralische Entrüstung aufgebracht, hätte sie nur den zehnten Teil davon an Mut bekundet, so wäre uns der letzte Gewaltakt wahrscheinlich erspart geblieben. Der Redner erwähnte dann kurz die Gründe, die für die Beitragssperre sprechen, wandte sich gegen die unsinnige Behauptung, daß man sich dadurch außerhalb der Partei stelle, betonte aber, daß nie und in keinem Falle eine Körperschaft, die kleiner sei als eine Kreisorganisation (Ortsvereine, Abteilungen, Unterbezirke), von sich aus die Beitragssperre beschließen dürfe. Die Einheit, die vernünftigerweise diesen Beschluß fassen könne, sei der Kreisverband, bzw. die Kreisorganisation, aber nur insofern sie ihren Beitrag für den Parteivorstand unmittelbar an die Zentralkasse abführe. Die Beitragssperre sei kein Wundermittel zur Heilung der Partei, sie sei nur ein Mittel zur Stärkung und Zusammenfassung der Opposition innerhalb der Partei, ein Agitationsmittel der noch nicht aufgeklärten Parteimasse gegenüber. Konsequent durchgeführt solle die Beitragssperre unserer Auffassung Ausdruck verleihen, daß wir in diesem Parteivorstand weder ein Organ der Partei, noch einen Vertreter des Sozialismus erblicken können. Zu unserem Antrag 2 sei zu sagen, daß mit den Vertretern des 4. August schon jetzt abgerechnet werden müsse. Die Resolution Ledebour-Hoffmann (den Schuldigen am „Vorwärts"-Streich in Zukunft keine Aemter zu übertragen) enthalte nur Selbstverständlichkeiten, wogegen die Annahme des Antrages 2 bedeute, daß die Berliner Genossen gewillt seien, sie heute schon abzuschütteln. Ledebour-Hoffmann befürchten die Annahme unseres Antrags durch die Versammlung und wollen ihm die Spitze abbrechen, indem sie an Stelle der von uns vorgeschlagenen Aktion in der Gegenwart, sofort eine nichtssagende Vertröstung auf die Zukunft setzen. Zum Schluß richtete der Redner an den geschäftsführenden Ausschuß noch die Frage, ob im Verlauf des „Vorwärtskonflikts ein vom 12. Oktober datiertes Schreiben abgefaßt und an das Generalkommando geschickt worden

sei, in dem der Besonnenheit des „Vorwärts" es zugute gehalten wird, daß in Berlin keine Ausbrüche der Unzufriedenheit der Massen — „Krawalle" heißt es in dem Schriftstück — wie in Hamburg, Chemnitz und anderorts vorgekommen seien. Sei ein solches Schreiben abgefaßt und abgeschickt worden, erklärt der Redner unter lebhafter Zustimmung eines großen Teils der Versammlung, so ist das ein Schandfleck auf dem Schilde des Aktionsausschusses, von dem er sich in aller Ewigkeit nicht wird reinwaschen können.

Der Spiegel war den Arbeitsgemeinschaftlern vorgehalten bei den Gesten, mit denen sie wähnten, Aktionen zu ersetzen. Sie erkannten sich immer noch nicht. . . .

Der Buschmann schlägt seinen Götzen, wenn ihm seine Lehmhütte zusammenstürzt. Die Arbeitsgemeinschaft will ihren Instanzengöttern die Kirchenpfennige nicht kündigen. Es bleibt anderen vorbehalten, die Tempelschänder zu jagen.

Denunzianten-Ecke.

Magdeburg. In welcher Weise Franktionsmehrheit und Polizei der gemeinsame Haß gegen die Opposition zum Hand-in-Hand-Arbeiten führt, das hat hier in Magdeburg das Nachspiel einer kürzlich gehabten Sitzung von Parteifunktionären gezeigt. Es handelt sich um eine Sitzung, über deren Teilnehmerschaft dadurch, daß jeder bei seinem Eintritt die schriftliche Einladung abliefern mußte, die schärfste Kontrolle geübt wurde. Am Tage nach dieser ging bei dem Magdeburger Polizeipräsidium ein Schreiben folgenden Inhalts ein:

> „Der Privatmann B., hier, . . str. Nr. . . wohnhaft, hat am 5. d. M. bei einer Versammlung der Funktionäre der sozialdemokratischen Partei beliegende vier Flugblätter verbreitet, indem er sie ineinandergelegt, den anwesenden Funktionären übergab und die unbesetzten Plätze mit Flugblättern belegte."

Darauf wurde Genosse B. vernommen. Er verweigerte die Aussage. Dagegen gaben Parteisekretär Holzapfel, sowie Vorsitzender und Kassierer der Organisation sogleich unumwunden der Polizei zu, die Verbreitung gesehen zu haben. Später in einer Versammlung des sozialdemokratischen Vereins, wies der würdige Parteisekretär das Verlangen von sich, er hätte der Polizei etwas vorlügen sollen. Nun suchte Gen. B. zwecks Entlarvung des Denunzianten das Gericht mit der Sache zu befassen. Aber die Parteileitung winkte mit einem Schreiben ab, das vor der Verbreitung der Flugblätter warnt und erklärt, die Magdeburger Instanzen gäben für derartige Missetaten keine Gelder her. So hielt denn Gen. B. es für geraten, den Herren Szialpatrioten ihren Denunzianten auf dem Halse sitzen zu lassen. — Unser superber Parteisekretär wird uns übrigens noch in einer späteren Nummer beschäftigen.

Ein Bluff.

Um das „Friedensangebot" richtig zu verstehen, das der Reichskanzler in der Sitzung des Reichstags vom 12. Dezember d. J. gemacht hat, wird man es unter das Licht stellen müssen, das zwei Reihen von Tatsachen ausstrahlen.

Die erste Reihe besteht in den gewaltsamen Maßregeln, womit die Reichsregierung seit nahezu dritthalb Jahren jede Friedensstimme zu unterdrücken gesucht hat; sei es durch die Zensur, soweit solche Stimmen in der Presse laut wurden, sei es durch die Abschiebung in die Schützengräben auch solcher Personen, deren militärische Untauglichkeit durch ärztliche Zeugnisse über jeden Zweifel festgestellt worden ist. Man griff dadurch auf die Tage des alten Fritz zurück. wo der Militärdienst als Strafe für unbotmäßige Gesinnung verhängt wurde, was schon ein Scharnhorst vor mehr als 100 Jahren als eine infame Entwürdigung der allgemeinen Wehrpflicht gebrandmarkt hat. In ähnlicher Weise verhängte man die Schutzhaft auch über solche Personen, die dadurch nach den Zeugnissen amtlicher Medizinalbehörden in unmittelbare Lebensgefahr gebracht wurden – wenn anders sie auch nur verdächtigt waren, für den Frieden tätig gewesen zu sein – ganz zu geschweigen des furchtbaren Falles Liebknecht. Unser Genosse hat es auf lange Jahre hinaus hinter den Mauern des Zuchthauses zu büßen, daß er schon am 1. Mai d. J. über die grauenvolle Menschenschlächterei dieses Krieges diejenige Erkenntnis betätigt hat, zu der jetzt endlich Bethmann-Hollweg gelangt ist. Nach solchen Leistungen der deutschen Reichsregierung macht es sich in der Tat wundervoll, wenn ihr Haupt sich den fünf Weltteilen als den Messias vorstellt, der einer verwüsteten Welt den Frieden bringen will.

Die andere Reihe von Tatsachen, die das richtige Licht auf das „Friedensangebot" des Reichskanzlers wirft, besteht – neben vielem andern – in der Mißgeburt des „neuen Polens", durch die ein eiserner Riegel vor einen nahen Frieden geschoben wurde, sowie in dem Zivildienstgesetz, das ganz offen als letztes Aufgebot für den Kampf bis aufs Messer angekündigt worden ist. Diese Taten eines extremen Kriegswillens, die in London, Petersburg und Paris die extremste Kriegspartei ans Ruder gebracht haben, sollen jetzt wett gemacht werden durch wehmütige Betrachtungen über den „reinen Verteidigungskrieg" und ähnliche Redensarten mehr, an die im Auslande kein Mensch und in Deutschland wenigstens kein vernünftiger Mensch glaubt.

Irgend etwas anderes als leere Redensarten enthält das „Friedensangebot" nicht. Man würde in ihm vergebens nach einem Worte suchen, das irgendeine greifbare Handhabe für Friedensverhandlungen bieten könnte. Und der würdige Reichstag hat nichts dazu getan, diesem Mangel abzu-

helfen. Er hat sich auch dieses Mal zu willenlosen Resonanzboden der Regierungspolitik hergegeben. Das Schwergewicht seiner neuesten Schande aber fällt auf die sozialdemokratische Fraktion. Es lag in ihrer Hand, eine Diskussion über die Rede des Reichskanzlers herbeizuführen, aber sie entschied sich in verneinendem Sinne. Dieser Pudel ist gelehrig genug geworden, auf jedes Bläffen zu verzichten, wenn er über den Stock springt.

Nichts ist sicherr, als daß dieses „Friedensangebot" keinen Frieden herbeiführen wird. *Aber eben das ist der ganze Zweck der Uebung.* Die imperialistische Politik der Regierung bereitet ihr wachsende Schwierigkeiten, und die Kriegsmüdigkeit nimmt in allen Schichten der Nation unheimlich zu. Da hofft sie noch einmal, den berufenen furor teutonicus aufzupeitschen, indem sie mit dem vollen Brustton sittlicher Entrüstung erklärt: „Seht, wir haben feierlich die Hand zum Frieden geboten, aber sie ist in frivoler Weise zurückgestoßen worden. Die Feinde wollen den Krieg bis zum Weißbluten, und so sollen sie ihn haben".

Ob diese Rechnung gelingt oder nicht, hängt zum Teil von der Aufnahme ab, die das „Friedensangebot" bei den „feindlichen Regierungen" finden wird. In der Hauptsache aber liegt die Entscheidung bei den deutschen Massen, die nun wahrlich Erfahrungen genug gesammelt haben, um sehr schlecht vor dem Richterstuhle der Geschichte zu bestehen, wenn sie nicht endlich durch direktes Eingreifen und selbständige Aktion eine abenteuerliche und gewissenlose Politik zu durchkreuzen verstehen.*)

14. Dezember 1916.

Tanzt, Ihr Polen, tanzt, Ihr Deutsche . . .

Ordonnanzen, Ordonnanzen, –
Meine Völker müssen tanzen,
Wie ich ihnen aufgespielt
Tanzt Ihr Deutsche, tanzt Ihr Polen . . .

Der Imperialismus scheint sich vorgenommen zu haben, der Sozialdemokratie im Weltkrieg einen Spiegel vorzuhalten, in dem alle ihre Worte und Gesten als boshafte Fratze wiedererscheinen. Der Kampf gegen den russischen Zarismus als Mittel zur Stärkung des deutschen Halbabsolutismus, die Aufhebung der Klassen und Parteien als Motto zur Proklamierung des preußischen Belagerungszustandes, die gesellschaftliche Regelung der Konsumtion als polizeiliche Organisation des Volkshungers, der allgmeine Arbeitszwang als zwangsweise Fron des gesamten Volkes für den Profit der Kriegsindustrie, endlich das Selbstbestimmungsrecht der Nationen als eine „Wiederherstellung Polens" durch die Prügelpädagogen von Wreschen und die Schöpfer der Ansiedlungskommissionen, durch die Helden, die Belgien, Serbien und Polen in drei große Leichenfelder verwandelt haben! . . .

Noch nie war eine imperialistische Spekulation gröber zugehauen, mit robusterer Ungeniertheit durchgeführt als in diesem Falle. Das deutsche Kanonenfutter – dieses strammste, intelligenteste, sozialdemokratisch erzogene,

*) Siehe auch „Friede und Schiedsverträge" in dieser Nummer. Red.

organisatorisch disziplinierte, theoretisch geschulte, mit einem Wort: das idealste Kanonenfutter der Welt – fängt leider an, allmählich auf die Neige zu gehen. Die deutsche Volksmasse ist zwar ein großes, schließlich aber kein unerschöpfliches Reservoir. Grenzenlos ist bis jetzt nur ihre Geduld und Passivität, nicht aber so ihre Zahl. Die Felder an der Somme und an der Ancre, die Dobrudscha und die litauischen Sümpfe sind bereits derart mit deutschem Blute getränkt, daß die Beschaffung immer frischen Kanonenfutters ernste Schwierigkeiten zu bereiten beginnt. Und doch muß ja der Völkermord weitergehen, neues „Material" muß herangeschafft werden. Woher es also nehmen?

Da ist Polen, in dem noch Menschenfleisch und dito Knochen zu haben wären. Indes die Sache hat einen Haken. Polen ist russisches Staatsterritorium genau so wie die Provinz Posen deutsches und viel mehr, weil länger als Elsaß-Lothringen, deutsches Staatsterritorium ist. Die Bevölkerung eines im Kriege okkupierten Gebietes vor Friedensschluß zum Kriegsdienst gegen den Staat zu pressen, dem sie angehörte, d. h. sie zum Hoch- und Landesverrat zwingen, widerspricht den elementaren Satzungen des sogenannten „Völkerrechts" oder dem, was noch von diesem Phantom übrig geblieben. Was also tun? Nun, „die alte Eselshaut half mir auch hier", wie der Jesuit im Figaro singt: es half nämlich – die deutsche Sozialdemokratie.

Hat sie nicht gleich am 4. August den deutschen Kanonen die Fahne des „Selbstbestimmungsrechts der Nationen" und des „Kampfes gegen den Zarismus" umgehängt? Hat die sozialdemokratische Presse mit dem „Vorwärts" und der „Neuen Zeit" an der Spitze nicht gleich zu Beginn des Krieges als eine Aufgabe des Weltkrieges – dieses imperialistischen Völkermordes! – die „Befreiung Polens" proklamiert und propagiert? Stammelt sie nicht auch jetzt wie ein gut angelernter Papagei auf die Nachricht von der Hindenburgschen „Wiederherstellung Polens", daß „schon unsere Altmeister Marx und Engels die Wiederherstellung Polens forderten" usw.? Freilich, freilich, „unsere Altmeister" meinten es ein bißchen anders. Aber kann denn die sozialdemokratische Presse etwas dafür, daß der deutsche Imperialismus nicht nach Marx-Engelsschen Rezepten arbeitet? Sie kann wahrhaftig nichts dafür. Die Sozialdemokratie kann, nachdem sie sich als eine Macht mit eigener Politik im Weltkriege ausgeschaltet hat, nur noch eigene Phrasen zu fremder, entgegengesetzter Palitik, zur Politik des deutschen Imperialismus liefern, um die öffentliche Meinung auf die Taten der Säbeldiktatur vorzubereiten und sie dem Publikum ideologisch mundgerecht zu machen. Und diese ihre Mission hat die offizielle sozialdemokratische Presse auch hier redlich erfüllt. Durch ihr treuherziges Geschwätz von dem „alten Vermächtnis" der Wiederherstellung Polens, das auszuführen die angebliche Aufgabe dieses Weltkrieges wäre, hat sie auch die auf der Leiche Polens aufgeführte blutige Posse des deutschen Imperialismus an ihrem bescheidenen Teil mit vorbereiten helfen. Das Manifest Beselers im Warschauer Königsschloß war nur das Gegenstück zu der sozialdemokratischen Fraktionserklärung vom 4. August und den Artikeln in den sozialdemokratischen Zeitungen.

In ihrer Anlage ist die Posse nicht einmal originell: der deutsche Imperialismus in Nöten pfuscht hier den alten Napoleonischen Trick von Anno 1807 nach. Napoleon wußte auch schon, wo Bartel den Most holt. Auch er stellte so im Vorbeigehen, auf einem Kriegsmarsch ein „unabhängiges Polen" in Gestalt des russisch-polnischen Fetzens wieder her und überwies ihm als einzige Aufgabe: Kanonenfutter für seine Schlachtfelder zu liefern, wobei dieses famose „unabhängige Polen" richtig bis zum Abschluß der Napoleonischen Kriegslaufbahn geschlagene sieben Jahre die Wonnen des irdischen Daseins auskosten durfte. Aber – und hier beginnt das „Originelle" in der neuesten deutschen Schöpfung – Napoleon hatte nicht das Schluchzen der gepeitschten Polenkinder und die Korruptionsdünste der „Ostmarkenzulagen" im Rücken, auch nicht das Aechzen des verblutenden Belgiens und Serbiens. Napoleon brachte den Landen, durch die er mit Schwert und Feuer zog, nicht nur Ruin, Hunger und Anarchie, sondern auch die Zertrümmerung des Feudalismus, und dem unseligen Fürstentum Warschau hatte er jedenfalls eine Art parlamentarische Verfassung, eine Regierung, die rechtliche Abschaffung der Hörigkeit und den modernen Gesetzeskodex gegeben.

Die heutige Improvisation der Hindenburg und Ludendorff an der Weichsel hingegen ist ein Unikum, eine Posse, wie sie die Welt noch nicht erlebt und erträumt hat. Ein „unabhängiger" Staat mit unbekannten Grenzen, mit unbekannter Regierung, mit unbekannter Verfassung und – o Graus! o Schmach! – ein Königtum ohne König! Dieser König existiert zwar schon im „Befreiungs"-Manifest des Herrn v. Beseler, und es ist schon zur Beruhigung seiner Untertanen bekannt, daß er „erblich" sei, wer aber dieser erbliche König des „unabhängigen Staates" ist, bleibt noch im Busen Hindenburgs und Ludendorffs verborgen. Seine Erblichkeit meldet sich früher als er selbst, sie ist der erste Schatten, den dieser Schattenkönig – ein umgekehrter Schlemihl – vorauswirft. Seine Kinder sind als juristische Personen früher auf der Welt als ihr Vater.

Ohne Verbindung mit Preußisch-Polen, in dem auch nicht einmal an dem Wust der dreißigjährigen Germanisierungs-Wirtschaft getippt und gerüttelt wird, ohne Verbindung mit Galizien, ohne alle wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Existenzmöglichkeiten, ohne das Recht, selbst auch nur einen Ton zur eigenen „Befreiung" äußern zu dürfen, außer dem Hurra! auf die hochherzigen deutschen Befreier, ohne Gebietsgrenzen, Verfassung und Regierung, ohne Hand und Fuß, ohne Kopf und Schwanz, zeigt das „wiederhergestellte Polen" nur das eine als seines Wesens Wesenheit, dies aber schon faustdick, ganz reell und unzweideutig: es hat sofort ein polnisches Heer unter deutschem Kommando zu schaffen und seine ganze Existenz „im engsten Anschluß" an das Deutsche Reich zu führen.

Und diese mit so plumper Nachlässigkeit kaum halbwegs drapierte Annexion wurde der deutschen Oeffentlichkeit vorgesetzt – 24 Stunden nach der Heimschickung des Reichstags, der eben den sechsten Kriegskredit gehorsamst apportiert hatte! Der Geburtsakt der „Befreiung der polnischen Nation" wurde zu einem Fußtritt für die deutsche Nation. Auf die Warschauer Trinksprüche: Es lebe Polen! folgte in Berlin der Nachsatz: Halt's

Maul, Reichstag! Die „Selbstbestimmung der Nationen" manifestiert sich somit als eine „Ordonnanz" des Belagerungszustandes an der Weichsel und an der Spree.

Daß dies alles möglich war, daß der Reichstag sich, wohlwissend um die Sache, heimschicken ließ, daß ein solch dreistes niedagewesenes Schindluderspiel wie dieses „unabhängige Polen" der deutschen Oeffentlichkeit ins Gesicht geklatscht werden konnte, das ist ein historisches Faktum von höchster Tragweite, namentlich als Beitrag zu dem Kapitel: deutscher Parlamentarismus im Weltkriege.

Die Schicksale des unglücklichen Polens werden sicher nach dem Kriege noch manche Aenderung erfahren. Diese Schicksale sind wie die Sache der Demokratie überhaupt an die eigenen Geschicke des europäischen Proletariats gebunden, sie können nur mit ihm und von ihm aus den blutigen Würgmaschen des Imperialismus gerettet werden. Unvergänglich aber und unvertilgbar bleibt die infame Posse des „unabhängigen Polens" als das Denkmal der tiefsten Erniedrigung, in die das deutsche Volk, die deutsche Oeffentlichkeit — dank dem historischen Verrat der deutschen Sozialdemokratie — unter dem Joche der Säbeldiktatur hinabsinken konnte.

Friede und Schiedsverträge.

Als vor Jahr und Tag auf Konferenzen neutraler Sozialisten der Abschluß internationaler Schiedsverträge als eine Hauptaufgabe des Friedensschlusses bezeichnet wurde, erhoben wir alsbald Einspruch.

Nicht als ob wir bezweifelten, daß Schiedsverträge möglich sind: sie bestehen ja schon in Menge. Auch nicht, weil wir ihnen im kapitalistischen Zeitalter jeden Nutzen für die Beilegung internationaler Streitigkeiten absprächen: das hieße die Tatsachen verleugnen.

Aber sie waren und sind Instrumente kapitalistischer Regierungen. Die Fälle, in denen sie sich bewährten, hätten auch ohne sie nicht zum Kriege geführt; die Regelung, zu der sie verhalfen, war eine Angelegenheit der herrschenden Klassen. Und so lange die imperialistischen Machthaber das Heft in den Händen halten, kann es nicht anders sein.

Daß wir solche Verträge, wenn sie praktisch an uns herantreten, ablehnen müßten, wäre eine törichte Meinung. Aber nicht nur töricht, sondern verhängnisvoll ist der Wahn, als seien sie Heilmittel für die internationalen Gebresten, unter denen das Proletariat seufzt. Nicht nur töricht, sondern verhängnisvoll ist es, den Kampf gegen den Krieg durch einen Kampf um Schiedsgerichte zu ersetzen oder dem Kampf um Schiedsgerichte im Kampf gegen den Krieg auch nur eine nennenswerte Rolle einzuräumen.

Für das klassenbewußte Proletariat kommt es darauf an, die Mittel zu erkennen und zu propagieren, die den jetzigen Krieg im sozialistischen Geist beenden, die Beziehungen der Völker im Interesse des internationalen Proletariats regeln und den künftigen Frieden sichern können.

Verträge aber kapitalistischer Regierungen, die nicht aus sozialistischem, sondern aus kapitalistischem Geiste geboren sind, können ihrem Wesen nach

nicht im sozialistischen Geiste wirken. Und der künftige Friede kann nicht durch ein Stück Papier gesichert werden, und wenn es mit den schönsten Völkerrechtssätzen und Schiedsverträgen beschrieben wäre; nicht durch ein Stück Papier, das jeden Augenblick in Brand geschossen werden und in Rauch und Flammen aufgehen kann, wenn es einer imperialistischen Räuberbande gefällt; noch durch den „guten Willen" und die rechtliche „Moral" kapitalistischer Diplomaten.

Auch wir fordern „reale Garantien". Freilich nicht im Sinne der herrschenden Klassen.

Was wir brauchen, das ist ein Friede des Proletariats, nicht des Imperialismus; ein Friede, der durch das Eingreifen der Arbeiterklasse herbeigeführt wird, nicht durch die Diplomatie, noch durch die Kanonen; nicht durch die Hindenburg, Krupp und Bethmann-Hollweg, sondern gegen sie; das ist ein Friede, dessen Gestaltung bestimmt und dessen Erhaltung gesichert ist durch die Macht und den Willen der aktionsfähigen und aktionsbereiten Massen. Und nur ein solcher Friede unter der Garantie des klassenbewußten Proletariats trägt auch die Gewähr der Dauer in sich.

Der Schiedsgedanke, wie ihn die neutralen sozialistischen Konferenzen vertraten, ist nicht nur utopisch, sondern gefährlich und schädlich, weil er Illusionen über den möglichen Sinn und die mögliche Wirksamkeit diplomatischer Abmachungen kapitalistischer Regierungen und Irrtümer über Wesen und Macht des Imperialismus erweckt; gefährlich und schädlich, weil er die politische Orientierung der Massen, ihre Einsicht in die wirklichen Zusammenhänge und Triebkräfte der Entwicklung verbaut und verwirrt, weil er die Aufmerksamkeit des Proletariats von dem ablenkt, worauf es für die Arbeiter allein ankommt, von den einzigen spezifisch proletarischen Mitteln, die ihnen für ihren Friedenskampf zu Gebote stehen.

In diesem Kampf hängt alles, aber auch alles davon ab, daß die Arbeiterklasse jede Hoffnung auf fremde Hilfe fahren läßt, sich auf sich selbst als ihre einzige Rettung besinnt, *ihre* Ziele aufstellt und zu deren Verfolgung ihre eigene gesellschaftliche Macht ausbildet und einsetzt.

Nur ein Friedenskampf unter solchen Voraussetzungen, in dem das Proletariat als selbständiger politischer Faktor in der ihm als Klasse eigentümlichen Art auftritt, ist imstande, sich über sein unmittelbares Friedensziel hinaus zu dem auszuwachsen, was er kraft der historischen Aufgabe des Proletariats zugleich sein muß: zur entscheidenden Auseinandersetzung mit den imperialistischen Mächten, zum Ringen um die Staatsgewalt, um die sozialistische Gesellschaftsordnung.

Die Forderung des Erfurter Programms: „Schlichtung aller internationalen Streitigkeiten auf schiedsrichterlichem Wege" steht unserer Auffassung nicht im Wege. Sie ist *nur* im Zusammenhang des ganzen „Gegenwartsprogramms" zu verstehen, von dem sie einen unlöslichen Teil bildet; im Zusammenhang vor allem mit der Forderung der demokratischen Volkwehr und der demokratischen Entscheidung über Krieg und Frieden. Es hieße diese Forderung in ihr Gegenteil verkehren, wollte man sie als ein Vertrauensvotum für kapitalistische Regierungen, als Kundgebung der Zuversicht auf diplomatische Abmachungen des Imperialismus deuten. Es

hieße dem Proletariat statt Prometheiden-Trotzes die Rolle eines hoffnungsvollen Toren ansinnen.

Mit gutem Grunde sind unsere Leitsätze vom Januar 1916 der landläufigen Schiedsgerichtsduselei entgegengetreten. Mit gutem Grund haben sie den Blick auf das eine und einzige gelenkt, das dem Friedenskampf der Arbeiterklasse zum Siege verhelfen kann: auf die selbständige opferbereite Aktion der Massen.

Gerade heute muß diese Wahrheit mit feurigen Zungen gepredigt werden.

Immer eifriger beginnen die offiziellen Geschäftsträger der herrschenden Klassen, die den Weltkrieg heraufbeschworen, in ihrem Falschspiel der Völkerverwirrung auch die falsche Karte des Schiedsgedankens einzumischen. Wilson, Grey und natürlich auch der deutsche Kanzler – sie allesamt erklären sich bereit, einem „Völkerbunde" beizutreten, ja sogar – man denke! – „an die Spitze eines Völkerbundes zu treten, der die Friedensstörer im Zaume hält."

Und, wie der Herre, so's Gescherre." Wie die Staatsdiplomatie, so ihre „sozialdemokratischen" Reklametrommler. In Deutschland am meisten. Eifrig verbreiten sie den demagogischen Humbug und plustern ihn auf, um die Regierung mit einer Glorie zu umgeben und ihr die Massen zuzutreiben, um das Proletariat einzulullen und von seiner eigenen Politik abzulenken. Wie sie die Grundlagen des Parteiprogramms verraten haben, so schlachten sie jetzt seine einzelnen Worte nur noch aus, um die Massen unter das Kommando der herrschenden Klassen zu stellen.

Der „Manchester Guardian" zerpflückt den Schwindel mit kühler Gelassenheit. Der Friedensbund würde, so sagt er, an sich keinen Krieg verhüten; doch würde er – man denke! – das „traurige Schauspiel verhindern, daß die Führer zweier Völker nach 27 Monaten Krieg sich noch darüber streiten können, wie der Krieg in die Welt gekommen ist."

Wir wissen, daß alle kapitalistischen Friedensbünde der Welt nicht einmal auch nur dieses „traurige Schauspiel" verhindern werden, und daß es, um die Kriege zugleich mit der diplomatischen Schwarzkunst und ihren höllischen Machenschaften auszurotten, nur ein Mittel gibt: das internationale Proletariat durch Klassenkampf zum bestimmenden Faktor der Geschichte zu machen.

Die schlummernde Großmacht.

Die Barden des Sozialimperialismus, die den jetzigen Krieg als die gewaltigste Revolution der Weltgeschichte preisen, begehen nur den einen Fehler, daß sie die Hälfte für das Ganze nehmen. Zu jeder Revolution gehören nämlich zwei Elemente: das Niederreißen des Alten und das Aufbauen des Neuen. Gerade das letztere, das eilige, fieberhafte Auftürmen neuer Werke im Rohbau, neuer kühner Formen mitten im Schutt und auf Trümmern des Alten charakterisiert das Wesen der Revolution.

Heute sehen wir überall, wohin sich der Blick wendet, nur Zerstörung, nur Schutt, nur Trümmerfelder.

Militärisch steckt der Weltkrieg seit langem in der Sackgasse und, wie die Franzosen sagen: plus ça change, plus ça reste tout-à-fait la même chose – „je mehr sich das ändert, je mehr bleibt es genau ein und dasselbe." Immer mehr Länder, mehr Völker geraten in den Strudel, immer neue Offensiven und Defensiven blitzen und donnern im Osten und Westen. Und das einzige Ergebnis ist die immer höher und höher wachsende Kette von Leichenhügeln, die sich wie ein grausiger Wall des Todes durch das verblutende Europa hinziehen.

Im ersten Halbjahr des Krieges erdröhnte die Welt von Glanzleistungen der dicken Berta. Bald feierten die Knirpse der deutschen Diplomatie unerhörte Triumphe: die Türkei wurde in den Krieg gehetzt, Bulgarien zum Schildknappen und Schmarotzer des deutschen Imperialismus gemacht, Rumänien und Griechenland im Schach gehalten.

Heute, nach zweieinhalb Jahren ununterbrochener Siege, ist die dicke Berta nahe daran, an den eigenen Siegen zu bersten, und die neunmalweisen Staatslenker des deutschen Reichs flüstern mit kaltem Schweiß an den Schläfen: wie in aller Welt werden wir endlich die große Zeit los, die wir entfesselt haben? . . .

Aber gerade die Unmöglichkeit, sich der Schlinge des eigenen Tuns zu entziehen, gerade die Fatalität, mit der die imperialistische Staatskunst weiter und weiter ins Dicke rennt, ohne der eigenen Bewegung mehr Einhalt gebieten, ohne sie mehr lenken zu können – das ist das Bezeichnende an der heutigen militärischen wie politischen Situation. Daher auch die aus dem instinktiven Gefühl für die Ausweglosigkeit der Situation herrührende Gleichgültigkeit des Publikums für alle Nachrichten vom Kriegsschauplatz. Daher die Verdrossenheit selbst des Philisters, dem Siege, Gefangene und Trophäen nur noch Uebelkeiten bereiten.

Der äußeren Lage entspricht genau die innere. Dieselben Sozialimperialisten, die vor Hindenburg auf dem Bauch rutschten, waren ja im Anfang auch über die wirtschaftlichen Zauberkünste des „Kriegssozialismus" außer sich vor Begeisterung. Was ist heute von jenen Zauberkünsten übrig geblieben? Wo ist der dümmste Bauer, dem sie noch ein holdes Geheimnis sind?

Die plumpsten Jobberpraktiken, die derbsten Wegelagerermethoden, von einer frechen Banditenrotte am hellichten Tage an dem geknebelten und gefesselten Volke ausgeübt – das ist das einzige Ergebnis des „Kriegssozialismus". Von den ersten Maßnahmen der „Brotgleichheit" an, die dem Lensch und seinesgleichen beinahe wie ein Hauch aus der Großen Französischen Revolution vorkamen, so daß sie die Brotkarte wie eine zweite Deklaration der Menschen- und Bürgerrechte anstaunten, bis zu der jüngsten Herbstposse mit den beschlagnahmten und wieder freigelassenen halbverfaulten Pflaumen – nichts als ordinäre Schutzmannsexperimente, als groteske Pfuscharbeit, als betäubender Bankrott, über den künftige Generationen, wenn sie die Tränen des Zorns und des Ekels abgewischt haben, vor Lachkrämpfen die Augen wieder werden trocknen müssen.

Und nun die Situation in der Partei! Seit dem 4. August 1914, seit dem offiziellen Uebertritt der Sozialdemokratie auf den Boden der bürgerlichen Gesellschaft, macht die Sozialdemokratie als organischer Teil dieser Gesellschaft ihre allgemeinen Geschicke mit: Ratlosigkeit, Auflösung, Zerfall. Dies offiziell enthüllt und besiegelt zu haben, ist das einzige positive Ergebnis der Reichskonferenz gewesen. Was sie bei all ihrer moralischen und politischen Nichtigkeit und trotz ihrer verfälschenden Tendenz unzweideutig aufgezeigt hat, ist die Unhaltbarkeit der Zustände in der Partei, ist die Tatsache, daß ein großer Teil der Partei und zwar ihr offizieller leitender Teil ein Fremdkörper geworden ist, daß die Einigkeit der Sozialdemokratie somit heute dasselbe ist, was die Einigkeit der nationalliberalen Partei war – ein wesenloser Schein, eine konventionelle Lüge. Die Konferenz hat durch die Offenbarungen des sozialimperialistischen Lagers unter der Führung des Parteivorstandes protokollarisch festgestellt, daß die Politik des 4. August kein Zufall und kein beiläufiger Irrtum ist, sondern eine logische Folge der Tatsache, daß im Staate Dänemark schon seit langem gar manches faul war. Die Leichenwürmer Heilmann-Scheidemann-David-Hänisch und wie sie alle heißen, verraten nur, daß im Parteikörper längst Verwesung vorhanden war, in der sie wie die Maden im Käse gediehen. Heute ist die äußere Parteieinigkeit mit diesen Leuten nur noch ein Produkt des Belagerungszustands, der als Beschützer der offiziellen Instanzen und der Politik des 4. August zugleich den unaufhaltsamen Prozeß der inneren Zersetzung der Partei durch die Verwesungselemente fördert.

So überall nur Fäulnis, Zerfall und Trümmer. Und daher die unerträgliche Stickluft, in der Menschen kaum noch atmen können.

Und dies ist die herrliche bürgerliche Gesellschaft im Zeichen des Imperialismus, vor deren junger Gliederpracht die Lensch-Cunow und Konsorten wie vor einer neu entdeckten Aphrodite verzückt die Hände falten! . . .

Woher nun diese allgemeine Ausweglosigkeit, woher der schlimme Zirkel, in den das gesamte soziale Leben geraten zu sein scheint?

Die Erklärung ist einfach. Weil einerseits der Moloch als Weltenlenker seine Rolle ausgespielt hat. Er kann nur noch zerstören, zersetzen, stürzen, er kann nicht mehr regieren und weiter führen. Die bürgerliche Staatskunst hat in ihrem zügellosen imperialistischen Ausbruch Kräfte entfesselt, Probleme heraufbeschworen, mit denen sie nicht mehr fertig wird, die auf dem Boden der imperialistischen Politik überhaupt nicht mehr ins Gleichgewicht kommen können.

Andererseits hat aber diejenige gesellschaftliche Macht, deren Eingreifen auf allen Gebieten die Entscheidung herbeizuführen und auf den Trümmern ein neues Leben aufzubauen berufen ist, sich in der gegenwärtigen Krise noch nicht gemeldet.

Die ganze äußere wie innere, wirtschaftliche wie politische Situation schreit in den Gassen, daß die Zeit für ein anderes Prinzip der Weltgeschichte: für die menschliche Vernunft, den organisierten Willen, für eine wirkliche Kulturperiode heranbricht. Aber die Masse des sozialistischen Proletariats, die auserkoren ist, als Organ dieser Vernunft und dieses Willens die Zügel der eigenen Geschicke zu ergreifen, diese einzige Großmacht,

die in dieser Stunde der Weltgeschichte das entscheidende Wort zu sprechen berufen ist — schlummert. . . .

Die Masse des sozialistischen Proletariats spielt vorerst noch im großen und ganzen die Rolle des kleinen Griechenlands: sie läßt sich knuffen und puffen, treten und würgen, bleibt aber passiv. Mit einer einzigen Bewegung ihres mächtigen Armes könnte sie der Periode des Zerfalls und Todes ein Ende machen und eine Periode des Neuaufbaus des gesamten gesellschaftlichen Lebens eröffnen.

Aber wo ist sie? Worauf wartet sie? Wie lange noch wird sie schlummern? . . .

„Ich zweifle nicht!"

Schlußwort des Anklagevertreters und des Angeklagten Gen. Karl Liebknecht in der Verhandlung vor dem Obermilitärgericht am 23. August 1916.*)

Der Anklagevertreter räumt ein, daß der Angeklagte sich vornehm verhalten und aus idealen Motiven gehandelt habe, aus einer Weltanschauung, die ihm, dem Anklagevertreter, natürlich weltenfern liege. Aber er habe für seine idealen Zwecke Mittel angewendet, die er als ehrlos bezeichnen müsse; verwerflich sei die Behauptung, daß der Krieg von den Mittelmächten im Interesse einer Handvoll Junker und Kapitalisten inszeniert sei. Er beantragt sechs Jahre sechs Monate Zuchthaus und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von zehn Jahren.

Angeklagter: Ich wiederhole zunächst mein Verlangen, daß meine Erklärungen nur genau in der von mir vorgetragenen und vorgelegten schriftlichen Form in das Urteil aufgenommen werden. Sie und ich, wir gehören zwei verschiedenen Welten an und sprechen zwei verschiedene Zungen. Ich verwahre mich dagegen, daß Sie, der Sie meine Sprache nicht verstehen, der Sie dem Lager meiner Feinde angehören, meine Worte nach Ihrem Sinne gestalten.

Der Anklagevertreter hat die von mir angewandten Mittel, hat meine Behauptungen über das geschichtliche Wesen und die Entstehung des Kriegs verwerflich genannt. Wie soll ich das bezeichnen, da er die Akten kennt und weiß, welcher Ueberfluß an Tatsachen und Gründen mir zur Seite steht, und da gerade er mit dem Gerichtsherrn meinen Beweisantrag über die Vorgeschichte des Krieges abgelehnt hat! Ich versage mir jetzt und hier jedes weitere Wort dazu; denn dieses Gericht ist für mich nicht das geeignete Forum. Aber die Verantwortlichen, jene Brandstifter in Berlin und Wien, sie werden noch zur Rechenschaft gezogen werden, daß ihnen Hören und Sehen vergeht.

Der Verhandlungsleiter zeigt die Absicht, den Angeklagten zu unterbrechen.

*) Die Gerichtsverhandlung im Prozeß Liebknecht hat bekanntlich unter strengstem Ausschluß der Oeffentlichkeit stattgefunden. Wir geben im nachfolgenden die Worte des Angeklagten nach stenographischer Aufzeichnung eines Ohrenzeugen der Verhandlung wieder, dessen entgegengesetzter politischer Standpunkt und feindselige Gesinnung dem Angeklagten gegenüber die Zuverlässigkeit des Berichts nur erhöhen kann.

Angeklagter: „Zuchthaus!" „Verlust der Ehrenrechte!" Nun wohl! Ihre Ehre ist nicht meine Ehre! Aber ich sage Ihnen: kein General trug je eine Uniform mit so viel Ehre, wie ich den Zuchthauskittel tragen werde. –

Ich bin hier, um anzuklagen, nicht – um mich zu verteidigen!

Nicht Burgfrieden, sondern Burgkrieg ist für mich die Losung! – Nieder mit dem Krieg! Nieder mit der Regierung!

Der Anklagevertreter beklagt sich erregt über die Angriffe, die der Angeklagte gegen ihn gerichtet habe, und beruft sich darauf, wie das Volk über den Angeklagten urteile.

Angeklagter: Man vergegenwärtige sich: Der Anklagevertreter schilt mich ehrlos, beantragt sechs Jahre und einige Monate Zuchthaus und 10 Jahre Ehrverlust. Ich gebe ihm einige Worte nur allzu berechtigter Kritik, und er, der mir sechs Jahre Zuchthaus und zehn Jahre Ehrverlust – eine Kleinigkeit! – zudenkt, gerät aus dem Häuschen! Der Anklagevertreter hat das Volk gegen mich aufgerufen. Ei, tun Sie das doch nicht bloß in Worten, nicht bloß in zehnfach verriegelter Verhandlung, die sich vor dem Volke versteckt. Nehmen Sie doch dem Volke die Knebel und Handschellen des Belagerungszustandes ab! Rufen Sie das Volk zusammen, hier und wo Sie wollen, und die Soldaten im Felde, wo Sie wollen! Und lassen Sie uns vor die Versammelten treten, vor ihr Gericht – auf der einen Seite Sie alle, der ganze Gerichtshof, der Anklagevertreter und auch die Herren da drüben vom Generalstab, Kriegsministerium und Kriegspresseamt und wen Sie sonst wollen. Auf der anderen Seite ich ganz allein oder einer meiner Freunde. Wo die Masse des Volkes stehen wird, wenn der Vorhang des Trugs von seinen Augen gerissen sein wird, ob bei Ihnen oder bei mir – ich zweifle nicht!

Politisches und Kritisches.

Parlamentarischer Kretinismus.

Es gibt auf der weiten Welt keine elendere und ohnmächtigere Volksvertretung als den Deutschen Reichstag. Man könnte zweifeln, ob ihm die preußische Duma nicht diesen Rang streitig macht; doch kann das Abgeordnetenhaus vor dem Richterstuhl der Geschichte zweierlei für sich geltend machen. Es ist frei von den Verpflichtungen, die dem Reichstage durch das allgemeine Wahlrecht auferlegt sind, und soweit es ein Produkt der plutokratischen Dreiklassenwahl ist, vertritt es seinen reaktionären Standpunkt wenigstens mit Energie und Konsequenz. Es läßt sich von der Regierung nicht ohrfeigen, wie ein Lakai von der Herrschaft.

Eben dies aber ist die Rolle, in der sich der Reichstag mit patriotischem Wohlbehagen gefällt. Vom Ermächtigungsgesetz des August 1914 bis zum Zivildienstpflichtgesetz des November 1916 – welche Kette von Demütigungen! Man jagt den Reichstag Hals über Kopf auseinander, wenn eine Entscheidung getroffen werden soll, die den Weltkrieg ins endlose zu verlängern geeignet ist, und man ruft ihn Hals über Kopf herbei, wenn

es gilt, der Nation unerhörte Lasten aufzuerlegen, die aufs eigene Konto zu übernehmen, selbst die Regierung der Bethmann und Helfferich nicht wagt.

Der parlamentarische Kretinismus ist eine Seuche geworden, von der sich die deutsche Arbeiterklasse bis auf die letzte Spur befreien muß, wenn je ihre politische Wiedergeburt gelingen soll. Denn ihre allzu geringe Widerstandskraft gegen diese Seuche ist nicht die geringste Ursache der Katastrophe gewesen, die sie am 4. August 1914 ereilt hat. Der Umstand, daß die Tribüne des Reichstags in den Tagen des Sozialistengesetzes der sozialdemokratischen Partei gewisse Dienste geleistet hat, ist auch von Männern wie Bebel und Singer, weniger von dem alten Liebknecht, in allzu günstigem Licht erblickt worden und hat sie zu Schlußfolgerungen geführt, deren Hinfälligkeit inzwischen durch die geschichtliche Entwicklung erwiesen worden ist.

Es ist ein innerer Widerspruch, daß die Arbeiterklasse ihren Sieg erfechten soll auf einem Boden, der durch das Interesse der kapitalistischen Gesellschaft geschaffen worden ist und in diesem Interesse erhalten wird. Der Parlamentarismus ist ein bürgerliches Gewächs, von dessen Früchten der Arbeiterklasse höchstens die Hülsen und Schalen zufallen. Zwar ging auch früher innerhalb der Partei das Gerede, es sei ja selbstverständlich, daß die letzte Schlacht nicht auf parlamentarischem Boden geschlagen werden würde. Aber das war eine Phrase wie andere auch, die in keiner Weise hinderte, daß sich das Schwergewicht des proletarischen Klassenkampfes mehr und mehr auf das parlamentarische Gebiet verschob.

Damit wurde auch innerhalb der Partei ein parlamentarischer Kretinismus großgezüchtet, mit dem ein für allemal gebrochen werden muß. Wie weit er unter den Scheidemännern grassiert, zeigt die schamlose Art und Weise, worin der nunmehrige „Vorwärts" die gegenwärtige Lakaienrolle des Deutschen Reichstages, die selbst anständigen Liberalen die Schamröte ins Gesicht jagt, als einen gewaltigen historischen Fortschritt gefeiert hat. Der Verfasser dieses Artikels, natürlich ein M. d. R., ist ein rechtes Muster jener albernen Wichtigtuer von Staatsmännerchen, die sofort in die Knie sinken mit dem demütigen Bekenntnis: Herr, hier sind wir! wenn ihnen irgendein Geheimrat auf die Schulter klopft. Man schämt sich in die Seele hinein, daß solche Burschen von Arbeitern in den Reichstag gewählt sind.

Aber auch die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft krankt am parlamentarischen Kretinismus. All ihre Halbheiten, all ihr herzbrechendes Möchte-gern und Kann-doch-nicht erklären sich in erster Reihe hieraus. Statt von der Reichstagstribüne die Massen zum Kampf aufzurufen und anzufeuern, rechnet sie immer noch mit der Möglichkeit, durch parlamentarische Schachzüge eine Handvoll unsicherer Kantonisten den Scheidemännern abzusprengen, als ob damit auch nur soviel gewonnen wäre, wie ein Spatz auf dem Schwanze davontragen kann. So lange sie nicht einsieht, daß eine Massenbewegung nur durch die Massen gerettet werden kann, wird sie es nach dem Worte Hegels von Nichts durch Nichts zu Nichts bringen.

Nur durch die Massen können die Massen gerettet werden; ohnmächtiges Geschwätz in einem ohnmächtigen Parlament fördert den Heilungsprozeß nicht, sondern hält ihn nur auf.

Wahlbetrachtungen.

In dem sächsischen Reichstagswahlkreis Oschatz-Grimma ist der Genosse Lipinski (Leipzig) dem alldeutschen Konservativen Dr. Wildgrube unterlegen. Da Genosse Lipinski angekündigt hatte, er werde der Arbeitsgemeinschaft beitreten und die Kriegskredite ablehnen, sucht die Mehrheitspresse (voran das Zentralorgan Kessels, der „Vorwärts") diese Niederlage zu der Behauptung auszunutzen, die Massen hätten sich gegen die Kreditverweigerer entschieden. Ein einzelnes Wahlresultat als Maßstab für den Massenwillen zu betrachten, ist natürlich Blödsinn; denn sonst könnte jede Wahl eines bürgerlichen Abgeordneten als unwiderrufliche Entscheidung der Massen gegen den Sozialismus gelten. Wollte man diesen Maßstab gelten lassen, dann hätten die Mehrheitsleute, die unter Berufung auf den „Burgfrieden" jeder Entscheidung feige ausweichen, zu allererst Grund zu schweigen. Für eine Zukunfts-Partei kann ein Wahlausfall nur als Symptom einer augenblicklichen Stimmung, wie als Wegweiser für die eigene Politik gelten. Jeder Wahlkampf hat seine Hauptbedeutung als Mittel zur Aufklärung der Massen, zur Aufrüttelung der Arbeiter aus politischer Unkenntnis und Lauheit. Dieses A-B-C der politischen Betätigung haben aber nicht nur die Krippen- und Mandatsjäger der „Mehrheit" vergessen. Auch die Anhänger der „Arbeitsgemeinschaft" führten den Kampf in Oschatz-Grimma, als sei das Mandat an sich ein Selbstzweck. Der Kandidat Lipinski voran hat ein Wahlprogramm entwickelt, das nicht zur Klärung, sondern zur Verschleierung der politischen Situation beitragen mußte. Lipinski wiederholte als eigenes Programm all die zweideutigen, unklaren Forderungen, die auch die Mehrheit erhebt:

> „Die Sozialdemokratie will Deutschland unversehrt und unabhängig erhalten wissen. . . . Sie lehnt alle Annexionen fremdsprachiger Völker und Länder ab, weil Annexionen den Keim zu neuen Kriegen enthalten. Die Sozialdemokratie erstrebt eine Verständigung der Völker zum freien, friedlichen Wettbewerb, zur gemeinsamen Kulturarbeit an."

Das sind die Phrasen der Scheidemänner, und Lipinski beeilt sich ausdrücklich hinzuzufügen:

> „Diese Darlegung ist die Auffassung der gesamten Sozialdemokratischen Partei."

Lipinski verrät dabei, daß die Arbeitsgemeinschaft sich völlig auf den Boden der Landesverteidigung stellt – eine sehr dankenswerte Erklärung, weil die Arbeitsgemeinschaft selbst sich um diesen Punkt herumdrückt und sich noch in der von Bernstein verlesenen Begründung der letzten Kreditablehnung darüber ausschwieg. Lipinski lüftet endlich dieses von uns allerdings längst geoffenbarte Geheimnis:

> „Was die Fraktion Arbeitsgemeinschaft von der Fraktion der Sozialdemokratischen Partei trennt, liegt in der Wertung der einzelnen Tatsachen, die für die Beurteilung des Krieges bestimmend sind. Die Arbeitsgemeinschaft tritt wie die Fraktion

für die Verteidigung des bedrohten Vaterlandes ein, sie lehnt es aber ab, imperialistische Eroberungskriege zu unterstützen."

Auch Ledebour hat ja auf der Reichskonferenz verkündet, daß er wieder die Kredite bewilligen wolle, wenn die Russen an der Oder und die Franzosen am Rhein stehen; ja er war so gütig, auf einen Zwischenruf eines Mehrheitsmannes hinzuzufügen, daß er mit der Bewilligung nicht so lange warten wolle!

Solange die Arbeitsgemeinschaft sich nicht zu einer klaren, konsequenten Auffassung und Politik bekennt, wird ihre Agitation auch nicht in den Massen zünden. Lipinski hat es sogar ausdrücklich abgelehnt, sich zu dem rücksichtslosen Auftreten Liebknechts zu bekennen; er belehrt sein Wähler:

„Ebenso ist es falsch, von einer Fraktion Haase-Liebknecht zu schreiben, weil Liebknecht ja keiner Fraktion angehört und über die Auffassung der Arbeitsgemeinschaft mit seiner politischen Auffassung hinausgeht."

So sehr der Arbeitsgemeinschaftler Lipinski die Grenzen der Auffassung zwischen sich und der Mehrheit zu verwischen sucht, so schroff rückt er von Liebknecht ab! Und damit hoffte er die Massen zu gewinnen und zu begeistern?

Nach seinem Durchfall scheint Lipinski seine Sympathien für die Arbeitsgemeinschaft gar noch bereut zu haben, denn in einer Erklärung des Bezirksvorstandes Leipzig, dessen Vorsitzender Lipinski ist, rückt er auch von der Arbeitsgemeinschaft ab. Das war selbst der guten Arbeitsgemeinschaft-treuen „Leipziger Volkszeitung" zu viel, die den Bezirksvorstand unwirsch wegen dieses Abrückens rüffelte.

Die ängstliche Rücksichtnahme Lipinskis auf die Fraktionsmehrheit hat den Scheidemann und Schöpflin natürlich alles andere als Achtung eingeflößt. Diese tapferen Draufgänger der Rechten kündigen bereits an, daß sie künftig für die Kandidaten der Arbeitsgemeinschaft nicht mehr eintreten werden, auch wenn sie von der Gesamtorganisation aufgestellt worden sind. So schreibt Heilmann in der „Chemnitzer Volksstimme" drohend:

„Und diese folgenschwere Niederlage hat Lipinski erlitten, obwohl er — wie Schöpflin durch ausführliche Zitate aus seinen Flugblättern und Erklärungen nachweist, „mit gedämpftem Trommelschlag und halbverhüllten Fahnen dahinmarschiert" sei und unaufhörlich beteuert habe, auch die Arbeitsgemeinschaftler wollten Deutschland unabhängig und unversehrt erhalten! Schöpflin schließt seine Darlegungen mit der folgenden ernsten Drohung: Die Wahlniederlage in Oschatz-Wurzen ist eine Niederlage der Arbeitsgemeinschaft. Es ist verständlich — und nach Lage der Dinge auch richtig — daß alle sozialdemokratischen Wähler in Oschatz-Wurzen derweil auch richtig Disziplin geübt haben. Ob es aber so bleiben wird, und ob es angesichts des Verhaltens der S. A. G. so bleiben kann, das ist allerdings eine andere Frage.

Auch daran muß bei diesem Anlaß erinnert werden. Für die Dauer wird die Mehrheit nicht sozialdemokra-

tische Niederlagen mitbuchen wollen, die sie nicht verschuldet hat. Das ergibt sich mit als Lehre aus der Oschatzer Wahlniederlage. Möge sie beachtet werden!"

Ob die Arbeitsgemeinschaft „die Lehre" beherzigen wird, wissen wir nicht. Von der Molluskengattung der Lipinskis ist auch dies noch zu erwarten. Wir aber haben uns bereits längst diese Lehre gemerkt, wenn auch in einem etwas anderen Sinne. Wahlniederlagen der Mehrheitsmänner wollen wir schon in den Kauf nehmen und sie auch standhaft ertragen, – was uns desto leichter werden dürfte, als wir den Verlust dieser Herren, sei es auch mitsamt ihren Mandaten, als den größten Gewinn für die Partei betrachten. Was wir aber unter keinen Umständen „mitbuchen," geschweige denn mitverschulden möchten, das sind gerade Wahlsiege der Herrschaften. Der Klassenkampf der Arbeiter ist kein Maskenball, und die dem internationalen Sozialismus treugebliebenen Arbeiter haben an den offenen und aufrichtigen Nationalliberalen vollständig genug, um sich nicht noch nach den vermummten und verkappten Nationalliberalen in der Rolle sozialdemokratischer Parlamentsvertreter zu sehnen.

Die Wahl in Württemberg.

Bei der württembergischen Landtagswahl in Heidenheim haben unsere Freunde dem Kandidaten der Keil und Konsorten, d. h. dem Regierungs- und Kriegervereinskandidaten, den Genossen Crispien als Kandidaten der internationalen revolutionären Sozialdemokratie entgegengestellt. Da die Keil und seinesgleichen die Stirn besitzen, sich noch Sozialdemokraten zu nennen, so schrieb die Presse von einer sozialdemokratischen Gegenkandidatur – womit Crispien gemeint war – gegen eine sozialdemokratische Kandidatur, oder gar von einem Bruderkampf zwischen Sozialdemokraten, obwohl der Auserkorene der Keil und Genossen – trotz des trügerisch angemaßten Namens soviel Sozialdemokratisches am und im Leibe hat, wie irgendein Geheimrat aus dem preußischen Polizeiministerium.

In Wahrheit gab es nur einen sozialdemokratischen Kandidaten – den Genossen Crispien, und in Wahrheit handelt es sich nicht um einen spezifisch württembergischen Fall, sondern um den ersten Fall, in dem nach dem 4. August 1914 der Kampf der entschiedenen Opposition gegen die Parteiverderber die Form des Wahlkampfes annahm. Hätten unsere württembergischen Freunde die Gelegenheit der Wahlen ungenutzt vorübergehen lassen, sie hätten sich der gröbsten Pflichtverletzung schuldig gemacht. Selbstverständlich waren sie auf dem Posten, um dem sozialimperialistischen Betrug das sozialdemokratische Programm entgegenzustellen, und können mit dem erzielten Erfolge durchaus zufrieden sein.

Ueber die Wahl wird uns aus Württemberg geschrieben:

Die sozialimperialistischen Blätter, voran die „Schwäbische Tagwacht", bemühen sich, aus dem Wahlergebnis in Heidenheim eine Niederlage der württembergischen Parteiopposition und einen Sieg des 4. August herauszudestillieren. Die Darstellung ist weiter nichts als eine bewußte Täuschung der Oeffentlichkeit. Die Tagwacht schrieb noch einige Tage vor der

Wahl selbst, daß die Opposition in Heidenheim keinen Boden habe und die Nachwahl nur benützen wolle, um „Eingang" im Bezirk zu finden. In der Tat handelt es sich für die Opposition bei der Wahl nur in zweiter Linie darum, Bresche in die bisher sicherste Domäne des württembergischen Landesvorstandes zu legen. Ausschlaggebend war für uns das Bestreben, gegen die arbeiterverräterische Politik der Mehrheitsleute bei jeder sich bietenden Gelegenheit anzukämpfen, den Trennungsstrich zwischen uns und ihnen klarer und schärfer zu ziehen.

Die Wahlagitation mußte von der Opposition unter den schwierigsten Verhältnissen geführt werden. Seit Jahr und Tag ist uns jede Versammlung verboten, die bekannteren Genossen stehen fast allgemein unter Redeverbot. Viele von uns glaubten, daß man uns auch die Wahlarbeit unmöglich machen wird. Ganz ohne Reibungen mit den Behörden ging es auch nicht ab, und wir konnten deshalb erst eine Woche vor der Wahl in den Kampf eintreten. Nur in vier von 28 Orten hatten wir noch die Möglichkeit, Versammlungen abzuhalten. Genosse Crispien sprach selbst nur in einer. Die ganze schriftliche Agitation bestand in der Verteilung von 400 Exemplaren eines auf einer Schreibmaschine hergestellten Aufrufes.

Wie ganz anders konnten der Kandidat der Mehrheit, Schreinermeister Benz, und seine Freunde wochenlang vor der Wahl im Bezirk „Stimmen werben". In einem Aufruf in den bürgerlichen Blättern wurde er über den Schellenkönig gelobt: „Der Kandidat ist im Bezirk geboren," „im Bezirk aufgewachsen," „mit den Verhältnissen des Bezirks bekannt" – bekam man da zu lesen. Dagegen fehlte in dem Aufruf jedes klare Bekenntnis zum Sozialismus. Kein Wunder, daß denn auch in der bürgerlichen Presse zur Wahl von Benz aufgefordert wurde, obwohl die bürgerlichen Parteien Wahlenthaltung beschlossen hatten – wohl in der richtigen Erkenntnis, daß sie auch bei der Wahl von Benz gut fahren werden.

Im Gegensatz zu dieser winselnden Stimmenbettelei hieß es in unserem Aufruf:

„Wer mit der Politik unseres tapferen Freundes Karl Liebknecht einverstanden ist, der gebe seine Stimme unserem Kandidaten Artur Crispien."

Crispien erhielt 170 Stimmen. 13 Prozent der Gesamtzahl. Die Bresche ist gelegt, der „Eingang" glänzend gelungen.

Keil und sein Klüngel, die ebenso geräuschvoll wie unaufrichtig über den „Sieg der Politik des 4. August" im Bezirk Heidenheim jubeln, dürften sich nun die folgende Frage vorlegen: Wenn in den geschilderten Verhältnissen und in einem Bezirk, in dem die Opposition vor der Wahl so gut wie keinen Anhang hatte, das Wahlergebnis so ausgefallen ist, was wird denn bei Neuwahlen in jenen Bezirken – im 1., 2., 3., 5., 10. Kreis usw. – zu gewärtigen sein, wo die Opposition die Mehrheit besitzt oder über starken Anhang verfügt? Die „Probe aufs Exempel", unter anderen, besseren Verhältnissen gemacht, wird es erweisen.*)

*) Verspätet wegen Raummangels. Red.

Aus dem Reich.

Dresden. Die Arbeitsgemeinschaftler treten hier zwar vereinzelt auf und lassen von ihrer Tätigkeit nicht viel merken; trotzdem haben aber ihre Gesinnungsgenossen im Reich den Mut gefunden zu behaupten, daß die A.-G. in Dresden für eine Massenbewegung 70 000 Menschen auf die Beine gebracht hatte. Dieses Eigenlob wird ins richtige Licht gestellt durch die folgenden Angaben. Anhaltendes Drängen der hiesigen entschiedenen Opposition zwang vor kurzem die Instanzen, als es galt, gegen die wucherische Teuerung der Lebensmittel Front zu machen, die praktischen Ratschläge der Radikalen einzuholen. Diese verlangten einen Proteststreik und wurden dabei auch von den Arbeitsgemeinschaftlern unterstützt. Die Gewerkschaften erklärten jedoch, die Arbeiter verdienen gutes Geld und wollen nicht beunruhigt werden. Die Parteibeamten mochten ihrerseits die „Verantwortung" für ein Hinausgehen der Massen auf die Straße „nicht tragen." Dabei blieb es bis nach der ostsächsischen Frauenkonferenz, auf der dieses Flaumachen der Instanzen als Grund für die Aussichtslosigkeit jeder Agitation angeführt wurde. Daraufhin kamen die Instanzen zu dem heldenhaften Entschluß, am 2. November bei dem Minister „vorstellig" zu werden und die Arbeiter — zur Unterstützung der „Interpellanten" aufzurufen. Die Radikalen wollten den Beschluß so auffassen, daß die Arbeit am Tage der Demonstration mindestens von Mittag ab ruhen sollte; doch die Vertrauensmänner erklärten in den Betrieben, wer feiere, tue dies auf eigene Verantwortung. Genossinnen von der entschiedenen Opposition verbreiteten Flugzettel, in denen es hieß: „Die Frauen und Mütter haben das Spiel satt . . . Hat die Regierung die Macht, unsere Männer und Kinder ins Feld zum Tode zu senden oder zu Krüppeln schießen zu lassen, so fordern wir, als die Hinterlassenen, daß für uns ausreichende, den Erwerbsverhältnissen entsprechende preiswürdige Nahrungsmittel beschafft werden." Schließlich findet die Haupt- und Staatsaktion statt. Die Metallarbeiter radikaler Richtung in kleineren Betrieben und auch sonst einige kleinere Werkstätten feiern von Mittag ab — insgesamt etwa 1000 Personen. Demonstranten waren etwa 7000—8000, darunter 5—6000 Frauen. Zum Minister gingen je ein Vertreter des Landesvorstandes, des Bezirksvorstandes, der drei Kreise sowie des Gewerkschaftskartells — darunter der Arbeitsgemeinschaftler Fleißner. Nach dem Empfang hielt Fleißner von der Treppe des Ministerialgebäudes herab eine Ansprache, die kennzeichnend ist für das ganze Unvermögen der Arbeitsgemeinschaft, den Geist von Massenbewegungen zu erfassen und ihnen den entsprechenden Ausdruck als Kundgebungen des politischen Willens der Massen zu verleihen. Als Arbeitervertreter — so führte Fleißner aus — hätten sie der Regierung die Bedenklichkeit der Lebensmittelfrage vorgestellt und darauf hingewiesen, daß, wie der Krieg die Not hervorgerufen habe, sie nur durch seine Beendigung beseitigt werden könne. „Wir haben die Regierung ersucht, bei der Reichsregierung vorstellig zu werden, daß sie alles tut, um den Krieg zu beenden. Die Geduld des Volkes habe den Höhepunkt erreicht. Der Herr Minister hat uns erklärt, die Regierung sei ernstlich bestrebt, der Lebensmittelnot zu steuern. Sie wünsche

ebenfalls Beendigung des Krieges, aber die Feinde wollten ja keinen Frieden. Wir müssen nun abwarten, was die Regierung für einen Erfolg haben wird. Jetzt fordere ich Sie auf, zum Rathaus zu gehen, wir werden auch dort vorstellig werden." Von der Rathaustreppe hielt Fleißner eine gleiche Ansprache, die in einem Hoch auf den Frieden gipfelte. Dann forderte er die Massen auf, nach Hause zu gehen. In aller Ruhe verlaufen sie sich. Einzelne Frauen rufen: „Wir wollen Frieden . . ." Nur einzelne Rufe sind es.

Der „Führer" von der Arbeitsgemeinschaft, der in allem Ernst die Massen auffordert, „abzuwarten" und sie auf die Bemühungen der Regierung vertröstet, und die „Instanzen", die die Massen nur als Dekoration für eine „Deputation" „zum Herrn Minister" gebrauchen und mißbrauchen – sie passen ja ganz vortrefflich zu einander. . . .

Braunschweig. Wenn Aufgabe der klassenbewußten Proletarier ist, dem Brudermord und Selbstmord in diesem imperialistischen Kriege Einhalt zu gebieten und die Vernichtungsmaschine zum Stehen zu bringen, – so drängt sich der Arbeiterschaft immer mehr die brennende Frage auf: wie hat bis zur Stunde Ziel und Wirkung der ganzen mächtigen Organisationsmaschinerie sich in der Hand der Instanzen, der „berufenen" Klassenkämpfer, ins krasse Gegenteil ihres klaren, ureigenen Sinnes und Zweckes verkehren können? Alle Beiträge müssen zusammengebracht werden zur Aufklärung über die Künste der Parteistrategen, die grollende Masse weiter und weiter als willenloses Werkzeug in die Fron der imperialistischen Regierungspolitik hineinzuspannen. Als ein solcher Beitrag, gleichzeitig zur Lehre, daß tatkräftiges Zugreifen doch die Arbeiter diesen Herren gegenüber nicht zur Ohnmacht verdammt, wird uns hier über einen in seinen Anfängen schon etwas zurückliegenden Vorfall berichtet.

Am 2. Juli legte die Braunschweiger Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes ihren Mitgliedern den Kassenbericht für das 2. Quartal 1916 vor, der auf der ersten Seite neben wenigen rein tatsächlichen Ausführungen zunächst einige nicht sehr klare Bemerkungen vorbrachte hinsichtlich „Anzettelungen von Leuten, die im Grunde genommen der Organisation recht fern stehen, sich aber als große Strategen gebärden und jeden Verantwortlichkeitsgefühls bar sind", daran aber die folgenden bereits durch reichliche Sperrschrift als wichtigstes gekennzeichneten Worte knüpfte:

> „Vor einer anderen Sorte und deren Produkten muß aber noch eindringlicher gewarnt werden: denn diese hält sich stets im Dunkeln und läßt die Folgen ihres unsauberen Treibens andere für sich ausbaden. Es ist hier nicht der Platz und es hieße auch dieser Gesellschaft zu viel Ehre antun, wenn man sich weiter darüber verbreiten wollte; nur glauben wir darauf hinweisen zu müssen, daß es unter Umständen manchem harmlos denkenden Kollegen die größten Unannehmlichkeiten einbringen könnte, wenn er sich mit den jetzt im Umlauf befindlichen unsauberen Produkten die Finger besudeln sollte."

Die Erbitterung über dies hinterhältige, verräterische Vorgehen läßt sich an ihrer Wirkung ermessen: die Mitglieder ruhten nicht, ehe die Instanzen

den Macher bekannt gegeben hatten. Unter dem 20. Juli verbreitete die Ortsverwaltung eine Erklärung, gezeichnet Reinhard Schmerbach, wonach sie „in ihrer Gesamtheit von dem textlichen Inhalt der oben angeführten einleitenden Worte zu der Quartalsabrechnung vor Hinausgehen derselben an die Mitglieder nicht unterrichtet gewesen ist" und wonach „außerhalb ihrem Bureau stehende Personen an der Fassung des Textes nicht beteiligt gewesen" seien.

Am 28. Juli beschloß dann die Mitgliederversammlung, „in Anbetracht des textlichen Inhalts der Abrechnung dem Kollegen R. Knoblauch eine Rüge zu erteilen", und verpflichtete die Ortsverwaltung, den Mitgliedern dies durch eine Vervielfältigung dieses Beschlusses zur Kenntnis zu bringen.

Noch wird ja mit Recht bezweifelt, daß damit der Alleinschuldige an den Pranger gestellt ist, andere „Größen" werden mit dahinter vermutet.

Der Fall zeigt zur Evidenz, daß man den Bock zum Gärtner gemacht hat. Jedenfalls hat die Arbeiterschaft gelernt, daß sie sich des Schlimmsten zu versehen hat, wenn sie nicht auf der Hut ist und mit diesem System des Arbeiterrats endgültig und mit eiserner Konsequenz bricht.

Ein weiterer Vorfall aus der Braunschweiger Metallindustrie hat zum Helden einen Schneidermeister Riechers, Feuerversicherungsverwalter des Konsumvereins und langjährigen Rechtsberater bedrängter Mitmenschen gegen gute Bezahlung – einen Ehrenmann, der vor Jahresfrist auf die Erklärung, links in der Partei zu stehen, ohne den sicheren Sinn der Genossen für solchen Schlag beinahe Stadtverordneter geworden wäre. Dieser hat kürzlich eine wunderbare Kenntnis des Sprüchleins non olet, „Geld stinkt nicht" bewiesen. Er reiste eines Tages nach Hamburg, um im Auftrage des Metallindustriellen-Verbandes Arbeitskräfte für die hiesigen Metallbetriebe zu beschaffen, – wunderbarerweise vornehmlich für den Großbetrieb, in dem die Arbeiterschaft sich gerade in einer Bewegung befand. Dem Mann war seine Tätigkeit selbst anrüchig. Er ging in Hamburg zum Schneiderverband und gab an, er suche im Auftrag des Braunschweiger Gewerkschaftskartells die Arbeiter, weil im Gebiet des 10. Armeekorps nicht inseriert werden dürfe. Wir verlieren kein Wort über die Schurkerei, den Genossen für den Judaslohn des Industrieverbandes in den Rücken zu fallen, damit der Unternehmer sie auf die schneidigste Art loswerden kann. Zu denken gibt, daß die „unruhigen" Leute gerade dieses Betriebes wegen ihrer guten politischen Schulung nicht nur der Geschäftsleitung ein Dorn im Auge sind, sondern die Angestellten des Metallarbeiter-Verbandes haben sich ebenfalls höchst unzufrieden mit diesen Geistern gezeigt.

Hamburg. Die Opposition in Hamburg steht auf dem Boden der entschiedenen Richtung. Ihren starken Rückhalt bildet die Jugendbewegung, die seit ihrer Auflösung durch das Generalkommando dank dem infamen Kampf der offiziellen Partei viel an Klarheit und Entschlossenheit gewonnen hat. In den Veranstaltungen der Partei läßt die Opposition alle Mittel spielen, um die Massen aufzurütteln und aktionsfähig zu machen. Die Hamburger Ereignisse im Sommer, die von der Presse entweder entstellt oder unter dem Druck der Zensur gänzlich totgeschwiegen wurden, waren für die

hiesige Bewegung von großer Bedeutung und, da die selbständigen Regungen der Arbeitermasse gegenwärtig die einzige Gewähr für eine bessere Zukunft sind, ist es von allgemeinem Interesse, auf jene Geschehnisse zurückzukommen.

In der berühmt gewordenen Verbraucher-Versammlung am 9. August 1916, in der Dr. August Müller berichtete – die übrigens nicht von der Partei arrangiert war –, fanden Redner der Opposition lebhafte Zustimmung. Von Elm wurde gezwungen, vom Rednerpult abzutreten. Anschließend zogen 3–400 Genossen an der Alster entlang zum Rathaus. Die Polizei zerstreute die Menge. Das „Echo" „begrüßte" die Demonstranten mit einem wüsten Geschimpfe. Als die für den 18. August angesetzten Friedensversammlungen der Partei verboten wurden, folgten der Aufforderung zu einer Friedensdemonstration nach dem Gewerkschaftshause etwa 5–6000 Personen. Die Massen zogen zum Hauptbahnhof, sie strebten weiter zum Rathause, doch gelangten bis dahin nur etwa 100 Demonstranten. Die entschlossene, kampfbereite Stimmnug machte sich Luft in Rufen: „Hoch Liebknecht!" „Nieder mit dem Kriege!" „Nieder mit der Regierung!" „Wir verlangen nach Brot!" Ein Zug ließ die Rufe auch unter den Redaktionsräumen des Patrioten-„Echo" ertönen. Am selben Abend und an den beiden nächsten Tage kam es zu Hunger-Krawallen in den Vororten. Polizei griff ein, Militär war bereitgehalten. Zur „Beruhigung" der Bevölkerung wurde jedoch von den Behörden eine schnelle und reichliche Versorgung mit Brot und Kartoffeln in die Wege geleitet. Soldaten fuhren am Sonntag bis zum Abend Kartoffeln in die Stadt.

Am Freitag, den 25. August zogen einige 1000 Demonstranten nach dem Villenort Harvestehude. Die Polizei ging mit der größten Rücksichtslosigkeit und Brutalität gegen die wehrlosen Massen vor, hieb mit blanken Säbeln ein, trat, schlug und stach. Besonders nachdem die Züge zerstreut waren, setzte es Hiebe und Schläge ab. Ein Flugblatt: „Die Kosaken in Hamburg" kennzeichnete das Wüten der Polizeibande. Die handgreiflichen Brutalitäten auf der Straße wurden ergänzt durch massenhafte Haussuchungen und Verhaftungen, auch von Jugendlichen. Die durch die Liebknecht-Prozesse erzeugte Erregung unter der Arbeiterschaft, die Sympathie und Solidarität mit dem Verurteilten kamen bei den Demonstrationen immer wieder und wieder zu stürmischem Ausdruck.

Daß das „sozialdemokratische" Regierungsblatt „Echo" der Militärdiktatur bei alledem tapfer zur Seite stand, versteht sich von selbst. Die Ereignisse hinterließen in der Arbeiterschaft eine tiefgehende Gärung und wurden zugleich zum offiziellen, feierlichen Begräbnis des famosen Burgfriedens auch in Hamburg.

Essen. Am Abend nach der Liebknechtverhandlung vor dem Reichsmilitärgericht fand in Essen auf dem Einsbeckerplatz eine Demonstration der Kruppschen Arbeiter statt. Die Polizei hatte – wohl durch die Gelben – Wind bekommen, trotzdem erst gegen Abend Handzettel verteilt worden waren, und bot eine Unzahl uniformierte und Kriminalbeamte auf, die alle Straßen sperrten und nirgends einen geschlossenen Zug zustandekommen ließen. Ein Genosse wurde beim Ausbringen des zweiten Hochs auf Liebknecht von

einem Kriminalbeamten verhaftet. Insgesamt wurden seither acht Genossen verhaftet, sechs davon wieder entlassen. Von dem einen, der am 4. v. M. in der Werkstatt verhaftet wurde, fehlt trotz Rechtsanwalt jede Spur.

Die Arbeiter im Knüppelwalzwerk bei Krupp, durchweg Unorganisierte, streikten am 8. d. M. 14 Stunden; es wurde ihnen 25 Prozent Lohnerhöhung bewilligt. Am 15. v. M. streikten in der Zünderrevision 500 bis 600 – gleichfalls nichtorganisierte Arbeiterinnen und erfochten ebenfalls eine Lohnerhöhung. In die Werkstätten Essens wurden nach dem 4. Nov. Tausende und Tausende Soldaten abkommandiert; teils kamen sie mit Gewehren an. Die immer wachsende Zahl der Arbeiter und der ständige Ausbau der Betriebe verraten die Unternehmersehnsucht nach einem noch zehnjährigen Krieg. Bei den Massen wird die Entscheidung liegen, ob den Profitimperialisten nicht schon lange vorher der Atem ausgeht. . . .

Ein neues Waterloo des Sozialismus.

Die jetzige Entfesselung des schrankenlosen Krieges ist ein neues Stadium in dem welthistorischen Drama, das wir seit bald drei Jahren erleben. So wenig man von dem deutschen Friedensangebot im Ernst zu halten brauchte, so gut man es neben der famosen Schöpfung des „unabhängigen Polens" und des im Hinterhalt vorbereiteten verschärften U-Bootkrieges als einen plumpen Bluff durchschauen konnte, – der Moment des Notenwechsels zwischen den Kriegführenden im Dezember-Januar markiert für den tobenden Imperialismus eine psychologische Erscheinung von hoher symptomatischer Bedeutung. Daß der deutschen Regierung das unermüdliche Siegen seit zweiundeinhalb Jahren, das den Krieg im ganzen nicht um einen Zoll breit vorwärts bringt, zusammen mit den wachsenden Schwierigkeiten der Ernährung und der Munitionsherstellung sowie der Heranschaffung immer frischen Kanonenfutters ehrlich zum Hals heraushängt, darf man ihr ohne weiteres aufs Wort glauben. Daß die Lage der Ententemächte in ihnen das heftigste Verlangen nach möglichst rascher Beendigung des Krieges erwecken muß, könnte nur ein Blinder bezweifeln. Dennoch ist der aufblitzende Versuch der Verständigung nicht nur gescheitert, sondern er schlug durch natürliche Logik der Dinge in eine schrankenlose Verschärfung des Krieges, in die tollste Entfesselung der imperialistischen Gegensätze um!

Woher kommt das? Die Vulgärpolitiker des Regierungssozialismus, die Scheidemann und Genossen wiederholen natürlich mit der Treuherzigkeit ergebener Lakaien die offizielle Erklärung der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung": Die Bosheit der Ententeregierungen und – fügen sie als „Sozialisten" aus eigenem hinzu – das Versagen der französischen und englischen Sozialisten trage die Schuld an der Verlängerung und Verschärfung des Krieges. Die „Opposition" um die „Arbeitsgemeinschaft" macht einen Schritt weiter und schiebt die Verantwortung teils auf die vage Fassung des deutschen Friedensangebots, teils auf die Scheidemänner selbst, die durch die konsequente Bewilligung der Kriegskredite die deutsche Regierung auch zum heutigen verschärften U-Bootkrieg ermuntert und befähigt hätten. Die Schicksale des letzten „Verständigungs"versuchs zeigen aber in Wirklichkeit wieder einmal, daß die Geschichtsauffassung, welche sei es den Ausbruch des Krieges, sei es dessen Beendigung vom bösen oder guten Willen der kapitalistischen Regierungen abhängig macht, keinen Schuß Pulver wert ist, daß dem Ausbruch wie auch den weiteren Geschicken des heutigen Weltkrieges vielmehr tiefe soziale und historische Ursachen zugrunde liegen, denen gegenüber die regierenden Diplomaten auf allen Seiten ohne Unterschied in letzter Linie die Rolle der Geschobenen spielen, wie sehr sie sich und anderen einreden mögen, die Schiebenden zu sein.

Der Weltkrieg, der selbst ein Produkt, eine vulkanische Eruption der in den letzten fünfundzwanzig Jahren im Schoße der kapitalistischen Gesellschaft herangereiften imperialistischen Gegensätze und Probleme ist, hat seinerseits in dialektischer Wechselwirkung diese Gegensätze und Probleme ins Ungeheure gesteigert. Die drei Kriegsjahre haben dank dem Versagen des internationalen Proletariats den Imperialismus und Militarismus in allen kriegführenden Staaten zu unumschränkten Herren der Situation, zum Mittelpunkt und zur Achse des gesamten gesellschaftlichen Lebens, zum einzigen ausschlaggebenden Faktor gemacht, dem alles: Wirtschaft, Gesetzgebung, Verfassung, Finanzen, Oeffentlichkeit, Religionsglauben, Wissenschaft, Psychologie restlos in den Dienst gestellt worden sind. Nachdem Krieg und Imperialismus so zum Lebensknoten der Staaten gemacht, ein und alles für sie geworden sind, ist der Ausgang des Krieges, d. h. die imperialistischen Weltumteilungsprobleme und die Frage der militaristischen Vorherrschaft für die heutigen Regierungen und bürgerlichen Klassen zur Frage des Seins oder des Nichtseins geworden. Sie wissen wohl, daß es für sie – vom imperialistischen Standpunkt – aufs Ganze geht. Und deshalb ist eine „Verständigung", d. h. eine Lösung unlösbarer Aufgaben und Ueberbrückung unüberbrückbarer Gegensätze, – ein Abbrechen des Krieges vor der letzten Kraftprobe eine kleinbürgerliche Utopie, die nur einer impotenten Geschichtsauffassung und einer ebenso impotenten Politik als bequeme, feige Ausflucht vorschweben konnte. Die große Lehre aus dem Ausgang des deutschen Friedensangebots und aus der heutigen schrankenlosen Ausbreitung und Vertiefung des Todesringens – eine Lehre, die zu beherzigen und den Massen klarzumachen, verdammte Pflicht und Schuldigkeit der sozialistischen Parteien ist, geht dahin:

Die kapitalistischen Staaten sind nicht mehr imstande, aus eigenem Willen dem entfesselten imperialistischen Hexensabbat Halt zu gebieten. Der auf die Menschheit losgelassene Imperialismus muß vielmehr mit fataler Logik aus eigenem Schoß mit jedem Tage der Kriegsdauer nur immer schärfere Gegensätze, immer verzweifeltere Kämpfe hervorbringen. Von sich aus vermag die bürgerliche Gesellschaft nur noch immer wildere Anarchie, Ruin und Bestialität zu produzieren.

Nur eine einzige Macht wäre imstande und war durch die Geschichte berufen, dem rasenden Abrutsch der Gesellschaft in den Abgrund der Anarchie und der Verwilderung in die Speichen zu fallen: *das internationale sozialistische Proletariat.* Einen anderen Ausweg aus dem Kriege, als die revolutionäre Erhebung des internationalen Proletariats zum Kampfe um die Macht gibt es nicht mehr, – es sei denn die völlige Erschöpfung der Gesellschaft, d. h. wirtschaftlicher, kultureller, moralischer Zusammenbruch und Agonie nach unabsehbarer Dauer des Krieges.

In diesem Sinne war der jüngste Moment in der Psychologie des Krieges, das augenblickliche Zaudern der Kriegführenden und der schwache Versuch, sich selbst dem imperialistischen Todesritt zu entziehen, eine neue welthistorische Probe für das Proletariat, – eine Wiederholung des 4. August unter verschärften und erschwerenden Umständen. Das sozialisti-

sche Proletariat hat abermals gänzlich versagt, es hat der imperialistischen Bourgeoisie ruhig überlassen, einen Moment lang den Frieden aus freiem Ermessen zu erwägen, um sich dann unter dem Zwang der historischen Fatalität noch rasender kopfüber in den Krieg zu stürzen. Der jetzige verschärfte und auf die Neue Welt so gut wie ausgedehnte Krieg geht zum zweitenmal über die internationale Arbeiterklasse als Machtfaktor der Geschichte zur Tagesordnung über. Es ist das zweite Waterloo des Sozialismus, was wir heute erleben.

Der Roman von Zola: „Die Bestie im Menschen" schließt mit dem erschütternden Bilde eines Eisenbahnzuges, von dem der Maschinist und der Heizer in gegenseitiger tödlicher Umklammerung abgestürzt sind, und der nun führerlos und hemmungslos in die Nacht hineinrast, zum Entsetzen der in ihm eingeschlossenen Menschen alle Stationen überspringt und in immer wilderem Tempo der schließlichen Katastrophe irgendwo in unbekannter Ferne entgegenstürmt. Ein solches Bild bietet gegenwärtig die kapitalistische Gesellschaft dar, nachdem der berufene Maschinist und Heizer – das internationale Proletariat – am 4. August abgestürzt ist.

Sich dies mit aller unnachsichtlichen Offenheit und Klarheit zu sagen, ist für die Arbeiter selbst der erste Schritt und die erste Vorbedingung zur künftigen politischen Auferstehung. In Wirklichkeit ist ein derartiges Versagen einer gesellschaftlichen Klasse ihren geschichtlichen Aufgaben gegenüber etwas ganz Beispielloses.

Das revolutionäre Frankreich war freilich bereits zu drei Vierteln ein Friedhof und ein Bild der Barbarei infolge der langen Herrschaft des mittelalterlichen Feudalismus, und doch hat sich das Bürgertum alsdann aufgerafft, um das schmachvolle Joch des Mittelalters zu zerschmettern und durch revolutionären Elan frisches Leben aus den Ruinen aufzuwecken. Das vormärzliche Deutsche Reich war, wie sattsam bekannt, schon reichlich weit im Zustand eines verwesenden Kadavers vorgeschritten und erstickender Dünste der Zersetzung voll, als die deutsche Bourgeoisie doch noch in der allerletzten Stunde aus ihren altersschwachen Lenden so etwas wie revolutionäre Tatkraft hervorgeholt hatte, um wenigstens einen Anlauf zur Renovierung der morschen Zustände zu machen.

Das jüngste Beispiel erleben wir eben in diesen Tagen. Selbst die russische Bourgeoisie, dieser letzte Sprößling des kapitalistischen Bürgertums, behaftet mit allen Gebrechen der Spätgeburt, geschwächt durch alle Früchte vom Baume der historischen Erkenntnis, geschreckt durch alle Erlebnisse ihrer älteren Geschwister und noch mit den Schrecken der eigenen russischen Revolution in den Gliedern, – selbst diese Bourgeoisie rafft sich in diesem Augenblick unter schwierigsten Verhältnissen zu einer Tatkraft auf, um den letzten Rest der revolutionären Aufgaben zu vollführen, die dem Bürgertum von der Geschichte gestellt worden sind.

Nur das internationale und vor allem das deutsche Proletariat versagt bis jetzt seinen speziellen Aufgaben gegenüber auf der ganzen Linie, versagt völlig, hartnäckig, unbelehrbar und unbeirrt durch alle Fußtritte, Peitschenhiebe und Skorpione der Geschichte.

Dies auszusprechen, ist nicht darum nötig, um einem unfruchtbaren Pessimismus zu verfallen, sondern umgekehrt, um die ganze Größe des entschlossenen revolutionären Willens zu ermessen, der erforderlich ist, um alle versäumten Termine einzuholen. Mit halben Mitteln, schwächlichen Anläufen und bescheidenen Tugenden ist ein so unerhörter weltgeschichtlicher Bankrott nicht wettzumachen. Die rücksichtslose Konstatierung dieses Bankrotts ist auch noch darum nötig, um diejenigen Elemente der „Opposition" die sich nur nach der Rückkehr in den warmen Stall der Parteizustände vor dem Kriege sehnen, endlich mit der Nase auf die einfache Frage zu stoßen: Wie sehr muß sich das, was als sozialistische Partei und als sozialistische Internationale in den letzten Jahrzehnten existierte, von dem wirklichen Charakter und Beruf dieser Organisationen entfernt haben, um ein derartiges Versagen des ihrem Erziehungswerk und ihrer Führerschaft anvertrauten Proletariats zu ermöglichen?! Die russische Bourgeoisie ergreift vorerst entschlossen die Zügel der revolutionären Bewegung, was sie aber dazu vorantrieb, ist doch nur die stürmische Massenerhebung des Volkes. Ist es nun nicht einigermaßen auffällig, daß das russische arbeitende Volk im hundertjährigen Joch eines orientalischen Despotismus nicht gelernt hat, so geduldig zu hungern und sich unter die Säbeldiktatur zu ducken, wie es das deutsche Proletariat in der 50jährigen Schule der Sozialdemokratie gelernt zu haben scheint? . . . Erst wer den Mut und die Ehrlichkeit hat, die ganze Größe der gegenwärtigen Niederlage des Sozialismus zu bekennen, wird Kraft genug aufbringen, um die sozialistische Partei und die Internationale an Kopf und Gliedern umzugestalten, wie es ihre wirklichen historischen Aufgaben erfordern.

Vor dem Hunger.

In den ersten Kriegsmonaten spöttelten die Sozialimperialisten über jeden, der es wagte, von den kommenden Nahrungsschwierigkeiten Deutschlands zu sprechen. Als die Knappheit im Winter 1914-15 deutlich wurde, suchte man sie auf den Mangel an gerechter und richtiger Verteilung abzuschieben. Seither ist das arbeitende Volk von Monat zu Monat zu immer größeren Einschränkungen gezwungen worden, und selbst die größten Lobpreiser des „Durchhaltens" müssen heute zugeben, daß auch die gerechteste Verteilung nicht den absoluten Mangel an Nahrungsmitteln ausgleichen kann. Wohl leben die Begüterten in den Städten und die Landbevölkerung wesentlich besser als die städtischen Arbeiter. Aber schon sind die Nahrungsbestände trotz größter Einschränkung der breiten Massen so erschöpft, daß der nackte Hunger dicht vor der Türe steht. Trotzdem sucht die Regierung und die Presse noch immer der Oeffentlichkeit vorzulügen, daß man ausreichen werde. Aber das Lügen fällt von Tag zu Tag schwerer, und so sehen sich die Prediger des Durchhaltens gezwungen, wenigstens etwas die Masken von dem zu lüften, was uns in den nächsten Monaten erwartet. Im preußischen Abgeordnetenhaus wies der neue Staatskommissar für Ernährungsfragen, Unterstaatssekretär Michaelis, ängstlich auf die Gefahren hin:

„Vor uns steht der Gedanke, was werden sollte, wenn das nicht gelänge. Der Gedanke kann gar nicht ausgedacht werden, das grausige Elend, das wäre, wenn wir mit einem Male im Laufe der letzten Monate des Betriebsjahres merkten, es reicht nicht, es geht nicht durchzuhalten — das Elend, was dann käme, das ist nicht zu beschreiben. Und drum stellen wir diesen Gedanken beiseite und stellen den Gedanken in den Vordergrund, den wir brauchen, damit wir arbeitsfreudig bleiben, damit wir von uns aus das Gefühl der Sicherheit und Beruhigung in die hineinbringen können, die es von der Regierung erwarten."

Diese Worte scheinen ehrlich, aber sie erwecken noch Erwartungen und eine gewisse Beruhigung. Im engen Kreise spricht Herr Michaelis dagegen noch weit deutlicher. Am 5. Februar waren die preußischen Landräte zu einer Besprechung über Ernährungsfragen versammelt, und dort haben Herr Batocki, der Präsident des Kriegsernährungsamts, und Herr Michaelis ein Bild von der Versorgung entrollt, das weiteste Verbreitung verdient. Herr Batocki erklärte wörtlich, das „die breite Masse der Bevölkerung, die großstädtische natürlich viel mehr als die ländliche, bis zur neuen Ernte am Rande des Hungers steht".

Herr Michaelis, der zugleich Vorsitzender der Reichsgetreidestelle ist, gab dazu die zahlenmäßigen Erläuterungen: die Nachschätzung der Ernte hat ein Weniger von über einer Million Tonnen an Getreide ergeben. Selbst wenn die Versorgung von Mitte August bis Mitte September von der neuen Ernte bestritten wird, was in der Praxis kaum durchführbar ist, weil die neue Ernte zu jener Zeit noch nicht mahlfähig ist, rechnete Herr Michaelis schon Anfang Februar mit einem Defizit von 150 000 Tonnen Getreide. Dieser Fehlbetrag wird dadurch noch größer, daß auch für die fehlenden Kartoffeln Mehl abgegeben werden mußte und daß Streckungsmittel für Brot überhaupt nicht vorhanden sind. Aus Rumänien ist natürlich — das stellte Herr Michaelis ausdrücklich fest — so gut wie nichts gekommen. Das rumänische Getreide kommt in vollem Umfange nach Oesterreich und der Türkei, die beide noch schlimmere Not leiden als Deutschland. Oesterreich und Ungarn sind so schlecht gestellt, daß sie für das Heer und die großen Städte noch Getreide aus Deutschland verlangten und erhalten haben. Herr Michaelis rechnet damit, daß auch in Zukunft noch weitere Mengen Getreide oder Mehl an die Bundesgenossen Deutschlands abgegeben werden müssen, um die Bedürfnisse der Heere zu befriedigen. Im ganzen hält Herr Michaelis die Situation für „furchtbar ernst", und es „kann der fürchterliche Moment eintreten, daß ich (d. h. Herr Michaelis) nicht in der Lage bin, für die Arbeiterbezirke des Westens rechtzeitig das nötige Mehl zur Verfügung zu stellen."

Dies Bild wurde von dem stellvertretenden Leiter der Reichskartoffelstelle, Geheimrat Kutscher, für die Kartoffelversorgung in ähnlicher Weise ergänzt. Während die Erntevorschätzung mit rund 46 Millionen Tonnen Kartoffelertrag rechnete, ergab die Nachprüfung im Oktober 1916 nach Abzug des Saatgutes einen Bestand von etwa — 18 Millonen Tonnen.

Herr Batocki zog aus diesen Zahlen die Folgerung: „Es kann sogar sein, daß wir überhaupt nicht mehr genug zum Leben haben, daß wir hungern müssen, wenn wir nicht die Saatkartoffeln zum Teil aufessen. Zunächst müssen wir ja über diese Zeit hinweg, dann über die nächste. Selbstverständlich verkennt niemand die furchtbare Gefahr für die Zukunft, die darin liegt. Wenn wir dann allerdings wieder eine schlechte Ernte bekommen, dann müssen wir sonst sehen, wie der liebe Gott uns weiterhilft." Die Vertröstung auf den „lieben Gott" hatte auch schon Herr Michaelis als einzige Hoffnung bezeichnet. Wer an das Eingreifen dieser „höheren" Gewalt glaubt, mag ja auch einen Trost haben. Denn irdische Mächte können die deutsche Bevölkerung unmöglich vor dem Verhungern retten.

Einzelne Landräte und Herr Batocki wiesen bereits auf zahlreiche Arbeitseinstellungen und die „Gefahr" des Generalstreiks infolge des Nahrungsmittelmangels hin. Und wie sollen auch Industriearbeiter weiter in der Werkstatt schuften, wenn ihnen nicht der Ersatz der verausgabten Kräfte durch halbwegs ausreichende Nahrungszuführung ermöglicht wird! Das Hungern hat eine Grenze; ob die Geduld der deutschen Arbeiter auch eine Grenze hat – das wird die nahende Zukunft zeigen.

Die Revolution in Rußland.

Der Krieg hat um einige Jahre hinausgeschoben, er konnte nicht verhindern, was bereits vor seinem Ausbruch vernehmbar heranrückte: das Wiederaufflammen der Revolution. Das russische Proletariat, das schon seit 1911 die bleierne Last der konterrevolutionären Periode überwunden und von Jahr zu Jahr in steigendem Maße in wirtschaftlichen und politischen Massenstreits und Demonstrationen die revolutionäre Fahne von 1905 wieder aufgegriffen hatte, das russische Proletariat ließ sich nur 2½ Jahre lang durch den imperialistischen Krieg desorganisieren, durch die Säbeldiktatur knebeln, durch den Nationalismus beirren. Es ist wieder aufgestanden, um das Joch des Absolutismus abzuschütteln, und hat die russische Bourgeoisie gezwungen, augenblicklich vorwärts zu marschieren.

Wenn heute die Revolution in Rußland so rasch in wenigen Tagen gesiegt hat, so ist es einzig und allein deshalb, weil sie eben in ihrem historischen Wesen nur die Fortsetzung der großen Revolution von 1905–1907 ist. Die Konterrevolution vermochte sie nur für eine kurze Zeitspanne niederzustampfen, aber das ungelöste Werk der Revolution heischte gebieterisch seine Lösung, und die unerschöpfliche Klassenenergie des russischen Proletariats loderte denn auch jetzt unter den schwierigsten Verhältnissen auf. Es waren die frischen Erinnerungen an die Jahre 1905–06, an die teilweise schrankenlose politische Herrschaft des Proletariats in Rußland, an seine kühnen Vorstöße, an sein extremes revolutionäres Programm, was heute der russischen Bourgeoisie so wunderbar rasch den Entschluß eingab, sich an die Spitze der Bewegung zu stellen. Es war die Angst vor der ungehemmten Entfaltung der Volksrevolution, wie sie der bürgerlichen Klassenherr-

schaft in den Jahren 1905–07 ihr Meduſenhaupt gezeigt hatte, was die Rodziankos, Miljukows und Gutschkows sofort bewog, sich auf die Seite der Revolution zu stellen und ihrerseits ein entschlossenes liberales Programm zu vertreten. Es ist dies ein Versuch des vor zehn Jahren gewitzigten besitzenden Bürgertums Rußlands, sich der Volksbewegung zu bemächtigen, ihre politischen Aufgaben in bürgerlich-liberalen Formen auszuführen, um ihre extrem demokratischen sowie sozialen Tendenzen auszuschalten.

Hier zeigt sich jedenfalls – allen Besserwissern, klugen Vorsichtsräten und kleingläubigen Pessimisten zum Trotz, – das das Werk der Revolution von 1905 nicht verloren gegangen ist, daß die Opfer, die sie damals kostete, nicht vergeblich dargebracht waren, daß der kühn-revolutionäre Charakter der Forderungen, die von der sozialistischen Arbeiterschaft vertreten wurden, wohl eine sehr „praktische" Politik darstellte. Der heutige Mut und die Tatkraft der russischen liberalen Bourgeoisie sind nichts als ein schwacher Widerschein der Feuersbrünste von 1905–07. Dieselbe Machtentfaltung des Proletariats, die sie damals nach kurzer Zeit in die Arme der Konterrevolution geworfen hatte, stieß sie heute gleich im ersten Moment an die Spitze der Bewegung, gerade um der Wiederholung einer ähnlichen Machtentfaltung vorzubeugen.

Die Revolution in Rußland hat so heute im ersten Anlauf über den bureaukratischen Absolutismus gesiegt. Aber dieser Sieg ist nicht das Ende, sondern nur ein schwacher Anfang. Denn einerseits muß sich die rückläufige Bewegung der Bourgeoisie von ihrem momentanen vorgeschobenen Posten des entschlossenen Liberalismus mit unvermeidlicher Logik aus ihrem allgemeinen reaktionären Charakter und ihrem Klassengegensatz zum Proletariat über kurz oder lang ergeben. Andererseits muß die einmal geweckte revolutionäre Energie des russischen Proletariats mit ebenso unvermeidlicher geschichtlicher Logik wieder in die Bahn einer extrem demokratischen und sozialen Aktion einlenken und wieder das Programm von 1905: demokratische Republik, Achtstundentag, Enteignung des Großgrundbesitzes usw. aufrollen. Vor allem ergibt sich aber für das sozialistische Proletariat in Rußland als die dringendste Losung, die mit allen anderen unablösbar verknüpft ist: Ende dem imperialistischen Kriege!

Hier verwandelt sich das Programm des russischen revolutionären Proletariats in den schärfsten Gegensatz zur russischen imperialistischen Bourgeoisie, die für Konstantinopel schwärmt und bei dem Kriege Profite macht. Die Aktion für den Frieden kann eben in Rußland wie anderwärts nur in einer Form entfaltet werden: als revolutionärer Klassenkampf gegen die eigene Bourgeoisie, als Kampf um die politische Macht im Staate.

Dies sind die unabweisbaren Perspektiven der ferneren Entwicklung der russischen Revolution. Weit entfernt davon, ihr Werk beendet zu haben, hat sie erst eine knappe Einleitung zustande gebracht, der die gewaltigsten Klassenkämpfe um den Frieden und das radikale Programm des Proletariats folgen werden.

Dem großen historischen Drama an der Neva fehlt nicht sein niedliches Satyrspiel an der Spree. Wenn uns das Gedächtnis nicht trügt,

hieß die Losung am 4. August 1914: Befreiung Rußlands vom zarischen Despotismus. Dies war ja angeblich das hehre Ziel des Völkermordes, und um dieses „alten Programms von Marx und Engels" willen haben sich ja die Mannen von der sozialdemokratischen Fraktion für die Unterstützung des Krieges entschlossen.

Und nun – wo ist der Jubel über das erreichte Ziel der deutschen Kriegsführung? Wo der Triumph in der Regierungspresse: „Wir haben's erreicht, hurra!" Wie begossene Pudel schauen die deutschen „Befreier" auf das Werk der russischen Revolution. Nicht einmal mehr zu einer anständigen Grimasse, zur „guten Miene" beim bösen Spiel können sie's bringen. Die Komödie der ersten Kriegsmonate, diese von der deutschen Sozialdemokratie und für die deutsche Sozialdemokratie behufs Nasführung der Volksmassen inszenierte Posse ist dermaßen vergessen, daß die Schauspieler nicht einmal mehr versuchen, ihre schlechte Laune durch das Hervorholen der verstaubten Masken halbwegs zu verdecken.

Die bleiche Angst vor der Stärkung Rußlands durch seine innere Renovierung, die Angst vor dem in die Augen springenden und hohnsprechenden Vergleich zwischen dem durch die Revolution selbstbefreiten Rußland und dem durch „deutsche Fäuste" befreiten „Unabhängigen Polen", – die Angst vor allem vor dem schlechten russischen Beispiel, das die guten Sitten des deutschen Proletariats verderben könnte, guckt wie ein Pferdefuß allenthalben heraus. Und im Mosseschen Freisinnsblatt sucht eine Leuchte des deutschen Liberalismus ganz naiv den tröstlichen und beruhigenden Beweis zu erbringen, daß die famose „Befreiung Rußlands", die das hehre Ziel des Krieges war, doch an inneren Schwierigkeiten zerschellen und in der Anarchie untergehen werde.

Aber auch das deutsche Proletariat ist durch die Vorgänge in Rußland vor eine Ehrenfrage und vor eine Schicksalsfrage gestellt.

Solange in allen kriegführenden Ländern Kirchhofsstille und Kadavergehorsam herrschen, ist das Versagen des Proletariats eine internationale solidarische Schuld, ein gemeinsames Weltunglück, das sich auf alle Seiten, wenn auch nicht in gleichem Maße, verteilt. Sobald jedoch in Rußland das Proletariat den „Burgfrieden" durch offene Revolution aufgesagt hat, fällt ihm das deutsche Proletariat, indem es die Kriegsaktion ruhig weiter unterstützt, nunmehr direkt in den Rücken. Jetzt wirken die im Osten fechtenden deutschen Truppen nicht mehr gegen den „Zarismus", sondern gegen die Revolution. Und sobald das russische Proletariat bei sich zu Hause den Kampf für den Frieden aufrollt – dies ist sicher bereits begonnen und wird mit jedem Tage mehr der Fall sein – verwandelt sich das Verharren des deutschen Proletariats in der Haltung eines gehorsamen Kanonenfutters in offenen Verrat an den russischen Brüdern.

„In Rußland fiel der erste Schuß" . . . Rußland befreit sich selbst. Wer wird Deutschland von Säbeldiktatur, ostelbischer Reaktion und imperialistischem Völkermord befreien? . . .

Wilsons Sozialismus.

Für jede sozialistische Partei und Richtung ist es heutzutage der wichtigste politische Prüfstein, wie sie sich zu der Friedensfrage stellt. Entscheidend ist dabei selbstverständlich nicht der Wunsch nach Frieden an sich. Dieser ist vielmehr nur eine allgemeine vage Formel, hinter der sich sämtliche Schattierungen der bürgerlichen wie der proletarischen Politik verbergen können. Alles kommt auf die politischen Methoden an, durch die man den Frieden herbeiführen will, und für Sozialisten – auf die Rolle, die man dem Proletariat dabei zuweist. Was ist nun in diesen entscheidenden Punkten die Friedenspolitik der Opposition, die sich um die „Arbeitsgemeinschaft" schart?

Wenn es nach allem, was wir seit Jahr und Tag im Parlament und außerhalb desselben erlebt haben, eines neuen dokumentarischen Beweises bedurft hätte, um die politische Impotenz, Ratlosigkeit und Hoffnungslosigkeit dieser sogenannten „Opposition" auf flacher Hand darzutun, so hat ihr offizielles Friedensmanifest aus der Feder Kautskys ein solches Dokument in klassischster Weise geliefert.

„Was die Opposition forderte, war die Bereitschaft zu einem Frieden, in dem es weder Sieger noch Besiegte gibt, zu einem Frieden der Verständigung ohne Vergewaltigung." Hier haben wir den Angelpunkt des Manifests. „Ein Friede der Verständigung!" Diese „Verständigung" ist in der Tat das Hauptprodukt der Kautskyschen Denkarbeit, das er schon seit langem anpreist, seit er sich von seinem Umfall beim Ausbruch des Krieges wieder glücklich auf die „mittlere Linie" hinaufgekrabbelt hat. „Verständigt euch! verständigt euch!" ruft mit Kautsky die „Arbeitsgemeinschaft" den kriegführenden Mächten zu, genau wie ein friedliebender kleiner Spießer seine sich zankenden Hausnachbarn zur Vernunft ermahnt. Aber was heißt eine „Verständigung" im heutigen Weltkrieg? Das ist doch nichts anderes als die „Verständigung" zwischen Bethmann, Lloyd George, Sasonoff oder Milukow und Ribot über die politische Konstituierung Europas für das nächste Jahrzehnt. Das heißt also derselben bürgerlichen Geheimdiplomatie, derselben Schwarzkunst der Kabinette die Hefte überlassen, der man in so zahllosen Resolutionen, Artikeln und Reden das tiefste Mißtrauen ausgesprochen, die Schuld am heutigen Kriege beigemessen, deren gänzliche Abschaffung man gefordert hat! Und um eine solche „Verständigung" reißen sich „oppositionelle" Sozialdemokraten, eine solche „Verständigung" rufen sie herbei und weisen sie dem Proletariat als das Ziel seiner Friedenspolitik! Das Ideal der Haase-Ledebour-Kautsky ist dabei nur, daß es „ohne Vergewaltigung" zugehe, daß es „keine Sieger und Besiegte" gebe. Aber „Sieger und Besiegte" bedeuten in der politischen Sprache der Haase-Ledebour dasselbe, was im Jargon der „Deutschen Tageszeitung" und der Militaristen: siegreiche und besiegte Regierungen. Daß das Proletariat als Klasse, daß der Sozialismus als Politik auf jeden Fall als der Besiegte und das Kapital als der Sieger aus dem Kriege hervorgeht, falls die bürgerliche Diplomatie den Frieden macht, falls das internationale und vor allem das

deutsche Proletariat sich nicht aus seiner furchtbaren heutigen Niederlage aufrafft, um durch eine revolutionäre Klassenaktion den Frieden zu erzwingen und zu gestalten; daß *jede* „Verständigung" der bürgerlichen Regierungen eine Verschwörung gegen das europäische Proletariat ist; daß bei vollkommenem Status quo der staatlichen Grenzen die innerpolitische wie die internationale Situation, die *Klassenverhältnisse* der Gesellschaft gänzlich umgewälzt werden nach diesem Kriege, – das alles haben die weitblickenden Politiker unter der Führung ihres tiefen Theoretikers nicht bemerkt. Ihre einzige Sorge ist heute, daß kein nationaler Trupp des Imperialismus entscheidend über die andern siegt, ihnen genügt die „Verständigung" der Imperialisten auf der Leiche des internationalen Sozialismus und die Rückkehr zur politischen Situation wie sie vor dem Kriege war. Sie sehnen sich nach dem politischen Status quo Europas zurück und begreifen nicht, daß es dieser Status quo eben war, der den unerhörten Aufschwung des Imperialismus ermöglicht und den Ausbruch des Weltkrieges herbeigeführt hat.

Es fragt sich nur, was das Proletariat bei der famosen „Verständigung" der europäischen Kabinette zu tun hat, was seine aktive Politik sein soll? Ei, die ist beileibe nicht vergessen! „Wir halten dafür, daß in allen kriegführenden Ländern für die sozialistischen Parteien die Zeit gekommen ist, von ihren Regierungen eindringlich die genaue Mitteilung der Ziele zu fordern, für die sie den Krieg führen", und ferner zu „fordern", daß diese Ziele für keines der betreffenden Völker eine Demütigung oder Schädigung bedeuten. Ist es nun nicht klar, daß wir dringend der Auferstehung der sozialistischen Internationale von den Toten bedürfen? Ist es nicht klar, daß sie eine höchst wichtige Mission zu vollbringen hat? Man bedenke: seit bald drei Jahren liegt die Internationale unter den Hufen des dahinrasenden Imperialismus. Die Imperialisten entfesseln hüben wie drüben die Kriegsfurie bis zum Aeußersten, die Orgie wird offenbar schließlich nur an innerer Erschöpfung ein Ende finden, um einer neuen Periode der Vorbereitung zum nächsten Tanz Platz zu machen. Und just in diesem Moment ist für die proletarische Internationale „die Zeit gekommen", sich wieder aufzuraffen, um – was zu tun? Um die Imperialisten hüben wie drüben zu bestürmen um die Mitteilung *ihrer* Kriegsziele! Nun sagt doch schon, sagt endlich, was Ihr eigentlich wollt, was Euer Begehren, Ihr Herren Diplomaten! Tut doch endlich den Mund auf, laßt hören, Herr v. Bethmann, – Sie, Mister Lloyd George, – Sie, Monsieur Ribot! So redet doch um Himmelswillen, dann werden wir sehen, wie sich Eure Wünsche miteinander ins Gleiche bringen lassen! Dies ist die Aufgabe der sozialistischen Internationale beim Friedensschluß, das ist selbständige proletarische Klassenpolitik, das ist Ausführung der Stuttgarter Kongreßesolutionen über die Pflicht der Arbeiterparteien, den Krieg so schnell wie möglich zu beenden! Die Internationale zum Pudel gemacht, der von einer imperialistischen Regierung zur anderen läuft, um ihnen erwartungsvoll in den Mund zu blicken, – eine glattere und naivere Preisgabe des Sozialismus als selbständiger Politik in der Friedensfrage kann man sich kaum noch vorstellen. Und in

der Tat: es ist ja genau dieselbe Rolle, die auch Scheidemann und sein „Vorwärts" während des Friedensbluffs der deutschen Regierung der sozialistischen Internationale zuwiesen.

Ja, freilich, freilich! Die sozialistischen Parteien sollen auch noch mehr tun: sie sollen erstens, wie wir gesehen, „darüber wachen," daß jene Wünsche der bürgerlichen Kabinette „keine Demütigung und keine Vergewaltigung" irgendeines der Kriegführenden anstreben, d. h. die sozialistische Internationale soll als Schildwache des berühmten Status quo der europäischen Besitzverhältnisse auf dem Posten stehen, – desselben Status qro, der seinerzeit ein Produkt und Ausdruck zahlloser „Vergewaltigungen und Demütigungen" in Europa und in allen fünf Weltteilen war. Und zweitens, soll die sozialistische Internationale vor allem fordern: „internationale Abkommen über die Entscheidung aller Konflikte zwischen den Staaten durch Schiedsgerichte und über eine allseitige Einschränkung der Kriegsrüstungen."

Alle guten Geister loben Gott den Herrn! Nach fast drei Jahren eines imperialistischen Hexensabbats, dessen erste Geste schon zwei Tage vor dem offiziellen Kriegsausbruch in Belgien über alle „internationalen Abkommen" der bürgerlichen Diplomatie hinwegstampfte, nach bald drei Jahren eines Krieges, der an jedem Tage mit einem neuen Fetzen dieser „Abkommen" die Lafetten der Kanonen putzt, nachdem im Laufe des Krieges selbst das Wettrüsten wie ein Feuerbrand immer weiter und weiter um sich greift – in den Vereinigten Staaten, in sämtlichen, auch den kleinsten Staaten Europas, nachdem auch die letzten Einfriedungen, die vor dem Wettrüsten sicher schienen, in Gestalt der neutralisierten Staaten wie Belgien und die Schweiz, von diesem Kriege niedergerissen worden sind oder es im nächsten Augenblick werden können; nachdem die beispiellosesten, einander überstürzenden Umwälzungen der Kriegstechnik eine neue ungeahnte materielle Basis für uferlose Wettrüstungen schaffen; nachdem der Militarismus in Zwangsdienstgesetzen eben erst in allen Großstaaten eine Macht und absolute Herrschaft über die Gesellschaft erlangte, wie man davon noch kein Beispiel in der Weltgeschichte erlebt hat, – nach alledem und alledem stehen die Kautsky, Haase, Ledebour auf, reiben sich den Schlaf aus den Augen und stammeln, genau nach Schema „F", wie sie vor dem Kriege stammelten: „Ach so, Imperialismus, Weltkrieg, Militarismus! Nun – dann müssen wir eben internationale Abkommen über Schiedsgerichte und Abrüstung „fordern"! . . . Da hört doch wahrhaft jeder Spaß auf, das grenzt schon einfach an politische Gehirnerweichung.

Eins von beiden. Entweder glauben diese Leute in vollem Ernst und unschuldigen Herzens an die Möglichkeit, den heutigen Imperialismus nach dem heutigen Weltkriege durch „Abkommen" der bürgerlichen Diplomatie über Schiedsgerichte und Abrüstung fesseln und eindämmern zu können. Dann steht ihre Geschichtsauffassung und ihre politische Reife unter dem Niveau des bürgerlichen Freisinns, dann sind sie eben nicht sehr ernst zu nehmen. Oder aber sie nehmen selbst ihre eigenen Phrasen nicht ernst und wiederholen sie nur aus Furcht vor den entschlossenen Konsequenzen, zu denen sie eine Absage an den elenden Phrasenplunder zwingen würde. Auf

jeden Fall ist eins klar: diese „Friedensaktion" der „Arbeitsgemeinschaft" ist nichts als eine buchstäbliche Kopie der famosen Friedensaktion des Präsidenten der Vereinigten Staaten. Wilson mahnte auch zum Frieden, Wilson wollte auch „Verständigung", Wilson forderte auch die Bekanntgabe der Kriegsziele, Wilson war auch gegen jede „Vergewaltigung", Wilson drang auch auf „internationale Abkommen" über Schiedsgerichte und Einschränkung der Rüstungen. Und auf Wilsons Aktion beruft sich eben das Manifest der Haase-Ledebour-Kautsky als auf das entscheidende Moment, das einen Vorstoß der proletarischen Internationale als – „an der Zeit" erscheinen lasse.

Hier erfolgte aber einer der gelungensten Witze der Weltgeschichte: kaum hatte die „Arbeitsgemeinschaft" eine sorgfältige Kopie des Friedensprogramms des amerikanischen Präsidenten ausgefertigt, als dieser, der eben den Mund zu einer dritten Friedensbotschaft aufgetan hatte, einen Moment schwieg und dann plötzlich erklärte: „Meine Herrschaften, ich habe mir's überlegt: ich mache nicht mehr Frieden, ich mache Krieg!" Der bürgerliche Pazifismus, an dessen Rockschöße sich die gemäßigte „Opposition" geklammert hatte, ist wieder einmal derb auf die Erde geplumpst und mit ihm die Haase-Kautsky-Ledebour. Eine neue Verschärfung des Krieges, eine neue Ausdehnung der Rüstungen, eine neue Auflage des Massenmordes – und das gerade durch den Friedensapostel Wilson – das sind die diplomatischen „Abrüstungsabkommen" und internationalen „Schiedsgerichte" auf die die „Arbeitsgemeinschaft" ihre Friedenspolitik als auf einen steinernen Felsen basiert!

Aber die verspätete Kopie der Wilsonschen Friedensbotschaft ist bei der Arbeitsgemeinschaft mehr als politische Impotenz: sie ist – was die Kautsky-Haase-Ledebour offenbar gar nicht begreifen können – eine glatte Preisgabe des Sozialismus. Die sozialistische Friedenspolitik ist heute in den folgenden einfachen Worten enthalten: Ihr Arbeiter! Entweder machen die bürgerlichen Regierungen den Frieden, wie sie den Krieg machten, dann bleibt bei jedem Ausgang des Krieges der Imperialismus die beherrschende Macht, und dann geht es unvermeidlich immer weiter neuen Rüstungen, Kriegen und dem Ruin, der Reaktion, der Barbarei entgegen. Oder Ihr rafft Euch zu revolutionären Massenerhebungen auf, zum Kampf um die politische Macht, um Euren Frieden nach außen und nach innen zu diktieren. Entweder Imperialismus und rascherer oder langsamerer Untergang der Gesellschaft, oder Kampf um den Sozialismus als einzige Rettung. Etwas Drittes, etwas mittleres gibt es nicht.

Politisches und Kritisches.

Kriegsanleihen und Kriegskapitalismus.

Die Propaganda für die sechste Kriegsanleihe wird mit Methoden betrieben, die nur noch von der Anreißerin auf dem Trödelmarkt überboten werden können. Die patriotischen Banalitäten der Reklame, die selbst Rührstückchen im Traktat-Stil nicht verschmäht, werden künftigen Ge-

schlechtern ein Scheuel und Greuel schlechten Geschmackes der „großen" Zeit sein. Es bleibt indessen abzuwarten, welches Ergebnis die Lockungen und der Zwang zur Zeichnung erzielen werden. Mag die Zahl noch so hoch erscheinen, den Bedarf des Reiches wird sie doch nicht decken können. Das galt auch schon für die fünfte Kriegsanleihe. Auch damals gab es Kaisertelegramme, Börsenjubel, Reichstagsschaumschlägereien, Regierung und Bourgeoisie beglückwünschten sich gegenseitig zu dem guten Rebbach. Aber gar so glänzend, wie man tat, war die Sache nicht ausgefallen. Die Regierung verlangte und erhielt vom Reichstage bewilligt 52 Milliarden Mark, die fünf Anleihen erbrachten dagegen nur 47 Milliarden. Inzwischen ist die Gesamtsumme der bewilligten Kredite auf 79 Milliarden gestiegen. Aber auch das reicht nicht. Die Folge ist, daß neben dieser „fundierten Schuld" (der gezeichneten Kriegsanleihe) noch eine unfundierte läuft, d. h. die Regierung hat sich Kredit durch Ausgabe kurzfristiger Wechsel verschafft. Diese Wechsel müssen schließlich eingelöst werden, wobei die Mittel durch weitere Anleihen aufgebracht werden müssen. Selbst wenn der Krieg in absehbarer Zeit zu Ende geführt wird, wird so mit einer Schuld von mindestens 120 Milliarden Mark zu rechnen sein.

Diese Schuld bedeutet nun eine Zinsenlast von 6½ Milliarden Mark im Jahre, und da schließlich die Schuld abgezahlt werden muß, von meiteren 1½ bis 2 Milliarden jährlich Tilgung. Um diese Zahl richtig zu beurteilen, muß beachtet werden, daß in den letzten Friedensjahren die wirklichen Einnahmen des Reiches noch keine 2 Milliarden Mark erreicht haben. Die Ausgaben waren um ½ Milliarde höher. Selbst wenn man annimmt, daß die regelmäßigen Ausgaben nicht weiter steigen, was freilich bloße Annahme ist, da Militarismus und Marinismus noch unersättlicher sein werden als bisher, so wachsen die Ausgaben von 2½ auf 9 bis 9½ Milliarden allein infolge der Schuldzinsen. Dazu kommt die Versorgung der Kriegsinvaliden, Witwen und Waisen mit mindestens 2½ Milliarden. Somit werden nach dem Kriege jährlich mindestens 12 Milliarden Ausgaben zu decken sein, denen nur 2 Milliarden an Einnahmen gegenüber stehen. In dürren Worten: die Steuerlast muß um das sechsfache größer werden.

Die Last war vor dem Kriege schier unerträglich, und es ist nunmehr nicht abzusehen, wie Deutschland dem Bankrott entgehen soll. Da jedoch der Staatsbankrott den Säckel der Besitzenden schwer treffen muß, so können wir uns darauf gefaßt machen, daß die Regierung und die sogenannte Volksvertretung den letzten Rest aus der Arbeiterklasse herauszupressen versuchen wird.

Der Steuerdruck, der unfehlbar nach dem Kriege ins Ungeheuerliche steigen wird, ist indessen nicht die einzige Folge der Pumpwirtschaft. Es ist selbstverständlich kein Bargeld, das der Regierung geliehen wird, sondern die Milliarden werden durch finanzielle Schiebungen aller Art aufgebracht. Das Resultat muß sein, daß wir in eine über alle Maßen ungesunde Papiergeldwirtschaft hineingeraten. Das bedeutet schließlich nichts anderes als eine gewaltige Verminderung der Kaufkraft des Geldes. Das aber ist gleichbedeutend mit einer allgemeinen Erhöhung der Preise. Die

Mark wird für lange Zeit nach dem Kriege nicht nur auf dem Weltmarkt, sondern auch im Innern entwertet sein. Für die Arbeiterklasse bedeutet das Verteuerung des Lebensunterhaltes in ganz ungeahntem Maße.

Für die einzelnen Schichten der besitzenden Klassen wird die Preisrevolution sehr verschiedene Wirkungen haben. Gesichert ist das Geschäft der Grundbesitzer: steigende Preise, also steigende Grundrente. Dagegen sind die Schulden in alter Valuta kontrahiert: ist die Mark nur die Hälfte dessen wert, was sie früher war, so ist der Junker mit einem Schlage die Hälfte seiner Schulden los. Das ist der Witz! Dem Bankkapital winkt hoher Zins und Kapitalprofit, wenn – nicht die Katastrophe vorher hereinbricht und die Banken Pleite machen. Für Handel und Industrie ergeben sich die schwierigsten Aufgaben: es ist heute rätselhaft, wie die Rohstoffe nach dem Kriege beschafft wedren sollen, wann und wie der Export aufgenommen werden wird. Sicher ist dabei nur eins: die Macht der Kartelle wird dazu führen, daß der Profitanteil, der den kleinen Schuckern verbleibt, auf ein Minimum herabgedrückt wird. Die Kriegswirtschaft hat bereits Tausenden und aber Tausenden von Kleinunternehmern den Hals gebrochen. Die Preisrevolution nach dem Kriege wird weiter unheimlich unter dem Mittelstande aufräumen.

Die „Erfolge" der Kriegsanleihe sind dazu angetan, das Machtgefühl der Kapitalmagnaten und der Junker zu steigern. Der Krieg bewirkt, daß das Volk aus tausend Wunden blutend und an Händen und Füßen gefesselt ihrer Raubgier zum Opfer fällt und daß jenen nach dem Kriege ein – zwar nicht goldenes Zeitalter blüht, aber ein Zeitalter fabelhafter Profite, grenzenloser Ausplünderung dieses vielgeliebten Volkes.

Darnach bemesse man die politische und ökonomische Urteilskraft der „Sozialdemokraten" vom Schlage der Scheidemann, Lensch, Hänisch, Cunow und Konsorten, die sich dazu hergeben, die Geschäfte nicht nur der Regierung, sondern auch der Kapitalistenklasse zu besorgen. Wenn diese betrogenen Betrüger gegen den Kriegswucher donnern, so betäuben sie damit vielleicht ihr schlechtes Gewissen. Aber dieser Kriegswucher ist doch nur Kinderspiel angesichts der gewaltigen Vorteile, die die Kapitalsmagnaten und die Junker aus der wirtschaftlichen Umwälzung ziehen, die der Krieg zeitigt. Der Krieg ist eben eine soziale Katastrophe, bei der das arbeitende Volk Höllenqualen erleidet, während ein Haufe kapitalistischer Beutejäger die begründete Hoffnung hat, wie immer der Krieg ablaufen mag, seine Klasseninteressen in ungeahnter Weise gefördert zu sehen.

Deshalb ist die Zustimmung zu Kriegskrediten ein doppelter Verrat an den Interessen des Proletariats: jede Milliarde Kriegsanleihe bedeutet nicht nur Verlängerung des Krieges, sondern sie bedeutet auch Befestigung der kapitalistischen Uebermacht.

Das Blechschild.

Neben dem welthistorischen Schauspiel des Bankrotts der deutschen Sozialdemokratie vollzieht sich ein anderes Schauspiel ohne Gleichen in der Geschichte aller Zeiten: der grandiose Verrat der deutschen Arbeiterklasse

durch die Freien Gewerkschaften. Hierin steht die Arbeiterbewegung Deutschlands einzig da. Die Geschicke der offiziellen sozialistischen Parteien in allen kriegführenden Ländern – mit den bloßen Ausnahmen der italienischen Partei, der englischen Unabhängigen Arbeiterpartei, der serbischen Sozialisten und der beiden russischen Parteien – sind mehr oder weniger die gleichen. Es gibt freilich bedeutende Unterschiede in bezug auf das Maß der Schuld, der Verantwortlichkeit und der Korruption, wobei die Palme in jeder Hinsicht der deutschen Sozialdemokratie gebührt. Im großen und ganzen jedoch sind die Sozialisten in Frankreich, England und zu einem Teil in Rußland in dem gleichen Strudel der imperialistischen Sturzwelle untergegangen, wie die deutschen. Nicht so die Gewerkschaften. In keinem der kriegführenden Länder außer Deutschland (und natürlich seinem Parasiten – Oesterreich) haben die Gewerkschaften den Burgfrieden akzeptiert. In keinem Lande ist der Lohnkampf, sind Streiks und Kämpfe um die Arbeiterinteressen gegen die kapitalistische Ausbeutung seit Ausbruch des Krieges aufgegeben worden. In England und in Rußland haben Gewerkschaftskämpfe nicht einen Augenblick aufgehört. In Frankreich gar sind Gewerkschaften und ihre Führer diejenigen gewesen, die zuerst die Fahne des Klassenkampfes und des internationalen Sozialismus wider den „Burgfrieden" und die nationalistische Orgie der offiziellen sozialistischen Partei erhoben, zuerst an dem Klassengewissen des französischen Proletariats zu zerren begonnen haben.

In Deutschland allein sehen wir die beispiellose Erscheinung, daß die machtvollsten Gewerkschaftsorganisationen der Welt vom ersten Moment des Krieges ihre ganze gewaltige Macht gebraucht haben, – nicht gegen das ausbeutende Kapital, sondern gegen die ausgebeuteten proletarischen Massen, um sie zum geduldigen und widerspruchslosen Ertragen der ärgsten Ausbeutung zu zwingen, um sie just dann völlig zu entwaffnen, wo das deutsche Kapital sich zur unerhörten Macht aufrafft und zu einem nie dagewesenen Feldzug gegen das Proletariat in Zukunft wappnet. Dazu hat die deutsche Arbeiterschaft in jahrzehntelanger harter Selbstdisziplin Millionen Menschen in die Organisationen eingepfercht und Millionen über Millionen Mark aus sauer verdienten Groschen aufgespeichert, damit sie mit dem Ausbruch des imperialistischen Krieges, des reaktionärsten, kulturfeindlichsten, bestialischsten aller Kriege, der kriegführenden Bourgeoisie als Hilfstruppe und Hilfskriegsschatz dienen! Die Kassen, die man jahrzehntelang hütete – damit sie ja nicht durch größere Lohnkämpfe angegriffen werden, wurden in wenigen Monaten geleert, um der Regierung eine willkommene Beisteuer zu den Kosten des Krieges zu liefern! Begonnen mit dem Generalverbot aller Lohnkämpfe am Tage nach Kriegsausbruch, wurde der Verrat der Gewerkschaftsführer an den Massen vollendet durch ihre Mitwirkung an dem Zwangsarbeitsgesetz. . Zuerst entwaffnet, wurden die Massen nun direkt in Sklaverei bei dem Moloch Militarismus und dem profitmachenden imperialistischen Kapital getan.

Doch der Verrat der Legien, Bauer, Schlicke u. Co. ist eigenartiger Natur. Judas ließ sich seine Silberlinge wenigstens nicht von Christus auszahlen. Die Individuen von der Generalkommission der Gewerkschaften

hingegen, die das Proletariat jetzt pfundweise an die Bourgeoisie verkaufen, bezahlen jede Käsestulle, die sie verzehren, und jedes Glas Bier, das sie herunterschlucken, nach wie vor aus den Groschen derselben von ihnen verkauften und verratenen Proletariermassen. Der herrschende Klassenstaat braucht sich nicht in Unkosten zu stürzen: diese Prostituierten sind umsonst zu haben, sie kommen schon gelaufen auf einen leisen Pfiff.

Ein psychologisches Rätsel und ein soziales Problem erster Ordnung sind bei alledem nicht die Männlein von der Generalkommission der Gewerkschaften mit ihrem Stab von Kreaturen in Gestalt der Gauleiter, die ihnen allerorten Vertrauenskundgebungen fabrizieren. Ein Rätsel und ein Problem sind die organisierten Massen, die solchen Kreaturen nach wie vor Gehorsam und Gefolgschaft leisten. Die Disziplin ist in den sogenannten Freien Gewerkschaften zu einem solchen Selbstzweck geworden, daß die Massen ohne Murren folgen, ob die Führer sie zum Kampf oder zur Kapitulation, ob in Macht und Glanz oder in Korruption und Schmach führen, ob sie proletarische Interessen oder kapitalistische Ausbeutung verfechten. Wer einmal auf dem Stuhl der Generalkommission der Gewerkschaften sitzt, ist eben Führer der Arbeitermassen – wohin er führt und was er kommandiert, ist gleichgültig. Und wahrlich, der Freiherr von Stumm selig, der sprichwörtliche Despot der Arbeiterschaft in Saarabien, hatte nicht entfernt solche kalte Verachtung für die Masse, wie die kleinen Emporkömmlinge an der Spitze der Freien Gewerkschaften, die in den Massen gerade ihre blinde Unterwürfigkeit verachten. Hier, in diesem Verhältnis der deutschen organisierten Arbeiterschaft, also der Elitetruppen des deutschen Proletariats, zu ihren Führern stoßen wir zugleich auf das Problem des deutschen Militarismus, also auch des Imperialismus. Solange die deutschen Proletarier auf Geheiß der Legien u. Co. rechts und links, vorwärts und rückwärts wie eine Kompagnie Soldaten schwenken, werden sie auch auf Geheiß des Militarismus auf Vater und Mutter schießen und ihre eigenen Brüder anderer Nationalität zerfleischen. Der Moloch Militarismus kommandiert sie ja jetzt durch Legien u. Co. Den deutschen Militarismus überwinden heißt also jetzt nichts anderes als den Kadavergehorsam der organisierten Arbeiter gegenüber den Legien u. Co. überwinden. Hier, in diesem völlig kritiklosen, geistlosen, mechanischen Gehorsam einer Hammelherde steckt eine der wesentlichen Wurzeln des Militarismus. Der Militarismus sitzt den deutschen Arbeitern im eigenen Nacken.

Als in Rußland in den 80er Jahren eine schäumende Welle von Bauernrevolten über die Dörfer fegte, genügte oft als Beruhigungsmittel, daß sich der Dorfälteste sein amtliches „Blechschild" umhing, damit die Bauern sofort lammfromm wurden und auf das Geheiß des also mit Autorität geschmückten sogar einander exemplarisch mit Ruten züchtigten. Die Elite des deutschen Proletariats ähnelt heute in ihrer Anbetung des amtlichen Blechschilds dem russischen Muschik aus der Zeit vor der Revolution. Die nächsten Schicksale der deutschen Arbeiterklasse wie die allgemeinen Aussichten des Sozialismus hängen davon ab, ob und wann die organisierten Proletarier in Deutschland ihre Muschik-Natur abstreifen und sich von ihrer Anbetung für das Blechschild ihrer sogenannten Führer emanzipieren werden.

Scheidemann – apporte!

Erst gestern agitierte Philipp Scheidemann heftig für den Frieden. Er hatte das Blutvergießen satt, er war elegisch, menschlich, weich, er dachte an Wiederanknüpfung der internationalen Fäden, – seit Bethmann und der deutsche Militarismus den Krieg satt haben und mit einigem guten Anstand aus der Sackgasse heraus wollten, in die sie sich selbst verrannt hatten. Scheidemann sprach also gestern im Wachen und im Schlaf nur noch vom Frieden. Zwar war er erst vor kurzem noch für das „Durchhalten" – auf Befehl. Er war dann für den Frieden – auf Befehl. Und heute ist er für den verschärften U-Bootkrieg, dieweil solche Fragen, ob verschärfter U-Bootkrieg oder nicht, überhaupt von gewöhnlichen Sterblichen nicht entschieden und nur von der hohen Obrigkeit befohlen werden können. Er hatte zuerst eine unerbittlich gefurchte Stirn und forderte „Sicherheiten" – auf Befehl. Er strahlte dann eine Zeitlang im milden Schein der Menschlichkeit, war für den Status quo und sogar gegen Entschädigungen – auf Befehl. Nun zuckt er bedauernd die Achseln, wälzt die Verantwortung auf die französischen Sozialisten ab und verneigt sich mit verschränkten Armen und geschlossenen Augen vor Bethmann, der im verschärften U-Bootkrieg das Programm derselben Ueberannexionisten praktisch ausführt, gegen die Scheidemann in der Verteidigung Bethmanns zentaurische Schlachten schlägt. Philipp Scheidemann ist der Jean qui rit et Jean qui pleure, – Hänschen lacht und Hänschen weint – auf Befehl. Er kann tanzen und wippen wie eine Bachstelze, er kann still erstarren wie ein indischer Fakir, er kann weise mit dem Kopf nicken wie eine chinesische Pagode – auf Befehl. Er wäre am Ende imstande, sozialdemokratische Politik und Klassenkampf zu treiben – wenn es Bethmann eines schönen Morgens einfällt zu befehlen. Und wie weiß er diskret die Befehle zu eigenen Herzensregungen zu machen! „Scheidemann, wenn ich Dich unter den Linden je treffen sollte, gebe ich Dir zum Beweis, daß ich Dich nicht kenne, im Vorbeigehen einen Fußtritt." – „Aber selbstverständlich, Exzellenz, natürlich geben Sie mir einen Fußtritt!" Und wenn er ihn in der Norddeutschen oder in der Reichstagssitzung erhalten, ruft er noch selbst zu dem Publikum: – Nun, habt Ihr alle nicht gesehen, wie ich den Fußtritt gekriegt habe? Wird nun ein Mensch noch wagen, Exzellenz zu verdächtigen, daß Sie mir Befehle erteilt, und mich, daß ich nicht eigene sozialdemokratische Politik treibe?!"

Der deutsche Despotismus hat wahrhaftig ein Schweineglück in der Geschichte. Es ist immer noch so, wie zu Friedrich des Großen Zeiten, als er seinen „Antimachiavell" schrieb. In Deutschland braucht der Despotismus eben keinen Machiavell, keine List und Schlauheit, um zu herrschen. Mit solcher „Opposition" ist Regieren keine Kunst, hier darf die Reaktion in ihrer waldursprünglichen Nacktheit auftreten. Erst hatte sie mit der feigsten Bourgeoisie, jetzt mit der niederträchtigsten Sozialdemokratie zu tun. Die Sozialdemokratie übertrumpft aber entschieden die Bourgeoisie um ein Erkleckliches.

Es war eine ständige und dankbare rhetorische Figur der sozialdemokratischen Reden vor dem Kriege, sich über den „Verrat" und die Ent-

mannung des deutschen Liberalismus zu entrüsten. Die „Fraktion Drehscheibe" und die freisinnigen Wasserstrümpfler und Wadenstiefler mußten fast in jeder Volksversammlung Spießruten laufen. Und der unbarmherzige Franz Mehring hat dem „letzten Mohikaner" des Freisinns, Eugen Richter, in der „Leipziger Volkszeitung" eine unvergängliche Grabestafel in einem kurzen Entrefilet gesetzt, das er so ungefähr mit den Worten schloß: Millionen wahren im Herzen das Andenken eines Karl Marx, Hunderttausende wallfahren zur letzten Ruhestätte des Achilles-Lassalle; wer aber kennt das Grab des Thersites?

Nun, wir werden zum Grabe des Thersites wallfahren müssen, um Abbitte zu leisten, wie wir uns das Spotten über die Nationalliberalen werden abgewöhnen müssen. Die Scheidemann, Lensch, Heilmann und wie sie alle heißen, haben alle übertrumpft. Sie sind haltloser als die Nationalliberalen, jesuitischer als das Zentrum, byzantinischer als die Freisinnigen, schamloser und verlogener als die offiziöse Reptilpresse.

Und dieser völlige Mangel an Halt im Abrutschen, an inneren Hemmungen im Abwerfen politischer Scham und Würde hat tiefe soziale Ursachen. Unser ehemaliges Lamento über den „Verrat" des bürgerlichen Liberalismus traf doch nur zur Hälfte den Nagel auf den Kopf. Die Nationalliberalen wie die Freisinnigen verrieten bloß die politischen Prinzipien ihres Programms, nie die materiellen Interessen ihrer Klasse. Es war nicht ihre Schuld, es war ihr historisches Pech, daß diese Interessen mit jenen Prinzipien in Widerspruch geraten waren. Und so sehr sich die Fraktion „Drehscheibe" drehen mochte, die Axe ihrer Drehungen blieben immer die materiellen Interessen des von ihr vertretenen Kapitals, und diese gaben den Nationalliberalen einen, wenn noch so flachen Grund unter den Füßen. Die materiellen Interessen des Proletariats können nie mit seinen politischen Grundsätzen in Widerspruch geraten, wer diese verrät, hat auch jene glatt preisgegeben. Mit ihrem blanken Verrat an der Arbeiterklasse haben sich die Scheidemänner völlig des eigenen Bodens enthoben. Sie laufen nur noch als Tellerlecker der Bourgeoisie, als Marketender des Imperialismus hinter dem bürgerlichen Lager einher und sind glücklich, wenn ihnen gelegentlich von dort wie einem gelehrigen Pudel zugerufen wird: Scheidemann, apporte!

Aus dem Reich.

Dresden. Zu der Dresdener Korrespondenz in der vorigen Nummer unseres Blattes erhalten wir die folgende Entgegnung:

In Nr. 3 des Spartakus befindet sich eine Darstellung der Demonstration der Dresdener Arbeiterschaft vom 2. November 1916, die tatsächliche Irrtümer und falsche Angaben enthält. Die Demonstration war nicht geplant und durchgeführt von den „Arbeitsgemeinschaftlern", sondern von der Parteileitung der Organisation Groß-Dresdens. Hauptgrund und Zweck war nicht in erster Linie das „Vorstelligwerden einer Deputation im Ministerium", sondern eben die Straßendemonstration. Man

braucht ihre Bedeutung nicht zu überschätzen, zu einer verächtlichen Verkleinerung liegt aber erst recht kein Anlaß vor, zumal wenn man die hier in Betracht kommenden Verhältnisse dabei berücksichtigt. Es haben nicht nur „kleinere Betriebe" der Metallindustrie von Mittag an gefeiert, sondern auch große Fabriken der Tabak- und Zigarettenbranche und andere. Die Schätzung der Teilnehmer an der Demonstration rührt nicht von einem Anhänger der Oppositionsgegner her; sie mag zu hoch sein, die im Spartakus angegebene Zahl ist aber bestimmt um ein Mehrfaches zu niedrig. Die Ansprache des Gen. Fleißner an die Masse ist in entstellender Weise wiedergegeben. Die Notiz behauptet (und hebt den Satz als besonders wichtig im Druck hervor!) er hätte gesagt: „Wir müssen nun abwarten, was die Regierung für einen Erfolg hauen wird." Diese Wendung ist direkt erfunden, er hat sie nicht gebraucht. Sie wäre auch nicht vereinbar gewesen mit dem, was er dem Minister gesagt und auf seine Einwendungen geantwortet hatte. Er hat auch nicht zum Zug nach dem Rathaus aufgefordert, um dort „vorstellig zu werden", er lehnte das letztere vielmehr ausdrücklich ab. Wie er überhaupt von vornherein entschieden dafür eingetreten ist, daß das „Vorstelligwerden" bei der Regierung nicht den Charakter eines Bitt- und Beruhigungsganges haben dürfe. Nur unter dieser Bedingung übernahm er die Rolle des Sprechers.

Zu obiger Berichtigung schreibt uns unser Dresdener Korrespondent: Es ist in unserer Darstellung der Dresdener Demonstration mit keinem Worte behauptet worden, daß die Arbeitsgemeinschaftler die Demonstration geplant und durchgeführt haben, vielmehr wird ausdrücklich gesagt: „Die Instanzen kamen zu dem heldenhaften Beschluß, vorstellig zu werden."

Wenn nach der Berichtigung nicht das „Vorstelligwerden" in erster Linie stand, sondern die „Straßendemonstration", so muß gesagt werden, daß diese Auffassung in der Sitzung der Instanzen nicht maßgebend gewesen ist, hier kam zuerst die Frage des Vorstelligwerdens in Betracht und dann erst zur Unterstützung und Mitwirkung – die Demonstration.

Daß die Demonstration nicht die Hauptsache war, beweist wohl auch der Ausspruch des Landesparteivorsitzenden Sindermann, der schon in einer voraufgegangenen Sitzung erklärt hatte: „Die Partei kann die Verantwortung für eine Straßendemonstration nicht übernehmen, ich würde mich aber freuen, wenn die Massen aus eigenem Entschluß auf die Straße gehen würden."

Bemerkt sei auch, daß wesentliche Vorarbeit für eine umfassende Demonstration nicht von der Partei geleistet worden ist, das Gegenteil könnte eher zutreffen. Auch die „Arbeitsgemeinschaftler" haben in keiner Weise eine Tätigkeit zugunsten der Demonstration merken lassen. Allein die Anhänger der entschiedenen Opposition sind es gewesen, die durch Flugzettel auf der Straße und in den Fabriken zur Teilnahme aufgefordert haben.

Wir bleiben dabei: es sind höchstens 7–8000 Demonstranten vorhanden gewesen, unsere Schätzung stimmt mit der Schätzung anderer Teil-

nehmer überein. Auch stimmt es nicht, das „große Fabriken der Tabak- und Zigarettenbranche" gefeiert haben. Nach Angabe maßgebender Kreise haben aus den Tabakfabriken nicht ganz 400 Personen gefeiert. Die Zigarettenbranche feierte gar nicht, oder doch nur einzelne Personen, die den Mut gefunden hatten, trotz des Verbotes der Unternehmer von der Arbeit fern zu bleiben.

Es ist erstaunlich, wenn Fleißner bestreitet, gesagt zu haben: „Wir müssen nun abwarten." Mehrere Augen- und Ohrenzeugen stellen übereinstimmend fest, diese Worte von F. gehört zu haben.

Zum Schluß sei noch bemerkt, daß die Berichtigung in dem Genossen Fleißner die Zentralfigur der ganzen Handlung erblickt und, indem sie ihn vor angeblich ungerechten Vorwürfen in Schutz nimmt, ihn noch mehr in den Vordergrund schiebt. Wir erlauben uns aber die Meinung, daß bei der Demonstration eine noch viel gewichtigere Persönlichkeit beteiligt war, auf deren Beschützung es vor allem ankommen sollte: wir meinen die Masse der Dresdener Arbeiterschaft. In unserer beanstandeten Korrespondenz haben wir darauf hingewiesen, daß die Arbeiterschaft von den Instanzen bloß als Staffage, als Dekoration für einen Bittgang zum „Herrn Minister" gebraucht und mißbraucht wurde, und daß die Arrangeure dadurch nicht nur der ganzen Massenaktion eine falsche Richtung gegeben, sondern obendrein den Betrug bekräftigt haben, als könne man von der Regierung ernste Maßnahmen zur Linderung der Not erwarten. Nun, wenn „Hauptgrund und Zweck nicht das Vorstelligwerden im Ministerium, sondern eben Straßendemonstration war", warum hat dann nicht der Gen. Fleißner seine Ansprache an die Demonstranten vor dem Vorstelligwerden gehalten, warum hat er sie nicht aufgefordert, auf den irreführenden „Nebenzweck" – auf den Bittgang im Schatten der Würdenträger von den Instanzen und Gewerkschaften zu verzichten und auf proletarisch-sozialistische Art zu demonstrieren?! Das lag doch so nahe für einen, dem die Demonstration Hauptzweck war! Fleißner hätte dann seine Pflicht erfüllt, unsere Zuschrift an den Spartakus – wenigstens in dieser Form – wäre dann ungeschrieben geblieben und ihre Berichtigung überflüssig geworden. Denn was wir mit unserer Korrespondenz bezweckten, war nicht den Gen. Fleißner irgendwie persönlich herabzusetzen, sondern nur an einem krassen Beispiel zu zeigen, wie tief über die Ohren die Arbeitsgemeinschaftler in den alten hergebrachten Anschauungen über Massenaktionen stecken und wie wenig Verständnis sie für den Gebrauch der Hauptwaffe des Proletariats aufzubringen vermögen. Und diese Tatsache kann durch keine Berichtigung aus der Welt geschafft werden.

Die große russische Revolution.

Und so fordern wir euch auf: Werft das Joch eurer absolutistischen Ordnung ebenso ab, wie das russische Volk die Selbstherrschaft des Zaren von sich abgeschüttelt hat. Weigert euch, als Mittel der Eroberung und der Gewalt in den Händen von Königen, Junkern und Bankmännern zu dienen, — und mit vereinten Kräften werden wir dem furchtbaren Gemetzel ein Ende setzen, das die Menschheit mit Schmach bedeckt und die großen Tage der Geburt der russischen Freiheit verdüstert. —

(Aus dem Aufruf des Arbeiter- und Soldatenrates „An die Völker der ganzen Welt!")

Der alte Maulwurf.

Mit dem Ausbruch der russischen Revolution ist der tote Punkt überwunden, auf den die geschichtliche Situation mit der Fortdauer des Weltkrieges und dem gleichzeitigen Versagen des proletarischen Klassenkampfes geraten war. In dem von Moderluft erfüllten Europa, worin man seit bald drei Jahren beinahe erstickte, ist gleichsam plötzlich ein Fenster aufgerissen worden und ein frischer belebender Luftstrom weht hinein, dem sich alles tief aufatmend zuwendet. Namentlich die Blicke der „deutschen Befreier" sind heute gespannt auf den Schauplatz der russischen Revolution gerichtet. Die winselnden Huldigungen der deutschen und österreichisch-ungarischen Regierung an die „Schnorrer und Verschwörer" und die ängstliche Spannung, mit der man hier jede Aeußerung Tscheidses und des Arbeiter- und Soldatenrates in bezug auf die Kriegs- und Friedensfrage auffängt, sind jetzt eine handgreifliche Bestätigung der Tatsache, der noch gestern sogar die oppositionellen Sozialisten von der A.-G. verständnislos gegenüberstanden: der Tatsache nämlich, daß keinerlei diplomatische „Verständigung" und keine Wilson-Botschaften, daß einzig und allein die revolutionäre Aktion des Proletariats einen Ausweg aus der Sackgasse des Weltkrieges bietet. Die Sieger von Tannenberg und Warschau erwarten jetzt zitternd von den russischen Proletariern, von der „Straße" allein die eigene „Befreiung" aus der würgenden Schlinge des Krieges! . . .

Allerdings, das Proletariat eines einzelnen Landes vermag auch mit dem größten Heroismus diese Schlinge nicht zu lösen. Die russische Revolution wächst von selbst zu einem internationalen Problem an. Die russischen Arbeiter kommen nämlich mit ihren Friedensbestrebungen in schärfsten Konflikt nicht nur mit der eigenen Bourgeoisie, die sie schon zu bändigen verstehen, sondern auch mit der englischen, französischen und italienischen Bourgeoisie. Die knurrenden Aeußerungen der bürgerlichen Presse der

Entente-Länder, all der „Times", „Matin", „Corriere della Sera", zeigen, daß die Kapitalisten des Westens, diese wackeren Kämpen der „Demokratie" und der Rechte der „kleinen Nationen", mit stündlich steigender zähneknirschender Wut auf die Fortschritte der proletarischen Revolution blicken, die der schönen Periode ungeteilter Herrschaft des Imperialismus in Europa ein Ziel gesetzt hat. Diese Kapitalisten der Entente bilden jetzt hinter der russischen Bourgeoisie, gegen die das russische Proletariat zum Kampfe um den Frieden aufsteht, die stärkste Rückendeckung. Sie können in jeder Weise: diplomatisch, finanziell, handelspolitisch den stärksten Druck auf Rußland ausüben und tun es sicher schon jetzt. Liberale Revolution? Provisorische Regierung der Bourgeoisie? Schön! Sie wurden sofort offiziell anerkannt und begrüßt als Bürgschaften für eine militärische Ertüchtigung Rußlands, als gehorsame Werkzeuge des internationalen Imperialismus. Aber keinen Schritt weiter! Kehrt die russische Revolution ihren proletarischen Kern hervor, wendet sie sich logisch gegen den Krieg und den Imperialismus, dann zeigen ihr die teueren Verbündeten sofort die Zähne und werden ihr in jeglicher Weise die Kandare anzulegen suchen. Daraus ergibt sich für das sozialistische Proletariat Englands, Frankreichs und Italiens jetzt die unabweisbare Pflicht, die Fahne der Rebellion gegen den Krieg durch nachdrückliche Massenaktionen im eigenen Hause, gegen die eigenen herrschenden Klassen zu erheben, wollen sie nicht an dem russischen revolutionären Proletariat blanken Verrat üben, es im ungleichen Kampfe nicht nur mit der russischen Bourgeoisie, sondern auch mit derjenigen des Westens verbluten lassen. Die bereits ausgeübte Einmischung der Entente-Mächte in die internen Angelegenheiten der russischen Revolution ist ein Ehrengebot an die Arbeiter jener Länder, durch einen revolutionären Flankenangriff gegen die eigenen herrschenden Klassen zur Erzwingung des Friedens die russische Revolution zu decken.

Nun aber die deutsche Bourgeoisie! Mit einem sauer lächelnden und einem bitter weinenden Auge schaut sie auf die Aktion und die Machtstellung des russischen Proletariats. Gewöhnt und verwöhnt, zu Hause die Arbeitermassen bloß als militärisches und politisches Kanonenfutter zu betrachten, möchte sie das russische Proletariat wohl dazu ausnutzen, sich ehestens den Krieg vom Halse zu schaffen. Der deutsche Imperialismus in Nöten, der gerade jetzt im Westen wie in Kleinasien tief in der Klemme sitzt und zu Hause vor Ernährungssorgen nicht ein noch aus weiß, möchte sich so rasch wie möglich mit leidlichem Anstand aus der Affäre ziehen, um sich in Ruhe wieder zu weiteren Kriegen auszuflicken und zu rüsten. Dazu soll die russische Revolution dienen, und zwar durch ihre proletarisch-sozialistische Friedenstendenz. Es ist dieselbe Spekulation des Imperialismus, nun mit Hilfe der russischen Revolution Geschäfte zu machen, wie bei den Entente-Mächten, nur von umgekehrter Seite. Die Westmächte wollen die bürgerlich-liberale Tendenz der Revolution vor den Wagen des Imperialismus spannen, um den Krieg bis zur Niederwerfung des deutschen Konkurrenten fortzusetzen. Der deutsche Imperialismus möchte sich die proletarische Tendenz der Revolution dienstbar machen, um sich der drohenden militärischen Niederlage zu entziehen. Ei, warum denn nicht, meine Herr-

schaften? Die deutsche Sozialdemokratie hatte so brav dazu gedient, die Entfesselung des Völkermordes als „Befreiungsaktion" wider den russischen Zarismus zu maskieren, nun soll die russische Sozialdemokratie dazu helfen, die in den Nesseln sitzenden „Befreier" aus der stachlichen Lage des schiefgegangenen Krieges zu befreien. Die deutschen Arbeiter haben den Krieg mitgemacht, als es dem Imperialismus paßte, die russischen sollen den Frieden machen, wenn es ihm paßt.

Indes mit Tscheidse Kirschen essen, ist nicht ganz so kinderleicht, wie mit einem Scheidemännchen. Durch eine eilige „Kundgebung" der „Norddeutschen Allgemeinen" und durch rasche Entsendung Scheidemännchens nach Stockholm zu „Unterhandlungen" kann man sich höchstens von den russischen Sozialisten sämtlicher Schattierungen einen Fußtritt holen. Als rasch befummelte „Schiebung" eines Separatfriedens mit Rußland zwischen Tür und Angel, wie ihn die deutschen „Befreier" gern möchten, denen es auf den Nägeln brennt, geht das Ding entschieden nicht zu machen. Damit das russische Proletariat seine Friedenstendenz zum Siege bringt, ist nötig, daß es im ganzen eine zunehmend ausschlaggebende Stellung im Lande einnimmt, daß seine Klassenaktion an Umfang, an Schwung, an Gründlichkeit, an Radikalismus ins Riesenhafte wächst, daß die Sozialdemokratie alle noch unklaren, vom bürgerlichen Nationalismus genasführten Schichten mitreißt oder niederwirft. Dieser klar sichtbaren und unausweichlichen, aber so abschreckenden Kehrseite der Friedenstendenz in Rußland blicken nun die deutschen „Befreier" mit schlecht verhehltem Entsetzen ins Antlitz. Sie fürchten – und mit gutem Fug –, daß der russische Mohr, anders als der deutsche, nachdem er seine Arbeit getan, nicht wird „gehen" wollen, und sie fürchten die Funken, die von dem nachbarlichen Brand auf die ostelbischen Scheunen herüberfliegen können. Sie sehen wohl ein, daß nur die Entfaltung der äußersten revolutionären Energie in einem umfassenden Klassenkampf um die politische Macht in Rußland die Friedensaktion wirksam durchzusetzen vermag, sie sehnen sich aber zugleich nach den Fleischtöpfen des Zarentums, nach der „jahrhundertalten treu bewahrten Freundschaft mit den östlichen Nachbarn", dem Romanowschen Absolutismus. Tua res agitur! Um deine Sache handelt es sich! Dieser Warnungsruf eines preußischen Ministers gegen die russische Revolution lebt in der Seele der deutschen herrschenden Klassen, und die Helden des Königsberger Prozesses sind alle noch „so herrlich wie am ersten Tag". Eine Republik, und zwar eine vom revolutionären sozialistischen Proletariat frisch gezimmerte und beherrschte Republik direkt in der Flanke haben, das ist wirklich mehr, als man dem ostelbischen Polizei- und Militärstaat zumuten darf. Und seine ostelbische Polizeiseele muß ihr geheimes Grauen auch noch auf offenem Markte bekennen. Die deutschen „Befreier" müssen heute öffentlich mit gehobenem Finger schwören und versprechen, daß sie . . . nicht beabsichtigen, die Revolution zu erdrosseln und den lieben stupsnasigen Nikolaj wieder auf den Zarenthron zu setzen! . . . Zu dieser klatschenden Ohrfeige, die sich die deutschen „Befreier" selbst vor aller Welt geben mußten, hat sie die russische Revolution gezwungen, und sie hat damit plötzlich die ganze infame Lüge aus der Geschichte gestrichen, von der die deutsche Sozial-

demokratie und die offizielle Mythologie des deutschen Militarismus drei Jahre lang lebten. So reinigend, so lügenvertilgend, so antiseptisch wirkt der Sturm einer Revolution, so fegt er mit eisernem Besen plötzlich alle Dunghaufen der offiziellen Heuchelei hinweg, die sich seit Ausbruch des Weltkrieges und dem Verstummen des Klassenkampfes in Europa angesammelt hatten. Der Entente-Bourgeoisie hat die russische Revolution die Maske der Demokratie vom Gesicht gerissen, dem deutschen Militarismus – die Maske des Befreiers von der zarischen Despotie.

Jedennoch, die Frage des Friedens ist auch für die russischen Proletarier nicht ganz so einfach, wie es Hindenburg und Bethmann just in den Kram paßt. Gerade der Sieg der Revolution wie ihre ferneren Aufgaben bedürfen einer sicheren Rückendeckung für die Zukunft. Der Ausbruch der Revolution und die gebieterische Stellung des Proletariats haben sofort den imperialistischen Krieg in Rußland darauf reduziert, was er der verlogenen Phrase der herrschenden Klassen nach angeblich in allen Ländern ist: eine Landesverteidigung. Den Herren Miljukoff und Konsorten wurden die schönen Konstantinopel-Träume und die weltbeglückenden „demokratisch-nationalen" Umteilungspläne von der Arbeiter- und Soldatenmasse sofort in den Mund zurückgedrückt, und mit der Losung der Landesverteidigung ist Ernst gemacht worden. Allein die russischen Proletarier können mit gutem Gewissen nur dann den Krieg beenden und den Frieden machen, wenn ihr Werk: die Errungenschaften der Revolution sowie ihr weiterer ungehinderter Fortgang gesichert sind! Sie, die russischen Proletarier, sind heute die einzigen, die wirklich die Sache der Freiheit, des Fortschritts und der Demokratie zu verteidigen haben. Und diese Dinge müssen heute gesichert werden nicht bloß gegen die Schikanen, den Druck und den Kriegsfuror der Entente-Bourgeoisie, sondern morgen vor allem – gegen die „Fäuste" der deutschen „Befreier". Ein halbabsolutistischer Polizei- und Militärstaat ist keine gute Nachbarschaft für eine junge, von inneren Kämpfen geschüttelte Republik, und eine im Kadavergehorsam erprobte imperialistische Soldateska keine gute Nachbarschaft für ein revolutionäres Proletariat, das zu den kühnsten Klassenkämpfen von unübersehbarer Tragweite und Dauer ausholt.

Schon jetzt bedeutet die Okkupation des unglückseligen „Unabhängigen Polens" durch die Deutschen einen schweren Schlag gegen die russische Revolution. Ist doch dadurch die Operationsbasis der Revolution eingeengt, ein Land, das stets einer der flammendsten Herde der revolutionären Bewegung war und politisch 1905 mit an der Spitze der russischen Revolution marschierte, gänzlich ausgeschaltet, sozial in einen Kirchhof, politisch in eine deutsche Kaserne verwandelt. Wer garantiert nun, daß morgen nach Friedensschluß, sobald der deutsche Militarismus seine Pranken aus dem Eisen befreit hat, er sie nicht dem russischen Proletariat in die Flanke schlägt, um der gefährlichen Erschütterung des deutschen Halbabsolutismus vorzubeugen?!

Um sich darüber zu beruhigen, dazu genügen die gewürgten „Versicherungen" der gestrigen Helden des Königsberger Prozesses denn doch nicht. Das Beispiel der Pariser Kommune ist noch in zu frischer Erinnerung.

Ueberhaupt: die Katze läßt das Mausen nicht. Der Weltkrieg hat gerade in Deutschland eine solche Orgie der Reaktion entfesselt, eine derartige Allmacht des Militarismus enthüllt, die deutsche Arbeiterklasse als solche Scheingröße entblößt, die Grundlage der sogen. „politischen Freiheit" in Deutschland als so nichtig und brüchig aufgezeigt, daß die Aussichten von dieser Seite ein tragisch-ernstes Problem geworden sind. Die „Gefahr des deutschen Militarismus" für das imperialistische England oder Frankreich ist freilich Humbug, Kriegsmythologie, Konkurrenzgeschrei. Die Gefahr des deutschen Militarismus für das revolutionäre republikanische Rußland hingegen ist eine sehr reale Tatsache. Die russischen Proletarier wären gar zu leichtsinnige Politiker, wenn sie sich nicht die Frage vorlegen würden: wird das deutsche Kanonenfutter, das sich heute auf allen Feldern vom Imperialismus zur Schlachtbank führen läßt, nicht sich morgen auch gegen die russische Revolution kommandieren lassen? Scheidemann, Heilmann und Lensch werden schon dafür eine „marxistische" Theorie besorgen, und Legien und Schlicke werden den Vertrag auch für diese Sklavenlieferung schon ausfertigen, getreu der vaterländischen Tradition der deutschen Fürsten, die ihre Landeskinder als Kanonenfutter in die Fremde verkauften.

Gegen diese natürlichen Zukunftssorgen der russischen Revolution gibt es nur eine ernste Garantie: das Erwachen des deutschen Proletariats, eine Machtposition der deutschen „Arbeiter und Soldaten" im eigenen Hause, eine revolutionäre Aktion des deutschen Volkes für den Frieden. Mit Bethmann und Hindenburg Frieden schließen, ist für die russischen Revolutionssoldaten ein verdammt schwieriges Wagnis und ein zweideutiges Ansinnen. Mit den deutschen „Arbeitern und Soldaten" wäre der Friede sofort geschlossen und auf granitene Basis gestellt.

So ist die Frage des Friedens in Wirklichkeit an die ungehindertste, radikalste Entfaltung der russischen Revolution, diese aber an die revolutionäre Parallelaktion für den Frieden seitens sowohl des französischen, englischen und italienischen wie namentlich des deutschen Proletariats gebunden.

Wird das internationale Proletariat die Auseinandersetzung mit der europäischen Bourgeoisie auf die russischen Arbeiter allein abwälzen, sie dem imperialistischen Furor der englisch-französisch-italienischen, der lauernden und drohenden Reaktion der deutschen Bourgeoisie preisgeben? Dies ist im Moment die wirkliche Formulierung der Friedensfrage.

Der Konflikt zwischen der internationalen Bourgeoisie und dem russischen Proletariat läßt so die letzte Phase der Weltlage als Dilemma erscheinen: entweder Weltkrieg bis zum allgemeinen Weißbluten oder proletarische Revolution, – Imperialismus oder Sozialismus.

Und hier stehen wir wieder vor unserer alten verratenen Losung der Revolution und des Sozialismus, die wir tausendmal in der Agitation wiederholt und mit der wir verabsäumt haben, Ernst zu machen, als sie mit dem Ausbruch des Weltkrieges zum Fleisch werden sollte. Sie ergibt sich dann wieder logisch für den denkenden Sozialisten aus der langen und hoffnungslosen Dauer des Völkermordes. Sie ergab sich noch einmal schon handgreiflich in negativer Form aus dem kläglichen Fiasko der diplomatischen Verständigungsversuche und des bürgerlichen Pazifismus. Heute steht sie wieder positiv

vor uns, sie ist Fleisch geworden in dem Werk, den Schicksalen und der Zukunft der russischen Revolution. Trotz Verrat, trotz allgemeinem Versagen der Arbeitermassen, trotz Zerfall der sozialistischen Internationale bricht sich das große historische Gesetz Bahn, — wie ein Bergwasser, dem man das gewohnte Bett verschüttet hat und das, in die Tiefe gefallen, an unerwarteter Stelle wieder in hellem Strahl an den Tag springt.

Alter Maulwurf, Geschichte, du hast brav gearbeitet! In diesem Moment ertönt über dem internationalen, über dem deutschen Proletariat wieder das Losungswort, der Mahnruf, wie sie nur die große Stunde einer Weltwende bringen kann: Imperialismus oder Sozialismus! Krieg oder Revolution! Ein Drittes gibt es nicht!

Dokumente der russischen Revolution.

1. Ein Aufruf an die Soldaten.

Einige Monate vor der Revolution wandten sich Petersburger Arbeiter mit folgendem Aufruf an die Soldaten:

„Brüder, Soldaten!

Stellt für einige Minuten euer Gewehr zur Seite, zieht euren Mantel aus, nehmt eure Soldatenmütze ab und hört als Söhne des Volkes zu, was der armselige Fabrikarbeiter euch sagt.

Wir Arbeiter und ihr Soldaten seid in gleicher Weise versklavte Leute. Uns wie euch hat man gewaltsam aus dem Dorf vertrieben, vom Pflug fortgerissen, in große Kasernen gesperrt und zur Arbeit gezwungen.

Wir arbeiten Tag und Nacht und verstümmeln uns, unsere Frauen und Kinder, damit die Fabrikanten Millionen anhäufen können.

Ihr seid berufen, diese Reichtümer mit Flinte und Bajonett zu bewachen und vor euren hungrigen verstümmelten Brüdern zu beschützen.

Man hat euch zu diesem Zwecke in Soldatenlumpen gesteckt und euch eingeprägt, daß ihr keine Bauern, keine Arbeiter, sondern Vaterlandsverteidiger seid. Nach den Gesetzen der Grundbesitzer und Fabrikanten ist der Beruf eines Vaterlandsverteidigers gleichbedeutend mit dem eines gewissenlosen Mörders: Ihr sollt Vater, Bruder, Schwester töten, wenn sie vor Hunger aufschreien, daß sie so weiter nicht leben können.

Das Leben ist aber indessen unerträglich geworden — Staatskassendiebe und Verräter haben gemeinsam mit Grundbesitzern und Fabrikanten, ohne das Volk zu befragen, sich in den Krieg gestürzt, in dem sie acht Millionen Bauern und Arbeiter vernichtet haben.

Wir fordern, daß man den Grundbesitzern den gestohlenen Grund und Boden fortnimmt und ihn unter die Bauern verteilt.

Schießt ihr deshalb auf uns?

Wir fordern, daß das Land nicht von Dieben und Verrätern, sondern vom Volk selbst regiert werden soll.

Drückt ihr deshalb eure Gewehre gegen uns los?

Wir fordern, daß die Grundbesitzer und Fabrikanten die Arbeiter und die Bauern nicht ausplündern und die Mittel des Volkes nicht für Kanonen und Maschinengewehre, sondern beispielsweise für Schulen verwendet werden. Macht ihr deshalb unsere Frauen zu Witwen und unsere Kinder zu Waisen?

Tötet ihr uns deshalb, damit das Volk nicht die Freiheit der Rede, der Presse, der Vereine und der Versammlungen erlange?

Wenn das nicht der Fall ist, wenn unter eurem Soldatenmantel das Herz des Volkes schlägt, so müßt ihr gemeinsame Sache mit uns machen.

Stellt euch in Reih und Glied, aber nicht gegen uns, sondern zusammen mit uns, an die Spitze unserer waffenlosen Kolonnen! Erhebt eure Gewehre und feuert über unsere Köpfe hinweg gegen unsere gemeinsamen Feinde.

Wir rufen euch, an die Spitze des empörten Volkes zu treten und uns mit Waffen in der Hand zu helfen, das Joch jener Bande abzuwerfen, die heute das Land regiert.

Wir rufen euch, nicht mehr Mörder in Soldatenuniform zu sein, sondern Kämpfer in den Reihen des Volkes, in seinen vordersten Positionen.

Wir rufen euch aus euren engen, dumpfen Kasernen auf die breite, freie Straße hinaus. Zieht der Arbeitermasse entgegen und erklärt offen vor aller Welt, daß ihr euch nicht den Grundbesitzern und Fabrikanten verkauft habt, sondern zusammen mit euren Brüdern bereit seid, für ein freies Rußland, für das Wohl und Glück des Volkes zu kämpfen.

Millionen Bauern und Arbeiter werden eure Stimme vernehmen; sie wird als Botschaft der Befreiung vom junkerlichen Joch über das ganze Land erschallen und bis in die Schützengräben dringen, in denen, hungernd und frierend, die russischen Soldaten für die Sache der Herren zugrunde gehen.

Zwei Wege stehen euch offen: der eine des Brudermörders Kain, des Söldlings der Junker und des Zaren, der andere – der brüderlichen Vereinigung mit dem empörten Volke.

Wir Arbeiter rufen euch auf den zweiten Weg. Wir rufen euch zum Kampf gegen die Herren unseres Landes, wir fordern euch auf, Helden des Volkes und nicht des Zaren und seiner Mietlinge zu sein und gemeinsam mit uns den Ruf erschallen zu lassen:

Es lebe die vereinigte revolutionäre Armee der Soldaten und des Volkes!"

2. Die ersten Aufrufe des Petersburger Arbeiterdelegiertenrates.

1.

„Bürger! Die in der Duma tagenden Vertreter der Arbeiter, Soldaten und der Bevölkerung Petersburgs machen bekannt, daß die erste Sitzung der Delegierten heute um 7 Uhr abends in den Räumen der Reichsduma stattfindet. Alle zum Volk übergegangenen Truppen haben unverzüglich ihre Vertreter zu wählen, und zwar je einen von jeder Kompagnie. Die Fabriken und Werke haben auf je 1000 Arbeiter einen Delegierten zu

wählen. Fabriken mit weniger als 1000 Arbeitern entsenden je einen Delegierten.

Petersburg, 27. Februar (12. März) 1917.

Das vorläufige Exekutiv-Komitee des Arbeiterdelegiertenrates."

2.

„Bürger! Die Soldaten, die zum Volk übergegangen sind, sind seit dem frühen Morgen auf der Straße und hungern. Der Delegiertenrat der Arbeiter, Soldaten und der Bevölkerung gibt sich die größte Mühe, um die Soldaten zu verproviantieren. Er kann aber nicht sofort die Verproviantierung organisieren. Deshalb wendet sich der Delegiertenrat an euch, Bürger, mit der Bitte, den Soldaten das, was ihr habt, zu essen zu geben.

27. Februar (12. März) 1917.

Das vorläufige Exekutiv-Komitee des Arbeiterdelegiertenrates."

3.

„Bürger! Die alte Regierung hat das Land an den Rand des völligen Zerfalls gebracht und das Volk dem Hunger ausgeliefert. Länger zu dulden, war unmöglich. Die Bevölkerung Petersburgs trat auf die Straße, um ihre Unzufriedenheit kundzugeben. Sie wurde mit Salven begrüßt. Anstatt mit Brot, bewirtete die Zarenregierung das Volk mit Blei.

Die Soldaten wollten aber nicht gegen das Volk vorgehen und erhoben sich gegen die Regierung. Im Verein mit dem Volk ergriffen sie Besitz von Waffen, Militärlagern und einer Reihe wichtiger Regierungsinstitutionen.

Der Kampf geht fort: er muß bis zum Ende durchgefochten werden. Die alte Regierung muß endgültig gestürzt und durch eine Volksregierung ersetzt werden. Das allein ist die Rettung Rußlands.

Zur erfolgreichen Vollendung des Kampfes im Interesse der Demokratie muß das Volk seine eigene machtvolle Organisation schaffen.

Gestern, am 27. Februar, hat sich in der Hauptstadt ein Arbeiterdelegiertenrat aus gewählten Vertretern der Fabriken und Werke, der aufständischen Truppenteile und auch der demokratischen und sozialistischen Parteien und Gruppen gebildet.

Der Delegiertenrat hat Bezirkskommissäre ernannt, um in den einzelnen Bezirken Petersburgs Organe der Volksregierung zu schaffen.

Wir fordern die ganze Bevölkerung der Hauptstadt auf, sich unverzüglich um den Delegiertenrat zu gruppieren, Lokalkomitees in den Bezirken zu gründen und die Verwaltung aller örtlichen Angelegenheiten selbst in die Hand zu nehmen.

Alle zusammen, werden wir mit vereinten Kräften für die völlige Beseitigung der alten Regierung kämpfen und für die Einberufung der kon-

stituierenden Versammlung auf Grund des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts.

28. Februar (13. März) 1917.

Der Petersburger Arbeiterdelegiertenrat."

3. Die Organisation der Regierungsgewalt.

Nachdem der Delegiertenrat der Arbeiter und Soldaten sich endgültig konstituierte, die alte Regierung verhaftete und eine Reihe weiterer Maßnahmen zur Sicherung der Revolution traf, verhandelte er mit dem vorläufigen Ausschuß der Duma über die Bildung der neuen Regierung und das Aktionsprogramm. Die Ernennung des jetzigen Ministeriums und die Regierungsdeklaration vom 2. (15.) März waren das Ergebnis dieser Verhandlungen, über die folgender Aufruf berichtet:

„Genossen und Mitbürger!

Die neue Regierung, die sich aus den gemäßigten Kreisen der Gesellschaft gebildet hat, machte heute Mitteilung über die Reformen, die sie teils während des Kampfes mit der alten Ordnung, teils nach Abschluß desselben zu verwirklichen sich verpflichtet. Einige von diesen Reformen müssen von den breiten Kreisen der Demokratie begrüßt werden; dies sind: die politische Amnestie, die Verpflichtung zur Vorbereitung der konstituierenden Versammlung, die Einführung der bürgerlichen Freiheiten und die Beseitigung der nationalen Beschränkungen. Wir sind der Ansicht, daß in dem Maße, wie die entstehende Gewalt in der Richtung der Verwirklichung dieser Verpflichtungen und des entschiedenen Kampfes gegen die alte Regierung handeln wird, sie die Unterstützung der Demokratie finden muß.

Genossen und Mitbürger! Die Stunde des endgültigen Sieges des russischen Volkes über die alte Ordnung ist nahe. Aber für diesen Sieg sind noch ungeheure Anstrengungen, außerordentliche Disziplin und Festigkeit erforderlich. Keine Uneinigkeit und Anarchie! Unverzüglich muß allen Plünderungen, Einbrüchen in Privatwohnungen, Beraubungen und Beschädigungen jeglichen Besitzes, zwecklosen Besitzergreifungen von öffentlichen Einrichtungen ein Ende gemacht werden. Der Verfall der Disziplin und die Anarchie schädigen die Revolution und die Freiheit des Volkes.

Noch ist die Gefahr einer Militärbewegung gegen die Revolution nicht aus der Welt geschafft. Um ihr vorzubeugen, ist es von außerordentlicher Wichtigkeit, ein gemeinsames freundschaftliches Vorgehen der Soldaten und Offiziere zu sichern. Die Offiziere, denen die Interessen der Freiheit und der fortschrittlichen Entwicklung des Vaterlandes teuer sind, müssen alles aufbieten, um ein Zusammenwirken mit den Soldaten zu ermöglichen. Sie werden die persönliche und die bürgerliche Würde des Soldaten achten und mit seinem Ehrgefühl sorgsam umgehen. Andererseits werden die Soldaten eingedenk sein, daß die Armee nur stark ist durch den Zusammenhang der Soldaten mit den Offizieren, und daß das ganze Offizierskorps wegen des schlechten Betragens einzelner Offiziere nicht gebrandmarkt werden darf.

Im Interesse des Sieges der Revolution muß gegenüber jenen Offizieren, die sich eurem entschiedenen Kampf gegen die alte Ordnung angeschlossen haben, Duldsamkeit geübt und ihre unwesentlichen Verstöße gegen die Demokratie der Vergessenheit anheimgegeben werden.

2./15. März 1917.

Das Exekutivkomitee des Petersburger Arbeiter- und Soldatenrates."

4. Die Wiederaufnahme der Arbeit.

1.

In seiner Sitzung vom 5./18. März nahm der Petersburger Arbeiter- und Soldatenrat mit 1170 Stimmen gegen 30 folgenden Beschluß an:

„Indem der Petersburger Rat der Arbeiter- und Soldatendelegierten anerkennt, daß der erste entschlossene Ansturm des aufständischen Volkes gegen die alte Ordnung von Erfolg gekrönt war und die Stellung der Arbeiterklasse in ihrem revolutionären Kampfe ausreichend sichert, erachtet er es als möglich, nunmehr zur Wiederaufnahme der Arbeit im Petersburger Bezirk zu schreiten, mit dem Hinweis, daß die begonnenen Arbeiten auf das erste Signal hin wieder eingestellt werden müssen.

Die Wiederaufnahme der Arbeit erscheint gegenwärtig auch aus dem Grunde geboten, weil die Fortsetzung des Ausstandes die durch das alte Regime geschwächten wirtschaftlichen Kräfte des Landes auf das heftigste zu schädigen droht.

Zur Festigung der eroberten Positionen und zur Förderung weiterer Errungenschaften fordert der Delegiertenrat der Arbeiter und Soldaten gleichzeitig auf, unverzüglich an die Schaffung und Festigung jeglicher Art von Arbeiterorganisationen zu schreiten, die als Stützpunkte dienen sollen im weiteren revolutionären Kampf für die völlige Liquidation der alten Ordnung wie für die Klassenideale des Proletariats.

Der Delegiertenrat der Arbeiter und Soldaten erachtet es zugleich als notwendig, gleichzeitig mit der Wiederaufnahme der Arbeit an die Ausarbeitung eines Programms wirtschaftlicher Forderungen zu schreiten, die den Unternehmern im Namen der Arbeiterklasse vorgelegt werden sollen.

Was die anderen Städte Rußlands betrifft, so muß dort, wo die Arbeit eingestellt war, ihre Wiederaufnahme von den betreffenden Arbeiter- und Soldatenräten je nach den örtlichen Bedingungen genehmigt werden.

Hierbei wird erläutert, daß die Arbeiter und Soldaten, die dem Delegiertenrat, der städtischen Miliz, den Bezirksorganisationen angehören, oder als Beisitzer in den (neugebildeten) Friedensgerichten fungieren, organisatorische Funktionen ausüben usw., vor einer neuen Aufforderung des Arbeiter- und Soldatenrates die Arbeit nicht aufnehmen. Auch finden an dem Begräbnistage der Opfer der alten Regierung, die für die Freiheit des Volkes fielen, die Arbeiten in den Betrieben nicht statt."

(Laut Beschluß der provisorischen Regierung wurde allen Arbeitern der staatlichen Betriebe, die an den Revolutionstagen streikten, der volle Arbeitslohn ausgezahlt. Einen ähnlichen Beschluß faßte der Verband der Petersburger Fabrikanten.) –

2.

Gleichfalls am 5./18. März veröffentlichte der Moskauer Arbeiterdelegiertenrat folgenden Aufruf:

„Genossen! Arbeiter! Bei der ersten Nachricht über den Ausbruch der Revolution in Petersburg stellte das Moskauer Proletariat wie ein Mann die Arbeit ein und zog auf die Straße hinaus. Es riß alle Schichten der Moskauer Bevölkerung mit sich fort und nahm Hand in Hand mit den revolutionären Truppen am Kampf für die Niederwerfung des Zaren und seiner Regierung teil.

Die Revolution hat einen entscheidenden Sieg davongetragen; die Regierungsgewalt ist dem zarischen Absolutismus entrissen und in die Hände des souveränen Volkes gelegt worden. Es steht uns aber noch ein schwerer Kampf bevor, um die eroberte Freiheit zu sichern. Man muß sich auf offene Schläge und geheime Intrigen der Feinde der Revolution gefaßt machen. Man muß auf Attentate gegen die Rechte des Volkes und die Souveränität der einzuberufenden Konstituante gefaßt sein. Das Proletariat Rußlands muß im Interesse des Kampfes um den Sozialismus für die Volkssouveränität auf der Wacht stehen. Es muß bereit sein, allen Feinden der demokratischen Republik energischen Widerstand zu leisten. Die Macht des Proletariats liegt in seiner Organisation. Im bevorstehenden politischen Kampf, wie im Kampf um die Aufbesserung unserer Arbeitsbedingungen (Achtstundentag und andere Forderungen unseres Arbeitsprogramms) müssen wir eiligst unsere politischen und gewerkschaftlichen Organisationen ausbauen und das revolutionäre Organ des Arbeiterwillens – den Arbeiterdelegiertenrat – befestigen.

Genossen! Im Interesse der Vorbereitung für den weiteren Kampf und der Befestigung der Arbeiterorganisationen hat der Arbeiterdelegiertenrat bestimmt, daß ihr am Montag, den 6. März, die Arbeit ebenso einmütig wieder aufnehmt, wie ihr sie am ersten Tag des entscheidenden Kampfes niedergelegt habt. Mögen alle Arbeiter – mit Ausnahme derjenigen, die vor dem politischen Auftreten der Arbeiterklasse im wirtschaftlichen Streik standen – Montag, nach den Meetings in den Betrieben zu ihren Arbeiten zurückkehren.

Aber indem ihr die Arbeit wieder aufnehmt, vergeßt nicht, Genossen, den bevorstehenden Kampf; tretet als Mitglieder ein in die sozialistischen Parteien, in die Gewerkschaften, gründet Betriebskomitees und Arbeiterräte in den einzelnen Bezirken. Wenn die Stunde schlägt, wird der Arbeiterdelegiertenrat bei der ersten Bedrohung der Volkssouveränität – von welcher Seite sie auch ausgehen möge – euch wieder zum allgemeinen Streik aufrufen.

Alle mit der Wiederaufnahme der Arbeiten verknüpften Fragen hat der Arbeiterdelegiertenrat seinem Exekutivkomitee im Verein mit den Ver-

tretern der sozialistischen Parteien und der Gewerkschaften zur schleunigen Erledigung übertragen. Vergeßt nicht, Genossen, jetzt ist keine Zeit zum Ausruhen, jetzt gilt es, die Kräfte der Arbeiterklasse in hartnäckiger Arbeit zusammenzuschließen.

Hoch die konstituierende Versammlung!
Hoch die demokratische Republik!

5. Der Achtstundentag.

Da die Wiederaufnahme der Arbeit in Petersburg ohne vorherige Einführung des Achtstundentages auf den heftigen Widerstand der Arbeiter stieß, sah sich der Petersburger Fabrikantenverband genötigt, mit dem Arbeiterdelegiertenrat in Verhandlungen zu treten, die am 10./23. März mit der Einführung des Achtstundentages in allen Fabriken und Werken Petersburgs ihren Abschluß fanden. Das Abkommen gilt bis zur Regelung des Achtstundentages auf dem Wege der Gesetzgebung, wobei die Herabsetzung der Arbeitszeit die Lohnhöhe nicht beeinträchtigen darf. Zugleich werden in allen Betrieben auf Grund des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts Arbeiterausschüsse gewählt, die u. a. auch über die Frage der Zulässigkeit von Ueberstunden zu entscheiden haben. Ferner werden in allen Betrieben Einigungskammern und außerdem für Petersburg eine zentrale Einigungskammer eingesetzt.

Die Bewegung für die Einführung des Achtstundentages macht angesichts des glänzenden Erfolges in Petersburg im ganzen Reiche Fortschritte.

6. Der Arbeiterdelegiertenrat und der Zar.

In der Sitzung des Petersburger Arbeiter- und Soldatenrates vom 10./23. März erstattete das Mitglied des ausführenden Ausschusses Genosse N. D. Sokolow folgenden sensationellen Bericht:

„Sie wissen, daß das Mitglied der provisorischen Regierung A. Gutschkow mit dem Abgeordneten W. Schulgin nach Pskow reisten und die Abdankungsurkunde Nikolaus II. und seines Sohnes mitbrachten. In dem Manifest war indessen nicht nur ein neuer Regent, sondern auch ein neuer Monarch ernannt worden. So erhielt Rußland nach einigen Stunden an Stelle des abgedankten Nikolaus einen neuen Zaren – seinen Bruder Michael. Das Gerücht darüber verbreitete sich schnell in Petersburg und rief starke Unruhen hervor. Das Exekutivkomitee des Arbeiterdelegiertenrates nahm nach Erörterung dieser Angelegenheit eine Protestresolution an, die sofort der Regierung zur Kenntnis gebracht wurde. Der Ministerrat beschloß daraufhin, in eine neue Prüfung der Frage einzutreten, worauf besonders der Justizminister Kerenßky drang. Es wurde beschlossen, auch auf die Abdankung Michaels hinzuwirken. Bekanntlich begaben sich dann die Minister zu Michael, worauf der Großfürst seinen Thronverzicht aussprach. So fand diese Episode, zum Segen für das Land, eine befriedigende Lösung, aber schlimme Nachwirkungen blieben nicht aus.

Gestern wurde bekannt, daß die provisorische Regierung der Abreise Nikolaus II. nach England ihre Zustimmung gegeben und sogar schon, ohne Wissen und Willen des Exekutivkomitees des Arbeiterrates, mit den englischen Behörden entsprechende Unterhandlungen angeknüpft hatte. Unter diesen Umständen beschlossen wir selbständig zu handeln. Wir mobilisierten die unter unserem Einflusse stehenden Truppenteile und trafen alle Vorkehrungen, daß Nikolaus II. ohne unsere Einwilligung Zarskoje Selo nicht verlassen konnte. An die Eisenbahnarbeiter und Stationsvorsteher der in Betracht kommenden Eisenbahnlinien wurden telegraphische Weisungen erlassen, den Zarenzug, falls ein solcher passieren sollte, sofort aufzuhalten. Darauf beschränkten wir uns aber nicht, sondern entsandten unsere Kommissäre nach dem Bahnhof von Zarskoje Selo und eine entsprechende Anzahl Truppen mit Panzerautomobilen zur Umzingelung des Zarenschlosses. Damit verhinderten wir, daß Nikolaus II. unserer Aufsicht entschlüpfte. Erst dann traten wir mit der provisorischen Regierung in Unterhandlungen, die alle unsere Maßnahmen gut hieß. Jetzt steht der Exzar nicht nur unter der Aufsicht der provisorischen Regierung, sondern auch unter unserer Kontrolle."

7. Der Arbeiterdelegiertenrat und die Armee.

Am 7./20. März erließ das Exekutivkomitee des Petersburger Arbeiter- und Soldatenrates folgende Proklamation an die Armee:

„Wir sind überzeugt, daß die Fronttruppen mit uns gehen und nicht gestatten werden, daß Versuche zur Wiederherstellung der alten Ordnung Wirklichkeit werden.

Dagegen versprechen wir, die Vertreter der Petersburger Arbeiter und Soldaten, hier die Wacht der Freiheit zu halten.

Ihre Sicherung kann gestört werden durch inneren Hader in der Armee, durch Konflikte zwischen den Soldaten und den Offizieren, und allen Bürgern liegt die Pflicht ob, die Regelung der Beziehungen zwischen den Soldaten und jenen Offizieren zu fördern, die die neue Staatsordnung anerkannt haben. Wir wenden uns an die Offiziere mit der Aufforderung, in ihren dienstlichen und außerdienstlichen Beziehungen Achtung vor der Person des Bürgers im Soldatenrock zu zeigen.

In der Annahme, daß die Offiziere unserer Aufforderung Folge leisten, fordern wir die Soldaten auf, an der Front wie im Kriegsdienst streng allen militärischen Pflichten nachzukommen.

Zugleich teilt das Komitee den Frontarmeen mit, daß die Befehle Nr. 1 und 2*) — wie es schon an der Spitze dieser Befehle heißt — sich nur auf die Truppen des Petersburger Bezirks beziehen.

Was die Frontarmeen betrifft, so hat der Kriegsminister die Zusage gegeben, unverzüglich, im Einvernehmen mit dem Exekutivkomitee des Ar-

*) Diese Befehle, die gewaltiges Aufsehen erregten, ordneten die Einsetzung von Ausschüssen in den Truppenteilen, die Wahl der Offiziere und die Entsendung von Delegierten in den Arbeiterrat an. Ferner erklärten sie, daß die Petersburger Garnison nicht entwaffnet und nicht aus der Hauptstadt entfernt werden dürfe.

beiter- und Soldatenrates, neue Bestimmungen über die Beziehungen zwischen den Soldaten und den kommandierenden Chargen auszuarbeiten.

Unterschriften: J. A. des Vorsitzenden des Exekutivkomitees des Arbeiter- und Soldatenrates

der Vizepräsident M. Skobelew.

Der Vorsitzende der Militärkommission des provisorischen Ausschusses der Duma

Generalmajor Potopow.

Der vorstehende Aufruf wurde laut Vereinbarung mit dem Kriegsminister Gutschkow abgefaßt.

Der Kriegsminister Gutschkow.

8. Die Friedensfrage.

Am 14./27. März beriet der Petersburger Arbeiter- und Soldatenrat über die Friedensfrage. Nach eingehender Erörterung wurde einstimmig folgender Aufruf an die Völker der ganzen Welt angenommen:

„An die Völker der ganzen Welt"

Genossen, Proletarier und Werktätige der ganzen Welt!

Wir russischen Arbeiter und Soldaten, vereinigt im Petersburger Arbeiter- und Soldatendelegiertenrat, entsenden euch unseren flammenden Gruß und geben euch Kunde von einem großen Ereignis. Rußlands Demokratie hat die Jahrhunderte alte Despotie des Zaren gestürzt und tritt in euren Kreis ein als vollberechtigtes Mitglied und starke Macht im Kampf um unsere gemeinsame Befreiung. Unser Sieg ist ein gewaltiger Sieg der Freiheit und der Demokratie der ganzen Welt. Die mächtigste Stütze der Weltreaktion, der „Gendarm Europas" ist gestürzt. Möge die Erde wie ein Granitblock auf seinem Grabe lasten! Es lebe die Freiheit! Es lebe die internationale Solidarität des Proletariats und sein Kampf um den endgültigen Sieg!

Unser Werk ist noch nicht vollendet: noch sind die Schatten der alten Ordnung nicht zerstreut, und nicht wenige Feinde sammeln ihre Kräfte gegen die russische Revolution. Dennoch sind unsere Errungenschaften gewaltig. Rußlands Völker werden ihren Willen kund tun in der Konstituierenden Versammlung, die in nächster Zeit auf Grund des gleichen, allgemeinen, geheimen und direkten Wahlrechts zusammentritt. Heute schon kann man mit Bestimmtheit voraussagen, daß in Rußland die demokratische Republik triumphieren wird. Das russische Volk verfügt über das volle Maß der politischen Freiheit. Es kann bei der inneren Selbstbestimmung des Landes wie über seine äußere Politik sein machtvolles Wort sagen. Indem wir uns an alle Völker wenden, die in dem entsetzlichen Krieg vernichtet und ruiniert werden, erklären wir, daß der Augenblick gekommen ist, um gegen die Er-

oberungsgelüste der Regierungen aller Länder einen entschiedenen Kampf zu eröffnen. Der Augenblick ist gekommen, um die Entscheidung über die Frage: Krieg oder Friede? selber in die Hand zu nehmen.

Im Bewußtsein ihrer revolutionären Macht erklärt die Demokratie Rußlands, daß sie der Eroberungspolitik ihrer herrschenden Klassen mit allen Mitteln entgegenwirken wird, und ruft die Völker Europas zu gemeinsamen entschiedenen Aktionen für den Frieden auf. Wir appellieren an unsere Brüder, die Proletarier der österreichisch-deutschen Koalition, und vor allem an das deutsche Proletariat:

Seit den ersten Kriegstagen hat man euch die Ueberzeugung beizubringen gesucht, daß, indem ihr gegen das absolutistische Rußland die Waffe erhebt, ihr die Kultur Europas gegen den asiatischen Despotismus verteidigt. Viele von euch sahen darin eine Rechtfertigung jener Unterstützung, die ihr dem Krieg zuteil werden ließet. Nunmehr gibt es auch diese Rechtfertigung nicht, denn das demokratische Rußland kann Freiheit und Kultur nicht bedrohen. Wir werden selber standhaft unsere Freiheit vor allen reaktionären Anschlägen beschützen, — mögen sie von innen kommen oder von außen. Die russische Revolution wird vor den Bajonetten der Eroberer nicht zurückweichen und nicht zulassen, daß ihre Errungenschaften von einer äußeren militärischen Macht zertreten werden. Und so fordern wir euch auf: werft das Joch eurer absolutistischen Ordnung ebenso ab, wie das russische Volk die Selbstherrschaft des Zaren von sich abgeschüttelt hat. Weigert euch, als Mittel der Eroberung und der Gewalt in den Händen von Königen, Junkern und Bankmännern zu dienen, — und mit vereinten Kräften werden wir dem furchtbaren Gemetzel ein Ende setzen, das die Menschheit mit Schmach bedeckt und die großen Tage der Geburt der russischen Freiheit verdüstert. —

Werktätige aller Länder! Ueber Berge von Brüderleichen, über Ströme von Tränen und unschuldig vergossenem Blut, über die rauchenden Trümmer von Städten und Dörfern, über vernichtete Kulturschätze hinweg strecken wir euch die Bruderhand entgegen und rufen euch auf zur Wiederherstellung und Befestigung der internationalen Einigkeit. Denn sie ist die Bürgschaft unserer künftigen Siege und der vollen Befreiung der Menschheit.

Proletarier aller Länder, vereinigt euch!"

Aus der Erörterung sei folgendes hervorgehoben: Genosse Steklow erstattete im Namen des Exekutivkomitees Bericht.

„Die Bedeutung der russischen Revolution — so begann er seine Ausführungen — geht weit über die Grenzen Rußlands hinaus. Der letzte Wall des Absolutismus ist gefallen. Wir haben nicht nur uns selbst, sondern auch die ganze Welt befreit. Alle übrigen Throne sind ins Schwanken geraten und werden sich nicht mehr lange behaupten. Schon jetzt liegen uns

die Glückwünsche der ganzen Welt zu. Ungeachtet des Erfolges ist aber das Werk der Revolution bei uns noch nicht vollendet. Die dunklen Mächte existieren noch. Die Reaktionäre versuchen, den Soldaten einzureden, daß die Errungenschaften der russischen Revolution auf unsicheren Füßen stehen. Solche Leute muß man als Verräter am gemeinsamen Werke betrachten. Das Volk selbst muß die Errungenschaften der Revolution sicherstellen. Man darf annehmen, daß die russische Demokratie in der konstituierenden Versammlung die Hauptrolle spielen wird. Sie wird über alle Fragen der inneren wie der äußeren Politik entscheiden; wir müssen ankämpfen gegen die goldbetreßten Herren Diplomaten, die über die Schicksale der Völker beschließen. Jetzt liegt uns die Verpflichtung ob, das Schicksal des Krieges zu entscheiden. Das Proletariat der ganzen Welt leidet unter dem Krieg, es gibt Blut und Gut für ihn her. Vereinigen wir uns alle, so kann dem Kriege Einhalt geboten werden. Wir dürfen aber nicht vergessen, daß der Feind auf unserem Boden steht. Deshalb müssen wir uns an die Arbeiter Oesterreichs und Deutschlands mit einem besonderen Appell wenden. Die vorgeschrittenen deutschen Sozialdemokraten, die vor dem Kriege die Ideale des Friedens und der Internationale predigten, haben erklärt, sie seien für den Krieg aus Furcht vor der russischen Knechtschaft. Jetzt können wir ihnen sagen, daß wir frei sind, und daß Rußland niemandes Freiheit bedroht. So erhebt euch denn gegen eure Regierung und stürzt sie ebenso wie wir unsere Regierung gestürzt haben. Die Frage der Fortführung des Krieges hängt also davon ab, wie die Deutschen auf unseren Vorschlag reagieren werden, Wilhelm zu stürzen." –

Genosse Tscheidse, der Vorsitzende der sozialdemokratischen Dumafraktion und des Arbeiter- und Soldatenrates, führte etwa folgendes aus:

„Unser Antrag beruht nicht auf Sentimentalitäten oder Träumereien. Wir haben die Sache des Friedens selbst in die Hand genommen und werden über die Köpfe unserer Diplomaten hinweg selber sprechen. Denn indem wir uns an die Deutschen wenden, geben wir das Gewehr nicht aus der Hand. Und bevor wir über den Frieden sprechen, machen wir den Deutschen den Vorschlag, unserem Beispiel zu folgen und Wilhelm, der das Volk in den Krieg gestürzt hat, ebenso zu stürzen, wie wir unseren Absolutismus gestürzt haben." . . .

Der in Petersburg stattgehabte Kongreß aller Arbeiterräte Rußlands hat sich dem Aufruf an die Völker der ganzen Welt ausdrücklich angeschlossen. Damit ist freilich nicht gesagt, daß die Begründung, die dem Aufruf in den oben zitierten Reden gegeben wurde, von den verschiedenen Strömungen in der Arbeiterschaft in allen Teilen einmütig akzeptiert wird. Aber darin sind sich die russischen Arbeiter einig, daß die Friedensfrage mit Leichtigkeit gelöst werden kann, wenn die Völker ihr Schicksal selber in die Hand nehmen, ihre durch und durch verlogenen Regierungen samt ihren Helfershelfern stürzen, die Herrschaft der Demokratie errichten und auf den Trümmern der längst überlebten feudal-monarchischen Staatsformen, wie der plutokratischen Oligarchien, die sich im Kriege ähnliche Formen angeeignet, einander die Hand zum Frieden reichen. Nur der im Feuer der Revolution

der inneren Säuberung geläuterte und gefestigte Volkswille bietet nach Ansicht der russischen Revolutionskämpfer die Gewähr, daß der Friedenswille der Völker nicht prostituiert werde von den sozialimperialistischen Helfershelfern der Regierungen, und daß dem schmählichen Krieg nicht ein ebenso schmählicher und volksfeindlicher Friede folge.

9. Der Arbeiterrat und die provisorische Regierung.

In der Sitzung des Kongresses der russischen Arbeiter- und Soldatenräte vom 12. April erstattete ein Mitglied des Petersburger Exekutivkomitees folgenden Bericht über die Beziehungen zwischen dem Arbeiterrat, als Organ der proletarischen Nebenregierung, und der provisorischen Regierung, der zugleich einen Ueberblick über einen Teil der Ereignisse in Rußland gibt:

„Gegen uns – begann der Berichterstatter – werden von zwei Seiten Angriffe gerichtet. Die einen greifen uns an, weil das Exekutivkomitee angeblich nicht energisch genug die Interessen der demokratischen Kreise verteidige, die anderen machen uns zum Vorwurf, daß wir eine Doppelregierung schüfen, die im gegenwärtigen Augenblick die größte Gefahr darstelle. Um festzustellen, inwieweit diese Anschuldigungen berechtigt sind, muß man ein wenig bei der Geschichte der Beziehungen zwischen der provisorischen Regierung und dem Rat der Arbeiter- und Soldatendelegierten verweilen.

„Die provisorische Regierung entstand bei uns nicht sofort im Augenblick der Umwälzung, wie das bei den klassischen Revolutionen stets der Fall war, sondern erst zwei bis drei Tage später, als das Proletariat und die Armee sich bereits um den Rat der Arbeiter- und Soldatendelegierten gesammelt hatte. In den ersten Tagen dachten weder wir, noch die Bourgeoisie an die Schaffung einer Regierung. Erst nach einigen Tagen, als der Sieg der Revolution feststand, lud der vorläufige Dumaausschuß, der sich gleichzeitig mit dem Arbeiter- und Soldatenrate gebildet hatte, die Vertreter des letzteren zu einer Sitzung ein, um gemeinsam die Frage der Schaffung einer provisorischen Regierung zu erörtern. Vor uns tauchten dann zwei Fragen auf: sollten wir an der provisorischen Regierung teilnehmen und welche Forderungen sollten wir an die künftige Regierung richten? Die ungeheure Mehrheit von uns sprach sich gegen unseren Eintritt in die provisorische Regierung aus. Wir hielten es nicht einmal für notwendig, unsere Vertreter in den vorläufigen Dumaausschuß zu delegieren, und behielten uns nur das Recht der Ablehnung jener Kandidaten vor, die für uns vollkommen unannehmbar sein würden. Zugleich stellten wir neun programmatische Forderungen auf, die unsere Vertreter dem vorläufigen Dumaausschuß überreichten. Diese Forderungen sind auf dem historischen Stück Papier verzeichnet, das ich jetzt in Händen halte. Fast alle unsere Forderungen, nur mit einigen Aenderungen, wurden vom vorläufigen Dumaausschuß angenommen und der ersten Deklaration der provisorischen Regierung zugrunde gelegt.*)

*) Diese Deklaration hatte folgenden Wortlaut:

„Mitbürger! Das provisorische Exekutivkomitee der Duma triumphiert gegenwärtig mit Hilfe der Garnison und Bewohner der Hauptstadt in solchem Maße über die schädigen-

„Trotz anhaltender Diskussion mit dem Dumaausschuß, gelang es uns nicht, seine Zustimmung zu einem Punkte unserer Forderungen zu erlangen, der die „Enthaltung von allen Handlungen, die die Regierungsform vor Einberufung der Konstituante vorausbestimmten", zur Bedingung machte. Folglich war damals selbst bei den fortschrittlichen Parteien die Frage der Regierungsform noch nicht in dem von uns gewünschten Sinne entschieden worden. Gegen eine demokratische Republik erhoben weniger die Nationalisten, als die Kadetten (die Liberalen) Einspruch. Wir stellten diesen Punkt nicht in ultimativer Form auf, denn wir waren überzeugt, daß der größte Teil Rußlands die Dynastie Romanow nicht verteidigen würde. Als wir jedoch erfuhren, daß die Mitglieder des Dumaausschusses Gutschkow (jetzt Kriegsminister) und Schulgin Anstalten trafen, um zu irgend welchen Zwecken mit Nikolaus Romanow zu unterhandeln, waren wir aufs tiefste empört und gaben den Befehl aus, den Eisenbahnzug, in dem Gutschkow und Schulgin fuhren, nicht passieren zu lassen. (Lebhafter Beifall.) Es gelang aber den Herren doch, auf irgendeine Weise durchzuschlüpfen.

„Michael Alexandrowitsch Romanow (der Bruder des Zaren) stellte sich, wie jemand geistreich gesagt hat, auf unseren Standpunkt und lehnte die Krone ab, freilich nur aus dem Grunde, weil er mit Recht einsah, daß er nach Besteigung des Thrones von Bajonetten bedroht sein würde. Der vorläufige Dumaausschuß rechnete bei seinen Unterhandlungen mit dem Exekutivkomitee des Arbeiter und Soldatenrates, mit uns, als mit einem gleichberechtigten Kontrahenten. Als Ergebnis dieser Unterhandlungen wurde gleichzeitig mit der Deklaration der provisorischen Regierung auch unsere Deklaration veröffentlicht, in der wir unter bestimmten Bedingungen

---

den Elemente der regierenden Kreise, daß sie darangehen kann, die Exekutivgewalt fester auszubauen. In dieser Absicht hat das provisorische Komitee folgende Männer, deren bisherige öffentliche Tätigkeit ihnen das Vertrauen des Landes sichert, zu Ministern des ersten nationalen Komitees ernannt. (Es folgt hier die Liste der neuen Minister.) In seiner Politik wird das neue Kabinett sich von folgenden Grundsätzen leiten lassen:

1. Sofortige und allgemeine Amnestie für alle politischen und religiösen Vergehen einschließlich der terroristischen Akte, der Militärrevolten und der Agrarunruhen.

2. Freiheit des Wortes, der Presse, der Versammlungen, des Streiks, mit Ausdehnung dieser Freiheiten auf die Beamten und Militärpersonen in den zufolge der technischen militärischen Bedingungen zulässigen Grenzen.

3. Aufhebung aller sozialen, religiösen und nationalen Beschränkungen.

4. Sofortiges In-die-Handnehmen von Vorbereitungen für die Einberufung einer konstituierenden Versammlulng, die auf der Grundlage des allgemeinen Wahlrechts die Regierungsform und die Verfassung des Landes aufstellen würde.

5. Ersetzung der Polizei durch eine nationale Miliz mit wählbaren Vorgesetzten, die den Regierungsorganen unterstellt sind.

6. Die Gemeindewahlen werden auf Grundlage des allgemeinen Wahlrechts zu erfolgen haben.

7. Die an der revolutionären Bewegung beteiligten Truppen sollen nicht entwaffnet werden, sie werden in Petersburg konsigniert.

8. Bei vollständiger Wahrung der militärischen Disziplin im aktiven Dienst sollen sämtliche den Soldaten auferlegte Beschränkungen im Genuß der allen Bürgern gewährten sozialen Rechte nunmehr abgeschafft werden.

Die provisorische Regierung legt Wert darauf, hinzuzufügen, daß sie nicht die Absicht hat, die Kriegsverhältnisse zu benutzen, um die Durchführung der erwähnten Reformmaßnahmen zu verzögern."

der Regierung unsere Unterstützung verhießen.*) Selbstverständlich haben wir, nachdem wir die Regierung durch das getroffene Abkommen gebunden, uns auch selbst bis zu einem gewissen Grade gebunden.

„Wir haben uns verpflichtet, die provisorische Regierung zu unterstützen und werden das in dem Maße tun, als sie den Weg zur Verwirklichung des in unser Abkommen übernommenen Programms gehen wird. Die von der Revolution hervorgebrachte bürgerliche Regierung hat sich verpflichtet, unser Minimalprogramm zu verwirklichen. Ein Kompromiß sind nicht wir eingegangen, sondern die Bourgeoisie in Gestalt der provisorischen Regierung."

Der Berichterstatter legte im ferneren die Gründe dar, weshalb das Exekutivkomitee des Arbeiter- und Soldatenrates, gestützt auf die gesamte revolutionäre Demokratie, nicht selbst am ersten Tage von der Macht Besitz ergriff.

„Wir taten das aus zwei Gründen nicht – aus einem psychologischen und einem politischen Grund. Erstens hatten wir in den ersten Tagen der Revolution noch keine Stützpunkte, denn wir hatten nur eine unorganisierte Masse vor uns. Von allen Seiten kamen Nachrichten über eine heraufziehende Gegenrevolution. Von überall meldete man, Truppen marschierten gegen Petersburg, um die Revolution niederzuwerfen. Wir saßen, ähnlich den alten Römern, da und versicherten uns selber, daß „die Sitzung weiter gehe". Der zweite Grund, weshalb wir nicht die Macht an uns rissen, war ein politischer. Die revolutionäre Demokratie ergreift erst dann von der Macht Besitz, wenn die liberale Bourgeoisie bankerott ist, wenn sie zur Verwirklichung ihres Programms den Weg der Konterrevolution beschreitet. Eine solche Situation gab es bei uns nicht, gibt es auch heute nicht. Die Bourgeoisie sah und sieht sehr wohl ein, daß sie der Demokratie weitgehende Konzessionen machen muß. Der Schwung der Revolution war so gewaltig, der Umsturz so plötzlich, daß in der Psychologie der Bourgeoisie ein schroffer, märchenhaft anmutender Umschwung vor sich ging.

„Ich will nun auch auf eine weitere Erwägung hinweisen, weshalb wir die Macht nicht an uns rissen. Wir zweifelten keinen Augenblick, daß dasselbe Programm, das heute unter dem Beifall der gesamten Bourgeoisie Rußlands von der provisorischen Regierung verwirklicht wird, bei den kommandierenden Klassen den schärfsten Widerstand gefunden hätte, wenn es unter der Firma des Arbeiter- und Soldatenrates durchgeführt worden wäre."*)

---

*) Siehe oben den betreffenden Aufruf des Arbeiter- und Soldatenrates auf Seite 4, Spalte 1. – Red.

*) Wir beschränken uns hier auf die Wiedergabe der Dokumente der Revolution. Auf die Einzelfragen der von unseren russischen Vorkämpfern während der Revolution angewandten oder empfohlenen Taktik beabsichtigen wir bei einer späteren Gelegenheit zurückzukommen. Ebenso konnte nicht die neueste Wendung im Gang der Revolution – der Eintritt der russischen Genossen in die provisorische Regierung und die sich daraus ergebenden Konsequenzen – im Leitartikel dieser Nummer Berücksichtigung finden, da letzterer lange vor Eintritt dieses Ereignisses in Druck gegeben wurde. – Red.

Der weitere Teil des Berichts schildert die Beziehungen zwischen dem Arbeiterrat und der provisorischen Regierung. Alle bisher veröffentlichten Akte der Gesetzgebung der provisorischen Regierung: Amnestie, Aufhebung der nationalen Beschränkungen usw. erfolgten dank dem Druck des Arbeiter- und Soldatenrates. Deshalb sei eine ständige Kontrolle der provisorischen Regierung seitens der Organe der revolutionären Demokratie notwendig. Außer der bereits fungierenden Spezialkommission des Exekutivkomitees — bestehend aus den Genossen Tscheidse, Skobelew, Suchanow, Steklow, Filipowsky —, die die provisorische Regierung von den Forderungen des Arbeiterrates in Kenntnis setzt und ihre Tätigkeit überwacht, sollen jetzt auch besondere Kommissare des Arbeiterrates in sämtliche Ressorts der Regierung entsandt werden, um deren Tätigkeit fortgesetzt aufmerksam zu überwachen. Eine gewisse Doppelregierung entsteht freilich dadurch, dies sei aber nicht zu vermeiden angesichts der Gefahr einer Gegenrevolution, deren Umrisse bereits deutlich hervortreten.

Mag sie kommen! Das siegreiche revolutionäre Proletariat Rußlands wird wissen, der Gefahr zu begegnen!

Zwei Osterbotschaften.

Das grandiose welthistorische Drama an der Newa entbehrt nicht eines grotesk-heiteren Nebenspiels — an der Spree. Unter dem Eindruck der russischen Revolution fängt Preußen-Deutschland an, sich zu „modernisieren". Und was wird da an „Neuorientierung" zutage gefördert? Ein Rest Jesuitengesetz und der famose Sprachenparagraph des Vereinsgesetzes werden abgeschafft! Also ein Vermächtnis aus Bismarcks seligen Zeiten der Ausnahmegesetze von 1872 und ein anderes aus den schönen Zeiten des Bülowschen Hottentottenblocks, das ist's, womit Deutschland heute mit Stolz aufräumt! Ja, und nicht zu vergessen: die kaiserliche Osterbotschaft hat ja auch noch versprochen, nach dem Kriege, so Gott gibt und das deutsche Volk sich weiter brav aufführt, sogar irgendein Pluralwahlrecht zum preußischen Abgeordnetenhaus zu schenken und das preußische Herrenhaus zu — reformieren! Daß du die Nas' ins Gesicht behältst, sagte Onkel Bräsig. Das sind die Reformen, zu denen sich Deutschland bereits unter der Wirkung der russischen Ereignisse aufgerafft hat. Nun, sind wir nicht schön belohnt für die runden zwei Millionen Menschenleben, die der Völkermord verschlungen hat, für das Elend und den Hunger der Massen, für die furchtbare Steuerlast, die in Zukunft droht, für den Belagerungszustand und die geduldig ertragene dreijährige Säbeldiktatur? Macht das deutsche Volk nicht die besten Geschäfte, wenn es gehorsam nach der Pfeife der herrschenden Klassen tanzt und das Maul hält? Ein Schelm, wer das jetzt noch nicht kapiert.

Indes Scherz beiseite. Nichts hat plötzlich die erschreckende starre Reaktion, in der Deutschland versinkt, so grell beleuchtet, wie gerade diese grotesken „Reform"versuche im Feuerschein des russischen Brandes. Wer denkt da nicht an jene alte Tante, die bei der Nachricht vom bevorstehenden Zusammenprall der Erde mit dem Kometen schleunigst ihre ältesten Mantillen aus der Truhe hervorholte, um die Motten aus ihnen

auszuklopfen. Nach Rußland, dem gestrigen „Kosakenland", pilgert heute alles, wie die heiligen drei Könige aus dem Morgenlande nach Bethlehem an die Wiege des Erlösers, indes Deutschland – das Land der „konstitutionellen Freiheiten" – seine ostelbischen Komposthaufen aufdeckt, um sie ein wenig umzurühren, und in den infernalischen Düften, die dabei aufsteigen, so recht wie eine Vogelscheuche aus dem Mittelalter wirkt. Solche Verschiebungen des politischen Erdprofils bringen in 24 Stunden revolutionäre Vulkanausbrüche fertig!

Aber auch das deutsche Proletariat steht noch im großen und ganzen verdutzt da und denkt, die Revolution geschehe in Rußland und sei nur ein erfreuliches und erbauliches Schauspiel in der Nachbarschaft. Es begreift nicht, daß es *seine eigene Sache* ist, die Sache des einen und unteilbaren internationalen Proletariats, das dort den ersten Anlauf zur welthistorischen Auseinandersetzung mit der Klassenherrschaft des Kapitals nimmt. Noch weniger begreifen dies diejenigen „Führer" des deutschen Proletariats, die zu ihrem Unglück in der Schule der alten deutschen Sozialdemokratie groß, oder richtiger klein geworden sind. Die „Arbeitsgemeinschaft" reagierte auf die russische Revolution durch Aufstellung eines ganzen neuen „Aktionsprogramms", und darunter versteht sie . . . eine lange Liste furchtbar radikaler Anträge, die sie *dem Reichstag* präsentieren will. Was ist da nicht alles zu finden! Beinahe das ganze Parteiprogramm ist abgeschrieben und soll nun auf den Tisch des Hauses gelegt werden. Man weiß wirklich nicht, was man zu diesem tragikomischen Johannistrieb sagen soll. *Das* ist also in dieser Stunde das Wichtigste: Anträge an den Reichstag zu richten?! An *diesen* Reichstag der imperialistischen Mamelukengarde! Und gerade *heute*, wo eine Welt daran liegt, den deutschen Massen endlich klar zu machen, daß sie *nichts* vom Parlamentarismus, daß sie alles nur von der eigenen Initiative, Tatkraft und Aktionsfähigkeit zu erwarten haben, heute, wo Rußland auch dem Blindesten handgreiflich zeigt, was „Aktionsprogramm" und was „Aktion" heißt, – kommt die A.-G. mit einer Fuhre voll radikalster Forderungen an den Reichstag, und das Reden an die Wand über diese Anträge soll eine „Aktion" sein!

Indes gemach! Vielleicht irren wir uns. Vielleicht war das „Aktionsprogramm" der A.-G. gar nicht ernst als parlamentarische Aktion gemeint, vielleicht war es nur gedacht als das übliche Hilfsmittel, um den Massen wieder das sozialdemokratische Programm in Erinnerung zu bringen und gerade von der Tribüne des Reichstags zu verkünden, daß nichts im Reichstag, daß alles „auf der Straße" erreicht werden könne? Nun, wir besitzen ein deutliches Kommentar der tatsächlichen Auffassung der A.-G. über diese Frage, und zwar in dem Berliner „*Mitteilungsblatt*" der A.-G., das am 8. April in seinem Osterartikel schrieb:

> „Es ist ein altes, wahres Wort, daß man keine Revolutionen künstlich machen kann. Das gilt für unsere Zeit mehr denn je. Man kann wohl Putsche inszenieren, aber den *großartig organisierten Machtmitteln des heutigen Militärstaates gegenüber sind sie zur Aussichtslosigkeit verurteilt, ebenso wie elementar ausbrechende Hungerrevolten bald*

erstickt werden können. Wie bei einem modernen Kriege werden auch bei einer Revolution eine Unsumme von Faktoren zusammenwirken, ehe ein ganzes Volk in gewaltsame Zuckungen gerät. Darum ist es auch falsch, die revolutionären Mittel des eigenen Landes schematisch auf ein anderes Land übertragen zu wollen, in dem die wirtschaftlichen Grundlagen, die politischen und sozialen Zustände, die geschichtliche Entwicklung und der Volkscharakter ganz anders geartet sind." . . .

„Wir haben mit anderen Verhältnissen zu rechnen als drüben in Rußland, der Kampf um unsere innere Freiheit muß daher andere Formen annehmen. Dieser Kampf hat in diesen Tagen unter dem moralischen Eindruck der Vorgänge in Rußland auf parlamentarischem Boden eingesetzt."

Also — ein unzweideutiges Bekenntnis zu der Weisheit: in Rußland macht man Revolutionen, in Deutschland hingegen „kämpft" man im Reichstag. Wortwörtlich dasselbe legte Theodor Wolf und der strebsame Rechtsanwalt W. Heine in dem Mosseschen Freisinnsblatt dar! Da haben wir ja wieder eine so klassische Blüte des unverfälschten, unversehrten, unveräußerlichen, unverbesserlichen parlamentarischen Kretinismus, daß keine Prügel dafür zu kräftig wären. Hier wird ja gerade die Unmöglichkeit einer Massenrevolution in Deutschland gepredigt und das abgeschmackte Geschwätz von den „großartig organisierten Machtmitteln des modernen Staates" wiedergekaut. Obwohl gerade der russische Arbeiter- und Soldatenrat zeigt, wie trefflich diese Mittel zu Machtmitteln des Volkes, der Revolution werden, wenn — wenn eben das Proletariat revolutionär ist! . . .

In Deutschland weiß die A.-G. den Proletariermassen eine andere Rolle zuzuweisen: da „die Kraft unserer Parlamentarier" „allein doch zu schwach ist" — meint derselbe Artikel einige Zeilen weiter —, sollen sie „in engster Fühlung" mit den Massen verbleiben und für deren „Mitwirkung" bei der parlamentarischen Aktion der Auserwählten im Reichstag Sorge tragen. „Nur dann werden unsere Parlamentarier ihre freiheitlichen Forderungen durchsetzen können". Und diese tiefgründige Belehrung will das „Mitteilungsblatt" aus den Erfahrungen Rußlands geschöpft haben, — desselben Rußlands, wo die Massen soeben gerade umgekehrt in unmittelbarer, selbständiger, revolutionärer Aktion — nicht nur gegen den Absolutismus, sondern nicht minder gegen einen monarchistischen, reaktionären Reichstag: gegen die russische Duma — die Republik errichtet haben, wo sie sich diesen Reichstag vollständig unterwerfen, ja noch mehr — ihn gänzlich beiseite schieben mußten, um „die freiheitlichen Forderungen durchsetzen zu können"! Wahrhaftig, — ganz anders als in anderen Köpfen malt sich in diesem Kopf die Welt! In Deutschland sollen also die Massen höchstens nur den Chor bilden, der die Großtaten der Reichstagsabgeordneten mit „mitwirkendem" Gesang begleitet. Die Parlamentarier bleiben nach wie vor die agierenden Personen, sie haben die „freiheitlichen Forderungen

durchzusetzen", und der Mamelukenreichstag des Imperialismus ist berufen, zur Geburtsstätte der deutschen Freiheit zu werden! — — — Demnach erscheint ja das „Aktionsprogramm" der A.-G. als ein würdiges Seitenstück zu den preußisch-deutschen „Reformen" von oben, — beides nette Eulenspiegeleien auf die gewaltige Weltwende der russischen Revolution. Was aber in dem schönen Bekenntnis des „Mitteilungsblattes" am interessantesten, ist die Grundauffassung von den Ereignissen in Rußland.

Ganz im Geiste des biederen Freisinns erblicken hier die Führer der „Arbeitsgemeinschaft" in der russischen Revolution bloß eine bürgerlich-liberale Korrektur auf den veralteten Zarismus. Keine Ahnung davon, daß es sich zugleich um eine erste proletarische Uebergangsrevolution von welthistorischer Tragweite handelt, die auf sämtliche kapitalistische Länder zurückwirken muß und gerade als proletarisch-sozialistischer Kampf um die Macht so gut in Deutschland wie anderswo nur auf revolutionärem Wege ausgetragen werden kann! Und diese schwindsüchtige Theorie von den „großartigen Machtmitteln des Staates" und dem Ersatz der Revolution durch den parlamentarischen „Kampf" wird den deutschen Arbeitern just in dem Moment gepredigt, wo die Friedensfrage wie die ganze Zukunft des internationalen Sozialismus davon abhängt, daß die deutsche Arbeiterklasse endlich die fatale Verblendung der offiziellen deutschen Sozialdemokratie, die ihr jahrzehntelang beigebracht wurde, los wird: das Dogma nämlich, daß in Deutschland alles, was anderswo auf revolutionärem Wege erreicht wird, „auf parlamentarischem Boden", durch das Zungendreschen der Reichstagsabgeordneten, zu erlangen sei! . . . Wahrhaftig, die Osterbotschaft der Berliner A.-G. paßt zu der kaiserlichen Osterbotschaft über die preußische Wahlreform ganz vortrefflich: beides Erzeugnisse der muffigen, abgestandenen politischen Weisheit, die darauf förmlich stolz ist, trotz Weltkrieg und Weltumwälzung nichts gelernt und nichts vergessen zu haben.

Brennende Zeitfragen.

I. Krieg und Frieden.

Die russische Revolution war die erste durchschlagende Aeußerung der proletarischen Klassenpolitik seit dem Bankerott des internationalen Sozialismus beim Ausbruch des Weltkrieges und damit der erste Vorstoß für den Frieden von welthistorischer Tragweite. Gleich am anderen Tage nach dem Siege über das alte Regime begann auch die Aktion des russischen Proletariats gegen den Krieg. Sie war zunächst darauf gerichtet, dem imperialistischen Kriege, wie er vom Zarenregiment und der russischen Bourgeoisie geführt worden war, seinen Charakter zu nehmen. Nach einigen heftigen Kämpfen hat es die russische Arbeitermasse siegreich durchgesetzt, daß von der provisorischen Regierung offiziell als Formel der Kriegsziele anerkannt wurde: keine Annexionen, keine Entschädigungen, ein Friede auf Grund der Selbstbestimmung der Nationen. Auf den ersten Blick hatte damit die proletarische Politik einen vollen und entscheidenden Sieg davongetragen. Für den Frieden und die Revolution schien freie Bahn geschaffen zu sein. In Wirklichkeit wurde das russische Proletariat durch seinen Sieg nur vor neue Schwierigkeiten und Probleme gestellt.

Die Friedensformel ist gefunden, aber von da bis zum Frieden ist noch ein weiter Weg. *Wie* ist der Friede zu erzielen, — das ist nun die Frage. Ein Sonderfriede wäre, wie anscheinend sämtliche sozialistische Richtungen in Rußland eingesehen haben, nicht eine Beendigung, sondern nur eine neue Entfachung des Weltkrieges. Jeder Sonderfriede ist überhaupt schon aus dem Grunde nicht proletarische, sondern rein bürgerliche Politik, weil er auf eine einseitig nationale Lösung des Kriegsproblems hinausläuft, weil er die Schicksale des europäischen Proletariats im ganzen außer acht läßt, um nur ein einzelnes Land aus den Krallen des Krieges zu befreien. Im gegebenen Falle wäre ein Sonderfriede noch mehr: er wäre ein unschätzbarer Hilfsdienst an den deutschen Imperialismus, somit an den ärgsten Feind des deutschen Proletariats, an das stärkste Bollwerk der Reaktion in Europa und — an den gefährlichsten Feind der russischen Revolution am anderen Tage nach Beendigung des Krieges.

Aber ein allgemeiner Friede kann von Rußland allein nicht herbeigeführt werden. Das russische Proletariat kann den Widerstand der eigenen herrschenden Klassen niederzwingen, es ist nicht imstande, auf die imperialistischen Regierungen Englands, Frankreichs und Italiens ausschlaggebenden Einfluß auszuüben, da hier der entscheidende Druck naturgemäß, wie in Rußland selbst, nur von innen heraus, nur von dem englischen, französischen und italienischen Proletariat kommen könnte. So ist in Wirklichkeit, trotz der machtvollen und siegreichen Friedensaktion der russischen Volksmasse, zu-

nächst weder ein Sonderfriede noch ein allgemeiner Friede praktisch zu erreichen. Solange diese Situation dauert, geht der Krieg weiter und das russische Proletariat sieht sich vor die unabweisbare Frage gestellt: wie sich nun in diesem Kriege verhalten?

Die offiziell in Rußland anerkannte Friedensformel des Arbeiter- und Soldatenrats nimmt dem Kriege scheinbar – wenigstens für Rußland – den Charakter eines imperialistischen Annexionskrieges und reduziert ihn auf reine Landesverteidigung. In diesem Falle ist sie es auch in dem einzig wahren Sinne des Wortes, denn sie ist die Verteidigung der Errungenschaften der Revolution unter der souveränen Leitung der revolutionären Massen. Allein politische Verteidigung läßt sich militärisch von der Offensive nicht trennen. Wer überhaupt Krieg führt, muß ihn, um welche Ziele immer der Krieg gehen mag, militärisch möglichst auf die Offensive stellen, eingedenk des alten bewährten Grundsatzes jedes Kampfes, daß ein kräftiger Hieb seit jeher die beste Parole ist. Offenbar durch diese Logik der Dinge gezwungen, beschloß der russische Kriegsminister Kerenski sowie die Mehrheit der Arbeiter- und Soldatenmasse, zur Offensive zu greifen.

Jedoch alle aktive Kriegführung und jede militärische Offensive von russischer Seite dient jetzt kraft der objektiven Sachlage und ihrer Logik nicht der Verteidigung der russischen Revolution, sondern den Interessen des Entente-Imperialismus. Keine noch so radikale und demokratische Friedensformel vermag die faustdicke Tatsache zu beseitigen, daß jede von Rußland unternommene militärische Aktion den imperialistischen Kriegszielen Englands, Frankreichs und Italiens zugute kommt, daß also die russische Republik, indem sie die reine Landesverteidigung proklamiert, in Wirklichkeit an einem imperialistischen Kriege teilnimmt und, während sie das Selbstbestimmungsrecht der Nationen als Grundsatz ausruft, in der Praxis der Herrschaft des Imperialismus über fremde Nationen Vorschub leistet.

Wie aber nun, wenn Rußland sich auf keine Offensive einläßt und sich militärisch – wie in den ersten Monaten nach dem Revolutionsausbruch – auf eine passive abwartende Haltung beschränkt, indem es bloß Gewehr bei Fuß steht, um eventuelle Angriffe von deutscher Seite schlecht oder recht zu parieren? Mit dieser Passivität, die an sich eine Halbheit, ein Ausweichen dem Kriege, nicht dessen Beendigung bedeutete, leistete Rußland unschätzbare Dienste dem deutschen Imperialismus, indem es ihm gestattete, seine Hauptstreitkräfte nur gegen die westliche Front zu verwenden, indem es ihm im Osten gewissermaßen den Rücken deckte. So befindet sich die russische Republik zwischen der Scylla und der Carybdis. Will sie sich etwa durch einen Sonderfrieden aus der Schlinge des Völkermordens ziehen, dann verrät sie das internationale Proletariat und die eigenen Schicksale an den deutschen Imperialismus. Ist sie aber nicht imstande, einen allgemeinen Frieden allein durchzusetzen, dann bleibt ihr nur die Wahl zwischen aktiver Kriegführung, mit der sie die Interessen des Entente-Imperialismus besorgt, und passiver Kriegführung, d. h. militärischer Untätigkeit, mit der sie ebenso totsicher die Geschäfte des deutschen Imperialismus fördert.

Dies ist die wirkliche Sachlage der russischen Republik – eine tragische Situation, an der die schöne Friedensformel, die wie ein erlösendes Zauberwort

von allen begrüßt wurde, nicht das geringste ändert. Und diese Sachlage bedingt, daß das russische Proletariat, trotz all seiner heroischen Kämpfe und Siege, trotz seiner Machtentfaltung gegen den Krieg und den Imperialismus in Wirklichkeit heute verdammt ist, ein Spielball des Imperialismus zu sein, und daß jede Taktik, die es einschlagen mag, letzten Endes dem Imperialismus zugute kommt. Es gibt einfach – so paradox dies klingen mag – keine richtige Taktik, die von dem russischen Proletariat heute befolgt werden könnte: welche es wählen mag, sie wird falsch sein. Und das hat einen sehr triftigen tiefliegenden Grund. Der heutige Weltkrieg, der seinen objektiven Ursachen und seinem historischen Charakter nach eine internationale Auseinandersetzung des Imperialismus ist, läßt sich nicht in einem Winkel, in einem Lande, von einem Teilnehmer auch beim besten Willen in sein Gegenteil: in einen demokratischen Landesverteidigungskrieg verwandeln. Vom Rade der imperialistischen Weltkatastrophe erfaßt, kann die russische Republik allein an ihrem Teil sich den Konsequenzen dieser Katastrophe nicht entziehen, sich aus dem Rad nicht befreien und auch das Rad allein nicht zum Stillstand bringen. Die internationale Katastrophe vermag nur das internationale Proletariat zu bändigen. Den imperialistischen Weltkrieg kann nur eine proletarische Weltrevolution liquidieren. Und die Widersprüche, in denen sich die russische Revolution unentrinnbar bewegt, sind nur praktische Aeußerungen des Grundwiderspruchs zwischen der revolutionären Politik des russischen Proletariats und der Kadaverpolitik des europäischen Proletariats, zwischen der Klassenreaktion der Volksmassen in Rußland und dem Verrat der deutschen, englischen, französischen Arbeitermassen an ihren Klasseninteressen und am Sozialismus.

Diejenigen, die sich bei der Bildung oppositioneller Minderheitsgruppen oder -parteien, sowie bei entsprechenden Einzelvorstößen in den Parlamenten beruhigen und damit die Ehre des internationalen Sozialismus gerettet wähnen, vergessen immer, daß die wirklichen Schicksale des Sozialismus nicht in Konventikeln und nicht in parlamentarischen Schwatzbuden, sondern nur in großen Aktionen der Volksmassen entschieden werden können. Solange die Massen, wie das bis heute der Fall, sich nicht rühren, wiegen alle „unabhängigen" Konventikel mitsamt ihren Resolutionen, Konferenzen und Denkschriften soviel wie die Spreu im Winde.

II. Die Diktatur des Proletariats.

Aber die Schicksale der russischen Revolution sind noch verhängnisvoller mit dem Weltkrieg verkettet, als die Oberfläche der Dinge heute ahnen läßt. Der Sturz des Zarenregimes, der für die liberale Auffassung der eigentliche und erschöpfende Inhalt der russischen Revolution war, stellt natürlich nur ihren knappen Prolog dar. Als Frucht der ganzen kapitalistischen Entwicklung denkt die Revolution nicht daran, in ihrem weiteren logischen Fortschreiten bei den Errungenschaften stehen zu bleiben, bei denen sie der Kretinismus der „öffentlichen Meinung" Europas, die sozialdemokratische eingeschlossen, halt machen lassen möchte. Ihre natürliche Tendenz führt zu einer Generalauseinandersetzung der Klassen im Schoße der russischen Ge-

sellschaft, wobei die Hauptrolle naturgemäß der fortgeschrittensten und radikalsten Klasse, dem industriellen Proletariat zufallen muß. Das Ziel, auf das diese Entwicklung hinsteuert, ist unvermeidlich die Diktatur des sozialistischen Proletariats. Gerade weil der Kampf gegen den Imperalismus und für den Frieden vom ersten Augenblick zur Achse der politischen Revolution wurde, ist die Bannerträgerin dieses Kampfes, die sozialistische Arbeiterschaft, sofort in den Vordergrund getreten und hat bereits in dem Koalitionsministerium zur Hälfte das Regierungssteuer ergriffen.

Allein das Koalitionsministerium ist an sich eine Halbheit, die dem Sozialismus alle Verantwortlichkeit aufbürdet, ohne ihm entfernt die volle Möglichkeit der Entfaltung seines Programms zu gewähren. Es ist ein Kompromiß, der, wie alle Kompromisse, zum schließlichen Fiasko verurteilt ist. Das neue Koalitionsministerium wird kraft der inneren logischen Entwicklung über kurz oder lang einer rein sozialistischen Regierung, d. h. der tatsächlichen und formellen Diktatur des Proletariats Platz machen müssen. Hier beginnt aber das Fatum der russischen Revolution. Die Diktatur des Proletariats ist in Rußland — falls eine internationale proletarische Revolution ihr nicht rechtzeitig Rückendeckung schafft — zu einer betäubenden Niederlage verurteilt, gegen die das Schicksal der Pariser Kommune ein Kinderspiel gewesen sein dürfte.

Vor allem rollt die russische Revolution soziale und politische Probleme auf, die an sich nicht anders als auf internationalem Maßstab gelöst werden können. Die unvermeidliche Erschütterung der bürgerlichen Eigentumsformen durch die bevorstehende Lösung der Agrarfrage, die Erschütterung der kapitalistischen Ausbeutungsformen durch eine radikale Umgestaltung der Arbeitsverhältnisse, die von der russischen Arbeiterschaft angestrebt werden muß, die Erschütterung des bürgerlichen Staates durch eine wirkliche Volksherrschaft, — alles das kann sich unmöglich in den Rahmen des heutigen Europas fügen, in den Rahmen der krassesten militaristischen Reaktion, wie sie gerade seit dem Ausbruch des Weltkrieges in allen Ländern ungehemmt und unumschränkt die Herrschaft angetreten hat.

Je mehr in Rußland die Diktatur des Proletariats naht, um so mehr reift ferner der unvermeidliche Rückfall der russischen Bourgeoisie in die Arme der Konterrevolution heran. Das russische Bürgertum erträgt jetzt das Joch der Volksherrschaft nur mit tief verborgenem Groll und Haß und nur solange der Krieg dauert, d. h. solange die Massen bewaffnet sind und die Schicksale des Landes in ihren Händen halten. Ist der Krieg zu Ende, dann erfolgt sofort der Schub all der Miljukows, Rodziankos und Konsorten von der Linken zur äußersten Rechten, und es unterliegt keinem Zweifel, daß beide Volksschichten — die des Kleinbürgertums und des Bauerntums, die heute dem städtischen Proletariat folgen, ihm alsdann in ihrem überwiegenden Teil in den Rücken fallen werden, verstärkt durch das Lumpenproletariat und alle heute noch niedergeduckten Elemente des abgesetzten Zarenregimes. Selbst die Bereitwilligkeit, mit der das liberale Bürgertum die vorherrschende Stellung der Sozialisten akzeptierte und ihre Beteiligung an der Regierung verlangte, entspricht sicher nicht lediglich der Zwangslage, sondern auch der Berechnung und der Absicht, den Sozialisten einen

Teil der Verantwortung und bald womöglich die ganze Verantwortung für die Regierungsangelegenheiten mit all ihren unüberwindlichen Schwierigkeiten aufzubürden, um auf diese Weise den Sozialismus zu kompromittieren und alle konterrevolutionären Elemente zum Widerstand gegen ihn heraufbeschwören.

Endlich aber bereitet sich, je näher die Diktatur des Proletariats in Rußland heranrückt, auch der Kreuzzug der gesamten europäischen Bourgeoisie gegen die russische Republik vor. Er ist schon in den Entente-Ländern in vollem Gange und findet seinen Ausdruck in der Schlammwelle der Verleumdungen gegen die Revolution, die sich durch die Bourgeoispresse dieser Länder, durch all die „Matin", „Morning Post", „Stampa", „Corriere della Sera" wälzt und tagtäglich Räubergeschichten über Mord, Brandstiftungen, Plünderungen, Anarchie, Bankerott und Auflösung zu melden weiß. Durch die Verleumdungskampagne, die ganz an das Verhalten der europäischen Bourgeoispresse der Pariser Kommune gegenüber erinnert, wird systematisch die öffentliche Meinung Europas gegen die russische Revolution aufgestachelt, alle Bourgeoisinstinkte mobilisiert und für den Kreuzzug gegen Rußland vorbereitet.

Eine Ausnahme bilden vorläufig das offizielle Deutschland und Oesterreich, die sich reserviert wohlwollend verhalten – aus sehr durchsichtigen Gründen: für sie ist die russische Revolution die wichtigste Karte in der jetzigen Kriegslage. Die Mittelmächte betrachten sie als bequemes Ausbeutungs- und Spekulationsobjekt, sowohl wegen der militärischen Hemmungen Rußlands selbst als auch wegen des Drucks, den Rußland auf die Ententeländer ausübt in der Richtung auf den Frieden und die Herabsetzung der Kriegsziele. Damit ist aber gegeben, daß die wohlwollend reservierte Haltung des offiziellen Deutschlands der Revolution gegenüber just solange anhalten wird, als der Krieg dauert. Sobald der Krieg, mit welchem Ausgang immer, beendet, und namentlich im Falle eines für Deutschlands Machtstellung halbwegs günstigen Ausgangs, wird der natürliche Gegensatz zwischen dem preußisch-deutschen Militär- und Polizeistaat und der russischen Republik mit der ganzen zurückgehaltenen Heftigkeit zum Durchbruch kommen. Die Mittelmächte haben zum Vernichtungskampf gegen das revolutionäre Rußland von Hause aus viel triftigere Gründe, als England, Frankreich oder Italien. Vor allem, weil Deutschland sowohl wie Oesterreich als die reaktionärsten Staaten Europas das größte Inventar der Reaktion vor revolutionären Gefahren zu behüten haben; ferner – weil sie sich in unmittelbarer Nachbarschaft mit dem Revolutionsherd befinden; endlich – weil beim Ausbruch einer europäischen Revolution Deutschland – wie es dessen herrschende Klassen instinktmäßig herausfühlen – gemäß seiner führenden kapitalistischen Stellung zum Mittelpunkt der internationalen Erhebung werden würde.

Daraus ergibt sich, daß die Frist für die ungehinderte Entfaltung der russischen Revolution genau so lang bemessen ist, als der Krieg währt. Die Dauer des Krieges ist ihre historische Galgenfrist, und das russische Proletariat kämpft so im Grunde genommen, indem es für den allgemeinen Frieden kämpft, um den Strick für den eigenen Hals. Kommt der Friede als

Machwerk, als Ergebnis einer Verständigung der kapitalistischen Regierungen und nicht als das Werk der europäischen Erhebung des Proletariats zustande, dann wird er der russischen Bourgeoisie, den Ententemächten und namentlich Deutschland die Hände frei machen, damit alle am anderen Tage über das russische revolutionäre Proletariat herfallen und den gemeinsamen Feind der „Ordnung" in Europa in Blutströmen ersticken. Die Entente-Presse bereitet schon die Vorwände, die Losungen und die psychologische Atmosphäre für diesem Umschwung vor. Die Stockholmer sozialistische Internationale aber, die als Unterhändlerin der imperialistischen Regierungen einem „Verständigungsfrieden" zwischen ihnen vorarbeitet, betätigt sich, ohne es zu ahnen, als die Helfershelferin der künftigen schwarzen Internationale, die am Tage nach Friedensschluß der russischen Revolution den Todesstoß versetzen wird.

III. Stockholm.

Wenn die erste Vorbedingung für die Wiedererstehung des internationalen Sozialismus die Abrechnung in allen Ländern mit der Politik des 4. August und die Rückkehr zum aktiven Klassenkampf ist, so ist die Stockholmer Konferenz mit ihrem Drum und Dran das sicherste Mittel, dies zu verhindern. Die Abkehr vom Regierungssozialismus hat zur Voraussetzung einen gründlichen und durchgreifenden Prozeß der Selbstkritik, der Klärung und der Abgrenzung der wirklichen sozialistischen Elemente von der unter sozialistischem Deckmantel betriebenen bürgerlichen Politik. Dieser Prozeß, der bereits in allen Ländern eingesetzt und gewisse Fortschritte gemacht hat, der aber noch im großen und ganzen erst in den Anfängen begriffen ist, wird nun durch die Stockholmer „Beratungen" wieder völlig unterbunden. Hier finden sich unter einer gemeinsamen Parole des Friedens und in gemeinsamer Arbeit an dessen Vorbereitung die heterogensten Elemente und Tendenzen zusammen. Sozialimperialisten der Scheidemannschen Richtung und Opposition der Haase-Ledebourschen Observanz, Kriegshetzer und Anhänger des schrankenlosen U-Bootkrieges von der deutschen Generalkommission der Gewerkschaften und Vertreter des russischen Arbeiter- und Soldatenrats, sozialistische Minister in bürgerlichen und imperialistischen Regierungen à la Stauning und Albert Thomas und sozialistische Minister im Revolutionsausschuß, Minderheitssozialisten der Ententeländer und Mehrheitssozialisten der Mittelmächte, Spekulationen der deutschen Regierung und lavageborene Losungen der russischen Revolution begegnen sich hier in einem großen Kuddelmuddel, in einer heillosen Verwirrung, wo jede Klärung und Scheidung hoffnungslos in dem Humbug der „Friedensvorbereitung" untergeht. Was durch dieses Durcheinander in Wirklichkeit vorbereitet wird, ist nicht der Friede, sondern die gegenseitge Aussöhnung zwischen den „neutralen" und „kriegführenden" Sozialisten, die gegenseitige Absolution und allgemeine Amnestie für begangene Sünden und die Wiederherstellung der früheren Internationale als eines Toleranzhauses für sozialistischen Verrat. Die Opposition der Haase-Kautskyschen Richtung, die hier wie stets die dauernden grundsätzlichen Interessen des Sozialismus der just

vor der Nase liegenden Opportunitätsrücksicht zu opfern bereit ist, jagt jetzt blindlings dem faszinierenden Phantom des „Friedens" nach und ist ihm zuliebe bereit, „an jeder Konferenz teilzunehmen", mit dem Teufel und dem Beelzebub gemeinsam „Frieden" zu machen, versteht sich wohl unter wortreichen „Verwahrungen" und „Vorbehalten" gegen den Regierungssozialismus, die aufs Haar soviel Bedeutung haben, wie die berühmten „Vorbehalte" prinzipiellen Charakters bei gleichzeitiger Abstimmung für das Budget oder die Kriegskredite. Die Tatsache an sich, daß Regierungssozialisten aller Länder, d. h. Leute, die in Wirklichkeit den Krieg machen, zur gemeinsamen „Friedensaktion" zugelassen werden, verwandelt diese ganze Aktion in eine würdige Fortsetzung der in der Kriegspolitik des 4. August seit drei Jahren betriebene Prostitution des Sozialismus. Das unmittelbare Ergebnis des Stockholmer Humbugs aber ist eine neue verhängnisvolle Irreführung der Massen, die, statt daß sie immer wieder die eigene revolutionäre Aktion in allen Ländern als den einzigen wirklichen Friedensfaktor begreifen lernen, umgekehrt mit Hoffen und Harren auf das Geschwätz ihrer sogenannten Führer in Stockholm, auf die „Denkschriften", „Verhandlungen" und „Verständigungen" von ein paar Dutzend Wichtigtuern abgespeist werden, die nichts in Wirklichkeit vertreten, als das heulende Elend ihres politischen Bankrotts in den eigenen Ländern. So werden die Arbeitermassen Europas wieder einmal von dem Gefühl der eigenen Verantwortlichkeit und von der eigenen Initiative abgelenkt und in Passivität eingelullt.

Doch damit nicht genug. Inhaltlich hat sich die Stockholmer Friedensfarce – und hier liegt ihr Schwerpunkt – zu einer freiwilligen Vorarbeit für den künftigen Diplomatenkongreß der Regierungen gestaltet. Sozialistische Friedensarbeit wird hier in Unterhandlungen über die künftige Staatenkarte Europas, über die Frage der Annexionen, Kriegsentschädigungen usw. bestehen. Statt die Aufgaben des Klassenkampfes, die Mittel und Wege zur Herbeiführung des Friedens durch eigene Aktion des Proletariats zu erörtern, statt ein Programm für die Gestaltung der sozialen und politischen Verhältnisse durch das revolutionäre Proletariat im Sinne des Sozialismus zu schaffen, wird hier von Vertretern des Proletariats Handlangerarbeit für die Bourgeoisie geleistet werden. Sozialisten schicken sich hier an, im Schweiße des Angesichts die Verständigung zwischen kapitalistischen Regierungen vorzubereiten, in voller Blindheit für die Tatsache, daß jeder „Verständigungsfriede" der heutigen Regierungen ein Friede und eine Verständigung gegen das Proletariat und auf seine Kosten, ein Handel sein muß, bei dem seine Haut zu Markte getragen wird.

Was bei der Stockholmer Mache äußerlich den Schein einer sozialistischen Politik hervorrufen hilft und deshalb zur Irreführung der Massen am meisten beiträgt, ist die vom russischen Arbeiter- und Soldatenrat aufgebrachte Formel: Friede ohne Annexionen und Entschädigungen auf Grund des Selbstbestimmungsrechts der Nationen.

Bei dem russischen Proletariat liegt das Schwergewicht natürlich nicht in dieser Formel, sondern in der Tatsache, daß es der Bourgeoisie seines Landes überhaupt seine eigene Friedenspolitik aufgezwungen hat. In Ruß-

land ist die vollzogene Revolution und die Machtstellung der sozialistischen Arbeiterschaft, die hinter jener Friedensformel steht, der wirkliche Friedensfaktor.

Was die Zauberformel an sich betrifft, die im übrigen Europa von den Sozialisten mit Jubel aufgegriffen worden ist, so hat sie mit sozialistischer Politik nicht das geringste zu tun. Sie ist die Formel eines negativen Ergebnisses des Weltkrieges, einer fehlgeschlagenen, unentschiedenen Kraftprobe des Imperialismus, sie ist die Formel der für später aufgeschobenen Entscheidung, der Erholungspause der Militärmächte bis zum nächsten Tanz. Diese Formel entspricht auch tatsächlich in erster Linie der heutigen Lage und den Bedürfnissen des deutschen Imperialismus, der bereits eingesehen hat, daß er diesmal seine Weltherrschaftspläne nicht wird durchsetzen können und nur darauf bedacht ist, sich sobald als möglich aus der Patsche zu ziehen. Die Entente-Regierungen, die noch auf entscheidenden militärischen Erfolg hoffen, wollen von dieser Formel einstweilen nichts wissen. Bei der tatsächlichen Unlösbarkeit des blutigen Streites auf militärischem Wege entspricht jedoch die Formel: „keine Annexionen, keine Entschädigungen" objektiv den Interessen der herrschenden Klassen aller Länder und führt in ihrem positiven Inhalt zur Wiederherstellung des Status quo. Was bedeutet aber die Rückkehr zum Zustand vor dem Kriege? Es ist die Wiederherstellung der Machtverhältnisse vor Ausbruch des Weltkrieges, also Wiederherstellung der alten Staatsgrenzen, d. h. der alten Annexionen, der früheren Kolonialbesitzungen, der früheren Hegemonie der großen Militärstaaten, ihrer früheren ökonomischen Herrschaft über die „Interessensphären", kurz, die Wiederherstellung der ganzen durch eine lange Kette früherer Kriege und der jüngsten imperialistischen Entwicklung geschaffenen Zustände. Und dieser Status quo schließt zusammen mit alten Staatengrenzen und alten Machtverhältnissen nach außen selbstverständlich die alten Machtverhältnisse im Innern: die bürgerliche Klassenherrschaft, den kapitalistischen Staat und den Imperialismus als allbeherrschende Macht, als allgemeine Grundlage ein.

Dies ist der positive Inhalt der bezaubernden negativen Formel. Die Selbstverständlichkeit, mit der hier sozialistische Parteien auf ihre Fahne eine Friedensformel als die ihrige schreiben, die nichts anderes bedeutet, als die einfache Konservierung und Neubefestigung der kapitalistischen Klassenherrschaft, als die Schaffung eines modus vivendi für den außer Rand und Band geratenen Imperialismus, diese Selbstverständlichkeit ist bezeichnend für die himmelschreiende Verwirrung der Begriffe, die seit Ausbruch des Krieges in sozialistischen Kreisen aller Länder Platz gegriffen hat. In Wirklichkeit ist die Stockholmer „Friedensvorbereitung" unter der Losung „keine Annexionen, keine Entschädigungen" eine direkte Fortsetzung der Politik des 4. August, d. h. der Abdankung des Proletariats als eine Klasse mit eigener Politik und Aktion, Fortsetzung der Handlangerdienste an die herrschenden Klassen und an den Imperialismus.

Freilich, diese Losung ist von den Russen in einen sehr radikal und sozialistisch klingenden Grundsatz eingewickelt: Selbstbestimmungsrecht der Nationen. Hierin soll angeblich das Neue, das Demokratische in der wiederherzustellenden Ordnung der Dinge bestehen. Allein es genügt, die einfache

Frage nach der praktischen Durchführbarkeit dieses Grundsatzes zu stellen, um ihn als hohle Phrase zu entlarven. Wie und für wen soll denn die Selbstbestimmung der Nationen jetzt beim Friedensschluß verwirklicht werden? Nur für die Völker der gegenwärtig militärisch besetzten Gebiete? Das hieße ja den ganzen früheren unter der Herrschaft des Kapitalismus begangenen Länderraub, seine ganze Schacher- und Kolonialpolitik heilig sprechen, deren Opfer vom Grundsatz der Selbstbestimmung ausschließen! Oder sollen nunmehr sämtliche unterdrückte, annektierte Nationen und Länder der Erde in allen Staaten über die von ihnen erwünschten Schicksale befragt und zur Abstimmungsurne geführt werden? Wer solches von den heutigen Regierungen erwartet oder ihnen solches zumutet, müßte erst auf seine geistige Zurechnungsfähigkeit untersucht werden, – abgesehen davon, daß die ganze Idee der „Abstimmungen" von Nationen über die Frage ihrer Staatszugehörigkeit an sich ein Hirngespinst ist, das mit Klassengegensätzen und tausend anderen realen Tatsachen gar nicht rechnet.

Mit dem Prinzip der Selbstbestimmung der Nationen wird hier von Sozialisten ebenso grober Unfug getrieben, wie ihn die kapitalistischen Regierungen mit der „Befreiung der Nationen" und mit der „Landesverteidigung" treiben. So wenig wie ein imperialistischer Krieg Landesverteidigung oder Befreiung der Nationen ist, genau so wenig läßt sich das Selbstbestimmungsrecht der Nationen im Rahmen und unter der Herrschaft kapitalistischer Staaten verwirklichen. Die einzige reale Voraussetzung für die Selbstbestimmung der Nationen ist die sozialistische Revolution, d. h. die politische und wirtschaftliche Selbstbestimmung der arbeitenden Klassen als der eigentlichen Masse in jeder Nation. Solange hingegen kapitalistische Klassenherrschaft besteht, – und der Kern der Friedensformel: „keine Annexionen, keine Entschädigungen" geht ja gerade von der Unerschütterlichkeit dieser Klassenherrschaft aus – bleibt die Selbstbestimmung der Nationen eine plumpe Mystifikation, die gerade gut genug ist, um die proletarischen Massen aller Nationen irrezuführen.

In der Tat begegnen sich im Nebel dieser Phrase die Entente-Regierungen, die ja „kleine Nationen" zu beschützen vorgeben und nur um ihrer willen das Völkermorden fortsetzen, Präsident Wilson, der ausschließlich für die Rechte der Nationen die Vereinigten Staaten im Auftrage seiner Kapitalmagnaten in den Krieg gestürzt hat, Miljukow, der liberale Schwärmer und Poet des russischen Imperialismus, Kautsky, der Ersatz-Theoretiker der Haaseschen Ersatz-Opposition, Scheidemann, der gewesene Laufbursche Bethmann Hollwegs, und sämtliche schlechte Musikanten des Sozialismus in den neutralen Ländern.

Gewiß, auch der russische Arbeiter- und Soldatenrat, auch die russischen sozialistischen Parteien! Allein wenn je, so gilt hier der Satz: wenn zwei dasselbe tun, so ist es nicht dasselbe. Das russische Proletariat hat seine Schuldigkeit getan und tut sie weiter, es hat seine Friedenspolitik in die Tat umgesetzt, indem es Revolution gemacht hat, und ist dabei, im eigenen Hause das Heft in die Hände zu nehmen. Mehr kann es für den Frieden nicht tun, denn nun haben die Proletariermassen anderer Länder das Wort. Solange diese sich nicht rühren, vielmehr unter dem Kommando des Im-

perialismus unerschütterlich weiter hungern, morden und sich morden lassen, bleibt dem russischen Proletariat eben nichts anderes übrig, als sich im Zirkel unlösbarer Widersprüche zu drehen und sich an Strohhalme einer sozialistisch schillernden Phraseologie zu klammern. Der wirklichen sozialistischen Friedenspolitik entspricht der erste Aufruf des Petersburger Arbeiter- und Soldatenrats „An die Völker der ganzen Welt" vom 27. März. Die jetzige Friedensformel ist nur die Konzession der russischen Arbeiterklasse an die traurige Tatsache, daß jener Aufruf bislang eine Stimme in der Wüste geblieben ist.

IV. Die Alternative.

Die Friedensaktion im Stockholmer Stil, die darin besteht, eine Verständigung zwischen den kriegführenden Regierungen herbeizuführen, ihr durch eine gemeinsame Formel der Kriegsziele die Wege zu ebnen, eine Verschiebung in der Machtstellung der imperialistischen Staaten zu verhindern, ist also rein bürgerliche Politik. Proletarische Klassenpolitik muß die Friedensaktion überhaupt auf ein ganz anderes Geleise schieben.

Nicht dafür hat der internationale Sozialismus Sorge zu tragen, daß die imperialistischen Regierungen sich untereinander verständigen und den Frieden auf eigene Faust schließen, sondern er muß umgekehrt seine ganze Macht einsetzen, um zu verhindern, daß der Friede auf *diesem* Wege, d. h. als *ein Werk der kapitalistischen Regierungen* zustande kommt. Die einzige Aufgabe und das Lebensinteresse des internationalen Sozialismus besteht gegenwärtig darin, zu erzielen, daß der Friede *ein Werk des internationalen Proletariats und seiner revolutionären Aktion*, daß er im Kampf *gegen* die kapitalistischen Regierungen als Ausfluß der Machtstellung des Proletariats erlangt wird und eine radikale Verschiebung in den sozialen und politischen Verhältnissen der kapitalistischen Staaten herbeiführt. Vom proletarischen Klassenstandpunkt gibt es eben kein anderes Mittel, das imperialistische Völkermorden zu beenden, als der offene Widerstand der Volksmassen, der zugleich von selbst zum Kampfe um die politische Macht im Staate sich auswachsen muß. Es ist genau dieselbe Alternative, vor der der internationale Sozialismus am 4. August 1914 stand, und erst wenn man die ganze Unabwendbarkeit dieser weltgeschichtlichen Entscheidung eingesehen und erfaßt hat, hören die tragischen Schicksale des Sozialismus im Weltkriege auf, ein unbegreifliches Rätsel zu sein.

Nur politische Unschuld von der Art der Haaseschen Opposition kann sich einbilden, das ganze Problem des Sozialismus am 4. August hätte sich in der Frage erschöpft, ob sozialdemokratische Parlamentarier für Kriegskredite stimmen würden oder nicht. Nach dieser typischen, dem parlamentarischen Kretinismus eigentümlichen Auffassung war der Sozialismus gerettet, wenn die 110 Mann im Reichstag die Kredite verweigerten, im übrigen aber den Massen der Arbeiterschaft empfohlen wurde, ihrer „Staatsbürgerpflicht" nachzukommen, d. h. ruhig die Rolle des Kanonenfutters im imperialistischen Völkermord zu spielen. Die sozialistische Tugend sollte dadurch auf billige Weise gewahrt und zugleich jedes Risiko vermieden werden.

Die Geschichte macht es aber dem Sozialismus nicht so bequem, und das Problem lag nicht in der Abstimmung einer Handvoll sozialdemokratischer Parlamentarier, in dem weiland führenden Lande des Sozialismus – in Deutschland. Das Votum der Parlamentarier für oder gegen Kriegskredite war wichtig lediglich als Signal für die Massen, diese oder jene Taktik zu ergreifen, als Auftakt zur Entfaltung eines positiven Programms des Klassenkampfes im Kriege. Die Kreditverweigerung am 4. August hätte einzig Sinn gehabt als Kampfansage wider den Krieg und den Imperialismus auf der ganzen Linie – in Verbindung mit der offenen Aufrollung eines revolutionären Aktionsprogramms und einem Appell an die Massen, durch ihre Erhebung die Organisation der Landesverteidigung, d. h. die politische Macht in die eigenen Hände zu nehmen. Einen anderen Weg, sich dem Ausbruch des Krieges im Ernst, durch Taten und nicht durch Phrasen entgegenzustemmen, gab es damals nicht, wie es heute keinen gibt.

Schreckte man aber vor diesem einzig gangbaren Weg des Kampfes zurück, dann blieb nichts anderes übrig, als völliger Verzicht auf jeden Kampf und jede eigene Politik, d. h. politische Abdankung. Die Kreditbewilligung und die Politik des 4. August waren dann nur logische Folgen, die sich mit zwingender Gewalt aufdrängten, da es in jener weltgeschichtlichen Situation keinen Mittelweg gab. Der internationale Sozialismus stand vor einem Entweder – Oder. Entweder Kampf um politische Macht oder Bankrott und Einschwenkung in die herrschende Regierungspolitik. Dieselbe Situation dauert seit Ausbruch des Krieges, und heute, angesichts des Friedensproblems, hält die Geschichte der europäischen Arbeiterklasse mit der Unerbittlichkeit eines Wucherers denselben Schuldschein vor:

Ja, die Brust,
So sagt der Schein!

Nur mit der Brust im großen offenen Machtkampf der proletarischen Massen vermag der Sozialismus den Weltkrieg zu bannen. Tut er das nicht, dann bleibt er bei allem Geschwätz über Frieden, ja gerade durch das Geschwätz, das einen Ausgleich zwischen den kriegführenden Mächten anstrebt, Handlanger des Imperialismus, Fußschemel der bürgerlichen Klassenherrschaft, also das direkte Gegenteil seiner selbst und kann dann nach einem so zustande gekommenen Frieden für ein Jahrzehnt als geschichtlicher Faktor abdanken.

Die anscheinend wunde Stelle der wirklichen sozialistischen Politik im Kriege liegt darin, daß sich Revolutionen nicht auf Kommando machen lassen. Dieses Argument soll sowohl für die Haltung des Proletariats beim Ausbruch des Völkermordens wie für seine heutige Stellung zur Friedensfrage als Entschuldigung und als Deckmantel der sozialistischen Selbstpreisgebung dienen. Jedoch der scheinbar durchschlagende „praktische" Einwand ist nichts als eine Ausflucht. Freilich lassen sich Revolutionen nicht auf Kommando machen. Dies ist aber auch gar nicht Aufgabe der sozialistischen Partei. Pflicht ist nur, jederzeit unerschrocken „auszusprechen, was ist", d. h. den Massen klar und deutlich ihre Aufgaben im gegebenen geschichtlichen Moment vorzuhalten, das politische Aktionsprogramm und die Losungen zu

proklamieren, die sich aus der Situation ergeben. Die Sorge dafür, ob und wann die revolutionäre Massenerhebung sich daran knüpft, muß der Sozialismus getrost der Geschichte selbst überlassen. Erfüllt er in diesem Sinne seine Pflicht, dann wirkt er als mächtiger Faktor bei der Entfesselung der revolutionären Elemente der Situation und trägt zur Beschleunigung des Ausbruchs der Massenaktionen bei. Aber auch im schlimmsten Falle, wenn er zunächst als Rufer in der Wüste erscheint, dem die Massen ihre Gefolgschaft versagen, schafft er sich, wie es sich am Schluß der Rechnung stets und unweigerlich herausstellt, eine moralische und politische Position, deren Früchte er später, wenn die Stunde der geschichtlichen Erfüllung schlägt, mit Zinseszinsen einheimst. Die heutige russische Revolution, in der die Sozialisten eine beispiellose Machtstellung einnehmen, ist nur eine Quittung über das jahrzehntelange unbeirrte Rufen der russischen Sozialdemokratie in der Wüste einer anscheinend völlig hoffnungslosen Situation nach der Massenrevolution unter dem Banner der proletarischen Klassenpolitik als nach dem einzigen Ausweg aus den Fesseln des Absolutismus.

Umgekehrt, verwandeln sich die sozialistischen Parteien, wenn sie, wie seit dem 4. August bis auf den heutigen Tag, den Klassenkampf verleugnen, in das wirksamste Mittel zur Paralysierung der Massen, also in einen konterrevolutionären Faktor. Der internationale Sozialismus fungiert tatsächlich seit Ausbruch des Weltkrieges als der zuverlässigste Wächter der bürgerlichen Klassenherrschaft. Und er bleibt dieser Funktion namentlich in diesem Augenblick treu, indem er im Zeichen der Stockholmer Konferenz seine ganze Kraft für eine Verständigung der imperialistischen Regierungen verwendet, also für die Wiedereinsetzung des Imperialismus in seine Machtstellung vor dem Kriege.

In Wirklichkeit bereitet der internationale Sozialismus damit nicht die Beendigung des Krieges, sondern ein Leichentuch nach dem Friedensschluß. Zunächst für die russische Revolution und dann für sich selbst als Faktor der modernen Weltgeschichte. Heute wie vor drei Jahren gibt es nur die Alternative: Krieg oder Revolution! Imperialismus oder Sozialismus! Dies laut und deutlich zu proklamieren und daraus jeder in seinem Lande die revolutionären Konsequenzen zu ziehen – dies ist die einzige proletarisch-sozialistische Friedensarbeit, die heute möglich ist.

Eine tragische Posse.*)

Preußen-Deutschland hat vor kurzem eine „Krise" durchgemacht. Ein großes Rauschen im bürgerlichen Blätterwald, ein geheimnisvolles Munkeln in parlamentarischen Kreisen, ein geschäftiges Hinundherlaufen der Reichstagsabgeordneten verkündete der erstaunten Welt, daß gewaltige Dinge im Werke seien. Ein „parlamentarisches System" für das Deutsche Reich,

*) Der nachfolgende Artikel ist gleich nach Schluß der Plenarsitzungen des Reichstages verfaßt worden und trägt noch das lebendige Gepräge der damaligen Tagesbegebenheiten und der Stimmung der breiten Oeffentlichkeit nach der ersten „großen" Kriegszielrede des neuen Reichskanzlers. Wie sehr der Artikel in der Erfassung der politischen Situ-

allgemeines gleiches Wahlrecht für Preußen, eine offene Absage an alle annektionistischen Absichten, eine gründliche Erneuerung des Regierungspersonals vom Reichskanzler bis zum Laufburschen im preußischen Polizeiministerium herab, – alles dies, und noch einiges Schöne mehr war im Gange ... Der Plan ging dahin, Deutschland über Nacht aus einer Vogelscheuche ostelbischer Reaktion zum modernen bürgerlichen Staat zu zivilisieren; den militaristisch-polizeilichen Halbabsolutismus durch das politische Mitbestimmungsrecht der Volksvertretung einzuschränken, den deutschen Reichstag aus einer Jasagemaschine für Bewilligung von Kriegskrediten und Steuern zu einer Art wirklichem Parlament zu machen. Und all diese Wunder sollten auf dem friedlichsten, unblutigsten Wege Fleisch werden, ohne daß sich das Volk auch nur zu rühren brauchte, ohne daß im Lande die geringste „Unordnung" entstand, ohne daß am Potsdamer Platz der durch das majestätische Getute wohlgenährter Schutzleute, wie die Flut und Ebbe des Meeres durch die ewigen Gestirne, geregelte „öffentliche Verkehr" auch nur fünf Minuten durch eine Volksdemonstration gestört zu werden brauchte.

In der Wandelhalle des Reichstags war es, wo der unerhörteste Umsturz der Weltgeschichte eingefädelt ward, und das Zaubermittel, das ihn zur Durchführung bringen sollte, war ein Rütlischwur von vier Parteien des Reichstags: Zentrum, Fortschrittlern, Nationalliberalen und Regierungssozialisten.

Das alte Wort der offiziellen deutschen Sozialdemokratie und auch des Mitteilungsblattes der Berliner Haase-Opposition schien leibhaftig in Erfüllung zu gehen: was die barbarischen Russen mit einer Revolution, mit Fäusten, Schüssen, Gepolter, Demolierungen, Blutvergießen und ähnlichen rückständigen Mitteln erreichen, das erreicht man in Deutschland auf parlamentarischem Wege.

Und wahrhaftig, wenn schon auf parlamentarischem Wege etwas erreicht werden kann, so war hier zum ersten Mal die Voraussetzung dazu gegeben: es fand sich im Reichstag eine achtunggebietende Mehrheit, die sich

---

ation den Nagel auf den Kopf getroffen hat, zeigten aber erst recht zur Evidenz die späteren Ereignisse. Nach dem endlosen Gegacker im Reichstag von der dringenden Notwendigkeit der „Parlamentarisierung" und „Demokratisierung" – die herausfordernde Ernennung eines halben Dutzend Staatssekretäre ohne einen Schatten der Verständigung mit der „Volksvertretung"! Nach dem Jubel aus Anlaß der vom Reichstag beschlossenen „Friedensresolution – die Rede des Reichskanzlers im Hauptausschuß, in der der neue Staatslenker zuerst erklärte, auf das Friedenskleinod pfeifen zu wollen, um eine Stunde später – nachdem er sich durch ein Frühstück gestärkt hatte – die entsetzten und geknickten Mehrheitshelden zu trösten, daß er ihre Resolution – natürlich so „wie er sie auffasse" – schließlich doch anerkennen wolle. Und nun tritt zum Schluß in die politische Arena als beißender, unbarmherziger Hohn auf die „Parlamentarisierung" und die Beteiligung des Reichstags an der Leitung der Staatsangelegenheiten die lächerliche Mißgeburt der „freien Kommission", auch genannt „Sonderausschuß beim Reichskanzler", in der sieben Beamte vom Bundesrat mit ebensovielen Reichstagsmamelucken über die Papstfriedensnote und anderes mehr verbindlichst unverbindlich plaudern wollen.

Diese drei von der alten preußischen Reaktion der Reichstagsmehrheit nacheinander verabreichten Ohrfeigen geben der vollständigen Ohnmacht des deutschen Parlamentarismus und überhaupt des parlamentarischen Kampfes in der gegenwärtigen Situation erst das volle Relief und erhöhen noch mehr die Aktualität der Worte, in die der vorliegende Artikel ausklingt. Redaktion.

auf ein Programm der politischen Erneuerung Preußen-Deutschlands einigte. Diese Mehrheit war freilich bunt genug zusammengesetzt. Das Zentrum – der klassische Vertreter der Reaktion und die offizielle parlamentarische Stütze des deutschen Halbabsolutismus seit 20 Jahren, die Nationalliberalen – diese Kerntruppe des imperialistischen Großkapitals, die Fortschrittler – ihrer gesamten Geschichte nach und namentlich seit dem Hottentottenblock mit den Konservativen – die Verkörperung der Selbstpreisgabe und der politischen Erniedrigung der deutschen Bourgeoisie, – das waren die Sturmböcke für die demokratische Reformierung Deutschlands, die Fahnenträger der bürgerlichen Selbstbesinnung und Ermannung. Keine von den Mehrheitsparteien hatte jedoch auf dem Altar der guten Sache in diesem Fall solche Opfer gebracht, wie die Regierungssozialisten, und keine war dermaßen am Ausgang der großen Aktion interessiert. Die Scheidemann-Partei hoffte, hier zum ersten Mal handgreifliche Früchte ihrer „praktischen Politik" vom 4. August zu ernten. Der Verrat am Sozialismus und an der Arbeiterklasse, die Apportdienste für den Imperialismus seit drei Jahren, das offizielle Bekenntnis zum Monarchismus, die Hetze und die Denunziationen gegen alle Regungen der proletarischen Massenaktion, der öffentliche Kreuzzug gegen alle Aeußerungen der Auflehnung im Volke: siehe die Bannflüche wider die Munitionsstreiks in Berlin und wider die Hungerkrawalle in Düsseldorf, – kurz die ganze seit Ausbruch des Krieges betriebene schamlose Prostitution sah endlich der Belohnung entgegen. Kolb, Heine, Lensch sollten zuguterletzt ihren Triumph erleben: Großblock als Entgelt für Verzicht auf Sozialismus, Volksrechte für Kanonen, Ministerposten für den Verrat an der Internationale! Schon hielten sie die Taschen weit offen, um die klingende Münze des praktischen Erfolges einzuheimsen. Im Vorwärts wurde in Kandidaten für den Kanzlerposten und in preußischen Ministern gewühlt und gewählt, wie in angefaulten Aepfeln, und David, der mit dem Kronprinz sprechen durfte, bestellte schon in Erwartung des Ministerportefeuilles einen neuen Frack. Das Berliner Tageblatt, sonst viel kritischer und zurückhaltender als das Organ der Regierungssozialisten, verkündete immerhin während einer ganzen Woche jeden Abend gewaltige Dinge und erwog lange und ernstlich, ob man Bethmann halten oder fallen lassen solle. Eine ganze Proskriptionsliste preußischer Minister im Umlauf, eine Extrasitzung des Kronrats, eine Extrareise des Kronprinzen, sowie Hindenburgs und Ludendorffs nach Berlin . . . Der deutsche Absolutismus wackelte in seinen Grundfesten, das war klar! Das feindliche und neutrale Ausland blickte erstaunt auf den Umsturz, und die ganze Welt hielt den Atem an.

Sie brauchte ihn nicht lange anzuhalten. Der „Umsturz" endete schon nach einer Woche wie alle bisherigen parlamentarischen Rebellionen in Deutschland geendet haben: wie eine schlechte Farce, in der die Schauspieler schon nach dem ersten Akt aufhören, sich selbst ernst zu nehmen und das Publikum langsam auseinandergeht mit dem katzenjämmerlichen Gefühl: es war wieder einmal ein totgeschlagener Abend! Die preußische Reaktion brauchte nämlich wie immer nur aufzutrumpfen, fest und lachend im Gefühl ihrer Ueberlegenheit, und der ganze „Umsturz" ist auf einmal unter den Händen zerronnen. Wie weggeblasen, wie ein schlechter Witz verschwanden

die angesagten gewaltigen Dinge von der Bildfläche, und die rebellierenden Mehrheitsparteien stehen da, einander anschauend, wie verwundert über die eigene Kurage von gestern. Bethmann fiel, aber nicht weil er der Mehrheit zu reaktionär, sondern weil er den Konservativen und Alldeutschen zu „liberal" war. Und an seine Stelle wurde wie zur Verhöhnung der Bramarbasse aus dem „Umsturz"-Block, die über Bethmann die Nasen rümpften, der erste beste obskure kleine Bureaukrat gesetzt, von dem nur das Eine feststeht, daß er der Mann nach den Herzen der äußersten Rechten ist. Mit der Proskriptionsliste der preußischen Minister hat sich Helfferich, der an der Spitze der Liste eingetragen war, seine Nachmittagszigarre angezündet, der Kronprinz ist wieder abgereist, die furchtbare Erregung und Lauferei in den Wandelhallen des Reichstags hat einem scheuen Geflüster Platz gemacht, und der Bajazzo steckt durch den wieder zugezogenen Vorhang seine Fratze vor, zeigt grinsend einen zerknüllten Papierwisch – die Friedensresolution der Mehrheit, und ruft: Das Spiel ist aus! Nachdem sich die Nationalliberalen schon vorher aus dem Rebellen-Block zurückgezogen hatten, haben jetzt die Zentrums-Stürmer alle Hände voll zu tun, um den Unwillen in den eigenen Reihen gegen ihre anmaßende Anwandlung zu beschwichtigen. Die Fortschrittler empfinden wenigstens Schamgefühl genug, um einigermaßen betreten zu schweigen. Auf dem Schauplatz sind nur die Regierungssozialisten geblieben, mit ihren Gesichtern, die durch keine Ohrfeigen mehr zum Erröten zu bringen sind, und mit ihrer Trophäe: der Kriegszielresolution, deren Annahme im Reichstag – nachdem die Farce der „Parlamentarisierung" Deutschlands und der Säuberung der Regierung ausgespielt ist – wie eine Grabschrift und Selbstverhöhnung des Mehrheitsblocks klingt. Und mit der anderen Trophäe: der zugesagten Regierungsvorlage über das gleiche Wahlrecht in Preußen – wobei Bethmann wegen der Mitschuld an dieser Zusage durch dieselbe Rechte mit einem Fußtritt vom Amte verjagt worden ist, die im Landtag für die Vorlage selbst einen anderen Fußtritt bereit hält.

Die Welt kann also nach der großen Spannung wieder aufatmen. In Deutschland bleibt alles beim alten, und alles geht wieder zum besten in dieser besten der Welten.

So schal, läppisch und abgeschmackt diese ganze Posse, so selbstverständlich ihr Ausgang war, so ist sie doch für ernste Beobachter in ihrer Entstehung und ihrem Verlauf von hoher symptomatischer Bedeutung.

Was ist eigentlich geschehen – so muß vor allem gefragt werden –, daß dieser ganze Sturm im Glase Wasser ausgebrochen war? Was war den alten bewährten Schutztruppen der deutschen Reaktion: dem Zentrum und den Nationalliberalen, plötzlich in die Glieder gefahren, um sie zu so kühnen Plänen wie die Modernisierung Deutschlands nach europäischem Muster aufzustacheln? Was ging mit den Fortschrittlern vor, daß diese altgeübten Helden des politischen Selbstverzichts auf einmal zu Stürmern und Drängern wurden und sich der herrschenden Gewalt gegenüber auf die Hinterbeine stellten? Woher dieser ganze Johannistrieb der bürgerlichen Parteien, die seit Jahrzehnten die deutsche Reaktion mit ihren Schultern stützen, die für das Linsengericht einer schrankenlosen Ausbeutung der Arbeiterklasse und imperialistischer Weltschröpfungspläne ihr politisches Erst-

geburtrecht längst an das Junkertum und das persönliche Regiment verkauft haben? Ja, woher über Nacht dieser Machtkitzel eines Reichstags, der seit Ausbruch des Weltkrieges eine „chambre introuvable", eine „Kammer ohnegleichen" in der Geschichte aller Mameluken-Parlamente darstellt?

Die Erscheinung ist äußerst bezeichnend und bedeutsam. Es ist eben das deutliche Gefühl für die gänzliche Ausweglosigkeit aus der Sackgasse, in die sich das heutige Deutschland, das Deutschland des 4. August, verrannt hat, was dem Bürgertum plötzlich den Drang nach Renovierung und nach politischem Fortschritt eingab. Daß der Krieg keine Erfüllung der Weltmachtspläne des deutschen Imperialismus bringen wird, dies ist jetzt sowohl den militärischen Machthabern wie dem gesamten Bürgertum, ausgenommen ein paar alldeutsche Schreier, vollkommen klar. Die wachsenden Schwierigkeiten der Ernährung sowie der Beschaffung des Kanonenfutters und der Munition lassen die Sehnsucht nach dem Frieden in den herrschenden Klassen Deutschlands immer dringender werden. Daher die „Friedfertigkeit" und die Friedensangebote von deutscher Seite, die wohl in ihrem Kern bitterster Ernst und nur der Notschrei eines Wolfs sind, der – in der eigenen Schlinge gefangen – partout heraus möchte, ehe die Sache zu brenzlich wird.

Aber die Beendigung des Krieges ist sowohl auf militärischem wie auf diplomatischem Wege in der heutigen Situation eine hoffnungslose Sache. Die hemmungslos immer wilder rotierenden Zahnräder des imperialistischen Weltkriegs greifen derart ineinander, daß an ein Stillstehen vor der allgemeinen völligen Erschöpfung der kämpfenden Länder gar nicht zu denken ist. Gerade die völlige Ausschaltung des einzigen hemmenden, regulierenden, richtunggebenden Faktors: des proletarischen Klassenkampfes seit Ausbruch des Krieges hat das Ausarten der imperialistischen Tendenzen und Gegensätze ins Ungemessene gesteigert. Mit jedem neuen Siege der militaristischen Reaktion im Innern der kriegführenden und neutralen Staaten, die vom Strudel mitgerissen werden, wird der Krieg immer wilder entfacht, seine Beendigung immer weiter hinausgeschoben und zu einem unlösbaren Problem gestaltet.

Diesem Hexensabbath steht als einziger Friedensfaktor die russische Revolution gegenüber, die sofort mit Blitzeshelle den Weg aus dem Labyrinth der Gegensätze gezeigt hat: nur der Sturz der Regierungen und der Reaktion kann dem Frieden die Bahn brechen. Nur ein radikaler Umschwung in dem sozialen Kräfteverhältnis im Innern der kriegführenden Staaten vermag den imperialistischen St. Veitstanz zum Stehen zu bringen. Diese Tatsache spricht seit der russischen Revolution so laut, der aus Rußland wehende scharfe Wind läßt den erstickenden Gestank der deutschen Reaktion so unerträglich aufsteigen, daß selbst das deutsche Bürgertum instinktiv herausgefühlt hat, wo das Schwergewicht der Situation liegt. Um aus der Sackgasse des Weltkrieges herauszukommen, ist politischer Umsturz absolut unvermeidlich, ist Wegräumung der erdrückenden militaristischen Reaktionsherrschaft unumgänglich. Dies ist das Gefühl, aus dem heraus die bürgerlichen Parteien plötzlich zu ihrem Rebellen-Block und zu dem kühnen Programm gekommen sind, nach dem der deutsche Reichstag aus einer Strohpuppe

der Regierung auf einmal zu ihrem Gebieter, der preußisch-junkerliche Misthaufen zu einem modernen Rechtsstaat und das deutsche Bürgertum aus einem Fußschemel des Halbabsolutismus zum ausschlaggebenden Faktor des politischen Lebens gemacht werden sollte.

Die Verkoppelung des Planes innerer Reformen mit der Friedensresolution im Programm des Mehrheitsblocks spiegelte sehr deutlich und sehr treffend die wirkliche Verknüpfung in der Situation: ohne Umsturz kein Frieden!

Um nichts weniger als um einen ganzen Umsturz handelte es sich diesmal wirklich, so lächerlich dieses Ansinnen bei Parteien wie Zentrum, Fortschrittler, Nationalliberale oder Scheidemänner wirken mag. Die Heren fühlten dies selbst heraus, sobald sie näher an die Aufgabe auch nur erst in harmlosen Besprechungen in den Fraktionszimmern des Reichstags herantraten. Die Einschränkung des deutschen Halbabsolutismus durch eine wirkliche parlamentarische Regierung stieß sofort auf den bundesstaatlichen Charakter des Deutschen Reiches wie auf einen Prellbock und stoppte schon an diesem ersten Hindernis. So lächerlich wiederum dieses Hindernis und die vor ihm geäußerte Verlegenheit der Block-Rebellen an sich erscheinen mag, so war sie durchaus nicht ohne ernsten Grund. Es war wiederum ein vollkommen richtiges Gefühl, das die Mehrheitsparteien sofort erkennen ließ: an dem System der deutschen Reaktion läßt sich nicht ein Stück niederreißen, ohne daß das ganze Gebäude mit niedergerissen werde.

Der Reichstag läßt sich in der Tat nicht zu einem wirklichen Parlament mit politischer Macht umwandeln, wenn nicht die überwiegende Macht des Bundesrats beseitigt wird; diese läßt sich nicht beseitigen, wenn nicht die mittelalterliche Zersplitterung Deutschlands in 24 Vaterländer aus dem Weg geräumt wird; und die politische Zersplitterung Deutschlands hängt so unzertrennlich mit dem monarchischen Charakter der Einzelstaaten, dieser wiederum so innig mit der Vorherrschaft des Junkertums zusammen, daß schließlich nur das Dilemma bleibt: entweder fort mit dem ganzen Plunder, um einer einzigen deutschen Republik Platz zu machen, oder aber – alles muß beim alten bleiben! Die deutsche Reaktion ist seit Bismarcks Zeiten ein so festgefügter und festverschlungener Mechanismus, daß an ihm nichts zu bessern und nichts zu flicken ist. Entweder stürzt alles, oder es darf nicht ein Stückchen verrückt werden.

Und jenes Riesenwerk des politischen Umsturzes sollten die paar hundert lendenlahme Parlamentarier im Reichstag vollbringen? Den Augiasstall mit ihren Zylinderbürsten ausmisten, die Hydra der junkerlichen Herrschaft der deutschen Reaktion sollten die Erzberger, Payer und Scheidemännchen mit ihren Zahnstochern erlegen?

Wer solches von ihnen erwartete oder es ihnen zumutete, muß von grenzenloser politischer Naivität sein. Die Helden schreckten ja schon vor dem allerersten Schritt zurück, der ihrer Rebellion den Schein eines ernstgemeinten politischen Vorstoßes hätte verleihen können: der Verweigerung der gerade geforderten neuen Kriegskredite. Und wiederum, – so lächerlich der Ausgang der kurzen Farce war, so wohlbegründet und begreiflich war diesmal der rasche Rückzug und das Verstummen der bürgerlichen Blockparteien.

Was sie gleich bei der Berührung der brenzlichen Frage des bundesstaatlichen Charakters Deutschlands herausfühlten, war die unerschütterliche Tatsache, daß es sich diesmal um eine ganze und gründliche Arbeit, um nicht weniger als eine Revolution handelte. Aber Revolutionen werden nicht in Parlamenten gemacht, auch wenn man eine „Mehrheit" für ein „umstürzlerisches" Programm zusammengekoppelt hat. Revolutionen werden nur auf der Straße und von arbeitenden Volksmassen gemacht. Kann man den Erzberger, Payer und Fischbeck verdenken, daß sie nicht getan haben, was noch nie in der Weltgeschichte getan worden ist, daß sie, die Zwerge und Schwächlinge, vor einer Aufgabe zurückschreckten, der auch ein parlamentarischer Herkules nicht gewachsen wäre? Genug und übergenug, daß sie plötzlich die Aufgabe der historischen Stunde, nämlich den politischen Umsturz Deutschlands, als den einzigen Weg zum Frieden erkannt und dies in ihrer Weise laut ausgesprochen haben. Diese Aufgabe zu erfüllen, sind wahrhaft Zentrum, Nationalliberale und Fortschrittler nicht berufen. Und wenn sie sich mit ihrem Anlauf zur Erfüllung dieser Aufgabe in einer lächerlichen Farce erschöpft haben, so schließlich doch nur darum, weil diejenigen, die einzig und allein mit jener Aufgabe ernst machen können, – die deutschen Arbeiter, hartnäckig vor ihren geschichtlichen Pflichten auskniffen.

Den kleinen Schwätzern von der Scheidemann-Partei kann natürlich nicht verdacht werden, daß sie, die bei dem ganzen Schauspiel die Rolle von abwechselnd wedelnden und kläffenden Hündchen gespielt haben, jetzt über das einzige „Denkmal" der großen Aktion: die Friedensresolution der Mehrheit, als über ein welthistorisches Dokument triumphieren. Ihre Hirnchen brauchen ja nicht zu begreifen, daß diese Resolution – nachdem der geplante politische Umsturz pleite gemacht hat, nichts als eine ausgeblasene Eierschale darstellt.

Die sozialdemokratische Arbeiterschaft jedoch hat allen Anlaß, aus der kleinen lächerlichen Posse große und bitterernste Lehren für sich zu ziehen. Sie hat durchaus keinen Anlaß, verächtlich über die Erzberger, Stresemann und Payer zu höhnen. Denn die Erzberger, Stresemann und Payer haben doch nur deshalb im Reichstag possierliche Bocksprünge ausgeführt, weil die deutschen Proletarier vergessen haben, auf der Straße Revolution zu machen. Der Sturm im Glase Wasser, der durch den Mehrheitsblock entfacht worden war, ist nur die Kehrseite der Haltung des deutschen Proletariats, das zögert, den einzig rettenden großen Sturm für politische Freiheit und Frieden zu entfesseln.

Die parlamentarische Farce der politischen Erneuerung Deutschlands durch den Mehrheitsblock schleudert den deutschen Arbeitern abermals ins Gesicht den Notschrei der geschichtlichen Stunde, diesmal sogar schon durch den Mund reaktionärer bürgerlicher Parteien:

Es gibt keinen Weg zum Frieden als die Revolution!

Franz Mehring über die Stockholmer Konferenz.

Franz Mehring hat an den Petrograder Arbeiter- und Soldatenrat den nachfolgenden Brief gerichtet, der in Deutschland von der sozialimperialistischen Baumeisterschen „Internationalen Korrespondenz" abgedruckt wurde:

Berlin, den 29. April 1917.

An den Vorsitzenden des Exekutivkomitees
des Arbeiter- und Soldatenrates,
Genossen Tscheidse,

Petrograd,
Taurisches Palais.

Infolge äußerer Hindernisse kommen wir vielleicht mit unseren Glückwünschen und Brudergruß als letzte, obwohl wir unter den ersten erscheinen dürften, da unsere Richtung in Deutschland, genannt „Internationale", unter den schwierigsten Verhältnissen auf demselben Boden, mit denselben Mitteln und unter Anwendung der gleichen Taktik kämpft, wie sie von euch angewendet worden sind, bevor die glorreiche Revolution euren Kampf und eure Anstrengungen mit dem Siege gekrönt hat. Wir unterlassen es, unserer Freude besonderen Ausdruck zu geben, da euer Sieg unser Sieg ist, der Sieg jenes Teils des Proletariats aller Länder, der dem Sozialismus auch während der Kriegskrise Treue bewahrte.

Die Revolution in Rußland gehört nicht nur zu den größten Ereignissen der Weltgeschichte. Noch viel wichtiger ist, daß die Rolle und Leistung des klassenbewußten russischen Proletariats in der Revolution eine Ehrenrettung und eine Sicherung des internationalen Sozialismus bedeutet. Sie zeigt, was das Proletariat auch in den kriegführenden Ländern vollbringen kann, wenn es unbeirrt den rücksichtslosen Klassenkampf gegen die Macht des Imperialismus führt. Sie verbürgt den Sieg des gestern noch scheinbar zur völligen Ohnmacht verurteilten Sozialismus in allen Kulturländern.

Die brennendste Aufgabe für uns alle ist gegenwärtig die Erkämpfung des Friedens, und ihr soll die geplante internationale Konferenz in Stockholm dienen. Als deutsche Sozialdemokraten protestieren wir sowohl aus prinzipiellen wie aus Zweckmäßigkeitsgründen aufs schärfste dagegen, daß die sogenannte sozialdemokratische Mehrheit in Deutschland, d. h. die um den Parteivorstand gruppierten Regierungssozialisten, zu dieser Konferenz zugelassen wird. Wir lehnen jede Beteiligung an einer Beratung mit diesen Elementen ab und fordern unsere russischen Freunde und Gesinnungsgenossen dringend auf, im Interesse eines proletarischen Friedens wie auch der Wiedergeburt einer wirklichen sozialistischen Internationale ebenfalls die Zulassung der deutschen Mehrheit mit allen Kräften abzuwehren. Sie würde auf der Konferenz tatsächlich nicht den Sozialismus und nicht das deutsche Proletariat, sondern die deutsche Regierung und ihre Interessen vertreten. Soll das internationale Proletariat, wie euer Aufruf „An die Völker der ganzen

Welt" fordert, und wie es auch unserer Ueberzeugung entspricht, die Sache des Friedens in die eigenen Hände nehmen, so kann es dies unmöglich in Gemeinschaft mit den kriegführenden imperialistischen Regierungen oder, was dasselbe ist, mit deren verkappten Vertretern tun, die bei sich zu Hause die geschworenen Gegner jeder selbständigen Massenaktion der Arbeiter sind und als Bollwerk ihrer Klassensolidarität mit der Bourgeoisie wirken.

Soll ferner die Internationale, die am Kriege zugrunde gegangen ist, durch die internationale Aktion des Proletariats für den Frieden zu neuem Leben auferweckt werden, so müssen von ihr von vornherein alle sozialimperialistischen Elemente ausgeschlossen bleiben, denn gerade der solidarische, auf internationaler Basis gegen den Imperialismus geführte Kampf wird und muß die Zentralachse, ja das Wesen der neuen Internationale bilden. Und schließlich würde die Zustimmung der russischen Genossen zur Zulassung der Herren Südekum, Scheidemann, Legien usw. zu der Stockholmer Konferenz einen schweren Schlag für den internationalen sozialistischen Gedanken in Deutschland und unsere gemeinsame Sache bedeuten. Indem sie als eine Anerkennung und Legitimierung dieser Herren durch den internationalen Sozialismus ausgelegt werden dürfte, würde sie auf den bereits weit fortgeschrittenen Klärungsprozeß unter den deutschen Arbeitern in höchstem Maße verwirrend wirken. Wir sind fest überzeugt, daß die russischen Freunde ihren deutschen Gesinnungsgenossen diesen Schlag ersparen werden.

Das eben Gesagte bringt die Ansicht zum Ausdruck, die die Gruppe „Internationale" in Deutschland beseelt, und ich bin sicher, ebenfalls im Namen meiner im Gefängnis und Zuchthaus eingekerkerten Freunde, der Genossin Luxemburg und des Genossen Liebknecht zu sprechen.

Für den Fall, daß äußere Hindernisse meinen Freunden und mir das Erscheinen auf der Konferenz unmöglich machen sollten, stelle ich hiermit fest, daß keine andere Delegation aus Deutschland dazu berufen ist, uns zu vertreten.

Wir geben Ihnen unsere heißesten Glückwünsche mit auf den Weg zu den neuen schweren Kämpfen, die euer noch harren. Hoch die russische Revolution! Möge sie als Wegweiser dem internationalen Proletariat dienen!

Die Gruppe „Internationale".
J. A.: Fr. Mehring.

PS. Werter Genosse Tscheidse! Ich bitte Sie, das vorangehende Schreiben dem Arbeiter- und Soldatenrat in öffentlicher Sitzung und auch an die Presse mitzuteilen.

Ach, du lieber Augustin –

Während außerhalb der Reichsgrenzen das Herzblut der deutschen Nation in immer breiteren Strömen dahin fließt und innerhalb der Reichsgrenzen das Gespenst der Hungersnot immer grauenhaftere Züge annimmt, ergötzt sich der deutsche Reichstag an einer Komödie, die, wenn man sie von den Brettern genießen könnte, ebenso ergötzlich wirken würde, wie sie in der herben Wirklichkeit abgeschmackt und erbärmlich ist.

Schon der Grundgedanke dieser Komödie ist von einer herzbrechenden Naivität. Zur Zeit, wo eine Militär- und Polizeidiktatur, wie sie in den trübsten Perioden der deutschen Geschichte noch nicht dagewesen ist, das Heft in Händen hat, will der Mehrheitsblock des Reichstags, eine innerlich zerspaltene und äußerlich mühsam zusammengehaltene Masse von Nationalliberalen, Fortschrittlern, Klerikalen und Regierungssozialisten, das parlamentarische System erobern und zwar durch das famose Mittel, der Militär- und Polizeidiktatur bei Heller und Pfennig alles zu bewilligen, was diese zur Aufrechterhaltung ihres Willkürregiments irgend verlangt. Dasselbe parlamentarische System, das sich in den Ländern, wo es wirklich besteht, erst in jahrzehnte-, ja jahrhundertlangen Kämpfen und in blutigen Revolutionen durchzusetzen vermocht hat!

Kein Wunder, daß eine „Parlamentarisierung", wie sie sich selber verschämt nennt, aus einer „Krise" in die andere, das heißt aus einer Niederlage in die andere taumelt! Aber bei alledem, ihre Niederlagen sind noch lange nicht so lächerlich, wie ihre sogenannten Erfolge. Denn um gerecht zu sein, auch Erfolge hat sie aufzuweisen oder wenigstens e i n e n Erfolg, der die Presse des Mehrheitsblocks in ein taumelndes Entzücken versetzte; wie die Lerche am Frühlingsmorgen ihr Tirili in die Lüfte steigen läßt, so jauchzte der „Vorwärts": Nun muß sich alles, alles wenden!

Das aber kam so: – Als Bethmann Hollweg von den alldeutschen Annexionstreibern wegen seiner „Halbheiten" gestürzt worden war, präsentierten die Hindenburg und Ludendorff dem Kaiser als Reichskanzler einen obskuren Bureaukraten, namens Michaelis, der mit Recht als willenloses Werkzeug der Militär- und Polizeidiktatur galt. Doch erwies er sich als so unfähig, daß er schon nach etwa hundert Tagen in die Dunkelkammer der Bureaukratie zurückgeschickt werden mußte. Nun ernannte die Krone den bayerischen Ministerpräsidenten, Grafen Hertling, zum Reichskanzler, einen Mann von mehr als 74 Jahren, der in seinem langen Leben sich als klerikaler Reaktionär und gehässiger Feind aller Arbeiterforderungen bekundet hat und sich von Bethmann Hollweg unterscheidet, wie Kant, den dieser angeblich bewundert, vom heiligen Augustin, den Graf Hertling tatsächlich in sein geliebtes Deutsch übertragen hat.

Nach den Forderungen des parlamentarischen Systems hatte die Krone diese Wahl offenbar nicht getroffen, was am Ende auch nicht von ihr ver-

langt werden konnte. Graf Hertling war nicht der Vertrauensmann des Mehrheitsblocks, sondern nur eines seiner Bruchteile; nur des Zentrums, aber weder der Fortschrittler, noch der Nationalliberalen, noch der Regierungssozialisten. Sie alle runzelten auch mächtig die Stirn, aber Graf Hertling wußte die Furchen in diesen staatsmännischen Physiognomien zu glätten. Er hatte von seinem Heiligen gelernt. Wie sich die verschiedensten kirchlichen Sekten, von der mittelalterlichen Scholastik bis zur evangelischen Theologie, auf Augustin berufen, so wußte dessen Uebersetzer, die Friedberg und Stresemann, die Pachnicke und Payer, die Ebert und Scheidemann andächtig zu seinen Füßen zu sammeln. Und selbst, ohne die schweren Gewissens- und Seelenkämpfe, die der heilige Augustin zu bestehen hatte, ehe er sich zur Klarheit und Wahrheit durchrang.

Hertlings Mittel war so einfach wie genial. Er schob die Annahme des Auftrags, den ihm die Krone erteilt hatte, bis zu seiner Verständigung mit dem Mehrheitsblock auf. Das war der „weltgeschichtliche Wendepunkt", den die Blätter des Mehrheitsblocks zu preisen nicht müde wurden; das war der „erste Schritt zum parlamentarischen System", dem alle anderen mit „unvermeidlicher Notwendigkeit" folgen mußten. Von dieser Tat des Grafen Hertling tanzten die Ebert und Scheidemann, wie David und Salomo nie vor der Bundeslade getanzt haben. Dabei waren sie in ihrer holden Bescheidenheit und ihrer politischen Selbsterkenntnis weit davon entfernt, eine Portion von dem Kuchen zu beanspruchen, der geteilt werden sollte. Sie selbst wollten nichts haben, sondern, edelmütig bis aufs Hühnerauge, bestanden sie nur darauf, daß einige sturmerprobte Freisinnige mit Reichs- und Staatsämtern gesegnet werden sollten.

Und also geschah es. Graf Hertling versprach oder soll versprochen haben, sich freie Wahl seiner Mitarbeiter bei der Krone zu erwirken, so daß der Freisinnige v. Payer im Reich und der Nationalliberale Friedberg in Preußen seine Stellvertreter werden sollten. Er hat aber seine Verheißung nur zur Hälfte erfüllt oder erfüllen können, nur für Herrn Friedberg, der von jeher ein sehr gemäßigter Gönner des allgemeinen Wahlrechts gewesen ist; der Freisinn jedoch soll sich überhaupt den Mund wischen, im Reiche wie in Preußen. Darauf hat auch Herr Friedberg verzichtet, freilich nicht aus Sympathie für den preisgegebenen Bundesgenossen, sondern umgekehrt aus sittlicher Empörung über dessen allzu anmaßende Ansprüche.

So sieht es in dem famosen Mehrheitsblock aus. Im „Vorwärts" ertönt aber kein Lerchenjubel mehr, sondern nur noch das trübselige Klagelied: Ach, du lieber Augustin, alles ist hin! Aber – wer weiß? – vielleicht schlüpft Herr von Payer doch noch durch ein Mauseloch und Herr Friedberg läßt sich erweichen. Dann beginnt eine neue Periode zwar nicht in der „Weltgeschichte", aber doch in der Naturgeschichte der Mollusken. *)

*) Der Artikel ging uns am 8. November zu. Wir lassen ihn unverändert, da der Verfasser augenscheinlich nicht auf den Höhen Scheidemannscher „Weltgeschichte" wandeln, sondern nur ein Pröbchen politischer Zoologie geben will. Die Red.

Die abgesagte Weltwende.

Es unterliegt keinem Zweifel: die „große" Stockholmer Konferenz ist aufgepflogen. Nachdem die Welt monatelang auf Stockholm wie auf ein neues Mekka geblickt hatte, aus dem das rettende Licht, das erlösende Wort: der Friede kommen sollte, ist die ganze Sache im Sande verlaufen. Das holländisch-skandinavische Komitee freilich „wirkt" weiter und hat ein langes Manifest losgelassen, in dem es die leidende Menschheit damit vertröstet, daß „der Plan" der Stockholmer Konferenz mit nichten aufgegeben und daß besagtes Komitee „seine Aktion ruhig und besonnen fortzusetzen" gewillt sei. Dadurch kann jedoch kein Kind mehr über die offenkundige Pleite hinweggetäuscht werden, und alle Welt wendet sich bereits enttäuscht und gelangweilt ab. Die große Vorstellung findet nicht statt, das steht fest. Und weshalb findet sie nicht statt? Wegen der Paßverweigerung in Frankreich und England. Die „geplante" Konferenz sollte ja so ungefähr eine neue Aera in der Geschichte der Menschheit, eine Wiederauferstehung des internationalen Sozialismus sein. Hören wir, was alles auf dem Spiele stand: „Der Gedanke von Stockholm, heißt es in dem erwähnten Schwanenlied des holländisch-skandinavischen Komitees, eröffnet eine neue Aera im Kampfe des Proletariats gegen den Imperialismus durch Wiederherstellung einer zu gemeinsamen Aktionen führenden internationalen Arbeiterklasse. Er will, daß dieser Krieg der letzte sei, er will die Staaten demokratisieren, neue Konflikte und Wirtschaftskriege verhüten, er will vor allem durch Rechtsgarantien und Schiedsgerichte eine friedliche und zu Land und zu Wasser entwaffnete Welt, ein Europa der Demokratie und der wahrhaften Freiheit aufrichten!"

Nicht mehr und nicht weniger! Solche Rosinen hatte man im Sack! Und nun mußten alle die herrlichen Dinge leider auf die griechischen Calenden verschoben werden, weil die französische und die englische Regierung die Pässe nicht ausstellt. Von wegen der Pässe bleibt also die Weltwende vorläufig aus. Das klingt eigentlich zum Lachen und kaum glaubhaft. Und doch steckt in diesem schlechten Scherz die ganze Tragik des internationalen Sozialismus in der gegenwärtigen Situation.

Fragen wir einfach: wäre etwas derartiges überhaupt denkbar, wenn die geplante Stockholmer Konferenz wirklich eine Aeußerung der Arbeiterbewegung in den verschiedenen Ländern, eines ernsten Klassenkampfes, des Massenwillens wäre? Ein geplanter Ausflug des Rauchklubs „Gemütlichkeit" über die Landesgrenze kann scheitern wegen versagter behördlicher Genehmigung zu ihrer Abhaltung. Eine Kremserpartie kann scheitern am Bruch der Wagendeichsel. Daß aber eine internationale sozialistische Aktion, deren „Gedanke" es war, Europa und die Welt von oben bis unten umzukrempeln und eine neue Aera der Weltgeschichte zu eröffnen an der behördlichen Paßverweigerung scheitern konnte, das beweist nur eins: Stockholm war eben nichts anderes als ein Rummel von einigen Dutzend sogenannter „Führer", während die eigentlichen Massen in allen Ländern nichts damit zu tun hatten.

Wäre die Konferenz zu Stockholm zustande gekommen, dann hätten die paar Dutzend Leutchen sicher im Namen des internationalen Proletariats ihre Phrasen gedroschen. Man kann sich lebhaft vorstellen, wie „tief ergriffen" der alte Adler mit versagender Stimme seine „Kampfgenossen" aus allen Ländern begrüßt haben und wie jubelnd die „neutralen" Sozialisten dem „treuen Führer des österreichischen Proletariats" eine Ovation dargebracht haben würden, und nach ihm auch den andern nach der Reihe. Ohne Umarmungen und Tränen der Rührung wäre es bei diesem „erneuten Rütlischwur des Weltproletariats" sicher nicht abgegangen. Der offizielle Ritus und die Phraseologie der zweiten Internationale und ihrer Kongresse ist all diesen Leuten noch geläufig, ist sie doch das einzige, was ihnen das Wesen des internationalen Sozialismus ausmacht. Sie sind gewöhnt ihre Konventikel mit dem Leben der Massen, ihre werten Personen, ganz wie die Heydebrand und Westarp mit dem „Volk" zu verwechseln. Der parlamentarische Kretinismus steckt ihnen so in den Gliedern, daß sie vermeinen, wenn sie essen und trinken, werde „die Arbeiterklasse" satt, und wenn sie irgendwo in Stockholm schwadornieren, werde sie in fünf Weltteilen in tiefster Seele ergriffen. Nun aber zeigt das Zusammenklappen des ganzen „Plans" an der bloßen Paßschwierigkeit, ohne daß ein Hahn danach kräht, daß es sich auch bei dem Stockholmer Humbug in Wahrheit um nichts anderes, als um die Fortsetzung der alten Methoden handelte: Konventikel statt Massen, Worte statt Taten, Paradeschaustellungen statt politischen Kampfes, papierne Resolutionen statt entschlossener Aktionen.

Aber noch mehr und Ernsteres kommt hier zum Vorschein. Die Paßverweigerung, an der Stockholm zerschellte, war kein technisches, sondern ein politisches Hindernis. Auch die erste von Marx und Engels 1864 gegründete Internationale erfreute sich keiner behördlichen Passierscheine für ihre Konferenzen. Sie war im Gegenteil von sämtlichen europäischen Regierungen verfolgt wie ein gehetztes Wild, von der bürgerlichen Presse verleumdet als eine Bande Petroleure, von der gesamten Oeffentlichkeit verabscheut wie der leibhaftige Gottseibeiuns. Trotzdem hielt sie ihre Kongresse ab, faßte ihre Beschlüsse und führte ihre Aktionen durch. Die erste Internationale war zwar keine Massenbewegung, nur ein erster Ansatz zu einer solchen, in ihr lebte aber ein echter sozialistischer Geist, der Geist des revolutionären Klassenkampfes. Deshalb sprang sie über alle behördlichen Hindernisse und Verbote, wie ein Panther über Zwirnsfäden springen würde. Eine sozialistische Bewegung, die es bei einer geplanten und als Lebensnotwendigkeit erkannten Konferenz nicht fertig bringt, entweder die ihr mit Verboten kommende Regierung kurz und klein zu schlagen oder aber dieser Regierung die Rückseite zu drehen und auf ihre Verbote zu pfeifen, eine solche Bewegung zeigt eben, daß sie selbst nur ein Hampelmann in der Hand der bürgerlichen Gesellschaft ist.

In der Tat, die deutschen und die österreichischen Sozialdemokraten gingen doch nach Stockholm einzig und allein, weil ihre Regierungen dies erlaubten, ja ermunterten. Wären die Mittelmächte gegen Stockholm, dann hätten die Adler und Scheidemann genau so gekuscht, wie jetzt Renaudel

und Longuet kuschen. Vielmehr! Sie hätten gegen Stockholm offen oder vermittelst „diplomatischer Missionen" gewirkt, wie sie zu Beginn des Krieges in „diplomatischen Missionen" nach der Schweiz, nach Italien, nach Skandinavien reisten, um „für die deutsche Sache" zu wirken. Die französische und die englische Regierung wollen aber von Stockholm nichts hören und deshalb gehen englische und französische Sozialisten nicht nach Stockholm. Die einen wie die andern sind vom gleichen Holz. Mit anderen Worten: Die Stockholmer Konferenz kommt nicht zustande, weil sie nicht allen Regierungen in den Kram paßt. Diese „proletarische Internationale" wird offenbar erst dann aufleben, wenn sämtliche imperialistische Regierungen ihren Segen dazu gegeben haben werden! Es kann kein drastischeres Zeugnis dafür geben, daß der heutige offizielle Sozialismus eine Geisel des Imperialismus, ein Gefangener der herrschenden Klassen ist, daß er immer noch in dem Sumpfe steckt, in den er sich am 4. August 1914 gestürzt hat.

Stockholm und sein Fiasko sind somit eine klassische Probe auf das Exempel des Satzes, daß der internationale Sozialismus durch keine Kunststückchen aus dem alten Requisitionsschatz, durch keine Konferenzen, Denkschriften, phrasenhaften Reden, papierne Resolutionen und sonstigen Theaterdonner zum Leben erweckt werden kann. Die zweite Internationale, die Internationale der tönenden Phrase, der revolutionären Geste und der feigen Taten ist tot, und dieser Leichnam läßt sich nicht mehr galvanisieren, – das ist die Moral der Stockholmer Episode.

Die Opposition der Haase-Kautsky mußte sich natürlich auch an dem Stockholmer Rummel beteiligen, mußte neben den Scheidemann-Leuten „Denkschriften" abfassen, mit dem holländisch-skandinavischen Komitee die Wichtigtuerei treiben, die Affenkomödie der „diplomatischen Friedenskonferenz" im kleinen mitspielen, und so an ihrem Teil den Humbug des Regierungssozialismus nach Kräften unterstützen. Ei, wie durften auch diese „praktischen Politiker" eine Gelegenheit verpassen „für den Frieden" zu wirken, wie sollten sie nicht bei jedem windigsten Schein eines „positiven Erfolges" die grundsätzlichen Interessen einer klaren Scheidung und Entscheidung opfern! Nun, das elende Fiasko des Stockholmer Rummels klatscht denn auch die Haase-Leute noch wuchtiger auf die Backen, als die Scheidemänner, die ja ohnehin nichts mehr zu verlieren hatten, sich im Gegenteil im Lärm der Stockholmer Sache beträchtlich herausputzen und „rehabilitieren" konnten. Die „praktische" Allerweltspolitik des „oppositionellen" Opportunismus aber, die jederzeit und mit jedermann bereit ist, ein Geschäftchen zu machen, die von überall her: von Stockholm, von Washington, von Rom „ein bißchen" Heil erwartet und wie der arme Trödlerjude in den Ostmarken mit dem Sack auf dem Rücken an alle Türen mit der Frage klopft: „Nyscht zu handeln?" – diese Allerweltspolitik hat sich wieder einmal als eine hohle Nuß erwiesen. Mochten sich sämtliche Regierungssozialisten der Welt zusammensetzen, sie hätten nicht eine Macht zum Ausdruck gebracht, die den Imperialismus erdrosseln würde, sondern nur ihre eigene Ohnmacht als einer vom Imperialismus erdrosselten Bande sozialistischer Verräter. Und wer sich mit ihnen zusammensetzt, um „Friedenspolitik" zu machen, prostituiert sich

und die Idee des Sozialismus ganz umsonst. Sein einziger „praktischer" Gewinn ist, daß er jetzt an der lächerlichen Blamage der wegen Paßschwierigkeiten abgesagten Weltwende reichlich teilnehmen darf.

Vom Papst bis Haase.

Wenn es *jetzt* nicht zur Abrüstung und zum dauernden Frieden kommt, dann sicher nie im Leben. Es hat sich nämlich bereits eine so starke und geschlossene Phalanx von Kämpfern für diese schönen Ideale gebildet, wie noch nie, seit die Welt besteht. Neben dem Präsidenten Wilson steht das Oberhaupt der katholischen Kirche, Papst Benedikt XV. Neben Wilson und dem Papst selbstverständlich die englische Regierung: hat doch England zusammen mit Spanien und den Vereinigten Staaten schon 1907 im Haag eine Friedenskonferenz angeregt. Jedenfalls hat der Führer der engilschen Liberalen, Asquith, der vielleicht morgen schon ans Ruder gelangt, neulich erst in einer großen Versammlung in Leeds als allgemeine Richtlinien des künftigen Friedens bezeichnet: Vereinigung der Völker auf dem Boden der Gerechtigkeit und Freiheit, Beschränkung der Rüstungen, obligatorische Schiedsgerichte, Abschaffung der Angriffs- und Eroberungskriege. Ebenso ist natürlich die französische Regierung für diese Ideen zu haben. Hatte doch gerade Frankreich zusammen mit Amerika das obligatorische Schiedsgericht vor Jahren in Vorschlag gebracht, welche Anregung damals bekanntlich am Widerstand der *deutschen* Regierung scheiterte. Dann stehen natürlich die Regierungssozialisten zur Sache, wollten doch die Adler u. Co. dem Präsidenten Wilson ob seiner famosen Friedensnote – knapp einen Tag vor Eintritt der Vereinigten Staaten in den Krieg – beinahe ein gerührtes Huldigungstelegramm für seine Anregungen senden. Jetzt jubelt der Rechtsanwalt Heine im „Berliner Tageblatt", daß die deutsche Antwort auf die Papstnote mit dem Gedanken der Völkerallianz, „wirklich ernst" machte, und erklärt, Rüstungseinschränkungen, obligatorische Schiedsgerichte, Weltgarantie des Friedens, Machtmittel gegen Friedenbrecher seien die vier Eckpfeiler, auf denen das Gebäude der Zukunft errichtet werden müsse. Und auch der Führer der tschechischen Sozialisten, Nemec, sprach im Wiener Reichsrat dem Papste seinen tiefgefühlten Dank für seine Friedensnote aus. Nicht minder aber stehen in Reih und Glied die Sumpf-Leute um Haase-Ledebour-Kautsky, die ja in ihrer Reichstagsresolution vom 19. Juli, auf die sie so maßlos stolz sind, wieder mit Nachdruck die Abrüstung und Schiedsgerichte als Garantien eines dauernden Friedens empfahlen und die in ihrem Berliner „Mitteilungsblatt" die „Hilfsaktion" des Papstes begrüßen, als einen Weg, um „aus dem Kriegschaos heraus zu dem nächsten Ziel: einem baldigen Frieden, zu gelangen" und als einen Vorstoß, der den künftigen Siegen des Sozialismus in erfreulicher Weise „vorarbeite". Selbstverständlich fehlt in der Phalanx auch nicht der internationale sozialistische Sumpf, vertreten im holländisch-skandinavischen Komitee und allem, was drum und dran hängt. Der rettende Gedanke macht mit jedem Tage neue Eroberungen. Jüngst erklärte der aus Griechenland vertriebene deutsche Diplomat Freiherr

Schenk zu Schweinsberg, ein dauernder Frieden nach dem gegenwärtigen Kriege müsse durch zwei Mittel gesichert werden: durch Abrüstung und durch ein obligatorisches internationales Schiedsgericht, wobei er, noch „praktischer" und kühner als ein Kautsky, vorschlug, alle Staaten sollten als Garantie der Einhaltung dieser Abmachungen mehr als die Hälfte ihres Staatsschatzes in Gold in der Schweiz hinterlegen.

Und nun gibt endlich auch die deutsche Regierung in ihrer Antwortnote an den Papst ihren bisherigen Widerstand gegen die siegreiche Idee auf: sie spricht vom „neuen Geist", der die Beziehungen der Staaten zu einander in Zukunft durchdringen soll, von Schiedsgerichten und internationalen Abmachungen über die Rüstungen zu Lande, zu Wasser und in der Luft. Noch bekennt sie sich zwar nicht zur „Abrüstung", sondern vorerst nur zu einer „Beschränkung" der Rüstungen, was ja auch eine gegenseitige Abmachung der Militärmächte über weitere Rüstungen bedeuten kann. Allein, meint begeistert Th. Wolff, grundsätzlich sei ja dies ein und dasselbe, praktisch sei Abrüstung so gut durchführbar wie Beschränkung, womit er unbedingt den Nagel auf den Kopf trifft.

So haben sich denn alle zusammengefunden: Wilson, der Papst, Asquith, Poincaré, Theodor Wolff, Schenk von Schweinsberg, Rechtsanwalt Heine, Haase, Ledebour, Nemec, Adler, die Ententeregierungen und die Mittelmächte, die katholische Kirche und die amerikanische Plutokratie, der Regierungssozialismus und der Sumpfsozialismus, – alle unter einem Panier, – und nun fragt sich, was denn noch in aller Welt der praktischen Ausführung der siegreichen Idee im Wege stehen sollte?

Bei alledem scheint uns nur eins erstaunlich; warum man eigentlich bei der Abrüstung und den Schiedsgerichten, die den Kriegen vorbeugen sollen, stehen bleibt? Man propagiere doch konsequenterweise die Einschränkung der Staatsgebiete, um Kolonialeroberungen vorzubeugen, Einschränkung der Bündnispolitik, um dem Umsichgreifen der internationalen Konflikte vorzubeugen, Einschränkung des Bankkapitals, um dessen politischen Einflüssen vorzubeugen, Einschränkung der Privatindustrie, um Syndikaten und Kartellen vorzubeugen, und ferner: Einschränkung des kapitalistischen Profits, um der Verelendung vorzubeugen, Einschränkung der Produktion, um Krisen vorzubeugen usw. usw. Weshalb nicht? Heinrich Heine erzählt von seiner Reise nach Paris, daß ihm in dem mehrere Kilometer von der Hauptstadt entfernten St. Denis im Gasthof der Kellner erklärte, wie der Ort zu seinem Namen kam: einst vor Zeiten wäre der heilige Dyonisius, dem die Heiden in Paris den Kopf abgeschlagen hätten, mit seinem Kopf unter dem Arm noch bis zu dem nach ihm benannten Ort gelaufen, wo er zusammenbrach. Als Heine seiner Verwunderung Ausdruck gab, daß der Märtyrer nach der Enthauptung eine so weite Strecke habe noch laufen können, antwortete ihm der Kellner lächelnd: vous savez, dans des cas pareils ce n'est que le premier cas qui coûte, – wissen Sie, in solchen Fällen ist nur der erste Schritt schwer. . . .

Wer bei dem heutigen pazifistischen Dauerlauf ins Land der Utopie seinen Kopf unter dem Arm trägt, ist jedenfalls nicht der Kapitalismus, dem alle diese Scherze nichts anhaben können, sondern – der internationale So-

zialismus. Wenn nämlich „linksradikale" Kritiker über „bürgerlichen Pazifismus" in sozialistischen Kreisen zetern, so tun sie mit diesem Versenken des „bürgerlichen Pazifismus" in jene Nacht, in der alle Katzen grau sind, sowohl diesem letzteren entschieden zu wenig, wie seinen heutigen sozialistischen Nachläufern viel zu viel Ehre an. Auch der bürgerliche Pazifismus hat seine Geschichte, und man muß in dieser zwei ganz verschiedene Stränge auseinanderhalten, die nach Ursprung und Tendenz total unterschiedlich einzuschätzen sind.

Die Utopie eines Kant vom „ewigen Frieden" war, so sehr sie eine blutleere Abstraktion und insofern ein typisches Produkt der derzeitigen preußischen Misere darstellte, doch zweifellos von dem weltumspannenden Hauch der großen französischen Revolution umweht. Der alte Kant forderte, weit kühner und großzügiger als die heutigen Marx-Jünger, zur Verwirklichung des Friedens — und das im 18. Jahrhundert! — nicht mehr und nicht weniger als die Proklamierung der Republik in allen Staaten oder wenigstens eine wirkliche Parlamentsherrschaft, gänzliche Abschaffung der stehenden Heere, Entscheidung der Volksvertretung über Krieg und Frieden und eine Art internationales „Weltbürgerrecht" für alle Menschen in allen Ländern der Welt.

Ebenso schwungvoll, dabei aber viel realer im Boden der Wirklichkeit wurzelnd, war der Pazifismus, der in den vierziger Jahren des neunzehnten Jahrhunderts, von den englischen Quäkern getragen, eine namhafte Bewegung in Europa hervorgerufen hatte. Diese mit dem Brüsseler Kongreß 1848 eingeleitet Strömung war vom Geiste der revolutionären Epoche, vom sektiererischen Fanatismus und Radikalismus ihrer englischen Väter durchdrungen. Auch die Nebenströmung des Cobdenschen Pazifismus, der mit der Freihandelsbewegung verwoben war, wie sich diese andererseits mit dem Chartismus verflochten hatte, atmete etwas von der Kühnheit des jungen, weltstürmenden und deshalb noch selbst umstürzlerisch angehauchten Kapitalismus. Und ebenso war noch die Friedensbewegung des französischen radikalen Kleinbürgertums in den 60er Jahren eine fortschrittliche Erscheinung: nämlich, genau so wie die Quäker-Bewegung in England, eine wenn auch unklare und utopistische Auflehnung gegen die herrschende Gesellschaftsordnung und ihre Greuel.

Damit war aber gegeben, daß diesem Pazifismus ein Ziel gesetzt war — durch das Aufkommen der modernen sozialistischen Bewegung, welche die unklare kleinbürgerliche Opposition in das breite Bett des proletarischen Klassenkampfes überleitete. Der von Marx und Engels begründete internationale Sozialismus kam auf in deutlichem Gegensatz zu jenem bürgerlichen Pazifismus, dem er alle lebensfähigen Elemente abnahm und über den er zugleich das geschichtliche Urteil fällte durch die epochemachende Erkenntnis: es gibt keinen Weltfrieden als auf den Trümmern der bürgerlichen Gesellschaft. Mit dem Erstarken der modernen Arbeiterbewegung, mit der Verschärfung der Gegensätze, namentlich mit dem Beginn der imperialistischen Aera mußte denn auch jener oppositionelle kleinbürgerliche Pazifismus abdanken. Und wie an seinem Anfang im 18. Jahrhundert, so stand als sein letzter verspäteter Sprößling wieder ein einsamer Riese an der Schwelle

des 20. Jahrhunderts: Tolstoi, ganz anders unerschrocken und grimmig in seiner Fehde gegen die herrschende Gesellschaft, doch ebenso in der Luft schwebend wie einst Kant mit seinem „ewigen Frieden".

Ganz anders verläuft der zweite Strang des „bürgerlichen Pazifismus". Sein Ausgangspunkt liegt nicht in den Niederungen der Volksmassen und der aus ihnen aufsteigenden oppositionellen Gärungen, sondern auf den Höhen des Gottesgnadentums, der Throne und Altäre. Es ist die berühmte Heilige Allianz, dieselbe die nach der Niederwerfung Napoleons durch die monarchistische Koalition das Panier der Reaktion in ganz Europa aufpflanzte, bei der wir den Ursprung des Regierungs-Pazifismus zu suchen haben. Die Vertragsurkunde jener Allianz der Kaiser und Könige enthielt formell nichts als zwei Zwecke: Europa den dauernden Frieden zu sichern und die „Grundsätze des Christentums" in den Beziehungen der Völker zur Geltung zu bringen. Von einer Einmischung in die inneren Verhältnisse der Staaten, von der Erdrosselung jeder freiheitlichen Bewegung und jeden Fortschritts in den europäischen Ländern war in jenem Vertrage kein Wort enthalten: diese Absicht verstand sich von selbst, sie war eben der einzige reale Sinn jedes „dauernden Friedens", den Europa genießen und jener „christlichen Grundsätze", die im Verkehr der Völker gelten sollten.

Erst die Februar-Revolution befreite die europäischen Völker von den Segnungen des Metternichschen „Friedens": von der Demagogenhetze, den schwarzen Kabinetten und den Spielberg-Dramen. Genau ein halbes Jahrhundert später erhob der Pazifismus der gekrönten Häupter abermals sein Haupt: in dem famosen Friedensmanifest des Zaren Nikolaus des Letzten im Jahre 1898 und in dem aus ihm geborenen Haager Friedenstribunal. Und heute feiern die Tradition und der Geist der Heiligen Allianz in der Friedensbewegung unter dem Banner des Papstes ihre fröhliche Urständ'.

Die allgemeine Situation weist in der Tat manche verwandte Züge mit derjenigen aus der Zeit des Wiener Kongresses auf. Wie damals die Große Revolution und die Kriegszüge des „frechen Korsen" das alte monarchistische Europa auf den Kopf gestellt, alle heiligen Traditionen durchsiebt und durchlöchert, das alte Gleichgewicht der Klassenherrschaft in den Grundfesten erschüttert hatten, so hat heute — das fühlen die herrschenden Klassen mit Schrecken — die dreijährige Orgie des imperialistischen Krieges alles Hergebrachte, Angestammte und Festgefügte zerrüttet. Erhabenheit der Throne — in den Kot getreten durch die gegenseitigen Anpöbeleien der Gesalbten, Christentum — brutal verhöhnt durch den Triumph der imperialistischen Barbarei, Völkerrecht in Fetzen zerrissen, Verträge, feierliche Versprechungen, Bündnistreue, Neutralitätsgarantien, „Zivilisation", „Ordnung" und vor allem die überirdische Glorie der regierenden Diplomatie, die die Geschicke der Völker mit starker und weiser Hand lenkte und vor der sich der beschränkte Untertanenverstand ersterbend und „maulhaltend" zu verneigen hatte, — all dies und noch manches mehr ist heute in Dunst zerronnen, ist einfach zum Teufel. Die wilde Anarchie und die völlige Ratlosigkeit des herrschenden Systems, sein Unvermögen, sich aus dem Hexensabbath zu retten, den es selbst entfesselt hat, haben die bürgerliche Klassenherrschaft aufs äußerste bloßgestellt und erschüttert. Die durch den Weltkrieg geschaffene

Situation ist ein in ihrem Kern durch und durch revolutionäre, – nur mit der kleinen Einschränkung, daß nach dem Bankerott des internationalen Sozialismus vorläufig keine revolutionäre Klasse vorhanden ist, die diese Situation auszunützen imstande wäre.

Allein für die Zukunft muß die bürgerliche Gesellschaft – das sieht sie ein mit dem untrüglichen Instinkt der Herrschenden – unbedingt wieder ihr zerzaustes Negligee einigermaßen zu verhüllen, ihr verlorenes Gleichgewicht einzurenken, ihre allzu nackt zur Schau gestellte Bestialität zu verschleiern suchen. Damit die tobende Anarchie des Krieges nicht, wie es der historischen Situation entsprechen würde, in eine revolutionäre Periode ausmündet, die den kapitalistischen Klassenstaat liquidiert, muß der ruppige Geselle möglichst wieder herausgeputzt, äußerlich „anständdig" gemacht werden. Daß die kriegführenden Mächte mit ihrem Zusammenschluß überhaupt solange zögern und die gegenseitige Gurgelabschneiderei auf offenem Markte so ungeniert fortsetzen, ist nur ein Beweis, wie wenig sie heute mit dem internationalen Proletariat rechnen, und ist nur ein Resultat dessen standhafter Kadaverhaltung. Ueber kurz oder lang wird aber der Krieg ein Ende nehmen, und für die Zeit nach dem Kriege bedarf die bürgerliche Gesellschaft unbedingt der Rückkehr zur „Ordnung", zur Wohlanständigkeit und Ehrbarkeit, sie bedarf einer halbwegs ausgeflickten Ideologie, ohne die nun einmal keine Klassenherrschaft möglich ist. Ein erster vorbereitender Schritt nach dieser Richtung, die Plattform, auf der sich die heute ringenden imperialistischen Mächte am andern Tage nach dem Kriege alle wieder zusammenfinden werden, das Banner der künftigen Heiligen Allianz des Imperialismus ist eben der heutige Pazifismus, und die „moralische Kraft des Rechts", die im Leben der Völker an die Stelle der brutalen Gewalt treten soll. Gegen wen sich jener „dauernde Friede" richten wird und welcher Art jener „neue Geist" ist, das verrät übrigens die Note Benedikts XV. ganz naiv, indem sie die Mittelmächte einlädt, ihre Rüstungen einzuschränken „bis zu dem Maße, das zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung in jedem Staate notwendig ist", mit anderen Worten, bis zu dem Maße, das erforderlich ist, um den „inneren Feind", d. h. die arbeitenden Klassen im Zaume zu halten. Der „neue Geist", das „Prinzip des Rechts", die nunmehr im Leben der Völker Geltung haben sollen, entsprechen somit genau dem alten Geist und den „christlichen Grundsätzen" Metternichs und Alexanders I. Bleibt die vom Papst vorgeschlagene „Abrüstung" gleichwohl blauer Dunst, so ist doch die so offen verratene innere Tendenz des heutigen offiziellen Pazifismus ein schätzbarer Wink mit dem Zaunpfahl auch für diejenigen, die blind genug sind, aus allen sonstigen faustdicken Tatsachen die kommende Heilige Allianz des Imperialismus nicht zu durchschauen.

Haben wir nicht allen Grund zu jubeln, daß endlich auch Deutschland dem „neuen Geist" die Tore öffnet und die Abrüstungs- und Schiedsgerichtsformel akzeptiert? Ist das nicht eine epochemachende Schwenkung seit 1907, wo der Reichskanzler Bülow auf die Anregung Campell-Bannermanns und der Vereinigten Staaten betreffend eine Abrüstungskonferenz protzig ant-

wortete: „An einer nach unserer Ueberzeugung wenn nicht bedenklichen so doch unpraktischen Diskussion können wir uns nicht beteiligen".

Ja, seitdem ist aber auch die Idee der Abrüstung ganz anders „praktisch" geworden, als sie es zu Bülows Zeiten war! Seitdem haben sich nämlich die beiden Vertreter dieses Gedankens, sowohl England wie die Vereinigten Staaten, die beide keinen Landmilitarismus – Nordamerika auch keinen Wassermilitarismus – besaßen, zu Lande wie zu Wasser dem Uebermilitarismus mit Haut und Haaren verschrieben. Seitdem hat sich der letzte schwache Schutzwall gegen den Militarismus, die „Neutralität" der kleinen Staaten, als eine Seifenblase erwiesen, und auch die kleinsten Staaten sind auf den Weg verzweifelter Rüstungen gedrängt worden. Seitdem hat sich der Militarismus erst der Luft bemächtigt und sich im Laufe des Krieges technisch in gigantischem Maßstab ausgewachsen. Seitdem ist die Demokratie in Frankreich, England, Italien und Amerika vom Imperialismus unter die Hufe getreten worden. Seitdem ist der Militarismus in Deutschland zu solcher Allmacht gelangt, daß an der Spitze des Reiches ein einfacher Kommis der „obersten Heeresleitung", ein Michaelis, stehen konnte. Seitdem hat der Weltkrieg eine so beispiellose Steigerung der imperialistischen Instinkte und Gegensätze in allen Weltteilen erzeugt, daß das Kriegsfieber wie ein Steppenbrand um sich frißt und mit jedem Tage neue Länder in den Flammen zu verschlingen droht. Seitdem ist endlich der einzige ernstliche Damm gegen die Kriegsgefahr, mit dem die Machthaber rechnen zu müssen glaubten: der internationale Sozialismus, zusammengekracht.

Nach alledem ist offenbar die Diskussion über die Abrüstung und den dauernden Frieden bereits dermaßen „praktisch" geworden, daß sie sogar für Deutschland „unbedenklich" ist.

Was wäre auch in der Tat eine Allianz der Völker zur Einführung des „neuen Geistes" und des moralischen Rechts anstelle der materiellen Gewalt ohne Deutschland – ohne das Deutschland Hindenburgs und Heydebrands, ohne das Deutschland des Maulkorbs und des Belagerungszustandes, ohne das Deutschland der abgelehnten Wahlreform in Sachsen und der durch Verschleppungstricks eskamotierten Wahlreform in Preußen, ohne das Deutschland der mit amtlichem Apparat betriebenen Agitation des alldeutschen Kannibalismus, ohne das „parlamentarisierte" Deutschland mit dem „Sonderausschuß beim Reichskanzler" – mit einem Wort, ohne das herrliche Preußen-Deutschland, dieses Juwel und diesen Hort der europäischen Reaktion in ihrer ordinärsten Gestalt . . . Erst durch den Beitritt Deutschlands bekommt der künftige Triumph der „moralischen Kraft über die materielle Gewalt", der Triumph des „neuen Geistes" in Europa seinen handgreiflichen Kommentar, bekommt der Witz der Geschichte seine eigentliche Pointe.

Und um diese plastische Gruppe: Papst, Wilson, Asquith, Poincaré, Wilhelm II. mit dem Banner „Abrüstung", „Frieden", „moralische Kraft" – tanzen die Scheidemänner und Heine, die Adler und Nemec, die Troelstra

und Branting, die Haase und Kautsky ihren Reigen, denken, hoffen und klatschen vor Freude über den „Fortschritt" ihrer Ideen in die Hände!

Die künftige Heilige Allianz des Imperialismus gegen das internationale Proletariat und seine mögliche revolutionäre Massenauflehnung entsteht unter dem Beifallssturm und mit moralischer Beihilfe des internationalen Sozialismus — ein grotesqueres Fastnachtsspiel hat die Welt kaum gesehen.

Am Pranger.

Bei Kriegsausbruch zeigte sich bei allen beteiligten Regierungen plötzlich ein wundersames Verständnis für die politischen und sozialen Mängel in den — feindlichen Staaten und für den Zusammenhang zwischen Krieg und Revolution — im Auslande. Und selbst der preußisch-deutsche Militarismus stülpte die phrygische Mütze über die Pickelhaube und mimte die Freiheitsgöttin für die armen unterdrückten Völker — Rußlands und Groß-Britanniens. Aber die deutsche Regierung begnügte sich nicht, auf innere Wirren im Feindesland zu hoffen, ihre Befreiermission mit Giftgasen und Kruppgeschützen zu betätigen und für den Kreuzzug der deutschen Freiheitsgöttin Begeisterung zu entfachen; mit deutscher Gründlichkeit machte sie sich auch daran, Revolutionen in Feindesland zu organisieren. Sie richtete in Deutschland und in neutralen Ländern (besonders Schweden, Schweiz, Amerika) Revolutionsfabriken ein, Schnellkurse zur Ausbildung russischer und englischer Aufrührer, die sie ausrüstete, veranstaltete Bombenanschläge und schickte ihre Emissäre und Waffen bis zu den Senussi nach Afrika.

Diese würdige Propaganda vollzog sich in den Sphären gemäßigter Niedertracht, wenn sie mit gekauften Komitees oder einer nicht minder gekauften „Liga der Fremdvölker" oder Kongressen unterdrückter Nationen arbeitete, oder durch feile Mittelspersonen unter falschen Vorspiegelungen und mit falschen Pässen z. B. ehrliche finnische Revolutionäre zur Bearbeitung nach Deutschland lockte.

Sie erklomm den Gipfel der Niedertracht, indem sie sich an die hilf- und wehrlosen Kriegsgefangenen machte und in den Gefangenenlagern einen infamen Seelenfang zum Landesverrat systematisch betrieb. Daß sie sich hierbei auf die besonders hilflosen Mohammedaner unter den englischen, französischen und russischen Gefangenen stürzte und dieselben „Wilden", über deren Verwendung auf Feindesseite sie sich täglich in Abscheu und Entrüstung ergoß, mit besonderem Eifer zum landesverräterischen Kriegsdienst für die Mittelmächte preßte, zeigte sie zugleich auf der Höhe der Heuchelei.

Seit Anfang des deutschen Raubkrieges begann die deutsche Regierung ein inniges, ehrliches, selbstloses, ideales Interesse an der Befreiung des „unglücklichen Irlands" von der englischen Herrschaft zu gewinnen. Sie bediente sich dabei des im Kriege viel genannten Sir Roger Casement. Ueber die Beziehungen Casements zur deutschen Regierung hegte man zunächst nur Vermutungen. Es war der Genosse Karl Liebknecht, der zuerst in der Reichstagssitzung vom 7. April 1916 den von der Militärdiktatur

über die ganze Affäre gebreiteten Schleier lüftete, indem er den Vertrag Casements mit dem damaligen Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt, Dr. Zimmermann, ans Licht zog und auch die von der deutschen Regierung unter den mohammedanischen Kriegsgefangenen betriebene Propaganda des Landesverrats an den Pranger stellte. Die Einzelheiten seines Materials vorzutragen, wurde Genossen Liebknecht vom Reichstagspräsidenten und dem tobenden Hause verhindert. Er hat später das Material in seinem Landesverratsprozeß verwertet — vgl. seine Zuschrift an das Kommandantur-Gericht vom 3. Mai 1916, die der Reichstagskommission in Sachen Liebknecht vorgelegen hat (abgedruckt in Nr. 1 des „Spartacus").

Eine ganze Anzahl hochwichtiger Dokumente über die Casement-Propaganda und die Pressung der mohammedanischen Kriegsgefangenen zum Kriegsdienst gegen ihre Staaten gelangt nun zur öffentlichen Kenntnis durch die kürzlich in Deutschland verbreitete Publikation, betitelt: „Dokumente der Schmach. — Die deutsche Regierung als Anstifterin des Hoch- und Landesverrats". Es ist dies eine Sammlung amtlicher geheimer Schriftstücke, die das verbrecherische Treiben der deutschen Regierung unwiderleglich entlarvt und der verdienten Verachtung preisgibt. Wir lassen in folgendem einen kurzen Auszug aus dieser Publikation von höchstem kulturhistorischen Wert folgen.

Im Schreiben vom 28. Dezember 1914 an Casement teilt der Unterstaatssekretär Zimmermann mit, daß die deutsche Regierung dem Vorschlag Casements zur Bildung einer irischen Brigade zustimmt. Die wichtigsten Artikel des abgeschlossenen Vertrages lauten:

Artikel I.

„Im Hinblick auf die Möglichkeit, die nationale Befreiung Irlands mit der moralischen und materiellen Unterstützung der Kaiserlich Deutschen Regierung zu fördern, soll aus den irischen Soldaten und den anderen Irländern, die augenblicklich in Deutschland kriegsgefangen sind, eine Brigade gebildet werden.

Artikel IV.

Die Irische Brigade wird von der Kaiserlich Deutschen Regierung eingekleidet, verpflegt und ausreichend mit Waffen und Munition ausgerüstet, unter der ausdrücklichen Vereinbarung, daß die Kaiserlich Deutsche Regierung diese Leistungen freiwillig und unentgeltlich macht, um die irischen Unabhängigkeitsbestrebungen zu unterstützen.

Artikel VI.

Die Kaiserlich Deutsche Regierung übernimmt es, „unter gewissen Umständen" die Irische Brigade mit ausreichender militärischer Unterstützung und versehen mit reichlichem Vorrat an Waffen und Munition nach Irland zu senden, um dort die Irländer auszurüsten, die mit ihr gemeinschaftlich den Versuch machen wollen, die nationale Freiheit Irlands mit Waffengewalt wieder herzustellen.

Die hier vorausgesetzten „besonderen Umstände" sind folgende:

Im Falle eines deutschen Seesieges, der die Möglichkeit gewährt, die Küste Irlands zu erreichen, verpflichtet sich die Kaiserlich Deutsche Regierung, die Irische Brigade und ein deutsches Hilfskorps unter der Führung deutscher Offiziere in deutschen Transportschiffen auszusenden, um eine Landung an der irischen Küste zu versuchen."

In einem Bericht des Halbmondlagers (Kommandantur Zossen) vom 20. August 1915 wird mitgeteilt, daß sich ganze — 54 Irländer der deutschen Regierung zur Verfügung gestellt haben.

„Die Unterbringung (heißt es in diesem Bericht weiter) geschah bestmöglichst im Inderbataillon: Die Mitglieder der Irischen Brigade sind keine Kriegsgefangenen mehr, sondern erhalten eine irische Uniform; laut Parolebefehl soll bekanntgegeben sein, daß die Iren als Kameraden zu behandeln sind.

Die Iren unterstehen dem deutschen Oberleutnant Boehm vom stellvertretenden Großen Generalstabe, Abteilung Politik. Der Verkehr geht direkt von dieser Stelle mit dem Unteroffizier der Iren. Letzterer erhielt Gelder direkt, die er im Interesse der Iren verwendet. M. 250 kamen durch die Kommandantur Zossen, Kassenverwaltung, und M. 250 kamen direkt vom Oberleutnant Boehm.

Einzelne Iren stehen mit Sir Roger Casement in Korrespondenz. Mit Schreiben vom 16. August aus München teilte er mit, daß laut erhaltener Nachricht die Iren nunmehr bald von hier nach einem andern Ort gebracht würden; in einem Brief vom 17. Juli klagte er über den Mißerfolg, da sich nur 50 Mann zur Brigade gemeldet hatten.

Sir Roger Casement war mit Oberleutnant Boehm vor sechs Wochen hier, seitdem sind aber die Herren nicht wieder persönlich bei den Iren gewesen . . ."

Ein Geheimerlaß der Sektion Politik des Großen Generalstabes vom 20. März 1916, der an das stellvertretende Generalkommando des Gardekorps Berlin C. 2 gerichtet ist, ordnet an, daß

„die auf dem Truppenübungsplatz Zossen für besondere Zwecke zur Verfügung stehenden Iren alsbald mit tunlichster Beschleunigung am deutschen Maschinengewehr ausgebildet werden".

Ebenso wie die Iren für den „Befreiungskrieg" gewonnen werden sollten, unternahm es die deutsche Regierung, die kriegsgefangenen Mohammedaner — dem gepriesenen Völkerrecht zum Spott — zum Kriegsdienst gegen ihre Heimatstaaten zu zwingen. Graf Hardenberg, Hauptmann und Kaiserlicher Generalkonsul, empfiehlt zwar äußerste Strenge gegenüber dem „Gesindel", das man für Deutschlands Befreiermission verwenden will. Aber selbst er kann nicht umhin, vor der Dummheit der deutschen Regierung zu warnen, diese Werbetätigkeit als eine Propaganda für den „heiligen Krieg" zu beschönigen.

Die von dem Grafen von Hardenberg empfohlenen Werbemittel hatten den Erfolg, daß nach einem Bericht der Sektion Politik des Großen Generalstabs vom 18. Januar 1916 zunächst um den 24. Januar herum 200 „Frei-

willige von Zossen nach der Türkei abtransportiert werden sollten". Zwei weitere Transporte in Stärke von je 900 Mann sollten dann Anfang Februar folgen.

Die Türkei zeigte übrigens sehr wenig Freude über diese „Verstärkung", denn in einem Bericht des Freiherrn v. Radeln (Halbmondlager Wünsdorf) vom 5. April 1916 heißt es:

„Gelegentlich einer Rücksprache mit Sr. Exzellenz Generalleutnant von Bronsart äußerte derselbe, daß nach Ansicht des türkischen Kriegsministers Enver Pascha die kriegsgefangenen Mohammedaner aus Leuten, die sich freiwillig dem Feinde ergeben hätten, beständen und somit feige wären und kein Vertrauen verdienten, und daß beabsichtigt würde, dieselben auf andere Regimenter zu verteilen. Bei einer Rücksprache mit Sr. Exzellenz Enver Pascha selbst kam zur Sprache, daß ein großer Teil der Gefangenen infolge der von unserer Heeresleitung durch Flugzettel, Anschläge usw. verbreiteten Dschihad-Nachrichten unter beiderseitigem Feuer zu uns übergelaufen, ein anderer beträchtlicher Teil verwundet, durch Gase betäubt und aus ähnlichen Gründen in unsere Hände gefallen sei. Am selben Vormittag befahl Enver Pascha, daß das Bataillon geschlossen eingesetzt werden solle und er dasselbe persönlich besichtigen würde."

Der stellvertretende kommandierende General des Gardekorps v. Loewenfeldt, Generaladjutant des Kaisers, scheint von der ihm für seinen Amtsbereich übertragenen Aufgabe der Pressung von Kriegsgefangenen zum Landesverrat nicht sehr erbaut gewesen zu sein. In den genannten „Dokumenten der Schmach" finden wir nämlich ein Schreiben des Kriegsministeriums, worin dieses dem General v. Loewenfeldt klar zu machen versucht, — daß die Propagandatätigkeit einwandfrei und mit der „Soldatenehre" vereinbar sei. Der General hat aber in Randbemerkungen zu diesem Schreiben, das vom 9. Mai 1916 datiert ist, seine leisen Zweifel nicht aufgeben können.

Er hat in einer Eingabe an das Kriegsministerium schon früher darauf aufmerksam gemacht, daß Deutschland es doch als Landesverrat ansehe, wenn sich Elsaß-Lothringer der französischen Regierung zum Kampf gegen Deutschland zur Verfügung stellen. Das Kriegsministerium bezeichnet nun in seinem Schreiben vom 9. Mai diesen Vergleich als „nicht zutreffend, da die Bevölkerung der Reichslande kein von uns unterjochtes fremdstämmiges Volk" sei. General v. Loewenfeldt antwortet darauf in der Randglosse:

„Doch, ebenso fremdstämmig wie die Iren. Die französischen Lothringer sind doch nicht unseres Stammes, sondern haben seit Jahrhunderten französisch gesprochen und sind seit 1552 zum Teil französisch."

Dann heißt es in dem Schreiben des Kriegsministeriums weiter:

„Was die Auffassung anlangt, daß die in den Propagandalagern von deutschen Offizieren und Mannschaften ausgeübte Tätigkeit mit dem Pflicht- und Ehrenstandpunkt des deutschen Soldaten nicht vereinbar sei, so wird bemerkt, daß die Propaganda von den obersten Stellen des Reiches angeregt worden ist, und zwar mit Wissen

Seiner Majestät des Kaisers und Königs.*) Sollten sich in den Mohammedanerlagern Offiziere befinden, die ihren Dienst mit dem Ehrenstandpunkt des deutschen Soldaten nicht vereinbar halten, so steht deren anderweiter Verwendung nichts entgegen. . .

In den neuen Richtlinien für die Aufklärung wird bestimmt werden, daß die Aufklärungsoffiziere und Propagandisten in ihrer Tätigkeit dem Kriegsministerium unmittelbar unterstehen und daß der Inspektion der Kriegsgefangenenlager bei den Mohammedanern nur noch die militärischen Anordnungen obliegen.**)

Ein Austausch der bereits in Zossen befindlichen Schwerverwundeten ist jedoch nicht angängig, da zu erwarten stände, daß das feindliche Ausland Aussagen dieser Leute zu neuen Hetzereien und zu Verleumdungen Deutschlands ausbeuten würde."***)

Die bleiche Angst vor dem Bekanntwerden der Tatsache, daß die deutsche Regierung, die das Völkerrecht zu schützen vorgibt, es tatsächlich mit Füßen tritt, kommt schließlich in einem Erlaß des Kriegsministeriums vom 2. Februar 1916 zum Ausdruck, worin diese löbliche Behörde anordnet:

„Solche Arbeitsstellen (von Kriegsgefangenen), an denen Kriegsmaterial hergestellt wird, dürfen bei einer Anfrage (der neutralen Schutzmächte, die für die Gefangenen zu sorgen haben) nicht mitgeteilt werden . . . Sollte trotzdem eine Schutzmacht Kenntnis solcher Arbeitsstellen haben und den Versuch machen, durch einen Vertreter diese (Arbeitsstellen) besuchen zu lassen, so ist der Eintritt zu verweigern. Es sind daher die betreffenden Aufsichtsstellen durch die Generalkommandos mit Anweisung zu versehen, daß unter allen Umständen der Zutritt mit der Begründung, daß militärische Gesichtspunkte denselben verbieten, verweigert wird."

„Man erinnere sich danach" (nach allen angeführten Tatsachen) sagt mit Recht die Einleitung zu der zitierten Publikation — „welche Unbefangenheit für diese Regierung dazu gehöre, um . . . im eigenen Lande den Männern und Frauen, die zur Erringung des Friedens an das Volk gegen die Regierung appellieren, den Stempel des Hoch- und Landesverrats, der Ehrlosigkeit auf die Stirne zu drücken! Würden die geheimen Taten der deutschen Regierung nach ihren öffentlich kundgegebenen Rechts- und Moralbegriffen gerichtet werden, so müßten ihre Spitzen und Helfer massenweise ins Zuchthaus wandern."

Vor kurzem wickelten sich vor dem Reichsgericht in Leipzig die Verhandlungen im Prozeß der Genossin Berta Thalheimer ab, die der Beihilfe zum Landesverrat angeklagt war. Das Delikt soll die Angeklagte durch die Versendung eines Flugblattes begangen haben, das die Arbeiter zum Massenstreik aus Anlaß der Verurteilung Karl Liebknechts aufforderte. Schlicht

*) Randglosse von Loewenfeldts: „Das habe ich nicht gesagt!"

**) Hier Randglosse von Loewenfeldts: „Den Widerstreit zwischen politischer und privater Moral wird auch das K.-M. nicht mit einer einfachen Verfügung lösen."

***) Hier Randglosse: „Am besten wäre es, wir würden diese Schwerverletzten los."

und anspruchslos, mit größtem Mut bekannte sich unsere Genossin zu ihrer Ueberzeugung und nahm ruhig und stolz das drakonische Urteil entgegen, das auf zwei Jahre Zuchthaus und Ehrverlust lautete.

Nach dem Durchlesen der „Dokumente der Schmach" und angesichts dieses Urteils drängt sich von selbst die Frage auf: Welche Strafe verdienen dann die Verbrecher, die die Geschicke des deutschen Volkes lenken, nachdem sie selbst durch ihre eigene amtliche Korrespondenz miteinander der offenkundigen Anstiftung und Erzwingung des Hoch- und Landesverrats unwiderleglich überführt worden sind und in ihrer ganzen widerwärtigen Nacktheit vor aller Welt am Pranger stehen!"

Politisches und Kritisches

Eine Lehre.

Ueber den Würzburger Parteitag der Regierungssozialisten ist nicht viel zu sagen. Selbst mehrere seiner Teilnehmer gestehen, daß er nur ein sehr dürftiges und unvollständiges Bild der deutschen Arbeiterbewegung gegeben habe. In der Tat bestand er wesentlich aus Parlamentariern und Parteiangestellten, die längst ihre Partie genommen hatten und sich nun gegenseitig die Trostgründe vorgaukelten, über „anarchosozialistische Utopien" und „praktische Politik" und sonstige Redewendungen, mit denen von alters her Renegaten ihren Verrat zu beschönigen pflegen.

Eins war jedoch an dem Parteitage bemerkenswert. Man erinnert sich, wie am 4. August 1914 der große Umfall begründet wurde. Der angebliche Hauptgrund war: die Organisation müsse vor dem Untergang bewahrt werden. Nur die Organisation müsse im Weltkriege intakt bleiben und über die Sturmflut gerettet werden, dann werde man schon alles nachholen. Oder wie es der Obertheoretiker Kautsky ausdrückte: dieser Krieg könne unmöglich so lange dauern, wie der Krieg von 1870. Nur für ein Weilchen sollten die Grundsätze in die Tasche gesteckt werden, damit die Organisation gerettet werde. Dann sollte die Welt schon sehen, wie wir auslegten und unsere Klinge führten.

Die Ergebnisse dieser Weisheit lagen auf dem Würzburger Parteitage vor, und sie waren zum Erbarmen. Spaltung auf der ganzen Linie, Mitgliederschwund von der stolzen Höhe von über einer Million auf einige 200 000, und obendrein geleerte Kassen sowohl bei der Partei wie bei den Gewerkschaften. Rein rechnerisch genommen, ist also das Opfer vom 4. August 1914 umsonst gebracht worden. Der Kultus der Organisation als Selbstzweck, als Fetisch führte naturgemäß erst dazu, das innere Mark der Bewegung zu zerstören; dann fiel auch die äußere Hülle dem Zersetzungsprozeß anheim.

So enthält der Würzburger Parteitag eine Lehre, wenn auch nicht für die Macher des Regierungssozialismus, an denen doch Hopfen und Malz verloren ist, wohl aber für die deutsche Arbeiterbewegung überhaupt.

Sicherlich ist es töricht, mit dem Kopf gegen die Wand zu rennen, aber es ist nicht minder töricht, den Kampf zu verschieben, bis man ihn nur mit

völliger Sicherheit des Sieges führen kann. Man verschiebt ihn damit auf den St. Nimmerleinstag, denn der Augenblick kommt nie, wo man kämpfen kann ohne die Gefahr, eine Niederlage zu erleiden. Was wäre das für ein Heer, das seine Waffen sorgsam in Zeughäusern verbirgt, aus Sorge, daß sie ihm im freien Felde genommen oder zerbrochen werden könnten!

In jedem Kampfe trägt die Kühnheit ihren Lohn schon in sich selbst, während es keinen bequemeren Weg in den Sumpf gibt, als die ängstliche Sorge, die Waffen zu erhalten, die man besitzt.

Immer nach Tradition!

In der Presse der Unabhängigen Sozialdemokratie wird behauptet, die vom Ebert-Vorstand angegebene Mitgliederzahl seiner Partei — 240 000 — sei irreführend. In Wirklichkeit seien dem Regierungssozialismus wohl nicht mehr als 170 000 treu geblieben. Demgegenüber stehen offiziell 120 000 Mitglieder der Unabhängigen Sozialdemokratie, die aber rasch im Zunehmen begriffen sind, so daß sich die beiden Organisationen an Stärke zur Zeit mindestens die Wage halten.

Diese Berechnungen werden schon sicher stimmen, aber . . . „wenn ich bloß was davon hätt'" . . . Unbelehrt durch alle Schrecken der Erfahrung, treiben die Sumpfleute genau denselben Kultus mit der Organisation, mit den „Instanzen", mit dem ganzen äußeren Apparat, wie es weiland die offizielle deutsche Sozialdemokratie trieb. Sie gebrauchen auch ihre Instanzen richtig dazu, um — ganz nach dem Scheidemann-Muster — die Opposition im Innern zu erdrosseln: siehe die Wirtschaft Dißmann & Co. in Frankfurt a. M., die über die Richtung „Internationale" auf eigene Faust einen kleinen Belagerungszustand verhängten und von ihren Berliner Zentralinstanzen darin gedeckt wurden. Sie veranstalteten auch schon nach alten bewährten Mustern den Hokuspokus der „roten Wochen" und erschaffen wie der liebe Herrgott in 7 Tagen Tausende fir und fertiger „Sozialdemokraten". Wie sie sich räusperte und wie sie spuckte, das haben sie der alten Partei richtig abgeguckt und wissen heute nichts besseres, als es getreulich nachzumachen.

Und über der Freude ob den „schönen Erfolgen" all dieser Methoden vergessen sie, sich die Frage vorzulegen, welche Bedeutung haben schließlich die 120 000 oder unseretwegen 200 000 „Organisierte" angesichts der niederschmetternden Tatsache, daß sich die ganze Masse der deutschen Arbeiterschaft, einschließlich dieser „Organisierten", den vierten Kriegswinter, das vierte Jahr Hunger, Elend, Greuel und Massenmord ruhig gefallen läßt, ohne sich zu mucksen und zu murren? Ueber der fleißigen Ameisenarbeit des Grashalmschleppens vergessen sie immer wieder den Bergsturz, der den Ameisenbau begraben hat.

Doch die schönste Blüte dieser „alten bewährten Taktik" zeigte die Reichstagsverhandlung über den Matrosenprozeß in Wilhelmshaven.

Die Michaelis-Regierung, die durch die Interpellation über die alldeutschen Machenschaften im Heere in die Enge getrieben war, griff zu der beliebten Waffe aus schöner alter Zeit. Um von sich die Blicke abzulenken

und einen vaterländischen Furor zu entfesseln, warf sie plötzlich den Wilhelmshavener Meuterei-Prozeß in die Debatte und rief das „Kreuzige!" gegen die Unabhängigen. Der Reichskanzler von Hindenburgs und der Alldeutschen Gnaden erklärte die Unabhängige Sozialdemokratie außerhalb des Gesetzes und des Burgfriedens.

Ein größeres Heil konnte, so scheint es, einer sozialistischen Partei nicht widerfahren. Von dieser Regierung des Völkermordes und des Belagerungszustandes öffentlich geächtet zu werden, ist ja eine Ehrung sondergleichen, ist ein politischer Sieg ersten Ranges. Endlich, endlich hörte man im Reichstag gegen die Sozialdemokratie wieder die Töne, die an eine Stätte gemahnten, wo geborene Todfeinde einander ins Weiße des Auges blicken. Die Kulisse des Burgfriedens war im Nu zerrissen, die Masken waren gefallen. Der Klassenkampf leuchtete wie ein greller Blitz in die Dunkelkammer hinein.

Statt nun mit entschlossenem Griff den Fehdehandschuh sofort aufzuheben und sich mit Stolz als die Geächteten zu bekennen, statt dem Prozeß von Wilhelmshaven sofort von der Tribüne des Reichstags den größtmöglichsten Widerhall zu verschaffen und die hingerichteten Matrosen als die wahren Helden des Weltkrieges, als Beispiel und Muster den Millionen vorzuhalten, die sich vom Imperialismus wie Kanonenfutter widerstandslos abschlachten lassen, statt der Regierung und dem heulenden Reichstag trotzig die Stirne zu bieten und den Kampf der Massen gegen den Weltkrieg mit allen Mitteln offen und mit größtem Nachdruck zu proklamieren, statt alles dessen führten die Unabhängigen ein Schauspiel der gekränkten Unschuld auf, daß es in den Ohren dröhnte. Einer nach dem andern stürmten sie auf die Tribüne und beschworen feierlich, daß sie von keinen „revolutionären Plänen" etwas wußten, geschweige solche unterstützten, im Gegenteil davor dringend „warnten". Sie beteuerten, daß sie nur „legale" Publikationen verbreiteten — „legale" Publikationen unter der Zensur! — und protestierten mit schäumender Entrüstung dagegen, daß man sie außerhalb des Rechts zu stellen beabsichtige — außerhalb des „Rechts" unter dem Belagerungszustand! — und daß der Reichskanzler den Trennungsstrich ziehen wolle.

„Jetzt wissen wir, wer Sie sind!" riefen sie dem Michaelis zu. Spiegelberg, ick kenne dir! Ha, Ruchloser, du bist entlarvt! Und dabei sind sie längst tatsächlich, wenn auch im geringeren Maße als die Gruppe „Internationale", außerhalb des „Rechts", das ja nur für die Alldeutschen und die Regierungssozialisten da ist!

Mit einem Wort, statt die glänzende von der Regierung gebotene Gelegenheit zu ergreifen, um vor aller Welt festzustellen, daß der Burgfriede in Deutschland ein ausgemachter Schwindel ist, statt mit einem Donnerwetter dreinzufahren und den schärfsten Klassenkampf ohne jede Rücksicht auf Gesetze des Belagerungszustandes und unvermeidliche Opfer den herrschenden Gewalten anzusagen und so ein Ereignis von internationaler geschichtlicher Bedeutung zu schaffen, haben sich die Haase-Dittmann hinter ihre lilienweiße Unschuld verschanzt und sich die schirmende Hilfe eines Naumann, eines Trimborn und eines Ebert verdient!

Ganz nach Tradition. So wie es Bebels Taktik war, stets entrüstet auf die „Legalität" zu pochen und auf allen internationalen Kongressen vor dem Staatsanwalt zu warnen, genau so machen es heute die Haase und Dittmann.

Nur mit einem kleinen Unterschied: Bebel hielt an der Legalität fest, als es noch immerhin eine „Legalität" gab, im Frieden, sozusagen in „normalen Zeiten". Die Haase und Dittmann mit Genossen aber klammern sich an die „Legalität" – unter dem Belagerungszustand, mitten im Weltkrieg, unter der Säbeldiktatur. Sie haben eben nicht bemerkt, daß die Zeit, die sie pietätvoll fortsetzen wollen, . . . das Zeitliche gesegnet hat.

Fürwahr – diesen Leuten ist schwer zu helfen . . .

Ein Aufruf an die deutschen Soldaten.

Der Vollzugsrat der 12. russischen Armee hinterließ bei der Räumung Rigas folgenden Aufruf:

„Deutsche Soldaten! Der Vollzugsausschuß der 12. Armee lenkt eure Aufmerksamkeit darauf, daß ihr für den Absolutismus kämpft gegen die Revolution, Freiheit und Gerechtigkeit. Euer Sieg bedeutet den Tod der Demokratie und der Freiheit. Wir verlassen Riga, wir wissen aber, daß die Revolution sich stärker und kraftvoller erweisen wird als die Macht der Kanonen. Wir sind dessen sicher, daß die deutschen Soldaten schließlich zusammen mit der russischen revolutionären Armee zum Sieg der Freiheit schreiten werden. Ihr seid heute stärker als wir, aber euer Sieg ist lediglich der Sieg der rohen physischen Kraft. Die moralische Kraft steht auf unserer Seite. Die Geschichte wird einst künden, daß das deutsche Proletariat gegen seine russischen Brüder marschierte und die internationale Solidarität preisgab. Diese Schuld kann nur dadurch gesühnt werden, daß ihr euch zum Schutze eurer eigenen Interessen wie derer der ganzen Welt erhebt, eure ganze Kraft gegen den Imperialismus zusammenfaßt und im Verein mit uns den Feind zu Boden werft."

Gleich nach Einnahme der Stadt durch die deutschen Truppen haben die Sieger den revolutionären Rigaer Arbeiterrat aufgelöst, seine Führer verhaftet und ins Gefängnis gesteckt und den auf Grund des neuen demokratischen Stimmrechts gewählten Gemeinderat mitsamt seiner sozialistischen Mehrheit gewaltsam abgesetzt. Die deutschen Soldaten, an die sich der Aufruf wendet, darunter zahlreiche Mitglieder der „völkerbefreienden Sozialdemokratie", sahen dem Schauspiel mit unerschütterlicher Seelenruhe zu; sie führten die Befehle gehorsamst aus und betätigten sich – ohne mit der Wimper zu zucken – als Schergen und Henker der jungen russischen Freiheit . . . Der Aufruf hat recht: diese Schmach wird einst die Geschichte künden . . . .

Die geschichtliche Verantwortung.

Nach dem Waffenstillstand ist der Sonderfriede zwischen Deutschland und Rußland nur noch eine Zeitfrage. Die künftige Geschichte wird sicher unter anderen Momentbildern aus dem Weltkriege auch die Grimassen des deutschen Halbabsolutismus festhalten, mit denen er die „Schnorrer und Verschwörer" als „legale Machthaber" anerkennt, feierlich den Grundsatz der Nichteinmischung in fremde Staatsangelegenheiten proklamiert und die Umstürzler an der Newa vor den „Verleumdungen der Entente" in Schutz nimmt. Der Königsberger Prozeß, die Spitzelhetze hinter den Russen, die Schergendienste an den Zarismus, – alles vergessen. Weshalb auch nicht? Wenn die deutsche Sozialdemokratie das Erfurter Programm vergessen hat, warum soll die deutsche Regierung Bagatellen wie den Königsberger Prozeß nicht vergessen? Das Eine bedingt das Andere.

Nur im felsenfesten Vertrauen auf den unerschütterlichen Stumpfsinn der deutschen Volksmassen konnte sich die deutsche Reaktion das gewagte Experiment leisten, in die Hand der Petersburger „Mordbrenner", die eben erst Thron, Altar, Zinsenzahlung auf auswärtige Anleihen, Stände, Titel und diverse andere sakrosankte Sachen auf den Müllhaufen geworfen haben, die widerspenstige Höchstkommandierende zum Fenster des Eisenbahnwagens heraushängen und lästige Prinzen von Geblüt ins Loch stecken, – in diese „ruchlose" Hand einzuschlagen. Der preußisch-deutsche Halbabsolutismus in traulichen Verhandlungen mit den Lenin und Trotzki, die erst vor ein paar Jahren um das Berliner Polizeipräsidium einen weiten Bogen machen mußten! . . . Wer erinnert sich da nicht an die köstliche Szene in „Mein Onkel Benjamin", wo der stolze und hochmütige Herr Graf, dem eine Fischgräte im Halse stecken geblieben ist, den verachteten bürgerlichen Doktor auf einen für gewöhnlich bedeckten Körperteil küßt, nur um sich seine rettende Hilfe zu sichern. Not kennt kein Gebot, sagte schon Reichskanzler Bethmann Hollweg. Wie viel lieber würden die Hindenburg und Ludendorff ihre dicke Berta mit der „Bande" in Petersburg reden lassen! . . . Doch stille! Solche Herzenswünsche müssen einer späteren Gelegenheit vorbehalten bleiben. Vorläufig kommt die Petersburger „Bande" höchst gelegen, und ihr umstürzlerisches Friedensevangelium klingt dem deutschen Imperialismus wie reine Himmelsmusik.

Trotzki hat nach Presseberichten im Zentralausschuß der Sowjets mehrfach Reden über die internationale Lage gehalten, worin er die Wirkungen des russischen Friedensangebots auf alle Länder in rosigstem Licht schilderte. Das westliche Europa zeige, daß die „kühnsten Hoffnungen" der russischen Sowjets in Erfüllung gegangen und der allgemeine Frieden auf dem besten Wege zur Verwirklichung sei.

Wenn diese Presseberichte stimmen, dann muß allerdings in Trotzkis schäumenden Wein viel Wasser gegossen werden. Es ist psychologisch be-

greiflich, daß die Bolschewisten in ihrer Situation jetzt das Bedürfnis haben, in der entscheidenden Frage, der des Friedens, ihre Politik als vom Erfolge gekrönt anzusehen und sie auch so vor dem russischen Volke hinzustellen. Nüchterne Betrachtung der Dinge zeigt sie in anderem Lichte.

Die nächste Wirkung des Waffenstillstandes im Osten wird nur die sein, daß deutsche Truppen vom Osten nach dem Westen dirigiert werden. Vielmehr: sie sind es schon. Mochten Trotzki und Genossen wiederum sich und den Sowjet damit trösten, daß sie als Bedingung des Waffenstillstandes die Verpflichtung erwirken wollten, keine Truppenverschiebungen vorzunehmen, um den Westmächten nicht in den Rücken zu fallen. Die deutschen Militärs dürften sich bei dieser Ankündigung ins Fäustchen gelacht haben, da sie jedenfalls auch wissen, wo Bartel den Most holt. Zu Hunderttausenden sind deutsche Truppen noch vor der Unterzeichnung des Waffenstillstandes von Rußland nach Italien und Flandern verladen worden. Die letzten blutigen deutschen Vorstöße bei Cambrai und im Süden, die neuen „glänzenden" Erfolge in Italien sind bereits Wirkungen des bolschewistischen Novemberumsturzes in Petersburg.

Noch warm von Verbrüderungsszenen mit russischen revolutionären Soldaten, von gemeinsamen photographischen Gruppenaufnahmen, Gesängen und Hochs auf die Internationale, stürzen sich bereits die deutschen „Genossen" mit aufgekrempelten Aermeln in heldenmütigen Massenaktionen ins Feuer, um ihrerseits französische, englische und italienische Proletarier abzuschlachten. Durch die frische Massenzufuhr deutschen Kanonenfutters wird das Gemetzel an der ganzen West- und Südfront mit zehnfacher Kraft auflodern. Daß Frankreich, England und Amerika dadurch zu äußersten verzweifelten Anstrengungen veranlaßt werden, liegt auf der Hand. Und so ergeben sich als nächste Wirkungen des russischen Waffenstillstandes und des ihm auf dem Fuße folgenden Sonderfriedens im Osten nicht die Beschleunigung des allgemeinen Friedens, sondern erstens, die Verlängerung des Völkermordens und ungeheuere Steigerung seines blutigen Charakters, was auf beiden Seiten Opfer fordern wird, gegen die alles bisherige erblassen dürfte; zweitens, – eine enorme Stärkung der militärischen Position Deutschlands und damit seiner verwegensten Annerionspläne und Appetite.

Im Osten ist die Annerion Polens, Litauens und Kurlands, sei es in offener oder vorerst noch verschleierter Form, zwischen den Mittelmächten eine abgemachte Sache, und der deutsche Imperialismus rechnet natürlich angesichts der tatsächlichen Stellung Rußlands mit dessen ernstem Widerstand bei den Sonderfriedensverhandlungen überhaupt nicht mehr.

Aber auch im Westen gedenkt es nunmehr, jeder Sorge im Osten entledigt und mit frischen Reserven versehen, ganz anders aufzuspielen als früher. Die durch seine bisherige prekäre Lage erzwungene Maske der tugendhaften Enthaltsamkeit wird er nächstens lachend den Scheidemännern in den Schoß schmeißen, und, wenn Gott gibt, der ja bekanntlich mit den stärksten Bataillonen ist, einen „d e u t s c h e n Frieden" diktieren. In ihren jüngsten Reden pfeifen auch bereits die Czernin und Konsorten aus einem ganz anderen Loch, als zur Zeit der päpstlichen Friedensnote.

So liegen die Dinge, und die Bolschewisten begehen eine Selbsttäuschung, wenn sie im Lichte ihres Sonderfriedens auch den Himmel des allgemeinen Friedens voller Baßgeigen hängen sehen. Die „dritten Lachenden" bei der russischen Revolution sind bis jetzt einzig und allein – Hindenburg und die Alldeutschen.

Wenn sich jedoch so Dinge und Wirkungen in ihr Gegenteil verkehren, so ist die Schuld keineswegs in erster Linie auf Seiten der Russen zu suchen. Sie waren vor vornherein in der fatalen Lage, zwischen zwei Trachten Prügel wählen zu müssen: entweder der Entente Vorspanndienste zu leisten oder dem deutschen Imperialismus. Das erstere erheischte aber die Fortsetzung des Krieges, das zweite – den Friedensschluß. Was Wunder, daß sie schließlich das letztere wählten!

Die ganze Rechnung des russischen Friedenskampfes beruhte nämlich auf der stillschweigenden Voraussetzung, daß die Revolution in Rußland das Signal zur revolutionären Erhebung des Proletariats im Westen: in Frankreich, England und Italien, vor allem aber in Deutschland werden sollte. In diesem Falle allein, dann aber unzweifelhaft, wäre die russische Revolution der Anfang zum allgemeinen Frieden geworden. Dies blieb bis jetzt aus. Die russische Revolution ist, abgesehen von einigen tapferen Anstrengungen des italienischen Proletariats, von den Proletariern aller Länder im Stich gelassen worden. Die Klassenpolitik des Proletariats, von Hause aus und in ihrem Kernwesen international wie sie ist, kann aber nur international verwirklicht werden. Bleibt sie nur auf ein Land beschränkt, während die Arbeiterschaft anderer Länder bürgerliche Politik treibt, dann wird auch die Aktion des revolutionären Vortupps in ihren weiteren Folgen auf den Kopf gestellt. Und so ist auch die einzige bisherige internationale Wirkung der russischen Revolution: eine gewaltige Machtstärkung des deutschen Imperialismus und eine allgemeine Verschärfung des Weltkrieges. Die Schuld an diesem tragischen geschichtlichen Quidproquo fällt in erster Linie auf das deutsche Proletariat. Auf ihm ruht die Hauptverantwortung vor der Geschichte für die ungeheuren Blutströme, die nunmehr vergossen werden, wie für die sozialen und politischen Folgen einer möglichen Niederringung der Weststaaten durch den triumphierenden deutschen Imperialismus. Denn nur die standhafte Kadaverhaltung des deutschen Proletariats hat die russischen Revolutionäre dazu gedrängt, mit dem deutschen Imperialismus, als der einzigen herrschenden Macht in Deutschland, einen Frieden zu schließen. Und nur dieselbe Kadaverhaltung hat es dem deutschen Imperialismus ermöglicht, die russische Revolution für sich auszunützen.

Ob die deutschen Arbeiter die Ohrfeige nicht spüren, die für sie darin liegt, daß ihre Machthaber so ungescheut vor der roten Jakobinermütze in Petersburg salutieren, in demselben Augenblick, wo sie die deutsche mit Verlaub zu sagen Volsvertretung wie einen Hund in die Bude geschickt und dem deutschen Volke den Maulkorb nochmals befestigt haben? Die deutschen „Arbeiterführer" scheinen allerdings die Liebkosung nicht zu merken. Sie beharren dabei – auch die „Unabhängigen" –, der deutschen Regierung noch kräftig zuzureden daß sie ja die gute Gelegenheit nicht verpasse, sich nicht

spröde zeige, die „russische Friedenshand" nicht zurückweise. Unbesorgt, Ihr guten Leute, – die Gelegenheit, sich von den Petersburger Jakobinern Kastanien aus dem Feuer holen zu lassen, läßt sich der deutsche Imperialismus sicher nicht entgehen. Die „Arbeiterführer" brauchen sich da garnicht in Unkosten zu stürzen.

Und angesichts dieser Wendung, die aus einem Friedensschluß die Verlängerung des Krieges, aus dem revolutionären Siege des russischen Proletariats die größte Machtstärkung des deutschen Halbabsolutismus macht, finden auch die „Arbeitsgemeinschaftler" nichts dringenderes als die Bekanntgabe der „Kriegsziele" der deutschen Regierung zu fordern! „Wo bleiben die deutschen Kriegsziele?" ruft die „Leipziger Volkszeitung". Die „unabhängigen" Grammophone haben nun einmal nur diese Platte und können sie nur immer wieder herunterleiern. „Wenn die deutsche Regierung bei ihrer bisherigen Politik beharrt, so droht diese Gefahr – die Fortsetzung des Krieges bis zum Weißbluten, bis zur völligen Katastrophe Europas – trotz der Friedensbereitschaft der Russen!" So schließt drohend das Leipziger Parteiorgan seine hundertste Ermahnung an die deutsche Regierung.

Ach, du lieber Himmel, die deutsche Regierung wird natürlich bei „ihrer bisherigen Politik" weiter beharren. Wir wüßten auch nicht, daß sie als „geschäftsführender Ausschuß der herrschenden Klassen" ihre Politik irgend zu ändern Grund hätte. Wer die bisherige Politik zu ändern allen Anlaß hat, ist die deutsche Arbeiterklasse. An ihr liegt es – soll der Krieg nicht zum allgemeinen Untergang oder zum Triumph der krassesten deutschen Reaktion führen – die „bisherige Politik", nämlich die Politik des Kanonenfutters abzuschütteln und ihre „Kriegsziele" gegen den Imperialismus öffentlich „bekannt zu geben."

Der allgemeine Friede läßt sich ohne Umsturz der herrschenden Macht in Deutschland nicht erreichen. Nur mit der Fackel der Revolution, nur im offenen Massenkampfe um die politische Macht, um die Volksherrschaft und die Republik in Deutschland läßt sich jetzt das erneute Auflodern des Völkermordens und der Triumph der deutschen Annerionisten im Osten und Westen verhindern. Die deutschen Arbeiter sind jetzt berufen, die Botschaft der Revolution und des Friedens vom Osten nach dem Westen zu tragen. Hier hilft kein Mundspitzen, hier muß gepfiffen werden.

Und nun?

Nachdem der „Vorwärts" seinen Glauben, mit der Stockholmer Konferenz die neue Zeitrechnung beginnen zu können, hat fahren lassen, hat er nunmehr den revolutionären Willen gefunden, es bei der alten Welt vorläufig wieder zu belassen und nur ein neues Kapitel darinnen zu beginnen. Ein neues Kapitel in der festgegründeten alten Welt umso lieber, als sie ihm jetzt noch einmal späte Rosen erblühen läßt: einerseits die neue Regierung, die nach dem Berliner Patriotenorgan dem neuen Kapitel die Ueberschrift geben soll. Und die der Sozialdemokratie Scheidemannschen Zeichens den Schmuck verleiht, Regierungsstütze sein zu dürfen und in der die Scheide-

männerei wiederum vertreten ist durch ihren Vertrauensmann Payer, der Karl Liebknecht ans Messer geliefert hat. Andrerseits aber – die zweite Rose – hat der „Vorwärts" Sommerliebling Kerenski einer neuen Liebe Platz gemacht. Die Bolschewisten nehmen jetzt allen Raum ein in seinem Herzen und in seinen Spalten. Sie, die ehedem die verachteten Träger der sogenannten „russischen Methoden" waren – das Schlagwort, mit dem man dereinst auf den Parteitagen allen gut gesinnten Genossen das Gruseln beibrachte, – die „Putschisten" und „Anarchosozialisten" von vor drei Monaten noch, sind nach und nach in Gunst und Ansehen gestiegen: immer stürmischer ward die Liebe und jetzt gar erscheint Herr Scheidemann nicht mehr ohne ein leninsches revolutionäres Bekleidungsstück in der Oeffentlichkeit; mit Bedeutung läßt er jeden Tag mit nach Petersburg weisender Geste verkünden: Ja so zwei, wie wir zwei, so zwei gibts nicht mehr auf der Welt. Und wenn etwa Lenin die angebotene und annektierte Duzbrüderschaft wird kompromittierlich erscheinen, so wird auch Herr Scheidemann sich entschuldigen wollen mit jenem Worte der Philine: „Wenn ich dich liebe, was gehts dich an".

Doch, sie geht uns alle an, jene von Scheidemann markierte und travestierte Seelenverwandschaft mit den Führern der russischen Revolution ist eigentümlich, zumal in ihrem jetzigen Stadium: das Proletariat hat in Rußland die Macht ergriffen, das Proletariat herrscht aus eigener Kraft und es hat die Macht errungen mit der im proletarischen Kampf einzigen und schärfsten Waffe. In Rußland hat das Proletariat einen Kerenski, der noch vor drei Monaten in den Augen des „Vorwärts" ein richtiggehender Revolutionär war, Lebewohl gesagt in dem Augenblick, in dem der „Vorwärts" den reaktionären Pfaffen Hertling als den Befreier Deutschlands preist. In Rußland hat das Proletariat begonnen, den bisher herrschenden Klassen seine Diktatur aufzuerlegen in dem Augenblick, in dem Scheidemann seine lustlose Meute hinter dem preußischen Wahlrecht herhetzt, das keinen Toten lebendig und keinen Hungrigen satt macht. In Rußland hat das Proletariat seine Imperialisten zu Tode getroffen mit der Veröffentlichung der geheimen Verträge und der „Vorwärts" nennt das eine revolutionäre Tat in dem Augenblick, in dem seine Hintermänner sich zum neunundneunzigsten Male in die Kommissions-Dunkelkammer zurückziehen und die Ausführungen des Herrn v. Kühlmann für „streng vertraulich" erklärt lassen.

Doch all das wäre nicht schlimm. Die russischen Revolutionäre sind von der britischen Regierung als ein Banditenhaufen bezeichnet worden, das französische Regierungsblatt „Le Temps" hat die Revolution mit einer Räuberhöhle verglichen, warum soll es diesen Männern nicht auch geschehen, von den Herren Scheidemann und Stampfer als ihresgleichen begrüßt zu werden? Schlimmer und wirklich schlimm ist, wie diese Herren wiederum versuchen, die proletarische Revolution in Rußland zu meucheln.

Das russische Volk, das russische Proletariat will den Frieden. Es hat sich in ergreifenden Worten an seine Brüder in allen Ländern gewendet. Es will den Frieden, den die Völker unter sich schließen. Und was machen die Scheidemänner daraus. Schon wetzen sie die Federhalter, um nach Mauscheln und Mogeln und Hand in Hand mit Hertling und mit Kühl-

mann den Frieden zu schließen, den zu schließen sie im November 1916 mit dem Zaren, im Frühjahr 1917 mit Kerenski bereit waren. Den Frieden, den Bethmann Hollweg die Befreiung der Völker zwischen Baltik und Pripjet, den Hertling die Selbstbestimmung dieser Völker heißt. Den Frieden, der für Deutschland bedeutet: Steigerung der wirtschaftlichen Expansion nach Osten, die Möglichkeit, die gesamte Heeresmacht gegen die Westmächte zu wenden und dort von neuem die Jagd zu beginnen nach dem vollen militärischen Sieg.

Daß die deutsche Regierung so handelt, ist vom Standpunkt der Interessen, die sie vertritt, verständlich. Daß die Scheidemänner weiterhin die Attrappe spielen, hinter der sich die imperialistischen Strömungen und Gelüste verbergen, ist nichts Neues mehr. Gefährlich aber ist, wenn auch von anderer Seite immer wieder die Regierung beschworen wird, sie möchte nun ja die imperialistischen Wünsche lassen und sich auf den tugendsamen Weg der Verständigung begeben. Das von der deutschen Regierung verlangen heißt von dem Ochsen verlangen, daß er Milch gebe. Die deutsche Regierung wie die jedes anderen kapitalistischen Staates wird imperialistisch sein oder sie wird nicht sein.

Die Russen aber, sie müssen handeln. Die Arbeiterklasse hat dort die Macht. Sie ist im Innern Siegerin. Sie ruft mit lauter Stimme hinaus nach ihren Brüdern in der Welt. Und statt der Brüder antwortet ihr der heisere Schakalschrei zünftiger Diplomaten. Die Stunde ist von höchstem Ernst, von höchster Tragik für das russische Proletariat, für das Proletariat der Welt. Antworten nur die Diplomaten, – sollen die Russen dann den Sonderfrieden schließen mit der deutschen Diplomatie, was heißen würde: Fortsetzung des Mordens für die deutschen, die französischen, die englischen Proletarier? Sollen sie selber weiter waten durch das Meer von Blut, um, nachdem der eigene Imperialismus gestürzt, den der fremden Länder zu besiegen? Zu besiegen, indem man weiter Proletarier totschlägt?

Ein furchtbarer Knoten ist in Rußland geschürzt: das Schwert, das ihn zerhauen soll, liegt nicht in Rußland.

Die russischen Proletarier haben ihre Hand hinausgestreckt nach ihren Brüdern. Soll sie ins Leere greifen?

Deutscher Proletarier: was nun?

Nicht nach Schema F.

Es geht in Rußland entschieden nicht nach Schema F. Kautsky, der Theoretiker, vermißt in der Berufsstatistik Rußlands, das ein vorwiegend agrarisches Land ist, den Nachweis für seine ökonomische Reife zur sozialen Revolution. Er vergißt, daß nach der Berufsstatistik sowohl die große Revolution in Frankreich, wie die Märzrevolution in Deutschland garnicht hätten stattfinden dürfen.

Was ists also mit der Statistik und mit dem historischen Materialismus? In Deutschland, wo nach der Statistik das volle Reifeattest für die

proletarische Machtergreifung vorliegt, erlebt ein mittelalterlicher Halbabsolutismus die schönsten Tage. In Rußland, das nach der Statistik ökonomisch und sozial rückständig ist, hat das städtische Proletariat, gestützt auf das Bauerntum, bereits das Staatsruder ergriffen.

Der große Theoretiker des Sumpfes und alle, so mit ihm voller Wohlwollen, aber zugleich voller Pessimismus im Herzen auf den Umsturz in Rußland blicken, hätten vielleicht recht, wenn Rußland auf dem Monde wäre. Rußland ist aber wirtschaftlich wie politisch nur ein Teil Europas. In der blauen Luft der Abstraktion lieben es die marxistischen Theoretiker vom Schlage Kautskys über die Weltwirtschaft, die internationale Entwicklung und ihre Zusammenhänge zu spintisieren. Sobald sie jedoch auf der flachen Erde mit der Nase auf die Zusammenhänge gestoßen werden, fallen sie unversehens in rein bürgerliche Denkweise zurück: die Staatsgrenze bildet für sie auch die Grenze sozialer Kräfte und Wirkungen. Rußland tritt für sich als isolierte Welt auf, Deutschland für sich usw.

Ob Rußland für die soziale Revolution reif sei? Eine höchst geniale Frage dies! Als ob die soziale Revolution eine „nationale" Angelegenheit wäre, die in den Grenzen Rußlands ihre Triebkräfte und ihre Erledigung findet.

Was von diesen wohlwollenden Gönnern der russischen Umwälzung vergessen wird, ist, daß diese Umwälzung in ihrem besonderen Verlauf nur als ein Produkt nicht der russischen allein, sondern der Weltentwicklung des Kapitalismus und seiner Klassengegensätze möglich war.

Es ist stets mehr oder weniger Sache des sogen. Zufalls, d. h. der äußerlich verborgenen Zusammenwirkung vieler historischer Umstände, welches Land in jeder zur Revolution reifen Epoche die Initiative und die Führung übernimmt. Im letzten Drittel des 18. und bis Mitte des 19. Jahrhunderts war England, genau wie heute, kapitalistisch viel weiter entwickelt als Frankreich. Und doch hat nicht England, sondern Frankreich die politische Führung Europas in dieser Periode übernommen, ihm durch jede seiner Zuckungen neue Impulse mitgeteilt.

Jetzt hat Rußland die Initiative der sozialen Erneuerung Europas zum Teil gerade, weil es mit der eigenen sozialen Entwicklung bedeutend im Nachtrab ist. In Rußland vereinigt sich die so lange unter dem Druck des Absolutismus zurückgedämmte revolutionäre Energie der modernen kapitalistischen Klassengegensätze: einerseits mit der gewaltigen Spannung der ungelösten – und im Rahmen des bürgerlichen Staates unlösbaren – Agrarfrage, andererseits mit der reifsten proletarischen Ideologie, die der Westen produziert hat: mit dem wissenschaftlichen Sozialismus.

Just in dem Moment, wo diese Ideologie in ihrem Wiegenland, in Deutschland, sich als toter Buchstabe ohne jede belebende Wirkung auf das Denken und Fühlen der Massen erweist, lodert sie drüben wie eine Feuersäule in einer der mächtigsten Taten der Weltgeschichte auf und legt so gerade für ihren Grundgedanken ein flammendes Zeugnis ab: für ihre Internationalität.

Das russische Proletariat ist eben nur als Avantgarde des Weltproletariats aufzufassen, die in ihren Bewegungen den Reifegrad der internatio-

nalen Klassengegensätze zum Ausdruck bringt. Es ist Deutschlands Entwicklung, Englands Entwicklung, Frankreichs Entwicklung, was jetzt in Petersburg zum Wort kommt.

Darin liegt das Schicksal der russischen Revolution, darin ihr Glück und Ende eingeschlossen. Sie kann lediglich als Prolog der europäischen Revolution des Proletariats ihr Ziel erreichen. Werden hingegen die europäischen, die deutschen Arbeiter dem spannenden Schauspiel weiter wohlwollend zuschauen und nur die Zaungäste spielen, dann darf die russische Sowjetherrschaft nichts anderes gewärtigen als das Geschick der Pariser Kommune.

Diese inneren Zusammenhänge äußern sich schon jetzt in allerlei sichtbaren Hemmungen der bolschewistischen Politik.

Nur aus dem verzweifelten Tasten nach irgendwelchen Ansatzpunkten für eine proletarische Aktion in Deutschland kann man es z. B. erklären, wenn auch nicht entschuldigen, daß die Bolschewisten sich zuguterletzt sogar mit dem deutschen Regierungssozialismus in ein Techtelmechtel eingelassen haben. Daß sie mit den Hindenburg und Hertling verhandeln, mag in ihren Augen nicht mehr als traurige Notwendigkeit erscheinen, die zwar ein grelles Licht auf die deutschen Zustände, aber keinen Schatten auf die Petersburger Machthaber werfe. Daß sie aber die revolutionäre Infizierung der deutschen Massen durch so schmutzige Kanäle wie Parvus-Scheidemann versuchten, sollte auch für sie eine zerfahrene Zweideutigkeit bedeuten, die zu der sonstigen äußerlichen Sittenstrenge und Unduldsamkeit der Bolschewisten wie die Faust aufs Auge paßt.

Als viel wichtiger und schwerer kann sich eine andere Schiefheit erweisen: „Das Selbstbestimmungsrecht der Nationen", mit dem die Sowjet-Regierung soviel herumfuchtelt.

Es gibt in Wirklichkeit nur eine Form der Selbstbestimmung der Nationen, die kein Hohn auf dieses „Recht" ist: das ist die Revolution des Proletariats, als der Masse des Volkes in jeder Nation. Abgesehen von diesem Fall, im Rahmen des bürgerlichen Staates, ist das „Selbstbestimmungsrecht der Nation" eine hohle Phrase, die in der Praxis stets die Volksmasse den herrschenden Klassen ausliefert.

Es ist freilich Aufgabe des revolutionären Proletariats, überall die weitgehendste politische Demokratie und Gleichberechtigung der Nationalitäten durchzuführen, es kann aber am allerwenigsten seine Sorge sein, die Welt mit neugebackenen nationalen Klassenstaaten zu beglücken. An dem Apparat der staatlichen Selbständigkeit nach außen, die mit Demokratie garnichts zu tun hat, ist nur die Bourgeoisie in jeder Nation interessiert. Ist doch die staatliche Selbständigkeit selbst ein schillerndes Ding, das oft genug zur Bemäntelung des Völkerschachers dient.

So wird auch eine bei den Friedensverhandlungen oder später vollzogene Annexion Polens, Litauens und Kurlands durch die Mittelmächte ganz sicher als ein Wunsch der betreffenden Nationen ausstaffiert werden. Nichts leichter, als in jeder Nation die nötigen „Minister" vom Schlage Kucharzewskis und ähnlicher Krapülinskis zu finden, die gehorsame Mameluken des deutschen Militarismus abgeben, weil sie mit seiner Hilfe hoffen

dürfen, über das eigene Volk eine skrupellose Klassenherrschaft errichten zu können.

Die Bolschewisten dürften deshalb im weiteren Verlauf der Dinge mannigfach an den Stacheln dieser von ihnen so unbedacht propagierten Phrase hängen bleiben.

Ja, sie begehen manche Fehler und werden deren wahrscheinlich noch viel mehr begehen. Aber so pflegt es eben stets bei großen historischen Umwälzungen herzugehen. Tadellos und nach dem Schnürchen verlaufen die Dinge nur in Konventikeln oder auch bei Massenparteien, die ein politisches Scheindasein führen und Scheinkämpfe ausfechten wie die weiland deutsche Sozialdemokratie. Bei den unvergeßlichen Riesendemonstrationen für das preußische Wahlrecht im Treptower Park und im Tiergarten, wo wir unter Eugen Ernsts trefflicher Führung ein Dutzend Berliner Schutzleute so genial hinters Licht geführt haben, klappte freilich alles aufs glorreichste. Abgesehen etwa von der Kleinigkeit, daß die Riesenmassen schließlich vor demselben Dutzend berittener Schutzleute, sobald diese blankgezogen hatten, unter Eugen Ernsts Führung derart eiligen Reißaus nahmen, daß die Polizeigäule vor Staubwolken nicht aus dem Prusten kamen. Im Uebrigen verlief jedoch alles glänzend.

So tadellos geht es aber gemeiniglich bei wirklichen großen historischen Auseinandersetzungen nicht zu. Die Bolschewisten mögen denn auch sicher noch viele Fehler begehen. Aber auf sie paßt das Wort Lessings von dem edlen Pferd, das nie mehr Funken aus den Steinen schlage, als wenn es stolpere. Und die spätere Geschichte wird über sie sicher urteilen wie der alte Ziegler am Grabe Lasalles urteilte: „Er war ein Mensch mit tausend Fehlern, ja Lastern, aber er war ein ganzer Mensch."

Wie wird die Geschichte über die russische Arbeiterklasse urteilen?

Die Reifeprüfung.

Das Berliner „Mitteilungsblatt" ruft in seiner Betrachtung zur preußischen Wahlrechtsvorlage eine Erinnerung wach. Die Erinnerung an den ersten Wahlrechtssonntag im Januar 1906: die ersten Straßendemonstrationen, von der preußischen Polizei siegreich gebändigt durch Straßenpolizeiverordnung und Schutzmannsplempe. Das „Mitteilungsblatt" hätte die Erinnerung weiter wachrufen können an die Vorgänge 1910 und 1911. Zum ersten Mal, seit sich das Proletariat als Klasse politisch organisiert, daß es versuchte, ein Recht, das preußische Wahlrecht, zu erzwingen außerhalb der jedem Preußen mit seiner Geburt vorgeordneten Instanzen. Die Instanzen des Staates waren vielleicht zu zwingen, die Instanzen der „revolutionären" Partei aber waren unbezwinglich. Die unendliche Weisheit und Güte, die ihnen der liebe Gott mit auf ihren Lebensweg gegeben, verbot es ihnen, drei Tröpfchen jenes Menschenblutes für ein proletarisches Ziel zu opfern, das jetzt in Strömen für ein kapitalistisches geflossen ist. Sie dachten: Zeit bringt Rosen. Und siehe, die Politik des „wait and see" – abwarten, zusehen – trägt Früchte. Im Jahre des Heils 1917 bringt die königlich

preußische Regierung das, was das Verlangen des Proletariats von 1910 gewesen war: das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht. Ein Vorgang, den das armselige Bureaukratentum, das die Begründung dazu geliefert hat, in keine andere Form zu kleiden weiß, als — wohl in Erinnerung an eigene Vergangenheit — in das Bild des mühselig durchschwitzten und nach langer Müh und Pein doch endlich von den Professoren gebilligten Abiturientenexamens.

„Es handelt sich — meint das Schulmeisterlein — um einen Akt des Vertrauens in das Volk, das in dem schweren Schicksal des Krieges seine Reife erwiesen hat."

Und die um den „Vorwärts" nehmen im Gefühle lange verkannter, nunmehr aber um so strahlender sich gebender Tugend diese Begründung an: sie werden sich in alle Zeiten bestreben, sich des in sie gesetzten Vertrauens würdig zu erweisen. Daneben verschwindet die an der Vorlage geübte Kritik völlig: wenn herumgemäkelt wird, daß die dreijährige Frist für die Erwerbung des Wahlrechts zu lange, der einjährige Aufenthalt im Wahlbezirk schikanös sei und ähnlicher Beschwerden mehr, als wenn, um im Abiturientenbild zu bleiben, der Prüfungs-Kandidat meint, er habe, wenn es gerecht zugegangen wäre, doch in Geschichte eine halbe und in Geographie eine ganze Note besser verdient.

Man wird aber wohl, wenn man diese Art Kritik an der Wahlrechtsvorlage verwirft, noch lange nicht sie zu billigen brauchen, die das „Mitteilungsblatt" seinerseits anstellt. Es erhebt das alte und bewährte Gerüste von der Konzession, — „eine Abschlagszahlung" — und wähnt, so den Appetit nach Mehrerem und gar Größerem reizen zu können. Stellt man sich so, so verkennt man beides: die objektive Bedeutung, die diese Vorlage im Augenblick hat, und die subjektive, die sie nach dem Willen ihrer Väter und Vertreter haben soll.

Um von dem Letzten zu beginnen: die preußische Wahlrechtsvorlage wurde geboren in den Tagen, in denen die russische Revolution sich eben rührte: an einem Mittwoch oder Donnerstag fielen die ersten Schläge in St. Petersburg, am folgenden Montag wurde das Geschehene der größeren europäischen Oeffentlichkeit bekannt, und zwischen diesem Mittwoch und dem Montag erschien der wohl besser informierte Herr Bethmann Hollweg im preußischen Landtag, um — unerwartet für jedermann — sein Wehe zu rufen über den Staatsmann, der die Zeichen der Zeit nicht zu deuten verstand. Er muß damals nicht heiterster und zuversichtlichster Stimmung gewesen sein: die „Kölnische Zeitung" bestätigte, daß, wer in der Nähe des Kanzlers gestanden, gesehen habe, wie er am ganzen Leibe zitterte. Daß diese Gemütsverfassung in den herrschenden Klassen bestand und besteht, mag — aus einer Unzahl anderer Zeugnisse heraus — durch die Worte des Herrn Dr. Pachnicke bewiesen werden, der noch jetzt während der Debatten im Landtag sagte: „Die Ankündigung des gleichen Wahlrechts war ein Ventil für die Spannungen, wie sie in einem langen Kriege entstehen. Wehe der Hand, die dieses Ventil wieder zu schließen versucht." Wiederum: wehe! Aber wehe nicht denen, die bisher das Wahlrecht wollten, sondern denen, die es fünfzig Jahre versagten. Sie sind es, die jetzt des Wahlrechts bedürfen. Zu

welchem Zwecke? Herr Pachnicke spricht von dem Ventil. Man könnte ein anderes Bild gebrauchen. In den drei Jahren dieses Krieges hat sich über den Häuptern der Herrschenden ein Gewittersturm zusammengezogen. Der droht sich zu entladen. Der Regenschirm, der dagegen gebraucht wird, heißt preußisches Wahlrecht. Der wird jetzt aufgespannt. Der Erfinder des Regenschirms war aber sicher nicht Zoreas, der Herrscher der Winde, sondern ein armes Bäuerlein, das seine Gewalt fürchtete. Damit wäre an sich schon die Stellung des Proletariats gegeben gegenüber der Wahlrechtsreform in dieſem Augenblick.

Eine Stellung, die sich nicht zu ändern braucht, wenn man die objektive Bedeutung der Reform betrachtet. Wir Sozialisten gehen davon aus, daß im Staate sich zwei Klassen gegenüberstehen: die Besitzenden und die Proletarier. Sie stehen miteinander in einer Beziehung, die heißen wir die Ausbeutung. Die Ausbeutung war in all den Jahren des Friedens sozusagen die normale: die rein ökonomische, Hand in Hand gehend mit der sozusagen normalen politischen Beherrschung. Im Rahmen dieses Verhältnisses war der Kampf auch um das preußische Wahlrecht ein Kampf für das revolutionäre Streben des Proletariats, gegen die konterrevolutionären Ziele der Herrschenden. Jene „normale" Beziehung hat aber seit drei Jahren sich geändert. Der Proletarier ist nicht mehr der nur am Webstuhl, am Schraubstock Ausgebeutete. Er steht in den Schützengräben, liegt in den Granatlöchern. Was er opfert ist nicht mehr Mehrwert, sondern Leben und Blut. Ihn beherrscht nicht mehr die altväterliche Polizeiverordnung, sondern Lebensmittelverordnung, Belagerungsgesetz und Kriegsrecht diktieren den Willen. Krieg und Kriegsrecht sind heute der Feind des Proletariers. Sie sind es, gegen die alles proletarische Streben sich wendet; diese Mittel sich erhalten will die Bourgeoisie, und, weil sie sich darin nicht mehr sehr sicher fühlt, will sie das preußische Wahlrecht. Die preußische Wahlreform in diesem Augenblick ist keine „Abschlagszahlung" – keine „Konzession", sondern eine Morphiumeinspritzung, die das Proletariat einschläfern soll, und aller Streit zwischen Konservativen und Liberalen, Nationalliberalen und Scheidemännern ist nur ein Streit darüber, wie groß die Dosis sein müsse. Jetzt, in dieser Stunde, da das russische Proletariat mit Allgewalt an die Pforten pocht, ist das preußische Wahlrecht nichts Revolutionäres; es ist die Parole der Konterrevolution.

Politische Ziele sind keine ewigen Götterbilder, an denen Generationen anbetend vorüberwallen. Was 1906 ein Ziel war, kann 1917 aufgehört haben, eines zu sein. Drum ist es ein gesundes Gefühl der Massen, wenn sie an all dem Wahlrechtsbrimborium jetzt vorübergehen mit eiskalter Wurschtigkeit. Für sie geht die Frage um den Frieden. Können sie den Frieden auf ihre Weise erkämpfen, so kommt das übrige von selbst; die Abschaffung der vierundzwanzig deutscher Vaterländer – der Monarchie mitsamt der Kleinstaaterei, die Trockenlegung des Sumpfes der preußischen Reaktion und alles andere.

Der Katastrophe entgegen.

Das welthistorische Schicksal vollzieht sich mit unerbitterlicher Logik. Das deutsche Proletariat, das verabsäumt hat, dem Sturmwagen des Imperialismus in die Speichen zu fallen, wird von ihm nunmehr zur Niederringung des Sozialismus und der Demokratie in ganz Europa herumgeschleift. Ueber die Knochen der russischen und ukrainischen, baltischen, finnischen revolutionären Proletarier, über die nationale Existenz der Belgier, Polen, Litauer, Rumänen, über den wirtschaftlichen Ruin Frankreichs stampft der deutsche Arbeiter, bis über die Knie im Blute watend, vorwärts, um überall die Siegesfahne des deutschen Imperialismus aufzupflanzen.

Aber jeder militärische Sieg, den das deutsche Kanonenfutter draußen erringen hilft, bedeutet einen neuen politischen und sozialen Triumph der Reaktion im Innern des Reiches. Mit jedem Sturm auf die Rote Garde in Finnland und in Südrußland steigt die Macht des ostelbischen Junkertums und des alldeutschen Kapitalismus. Mit jeder zerschossenen Stadt in Flandern fällt eine Position der deutschen Demokratie.

Schon jetzt mitten im Kriege wird die deutsche Arbeiterklasse, wie sie's verdient, mit Peitschen und Skorpionen gezüchtigt. Das elende Fiasko der preußischen Wahlreform und die ungeheuerlichste Steuervorlage der deutschen Geschichte sind die ersten Quittungen für die willigen Henker fremder Freiheit.

Die Regierungssozialisten, die aus dem Morast ihrer politischen Prostitution Schätze zu heben vermuten, finden nicht einmal Regenwürmer mehr. Nachdem ihre Politik mit deren einziger Trophäe: der famosen Juliresolution des Reichstages ausgespielt hat, warten sie nur noch resigniert auf den „deutschen Frieden" aus Hindenburgs Händen, der die Revolution und den Sozialismus für immer begraben soll.

Die geschichtliche Spekulation der politischen Maulwürfe wird sich wieder einmal als falsch erweisen. Die Massenschlächterei hat im Westen zwar grausige Dimensionen angenommen, bei alledem ist jedoch die militärische Entscheidung des Krieges heute noch so weit im Felde wie vor ein und zwei Jahren; je rasender der deutsche Militarismus um sich schlägt, um so mehr werden die Weststaaten naturgemäß durch das warnende Exempel der Friedensschlüsse im Osten zum äußersten, zähesten Widerstand aufgepeitscht. Der Schluß der blutigen Orgie, auf den die Scheidemänner und Heilmänner willenlos mit geschlossenen Augen wie auf ein Fatum harren, kann noch lange auf sich warten lassen.

Eins aber stellt sich mit jedem Tag klarer heraus: der deutsche Sieg kann auf jeden Fall nichts anderes bedeuten als die Katastrophe der bürgerlichen Gesellschaft.

Bei jeder militärischen Entscheidung des heutigen Weltkrieges würde der Imperialismus der eigentliche Sieger, das internationale Proletariat der

eigentliche Besiegte sein. Bei einem deutschen Siege jedoch würde der Imperialismus in seiner reaktionärsten, gewalttätigsten, aufreizendsten Gestalt die Herrschaft antreten. Eine Reihe rein historischer Umstände bedingen dies mit zwingender Logik.

Der englische und französische Imperialismus wurzeln in einer Kolonialpolitik alten Datums, sind an traditionelle Bahnen gebunden, der deutsche war bis zum Ausbruch des Weltkrieges im embryonalen Stadium, hat sich erst im Laufe des Krieges zu ungeheuerlichen Dimensionen ausgewachsen, wächst jetzt noch mit jedem Tage und fällt sich im Blutrausch der Millionenschlächterei mit einem Welteroberungsdrang, der keine Traditionen, keine Fesseln und keine Rücksichten kennt.

Der englische und französische Imperialismus haben ihr Macht- und Expansionsgebiet in Uebersee, der deutsche hat im Herzen Europas seine Zelte aufgeschlagen: ganz Osteuropa stöhnt seit dem Gewaltfrieden von Brest-Litowsk unter dem deutschen Joch.

Der englische Imperialismus ist aus geschichtlichen Gründen an gewisse demokratische Formen gebunden, der französische aus wirtschaftlichen Gründen an ein langsames Tempo und stagnierenden Charakter gewöhnt. Der deutsche Imperialismus verbindet das brutale Draufgängertum des preußischen Junker- und Polizeistaates mit der ungestümen Gier eines modernen Finanzkapitals, das gerade in der Bluttaufe dieses Krieges seine größte Zusammenballung erreicht hat.

Während deshalb der anglo-französische Imperialismus im Laufe des letzten Jahrhunderts alle vorkapitalistischen Verhältnisse in Asien und Afrika umgestürzt hat, war und ist seine Politik in Europa selbst wesentlich konservativ. Der deutsche Imperialismus wirft jetzt die Brandfackel des Umsturzes und der Anarchie in europäische kapitalistische Verhältnisse selbst. In wenigen Monaten seiner skrupellosen Wirtschaft nach ostelbischen Methoden hat er in Polen, Litauen, Estland, Kurland, Livland, der Ukraine, in Rumänien, auf dem Kaukasus das Unterste nach oben gekehrt. Von Finnland bis zum Schwarzen Meer hat er ein Elend, einen Ruin, ein unentwirrbares Durcheinander, eine Verschärfung der nationalen und der Klassengegensätze und einen tödlichen Haß erzeugt, die ganz Osteuropa in einen brodelnden Vulkan verwandeln. Nur mit Mühe äußerlich zurückgehalten, ist die Explosion im Osten nur eine Frage der Zeit.

Alles aber, was an zuckender Anarchie, an wetterleuchtenden Stürmen im Osten sich ankündet, ist ein Kinderspiel gegen das, was im Westen am Horizont sich erhebt, falls auch dort Hindenburgs dicke Berta „Ordnung" schaffen sollte, falls Frankreich wie Polen, Stücke lebendigen Fleisches aus der Flanke gerissen, falls Belgien wie die Ukraine dauernd erdrosselt, falls Flandern wie das Baltikum mit deutscher „Befreiung" beglückt werden sollte!

Gerade weil jeder deutsche Sieg im Westen die ostelbische Reaktion und den imperialistischen Wahnwitz im Innern ins Ungemessene steigern, wird eine Neuordnung in Westeuropa von einiger Dauerhaftigkeit, wie die Herstellung irgend eines für alle Völker halbwegs erträglichen Gleichgewichts auch nur in bürgerlich-kapitalistischen Formen unter deutschem Diktat ein Ding der Unmöglichkeit.

Die Weltherrschaft der „dicken Berta", Europa unter dem Joche Preußen-Deutschlands – das ist eben eine weltfremde Phantasie, an die nur die Reventlows in ihrem naiven Kannibalismus, in ihrer politischen Urwaldnacktheit oder aber nur die Lakaienseelen des Regierungssozialismus allen Ernstes glauben können. Die deutsche Säbelherrschaft über Europa ist ein Fiebertraum des Blutrausches, aus dem das Erwachen die europäische Revolution heißt.

Diesem Ziel und keinem andern taumeln die deutschen „Sieger" entgegen, wenn sie jetzt skrupellos Völker ausplündern, Länder ruinieren, Revolutionen erdrosseln, Nationen „befreien", aus fremden Gebieten Riemen schneiden, blühende Fluren in grausige Einöden verwandeln und Menschenblut wie Jauche verspritzen.

Und wie würde es im Innern Deutschlands nach einem „deutschen Siege" aussehen? Deutschland in ein Kriegslager auf die Dauer verwandelt, um das besiegte Europa mit Blut und Eisen niederzuhalten, das heißt nichts anderes als der grinsende Staatsbankerott, der wirtschaftliche Ruin unter der Last der schwindelnden Kriegsschuld und der weiteren Rüstungen. In ihrem Gefolge die neunschwänzige Katze der indirekten Steuern und Monopole, d. h. also nach dem Kriegshungern aus vaterländischer Begeisterung das Friedenshungertuch als einziger Lohn für die Volksmasse!

So sieht das tausendjährige Reich des deutschen Imperialismus der Anarchie draußen dem Zusammenbruch im Innern so ähnlich wie ein Ei dem andern. Der „deutsche Sieg" – ob und wann er immer kommen mag – ist auf Sand gebaut; richtiger auf einem Orkan, er ist ein Kartenhaus, das nicht einen Tag ruhig bestehen kann, unter dem schon am andern Tage die Fundamente zu beben und zu bersten beginnen.

Der deutsche Arbeiter wird also – und sehr bald und erst recht nach einem „deutschen Siege" – zur Revolution greifen müssen, ob er sich noch so sträubt und tot stellt und die Stimme der Zeit nicht hören will. Der Henker fremder Freiheit, der Gendarm der europäischen Reaktion wird gegen sein eigen Werk sehr bald rebellieren müssen, weil eherne geschichtliche Gesetze ihrer nicht spotten lassen. Mit eigenen Händen, durch eigenen Kadavergehorsam, durch eigene „Siege" im Dienste der Reaktion bereitet der deutsche Proletarier in diesen Tagen die europäische und folglich die deutsche Revolution vor.

Und wenn die Stunde schlägt, werden diejenigen, die sich jetzt von Rußland abgewendet haben, um vor Hindenburg auf dem Bauch zu rutschen, wieder nach Osten sich wenden, um sich ein wenig heilige Glut von dem Brande zu borgen, den sie heute mit blutbesudelten Kommißstiefeln auf Geheiß des Imperialismus auszutreten sich mühen.

Eine Frage an das Schicksal.

Der Wahlkampf in Niederbarnim und Zwickau ist gekämpft. Daß die Ergebnisse für die Unabhängigen nicht die gewesen sind, die die „leitenden Kreise" erwartet haben, ist klugerweise von ihnen selbst nicht bestritten

worden. So ist denn die angenehme Situation gegeben, daß man von der Kuh, die zum Stall hinausgelaufen ist, reden darf, ohne besorgen zu müssen, die Führer in ihren weitblickenden und daher einem größeren Kreis nicht ohne weiteres verständlichen „Maßnahmen" zu beeinträchtigen, und man darf von der Wahl reden ohne Sorge um die allzeit hochgehaltenen demokratischen Grundsätze in der Parteikritik.

Wenn wir den Berliner Instanzen hierin wenigstens das Lob erteilen, daß sie die Niederlage klugerweise nicht bestritten haben, so muß auch leider dieses Lob eine Einschränkung erleiden: die Klugheit bezieht sich nur auf die Tatsache, nicht auf die Gründe der Niederlage, und die Ehrlichkeit des Bekenntnisses ist nur eine subjektive, keine objektive; nur d i e Gründe werden b e kannt, die man e r kannt hat, erkannt aber hat man nicht die G r ü n d e.

Gewiß: wer kann leugnen, daß die äußeren Umstände, Belagerungszustand, Fehlen der Presse, Erschwerung der Agitation, in Niederbarnim auch unglückliche Auswahl in der Person des Kandidaten – darf man wagen, es zu sagen? – das Ergebnis schwer beeinträchtigt haben? Aber mit alledem ist nicht erklärt, woher es kommt, daß in der Stadt, die vor etlichen Wochen die größte deutsche Massenbewegung gesehen hat, in der vor Wochen Hunderttausende von Arbeitern mit Erbitterung im Herzen und den Zwang in der Seele zur Arbeit zurückgekehrt sind, in der das revoltierende Gefühl des blutig unterdrückten Massenwillens noch nachzittert, – daß in dieser Stadt nicht – ganz abgesehen von „abhängig" oder „unabhängig" – der radikalste Kandidat die meisten Stimmen erhalten hat. Dieses Resultat müßte man als so selbstverständlich erwarten, daß man versucht ist, zurückzuschließen: wenn der Kandidat nicht die meisten Stimmen erhalten hat, so – nein, man darf nicht sagen, ist er nicht der radikalste, aber – ist er nicht radikaler als die anderen, und für das Plus oder Minus an Stimmen sind d a n n jene oben angeführten „äußeren Umstände" entscheidend, von denen wir oben anerkannten, daß sie in dieser Wahl ausschließlich für die Scheidemänner und gegen die Unabhängigen wirksam waren.

Wir sind uns dessen bewußt, daß diese Feststellung bedenkliches Stirnrunzeln, wenn sie gnädig aufgenommen wird, heftiges Schelten aber, wenn sie ungnädig aufgenommen wird, wird hervorrufen, und wir würden sie auch nicht gewagt haben, wenn nicht die „Leipziger Volkszeitung" anläßlich der Niederbarnimer Wahl die „Linie, auf der die Unabhängigen im Wahlkampf marschierten", in so knappe und klare Leitsätze gebracht hatte, daß deren, sozusagen mikroskopische, Betrachtung auf ihren radikalen Gehalt möglich ist.

Es heißt da:

„Ihnen gegenüber steht das politisch-sozialistische Prinzip: Der Gegenwartsstaat muß zu möglichst vielen Reformen zugunsten der Arbeiter gedrängt werden. Der Kapitalismus wird nennenswerte Zugeständnisse nur machen, wenn er das Proletariat fürchtet. Dieses Fürchten kann ihm nur beigebracht werden durch die ständige Hervorkehrung des Klassenkampfgedankens. Die Sozialdemokratie muß sich des grundsätzlichen Gegensatzes gegen den bestehenden Staat bewußt bleiben und bei aller Geneigt-

heit zu Reformen die „Todfeindin der bürgerlichen Gesellschaft" bleiben, die eine neue Ordnung an die Stelle der alten setzen will."

Wir wollen uns verpflichten, ohne jedes unlautere Erschleichen und nach genauer Durchsicht jedes einzelnen Satzes und Wortes die Unterschrift von Scheidemann und David, Heine und dem roten Korrespondenz-Heilmann unter diese „revolutionären" Leitsätze beizubringen und eine ausdrückliche Versicherung, daß nichts darinnen enthalten sei, was sie nicht guten Gewissens vertreten können.

– „Der Gegenwartsstaat muß zu möglichst vielen Reformen zugunsten der Arbeiter gedrängt werden." Da sind die Scheidemänner feste dran. Dieser Gedanke liegt ja dem ganzen Geschwabbel von der Neuorientierung zugrunde. Reformen! „möglichst" viele!

– „Der Kapitailsmus wird nennenswerte Zugeständnisse nur machen, wenn er das Proletariat fürchtet." Ei, läuft deswegen Herr Scheidemann nicht seit drei Jahren mit aufgeblasenen Backen durch des Reiches Gassen und ruft: Fürchtet mich!! Hinter mir stehen usw.!

– „Dieses Fürchten kann ihm nur beigebracht werden durch ständige Hervorkehrung des Klassenkampfgedankens."

Also besteht wohl eine Differenz über die beste Methode, den Kapitalismus das Gruseln zu lehren. Richtig ist, daß Herr Scheidemann Tage hat, an denen er nicht „Fürchte dich" ruft, sondern dem Kapitalismus „Kille Kille" macht. Man kann über die Zweckmäßigkeit dieser Karrenztage zweifelhaft sein; vielleicht wird der, der immer fürchterlich herumwandelt, auf die Dauer ebenso ungefürchtet, wie jener Ritter, der, um schrecklich zu erscheinen, sich aus der Nase heraus die Haare so lang wachsen ließ, daß er zwei Glöcklein daran binden konnte. Aber so oder so: Herr Scheidemann wird um des lieben Friedens willen sicher dazu sich bereit finden, immer den Schrecklichen zu spielen, und zwar unter „ständiger Hervorkehrung" des Klassenkampf-„gedankens" – wohlgemerkt „Gedankens", nicht des Klassenkampfes. Wobei zu erwarten steht, daß durch „ständige Hervorkehrung" nichts anderes entsteht, als – Hervor-Kehricht.

– Die Sozialdemokratie muß sich des grundsätzlichen Gegensatzes gegen den bestehenden Staat bewußt bleiben und, bei aller Geneigtheit zu Reformen die „Todfeindin der bürgerlichen Gesellschaft" bleiben . . ."

Der im keuschen Busen treu bewahrte grundsätzliche Gegensatz ist ein altes sozialdemokratisches Theaterstück; so alt wie der „alte und verdiente Parteigenosse", der „kampferprobte Führer" und so alt wie der sozialdemokratische Parteisekretär. Herr Scheidemann wird auch weiter dieses Bewußtsein behalten wollen und wird auch diesen Satz beruhigt unterzeichnen, einschließlich der Gänsefüßchen, in die die „L. V." die „Todfeindin" setzt, zumal die „L. V." selbst noch ausdrücklich versichert, daß sie bereit ist, „bei aller Geneigtheit zu Reformen" im Sterben noch mit den Todfeinden einen Kuhhandel zu machen.

Ach ja, es sind wieder einmal die „alten und bewährten Grundsätze" der weiland Sozialdemokratie von vor dem 4. August 1914 mit der Revolution im Mund und dem Klingelbeutel in der Hand. Diese Sozialdemokratie ist – wir müssen die „L. V." wieder einmal trösten in ihrem Schmerz

– leider aus dieser Zeitlichkeit entschwunden in ein besseres Reich. Den Klingelbeutel haben die Scheidemänner fest in der Hand; das ist ihr Teil an der Erbschaft. Das andere überlassen sie uns und auch den Gebrauch, den wir davon machen wollen. Es wird sie nur freuen, wenn wir, wie die „L. V." empfiehlt, den „alten und bewährten" Gebrauch davon machen. Es wird die sicherste Methode sein, wie wir baldmöglichst auf dem Hund sind.

Die gute alte Zeit ist eben vorbei. Die Zeit, da man die geringste Regung der Massen in das wohlausgebaute Bett der Organisation, den leisesten Wind in einem Wäldchen von Wahlflugblättern und Stimmzetteln fangen konnte. Der Sturm ist so groß geworden, daß er das Klappern der alten Gebetstühle übertönt. Die Zeit, wo man den „Gegenwartsstaat drängte, zu „nennenswerten" Reformen" und emsig, Tag für Tag, den „Klassenkampfgedanken" „hervorkehrte". Die Zeit der Worte und der Phrasen ist vorbei. Die Massen wollen Brot, und die Unabhängigen geben ihnen – Mazzes, ungesäuertes.

Die gute, alte, brave, deutsche Sozialdemokratie ist also tot. Wir haben es schon längst gewußt, und die Wähler haben es noch einmal gesagt. Es soll wohl in alten Zeiten vorgekommen sein, daß, wenn ein Großer starb, der treueste Gefolgsmann sich in die Gruft miteinmauern ließ, weil er kein neues Leben mehr beginnen wollte oder konnte. Ob die Unabhängigen dies Los teilen wollen? Das ist die Frage an das Schicksal.

Ein Aufruf der polnischen Sozialdemokraten in Rußland.

Einer Meldung des „Socialdemocraten" vom 21. Juni zufolge hat vor kurzem ein Kongreß der polnischen sozialdemokratischen Partei in Moskau getagt. Die wesentlichsten Stellen der gefaßten Entschließung lauten folgendermaßen:

„Arbeiter in Rußland! Arbeiter der ganzen Welt! Das polnische Proletariat, das einen langjährigen Kampf gegen das Kapital und die Unterdrückung durch fremde Machthaber gekämpft hat, wir, die stets in der ersten Reihe der internationalen revolutionären Bewegung standen, wenden uns an Euch mit einem Aufruf! Rüstet Euch zum Kampf gegen die imperialistische Uebermacht! Wenn nicht jetzt freie Nationen auferstehen, wenn die Unterdrücker der proletarischen Entwicklung und Bewegung nicht besiegt werden, so ist der Sieg der Revolution auf Jahre hinaus außer Wirkung gesetzt! Wenn sich das Proletariat jetzt vor der Aktion des Kapitalismus und des Imperialismus beugt, so ist das Proletariat in Zukunft auf Jahre hinaus lahmgelegt! Eine furchtbare Gefahr bedroht die Arbeiter der Internationale! Es ist höchste Zeit, daß die Arbeiterklasse das entscheidende Wort ausspricht und ihm eine willensstarke Tat folgen läßt! Die russische Revolution ist in Gefahr! Das Proletariat ist gezwungen, auf zwei Fronten zu kämpfen. In Zukunft wird nur das bestehen, was seine Wurzeln tief im gemeinschaftlichen Leben gefaßt hat. Nur diejenigen unserer Siege werden bestehen bleiben,

die auf einer festen Grundlage aufgebaut sind. In der Stunde der Gefahr muß die Schaffenskraft des Proletariats vertieft und verstärkt werden. Denn weder Papierdekrete noch Deklarationen werden etwas nützen, falls die Arbeiterklasse ihre Interessen nicht verteidigen wird. Die Arbeiterklasse muß ihre Rechte verteidigen und die Kontrolle über die gesamte Produktion und Regulierung des Gemeinschaftswesens übernehmen, falls sie ihre Aufgaben lösen will. Der Angriff der deutschen Imperialisten auf die russische Revolution sowie aller anderen konterrevolutionären Imperialisten der ganzen Welt muß mit bewaffneter Hand abgewiesen werden! Die Zeit naht heran, wo die Arbeiterscharen der Welt ihre Macht abschütteln müssen! Die Maske des Imperialismus ist gefallen, und rasch zeigte sich eine blutige Fratze! Die neue Kampfesaera für die Freiheit hat begonnen! Es gilt nur auszuhalten, es gilt nun, an den Errungenschaften der russischen Revolution festzuhalten. Die Flammen der Revolution reichen überall über die durch Bajonette versperrten Grenzen weit hinaus. Dem Kapitalismus wird es nicht gelingen, die Arbeiterrevolution zu vernichten. Die Internationale möge Eure Führerin werden. Wir müssen an die unverzügliche Wiedererrichtung der Internationale schreiten!"

Die deutschen Befreier.

Die lettische Zeitung „Kommunist" veröffentlicht nachstehende Verordnung des Oberbefehlshabers der deutschen Truppen in Livland und Esthland v. Kirbach, dat. vom März cr.:

1. Die bolschewistischen Truppen nehmen auf ihrer Flucht friedliche Einwohner in Gefangenschaft und scheuen nicht davor zurück, dieselben zu töten. Ich befehle, sämtliche verhafteten bolschewikischen Agitatoren und Führer der Roten Garde unter strenger Bewachung als Geisel zu halten, und den Tod jedes von den Bolschewiki getöteten Letten, Esthen oder Deutschen in schärfster Weise zu rächen.

2. Die bolschewistische Regierung hat einen Aufruf veröffentlicht, mit der Aufforderung, hinter der Front der deutschen Truppen einen Guerillakrieg zu organisieren.

Ich befehle, die Organisation der Freischärler ohne Erbarmen zu bekämpfen. Solche Banden stehen außerhalb des Völkerrechtes; sie müssen vernichtet werden. Für solche Diebe und Mörder ist es schade, Geschosse zu verwenden, für sie gilt – der Strick.

Der Oberbefehlshaber der deutschen Truppen
in Livland und Esthland. von Kirbach.

Ein Dokument aus „großer Zeit".

III. A.-K. Stellv. General-Kommando.
Abt. I/Nr. 190 082.

Berlin, den 7. Februar 1918.

An das

Stellvertretende General-Kommando I. A.-K.

Königsberg.

Im Anschluß an das diesseitige Telegramm vom 2. d. Mts. I./A. 173 522 wird gebeten, die in Frage kommenden dort eingestellten Truppenteile nochmals mit besonderer Weisung über Grund und Anlaß der Einziehung der bei ihnen unter Stichwort „Berlin 1918" eingestellten Leute zu versehen.

Diese Leute haben sich nachgewiesenermaßen an dem Streik in Berlin und Umgegend beteiligt und sich hetzerisch und teilweise agitatorisch zur weiteren Entwicklung des Streiks betätigt. – Um ihnen die Möglichkeit einer späteren Reklamation, auch Beurlaubung oder Entlassung zu nehmen, war von hieraus auf eine Anweisung des Kriegsministeriums gebeten, in die Militärpapiere der Leute folgenden Vermerk einzutragen: „Die Wiedereinstellung erfolgt, da die Bedingungen für eine Zurückstellung nicht erfüllt."

Es wird nochmals ersucht, bei den in Frage kommenden Truppenteilen die sofortige Nachtragung dieses Vermerks in die Militärpapiere aller derjenigen Leute anzuordnen, bei welchen der Vermerk noch fehlen sollte, bzw. diesbezügliche Nachprüfung bei den Truppenteilen vornehmen zu lassen.

Auch wird gebeten, die Truppenteile anzuweisen, Anfragen dieser Leute auf Beurlaubung, namentlich nach Berlin und Umgegend, wenigstens für die nächste Zeit nicht stattzugeben.

Bemerkt wird noch, daß für den angeführten Beweis die Vorbedingungen für weitere spätere Reklamation dieser Leute zur Arbeitsleistung im Betrieb, genommen sind, also etwaige Reklamationsanträge in allen Fällen abgelehnt werden müssen.

Von Seiten des Stellv. General-Kommandos
für den Chef des Stabes
gez. von Höfer, Generalmajor.

Stellvertretendes General-Kommando I. A.-K.
Abt. II b. Nr. 21 983.

Abdruck unter Königsberg, den 13. Februar 1918.

Bezug Verfügung vom 3. 2. 18 II b 21 635 mit dem Ersuchen, die persönliche Prüfung bzw. Eintragung des Vermerks in die Militärpapiere durch den Herrn Adjutanten bzw. Führer der Ersatz-Eskadron anzuordnen und Erledigung zum 20. 2. 18 hieher zu melden.

Die Leute sind tunlichst bald zur Ersatzgestellung heranzuziehen.

Für andere Waffengattungen Taugliche sind mit Bezug auf diese Verfügung zur Versetzung in Vorschlag zu bringen.

Die Unterbringung hat möglichst isoliert von den anderen Leuten zu erfolgen.

Der Verkehr der Leute ist zu beaufsichtigen, Arbeitsgelegenheit außerhalb des Truppendienstes ist ihnen nicht zu geben, ebenso dürfen sie bis auf weiteres weder Heimats- noch Stadturlaub erhalten.

Von Seiten des Stellv. General-Kommandos
der Chef des Stabes.
gez. Hahn
Oberstleutnant.

Die Suche nach Sklaven.

Am 23. April 1918 bedauerte Rösicke, daß im russischen und ukrainischen Friedensvertrag keine Bestimmung geschaffen sei, nach der „wir das volle Recht haben, in den dortigen Gebieten die Anwerbung landwirtschaftlicher Arbeiter durchzuführen." Rösicke forderte, daß dies in den Kommissionsverhandlungen nachgeholt würde. Bekanntist der Sklavenhandel, den die deutschen Befreier im erlösten Polen organisierten. Bekannt ist auch das Bemühen, trotz des Friedens die russischen Gefangenen in den Diensten des deutschen Kapitals festzuhalten.

Der Weltkrieg hat auch im Konkurrenzkampf um die Ware Arbeitskraft, die vom deutschen Kapital vor dem Kriege in großen Mengen eingeführt wurde, umwälzende Veränderungen gebracht. „Wird der Bedarf an Arbeitskraft nach dem Kreige gedeckt werden können?" Der deutsche Bedarf, dessen gigantische Steigerung die Männer des „deutschen Friedens" erwarten? Sintemalen sich die Menschenaufzucht trotz der schönsten Bevölkerungspolitik weder so rasch, noch so erfolgreich betreiben läßt wie die Tierzucht, erscheinen als das einfachste Mittel die Verwüstung des Wirtschaftslebens in den feindlichen Ländern, die große deutsche proletarische Massen auf das Pflaster wirft und der industriellen Reservearmee Deutschlands zutreibt, geeignet, als von den Arbeitgebern erwünschtes Rekrutenkontingent und als wirksame Lohndrücker und Streikbrecher gegen die deutschen vorwärtsstrebenden Arbeiter jederzeit verwendet zu werden. Die deutschen Arbeiter würden das recht bald gewahr werden, wenn sie nach dem Kriege etwa ihren Anteil an den „Segnungen des deutschen Friedens" fordern würden. Die fatale Kehrseite der Medaille ist nur, daß eine solche Verwüstung auch zugleich die Aufnahmefähigkeit des auswärtigen Marktes zugrunde richtet.

Mit dem deutschen Produzenteninteresse an den Arbeitskräften und Rohstoffen des Auslandes gerät das Verkäuferinteresse am Warenabsatz in Konflikt, wie denn überhaupt die einzelnen imperialistischen Zusammenhänge von einer gewissen Stufe der Weltwirtschaft an, ihre produktive Leistungsfähigkeit nur noch zu steigern vermögen unter Beeinträchtigung des

Absatzmarktes. Einer der fehlerhaften Zirkel, aus dem nur noch der Sozialismus herausführen kann. Vorläufig überwiegt das Produktionsinteresse. Man hofft auf anderweitigen Ersatz für den sicheren Ausfall an Absatz.

Die ganze imperialistische Rechnung ist zu Lasten der Arbeiterklasse ausgedacht. Sie wird, wenn sie sich in die Tat umsetzen läßt, den deutschen Arbeitern über ihr wirkliches Interesse an einem „deutschen" Frieden, über den eingebildeten Wert aller imperialistischen Sondervorteile für die Volksmassen, über die leider seither von den Arbeitern nicht klar genug erkannte Interessengemeinschaft des Weltproletariats, sehr bald den notwendigen und ernüchternden Aufschluß geben. Noch ist zu hoffen, daß die Arbeiterschaft diese letzte, aber gründliche Lehre nicht erst benötigt, damit ihr dieser Leidensweg erspart bleibt. Es muß angenommen werden, daß die Arbeiterschaft die Ware Arbeitskraft schon vorher zu Leben, Selbstbewußtsein und Tat umwertet und einen dicken und endgültigen Strich durch die imperialistische Rechnung macht.

Zur Aufhebung des § 153 der Gewerbe-Ordnung.

„Ihr spottet? Hier aber – seht! – welchen Erfolg unserer hündischen Schweifwedler-Politik!" Ein Erfolg! Wahrhaftig! Druckerschwärze! Papier, auf dem geschrieben steht, daß § 153, wie jedermann weiß, für Polizei und Scharfmacher (obwohl sie jetzt zum Scheine dagegen schreiben) längst überflüssig ist, daß ihnen die Beleidigungs-, Nötigungs-, Erpressungsparagraphen längst viel bessere Dienste erweisen, daß die kämpfenden Arbeiter längst nicht mehr ausnahmerechtlich geprügelt, sondern gemeinrechtlich gepeitscht werden!

Jawohl – ein Erfolg! Druckerschwärze und Papier und Sand in die Augen der deutschen Arbeiter, von denen die Regierung fürchtet, sie könnten sehend werden.

Nach vier Jahren.

Die Rede Kühlmanns im Reichstag am 24. Juni war ein offenes Bekenntnis der Ausweglosigkeit, in die sich der deutsche Imperialismus hineingearbeitet hat. **Auf militärischem Wege ist das Ende des Krieges nicht zu erwarten** – dies war der einzige vernünftige Satz in dem üblichen offiziellen Phrasenschwall des Vertreters der deutschen Regierung. Und dies nach vier Jahren fast ununterbrochener militärischer Siege, nach der Niederwerfung Rußlands, nach der Auspressung und Vergewaltigung Rumäniens und nach der neuen „glänzenden Offensive" im März-April! Nach alledem der Schrei der Ohnmacht, wie er im unbewachten Moment dem Sachverwalter der deutschen Politik aus gepreßtem Busen entschlüpft ist!

Dem deutschen mit Verlaub zu sagen Parlament, das von den Machthabern mit Recht als eine Kinderstube behandelt wird, durfte auf Kommando der Alldeutschen und der herrschenden Militärkamarilla sofort eine Zurückziehung des Gesagten geboten werden. Für die ganze übrige Welt bleibt das Gesagte natürlich gesagt und ist nach vier Jahren des Weltkrieges ein Bekenntnis von klassischer Deutlichkeit.

Das Schwert allein kann den Krieg nicht beenden! Das heißt mit anderen Worten: Wir sitzen in den Nesseln und können nicht heraus. Wir können „siegen", bis wir kaputt sind, das Ende des Krieges ist nicht abzusehen. Der Imperialismus hat sich durch die Entfesselung des Weltkrieges in einen schlimmen Zirkel verfangen, aus dem er selbst keinen Ausweg mehr findet.

Die Vorgänge der letzten Monate zeigen, daß es den deutschen Machthabern mit der von Kühlmann ausgeplauderten Erkenntnis bitter ernst ist. Den besten Kommentar zu seiner Rede bilden nämlich die gleichzeitig gepflogenen Verhandlungen über den Ausbau des Bündnisses mit Oesterreich-Ungarn. Was immer auch das Drum und Dran dieses Bündnisses bilden wird, sein Kern liegt für jedermann klar zutage; es ist dies die Unterordnung des habsburgischen Militarismus unter deutsches Kommando *als ständige Einrichtung*. Die *dauernde* Zusammenfassung der militärischen Kräfte beider Staaten zu einer Macht und die fortlaufende Steigerung dieser Macht bis zu der höchsten erreichbaren Stufe. *Dies* sind die nächsten Sorgen und praktischen Maßnahmen des deutschen Imperialismus noch mitten in diesem Kriege. Das ist aber nichts anderes als die Vorbereitung zu Kriegen ohne Ende, auf absehbare Zeit hinaus.

Auch alle anderen deutschen Maßnahmen stimmen damit überein. Rumänien bleibt trotz des formellen Friedens auf unbestimmte Zeit von deutschem Militär besetzt, und sein eigenes Heerwesen bleibt von nun an dauernd unter deutschem Kommando. In Rußland rückt trotz des Brest-Litowsker Friedens das deutsche Militär wie mitten im Kriege nach Gutdünken vor und besetzt immer neue Gebiete. Die Ukraine bleibt trotz Friedens ein okku-

piertes Feindesland. Und genau so Polen, Litauen, das Baltikum, Finnland. Die unbelehrbaren Schwätzer, die immer noch nicht müde werden, der Regierung zum Frieden zuzureden, von ihr Frieden zu „fordern", begreifen offenbar trotz faustdicker Tatsache immer noch nicht, daß der Imperialismus von sich aus nur noch einen solchen „Frieden" überhaupt zu schließen imstande ist, wie der Brest-Litowsker, der Ukrainische, der finnländische und der Bukarester Frieden: einen „Frieden", der dem Kriege zum Verwechseln ähnlich sieht.

Eine ganze Kette solcher „Friedensschlüsse", und der Ausbau des Bündnisses mit Oesterreich-Ungarn, dessen natürliche Anhängsel natürlich der türkische und bulgarische Militarismus sein werden, — das ist aber nichts anderes als die Vorbereitung des **Weltkrieges in Permanenz.**

Und all diese Maßnahmen ergreift der deutsche Imperialismus wahrhaftig nicht aus Mutwillen. Er, der moderne Atilla, die Geisel der Länder und Völker, ist selbst der Gepeitschte der Furien, die er entfesselt hat. Mit leutnantsmäßigem Sporenklingen und schneidiger Operettenregie spazierte er in den Weltkrieg wie in ein kurzes Abenteuer hinein. Was er entfacht hat, ist ein Weltdrama, in dem die Fundamente der ganzen bürgerlichen Gesellschaft wanken. „Die Sache sieht jetzt anders aus: der Teufel kann nicht aus dem Haus." Es ist eine Kette historischer Wechselwirkungen, in deren Schlinge er unversehens mit dem Hals geraten ist. Der Ausbruch des Krieges hat imperialistische Interessen und Instinkte entfesselt, die der Sozialdemokratie binnen 24 Stunden das Lebenslicht ausgeblasen haben. Der Untergang der Sozialdemokratie hat seinerseits eine beispiellose, hemmungslose Orgie des Imperialismus und der Säbeldiktatur herbeigeführt. Diese haben zur Niederwerfung Osteuropas und zu den Gewalt- und Erpressungsfrieden mit Rußland und Rumänien, zu den Annexionen Polens, Litauens und des Baltikums geführt. Diese Gewaltfrieden stehen ihrerseits als warnende Flammenzeichen, als schreckende Spuren vor den Augen der Westmächte und zwingen sie zur verzweifelten Abwehr bis zum letzten Hauch, bis zum Verbluten, bis zum Untergang. Die hartnäckige Abwehr im Westen sowie der wachsende Groll und Haß der niedergemachten Länder und Völker im Osten z w i n g e n hinwiederum den deutschen Militarismus dazu, seine frischbegründete Blutherrschaft durch gigantischen Ausbau seiner Macht zu befestigen und sich auf den endlosen Widerstand der ganzen Welt zu rüsten. Dadurch verrammelt er selbst endgültig jeden Weg dem Frieden und ruft zum Schluß verzweifelt aus: auf militärischem Wege ist kein Ende des Krieges zu erwarten.

Also: **Krieg ohne Ende, Weltkrieg in Permanenz! Das ist die Bilanz des vierjährigen Weltkrieges und des vierjährigen Scheintodes des Proletariats.**

Was folgt daraus? Die Situation schreit förmlich nach dem rettenden befreienden Arm des Proletariats. „Auf militärischem Wege allein ist das Ende des Krieges nicht zu erwarten". Nein, ein Ende kann eben einzig und allein die proletarische Revolution bringen. Der Imperialismus als Weltherrscher ist bankerott, er bekennt es selbst und die Tatsachen beweisen es deutlich genug. Seit vier Jahren hat er das Heft in der Hand. Die deutsche

Oeffentlichkeit, die deutschen Volksmassen haben ihm in dieser Zeit das Leben nicht schwer gemacht.. Hier klappt alles, hier ist alles „zu Befehl". Draußen – lauter „glänzende Erfolge". Der deutsche Imperialismus schaltet und waltet in halb Europa, wie der liebe Gott im Urchaos. Länder, Völker sind Lehm in seiner Hand. Und doch kommt und kommt nichts Lebensfähiges zustande. Königreiche mit Erblichkeit und sogar mit Thronreden aber ohne Könige und ohne Grenzen, Brotfrieden ohne Brot, Siege ohne Kriegsende, Friedensschlüsse, die Kriegserklärungen gleichen. Der Imperialismus ist bankerott mit seiner Wirtschaftspolitik, mit seiner Nationalitätenpolitik, mit seiner Kriegspolitik. Er ist am Ende seines Lateins. Er kann noch Ruin, Elend und Anarchie verbreiten, den Tod organisieren. Er kann nicht mehr aufbauen, nicht mehr das Leben organisieren, er kann die bürgerliche Gesellschaft nicht mehr aus der Anarchie, aus dem Bacchanal des Todes auf normale Bahnen herausführen.

Dies alles könnte der Sozialismus allein, die proletarische Revolution, die mit einem mächtigen Ruck die herrschende Mörderbande zum Purzeln bringen und der gemarterten Menschheit den rettenden Ausweg zu einer neuen Gesellschaftsordnung zeigen würde. – Objektiv ist Deutschland heute das reifste Land für die proletarisch-sozialistische Revolution, für die führende Rolle in der Weltrevolution der Arbeit.

Was tut aber der deutsche Proletarier? Er belagert und zerschmettert im Schweiße des Angesichts das einzige Land, wo sich die Arbeiterklasse der Staatsgewalt bemächtigt hat, um dem Krieg und Imperialismus den Garaus zu machen und den Sozialismus zu verwirklichen. Unsere „braven" Feldgrauen suchen das revolutionäre proletarische Rußland zu berauben, auszuplündern und auszuhungern, und all das wozu? Um die blutbesudelte Herrschaft des deutschen Imperialismus und sein geschichtlich verwirktes Dasein um eine Frist zu verlängern?

Das deutsche Proletariat übertrifft wahrlich das berühmteste Beispiel bedientenhafter Treue: jene Schweizer Garde, die sich vor dem Palast des letzten Bourbonen von stürmenden Revolutionshaufen niedermachen ließ. Jene helvetische Treue, die in Luzern in dem Standbild des sterbenden Löwen verewigt ist, hatte aber immerhin etwas achtbares an sich: sie war ein reelles und nüchternes Geschäft. Die Schweizer Landsknechte, die sich für die Despotie in Frankreich niedermachen ließen, werden für ihre Treue in klingender Münze bezahlt. Galt doch von ihnen das bekannte Sprichwort: pas d'argent — pas de Suisses, kein Geld – keine Schweizer. Die deutschen Proletarier tuns „um Christi willen", zum Dank für Hunger, für Rechtlosigkeit, für Spott und Hohn. Wenn sich ein zweiter Thorwaldsen finden sollte, der das Bild dieser ergreifenden Sklaventreue nach 4 Jahren Weltkrieg zu Nutz und Frommen ferner Geschlechter in Marmor hauen wird, so wird er entschieden keinen Löwen als Symbol wählen dürfen, sondern einen Hund!

Ein paar Posttage zu spät.

Eine Weltwende! Scheidemännchen hat im Reichstag angekündigt, daß seine Fraktion zum Zeichen des Mißtrauens für „diese Regierung den Etat diesmal ablehnen wird". Erzittert nicht Himmel und Erde? Seit vier Jahren zum ersten Mal kündigen die Regierungssozialisten ihren Herrschaften den Gehorsam und stellen sich auf die Hinterbeine der Opposition. Was ist in aller Welt geschehen? Hat die deutsche Regierung in den Tagen um den 3. Juli irgend eine neue ganz unerhörte Ruchlosigkeit begangen? Nicht daß wir wüßten .Die Unschicklichkeit mit dem Zurückzieher Kühlmanns? Du lieber Himmel, was ist diese rührende kleine Blamage im Vergleich zu allem, was man erlebt hat und was die Scheidemänner hingenommen haben, ohne mit der Wimper zu zucken. Sämtliche Kriegskredite, alle Infamien des Belagerungszustandes, alle Verhöhnungen des preußischen Wahlrechts, alle behördlichen Agitationen für die Alldeutschen, alle Bluturteile gegen kämpfende Arbeiter, alle Straf- und Henkerexpeditionen gegen Rußland, alle Annexionen im Osten, alle Schindluderspiele mit der famosen Friedensresolution. . . . Kamele? Nein, ganze Karawanen von Kamelen haben sie geschluckt. Und nun ist ihnen die Mücke der niedlichen Kühlmann-Posse im Halse stecken geblieben. Plötzlich können sie nicht anders, müssen sie zum Zeichen ihres Mißtrauens das Budget ablehnen, „eine leere Demonstration", „eine wirkungsvolle Geste" machen, – sie, die „praktischen Politiker". . . .

Wahrhaftig, „eine leere Demonstration", „eine wirkungslose Geste"; das ist nämlich ihre jetzige Budgetablehnung in des Wortes genauestem Sinne. Nachdem sie alle Trümpfe politischer und moralischer Wirkung einer oppositionellen Partei durch unentwegtes Lakaientum und Selbstprostituierung längst aus der Hand gegeben, nachdem sie mit der Regierung jeder bürgerlichen Mehrheit durch den ganzen Morast des Weltkrieges und der Militärdiktatur gewatet und so die Verantwortung für alles, was heute passiert, mit übernommen haben, wem imponiert ihre Budgetablehnung? Wer nimmt sie noch ernst? Das ist ihnen denn auch sofort und in derber Weise ins Gesicht geklatscht worden – von ihrem eigenen offiziellen Vertrauensmann. „Die Ablehnung des Etats durch die Sozialdemokratie müssen wir ertragen. Diese **Demonstration kann keine praktischen Erfolge haben**", replizierte der Vizekanzler der Linken, Herr von Payer, auf der Stelle. Ein Theaterdonner, der sowohl bei den herrschenden Klassen wie bei den Arbeitermassen nur verächtliches Achselzucken hervorrufen kann.

Und aus der lächerlichen Geste gegen die Regierung wurde ein vollendeter Verrat gegen die Arbeiter, indem die Scheidemänner nach der Ablehnung des Etats für die Kriegskredite stimmten.

Die Wiener Regierungssozialisten stimmten bekanntlich neuerdings *für* das Budget und *gegen* die Kriegskredite und geben das für sozialistische Politik reinsten Wassers aus. Unsere reichsdeutschen Regierungssozialisten machten es umgekehrt; sie stimmten *gegen* das Budget, aber nach wie vor *für* Kriegskredite! Und das wird natürlich auch sozialistische Politik reinsten Wassers sein. So ward wenigstens für Abwechslung in der Komödie gesorgt, und die Arbeitermassen haben volle Wahl, ob sie sich so rum oder andersrum beschummeln lassen wollen.

Ein warnendes Exempel.

Als im Januar in ganz Oesterreich der Generalstreik ausgebrochen war, der das revolutionäre Echo der Verhandlungen in Brest-Litowsk darstellte, wählten sich die österreichischen Arbeiter zur Leitung der Bewegung einen „Arbeiterrat". Das war eine demonstrative Sympathiekundgebung für die russischen Proletarier und gab dem österreichischen Massenstreik ein deutlich revolutionäres Gepräge. Vor allem aber war es ein Versuch, der kämpfenden Arbeiterschaft – genau wie nachher in Deutschland – sich von den Fesseln der offiziellen sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaft freizumachen, die ja in Oesterreich wie in Deutschland nur dazu dienen, die Arbeiterklasse lahmzulegen und zum gefügigen Werkzeug der herrschenden Klassen zu machen.

Die Wahl des Arbeiterrats war eine bündige Kampfansage nicht gegen die imperialistische Regierung und den Krieg, sondern auch gegen die offizielle Partei. Die Adler, Renner & Co. begriffen das natürlich sofort. Allein seit jeher viel schlauer als unsere Regierungssozialisten in der Begaunerung der Massen, hüteten sie sich, die Streikenden offen zu brüskieren oder zu verleugnen. Im Gegenteil, sie machten sich sofort an sie heran und schlichen sich als „gute Freunde" in die neue Organisation hinein.

Gleich nach dem Januarstreik machte Renner, der abgefeimteste der österreichischen Regierungssozialisten den Vorschlag, der „Arbeiterrat" solle auch nach dem Abbruch der Bewegung bestehen bleiben und ausgebaut werden. Der Zweck der Rennerschen jesuitischen Politik war klar; durch diese Initiative wollten die Regierungssozialisten vorbeugen, daß ihnen die Massen wieder Ueberraschungen machen und im Augenblick des Kampfes eine eigene Leitung hinter dem Rücken der „Instanzen" schaffen. Sie wollten den „Arbeiterrat" selbst in ihre Hände bekommen, um ihm das Rückgrat zu brechen.

Und siehe da! Der Plan gelang aufs schönste. Die österreichischen Arbeiter gingen auf den Leim, sie ließen die Adler, Renner und das ganze Gelichter ihre schmutzigen Finger in die neugewählten Vertretungen stecken, und das Resultat zeigte sich jüngst zur Genüge.

Als die Brotration in Oesterreich auf die Hälfte herabgesetzt wurde, erwartete alle Welt sofort den Ausbruch des Generalstreiks. Die Seidler-Regierung zitterte und nicht minder zitterte die deutsche Regierung, daß das böse österreichische Beispiel wieder wie ein zündender Funken in Deutschland einschlagen könnte.

Aber da trat eben der parat gehaltene „Arbeiterrat" unter Führung der Renner, Adler u. Co. in Tätigkeit. Alsbald schlug der Arbeiterrat selbst den Massen vor, den kaum begonnenen Streik als nutzlos abzubrechen und ins Joch zurückzukehren. Die gefürchtete Explosion des Massenzorns blieb aus, die Kampfstimmung im Keime erstickt, die österreichische Regierung atmete auf und mit ihr auch die deutsche Regierung.

Ein warnendes Exempel dies für die österreichischen, wie für die deutschen Arbeiter. Seine Lehre lautet: Soll es mit Massenaktionen ernst werden, dann keinerlei „Verhandlungen", keinerlei Gemeinschaft mit Regie-

rungssozialisten, keine „guten Dienste" von Judassen der Arbeitersache, wenn sie sich noch so freundlich anbieten. Reinliche Scheidung, Sonst genügen drei geriebene Schurken, um eine Million Proletarier hintenherum an die Klassen zu verkaufen.

Henker und Genossen.

Gemeint sind die Angeklagten aus Dresden, die im Mai dieses Jahres vor dem hohen Tribunal in Leipzig erschienen, und an deren Spitze ein Zufall den Namen Wella Henker gesetzt hat. Manche ein wenig zag und unwirsch, andere ruhig, fast gleichgültig das Martyrium auf sich nehmend, das über sie verhängt werden sollte, wieder andere stolz und kraftvoll noch einmal ihre Glaubenssätze verkündend, bevor Zuchthausmauern auf Jahre hin dem Auge den Blick und dem Mund die Stimme rauben.

Es sind nicht die anderen damit gemeint, die vierzehn ehrbaren Männer in der roten Robe, die Richter und der Reichsanwalt daneben, die sich eine Woche lang quälten, bis ein „Tatbestand" festgestellt, der dem Gesetz und ein Gesetz festgestellt, das dem Tatbestand entsprach.

Was bei Henker und Genossen geschah, wo die Angeklagten zu Zuchthausstrafen von acht Jahren an abwärts verurteilt wurden, und was in diesem Kriege dutzende Male — vielleicht bald hunderte Male — geschah, das hat nichts mehr zu tun mit jenem reichsgerichtlichen Bienenfleiß, der aus der Vergleichung von fünf „Vorentscheidungen" und sechs geltenden Kommentaren, zusammen elf „einschlägigen" Meinungen, einen zwölften neuen Rechtssatz formte. Das, was jetzt geschieht im Gewande der Justiz, ist Fortsetzung der Klassen-Politik mit anderen Mitteln.

Im August vorigen Jahres wurden in Dresden zwei Flugblätter verteilt, in denen alle Arbeiter aufgefordert wurden, am 2. und 3. September 1917 die Arbeit einzustellen. Die Soldaten wurden aufgefordert, auf die Streikenden nicht zu schießen, und, falls die Behörden mit Gewaltmaßregeln gegen die Streikenden vorgehen sollten, der Gewalt mit Gewalt zu begegnen.

Das war die erste, die größte Sünde.

Daneben kamen noch in Betracht die Verbreitung des „Jugendrufes" der sozialistischen Jugendorganisationen für Dresden und Umgebung, was in einer Aufforderung an die Jugend gelesen wurde, dem an sie ergehenden Gestellungsbefehl nicht Folge zu leisten. Dann die Verbreitung des „Stürmer", in dem ähnliche Aufforderungen gefunden wurden, und schließlich des „Spartacus".

„Schon die erste Abhandlung des „Spartacus" Nr. 1" — sagt die Anklageschrift — „fordert den Kampf gegen die „Säbeldiktatur" und „imperialistische Blutherrschaft" (die Anklage setzt die Worte, sei es aus Respekt, sei es der Naturtreue wegen, in Anführungszeichen).

. . . die Verlegung der politischen Entscheidungen aus den Konventikeln der Parlamentsfraktion in den eigenen zielklaren Willen und die eigene Handlungsfähigkeit der Massen",

verlangt „rücksichtslose Machtentfaltung der Volksmassen". „Nicht im Parlament," wird gesagt, „können die Würfel über Krieg und Frieden, über die Internationale, über den Massenhunger fallen, sondern in den Fabriken, in den Werkstätten, auf der Straße."

„Immer wieder muß den Genossen gesagt werden: erwartet von nirgends ein Heil, als von euch selbst. Und wenn ihr endlich wagt, in kühnen Massenaktionen von steigender Wucht, ohne Gefahren zu fürchten und Opfer zu zählen, eure ganze Macht zu entfalten, nur dann wird es gelingen, die Partei gegen die Ebert-Scheidemann zu retten, den Frieden und die Freiheit aus dem Chaos der imperialistischen Bestialität zu erringen. Hier ist der Rhodus, hier gilt es zu springen."

Aus allen Nummern des „Spartacus" werden Sätze und Gedanken ähnlichen Inhalts zitiert und der Schluß daraus gezogen, daß der „Spartacus"

„in sämtlichen Nummern die Arbeiterklasse im Deutschen Reiche aufgefordert hat, durch Massenstreiks die Erzeugung von Munition und anderem Kriegsbedarf zu vereiteln, durch eine gewaltsame Volkserhebung die Fortsetzung des Krieges zu verhindern, durch offene Empörung, Aufstand, Revolution die bestehende Regierung im Reiche zu beseitigen und alle Gewalt für die Bestimmung des öffentlichen Lebens an sich zu reißen, mithin die Verfassung des Deutschen Reiches gewaltsam zu ändern."

Wir haben uns des „Spartacus" zwar mehr angenommen; nicht aus Gründen der Selbstliebe, sondern weil hier offenbar die ganze Frage, wie sie juristisch und politisch liegt, am schärfsten ins Licht gerückt ist.

„Die Verlegung der politischen Entscheidungen" aus den Konventikeln der Parlamentsfraktionen in den eigenen zielklaren Willen und die eigene Handlungsfähigkeit der Massen" ist Hochverrat.

Wir brauchen mit den hohen und gelehrten Herren vom Reichsgericht in Leipzig über die juristischen Auslegungen nicht zu debattieren. Uns zeigt ein flüchtiger Blick, wie der Jurist glaubt, mit dem Lasso seines Prozeßverfahrens, an dessen Ende statt des Bleiknopfes der Paragraph des Strafgesetzbuches baumelt, die Weltgeschichte einfangen zu können. „Politik machen" war einmal: in Kommissionen zu tuscheln, in Wandelgängen geistreich zu plaudern und im Reichstagsparlament leidlich zu frühstücken. Ach! dort sitzen heute nur die Eunuchen, die einst die stolze Dame Politik bewachten. Der Dame selbst ist auch der weite Wallotbau zu klein geworden. Sie sitzt heute im Großen Hauptquartier und horcht, welch Lied die Maschine Militär wohl summt; sie geht in die Bureaus des Kohlensyndikats und horcht, was dort, was in den „industriellen Verbänden" gesagt und getan wird. Und sie geht auch oft und lange durch die Viertel der Arbeit. Dort steht noch immer der Arbeitsmann und schafft und schafft für den Krieg und für den Mord. Hört die Dame Politik im Hauptquartier von den „militärischen Sicherungen", im Kohlensyndikat von „Sicherung der wirtschaftlichen Zukunft", so hört sie im Arbeiterviertel nur den ausgeleierten Phonographen spielen, nach dem Herr Scheidemann den Gassenhauer von der „Verständigung der feindlichen Brüder" herunterleiert. Aber wenn der Arbeitsmann jetzt sich

aufrafft, „Wir sind die Kraft", dann wird er all jenes Getuschel und Geleier verstummen machen.

Wir wissen so sicher, daß diese Stunde kommen wird, wie sie in Rußland kam, und wie sie kommen muß, solange noch Menschen ausgebeutet und im Namen des Vaterlandes für den heiligen Profit zur Schlachtbank geführt wurden. Der Krieg aber hat die Stunde herangerückt, zum Greifen nah. Dieweil aber will das Reichsgericht „die politischen Entscheidungen" festgehalten wissen im Reichstag und bei den übrigen „verfassungsmäßigen Instanzen", so wie es die Artikel 11 und folgende der Reichsverfassung vorschreiben.

So mögen sie also weiter werfen mit ihren Zuchthausstahlgranaten und ihren Giftbomben von Ehrverlust. Sie werden sich nicht nützen und uns nicht schaden: sie bilden uns eine Kämpferschar heran, die bereit war, alles zu geben und auch künftig bereit sein wird.

Zum Blutbad gerüstet.

Verfügung des Oberkommandos vom Februar 1918 betr.
„Innere Unruhen".

An sämtliche Infanterie-Truppenteile des Gardekorps und des 3., 4. und 5. Korps:

Auf das Telegramm hin

„Streikabwehr vorbereiten"

muß der Truppenteil mobil gemacht werden.

Wenn das weitere Telegramm

„Streikabwehr"

kommt, dann ist die Linien-Kommandantur benachrichtigt, welche die Wagengestellung zum Transport der Leute in der Umgegend von Berlin veranlaßt. Die Leute müssen ausgerüstet sein: feldmarschmäßig mit Handgranaten und ohne Gasmasken.

Wenn das Telegramm kommt:

„Einschließung vorbereiten"

treten sämtliche Truppenteile an die ihnen im voraus bestimmten Stellen. Die Bataillons-Kommandeure haben anwesend zu sein und sämtliche weiteren Vorbereitungen zu leiten.

Auf das Telegramm „Einschließung" marschieren das 3., 4. und 5. Korps, das zu diesem Zwecke herangezogen wird, auf Berlin bis zum Stadtring. Das Gardekorps drückt vom Stadtinnern nach der Ringbahn, woselbst die Menschenmengen zusammengetrieben werden. Das Hauptquartier befindet sich in Kaulsdorf.

Aus den weiteren Anordnungen geht noch hervor, daß mit Maschinengewehren gearbeitet werden muß, wie denn ausdrücklich bemerkt wird, daß die schärfsten Maßregeln die besten sind.

Der Befehl ist streng geheim zu halten und nur den Kommandeuren zugängig.

„Man muß diesem Volke auf den Knien danken," deklamierte gefühlvoll Herr von Bethmann Hollweg in einer Reichstagssitzung. Inzwischen hat sich die Dankesformel Bethmann-Hollwegs gewandelt, und so lautet sie denn jetzt: „Man muß dieses Volk **auf die Knie zwingen** und es mit Maschinengewehrfeuer und Handgranaten zur Ruhe bringen!" So dankt das Haus Hohenzollern „seinem" geliebten Volke. **Legt an, gebt Feuer! Auf Vater und Mutter, auf Bruder und Schwester. Auf Weib und Kind: gebt Feuer!** – Aus Maschinengewehren und mit Handgranaten: **gebt Feuer! gebt Feuer! gebt Feuer!**

Und es sind Arbeiter, Arbeitersöhne, die auf solchen Befehl gehorchen sollen. Schmach und Schande, wenn sie noch gehorchen!

* * *

Immer wieder muß den Genossen gesagt werden: **Vor Polizei oder Gericht hat jeder Angeschuldigte das gesetzliche Recht und die moralische Pflicht, jede Aussage zu verweigern. Niemand darf sich durch Drohungen, Versprechungen irgendwelcher Art zu Mitteilungen auch scheinbar harmloser Natur zwingen oder verleiten lassen. Die Aussage über die eigene Person und Adresse genügt.**

Wer über sich oder gar über andere irgend etwas aussagt, übt Verrat an unserer Sache!

Die Pleite des Imperialismus.

Mit wahrhaft unerschöpflicher Geduld und grausamer Gründlichkeit arbeitet die Geschichte daran, die Unbelehrbarkeit des europäischen Proletariats Dialektik einzuhämmern. Eine erstarrende Kriegshypnose hält seit vier Jahren die Volksmassen der westeuropäischen Länder in Bann. Willenlos, gedankenlos ergeben sie sich der Herrschaft des Imperialismus, lassen sich von ihm wie Sklaven in die Arena des Todes treiben, in seine Hände haben sie ihr Schicksal überantwortet, sein Zepter herrscht gebieterisch und allmächtig über politisches, wirtschaftliches, soziales Leben.

Was ist das Ergebnis der vierjährigen Schlächterei? Nichts, garnichts, als Leichenberge, ruinierte Länder, hungernde Völker. Heute, nach vier Jahren, stehen wir mit Hilfe „genialer Heerführer" mit den Kriegsaussichten genau soweit wie am Kriegsanfang!

Wie haben doch alle schwachen Herzen wieder vor der Gewalt des Schwertes gebebt, als die deutsche Offensive im März und April mit neuen „glänzenden Siegen" einsetzte! Wie lagen da die Scheidemänner vor dem Moloch auf dem Bauch und riefen, indem sie sich die Augen und Ohren zuhielten, auf Gnade und Ungnade ergeben: „Nur zu! Nur tu deine blutige Arbeit schnell und gründlich." Schrieb doch der „Vorwärts" damals, der einzige Ausweg aus dem Weltkriege sei nunmehr voller deutscher Sieg und es bleibe nur zu wünschen, daß er so schnell wie möglich komme. Wie faßten da die braven Spießer wieder Hoffnung: nun werde das Ende des Krieges wirklich kommen: ein großer dröhnender Sieg der dicken Berta!

Und heute? Heute sind im Westen fast alle Felle wieder fortgeschwommen. Die „glänzenden Siege", die furchtbaren Opfer an Menschenleben in der Frühlingsoffensive waren rein umsonst: was im Frühjahr gewonnen war, ist im Sommer wieder zerronnen: es ist die Pleite des Imperialismus, wie sie im Buche steht.

Die Spekulation der deutschen Kriegsführung, eine Entscheidung zu erzwingen, ehe die amerikanische Hilfe ihre volle Wirkung entfaltet, ist nunmehr völlig gescheitert. Nächstes Frühjahr, so Gott will, können wir im besten Fall von neuem zu einer Offensive ausholen, damit die inzwischen gestärkten Ententeheere im Sommer darauf auch diese Offensive wieder zu nichte machen.

So arbeitet der Weltkrieg wie eine Art riesenhafter Säge. An einem ihrer Enden schiebt mit aller Gewalt der deutsche Imperialismus, an dem andern der anglo-französische. Bald wird die Säge nach der einen Seite geschoben, bald nach der anderen wieder zurückgeschoben. Was aber dabei zersägt wird, ist die europäische Proletariermasse, ihr Wohlstand, ihre Zukunft, ist Kultur und Demokratie. . . .

Dieses Gefühl bemächtigt sich denn allmählich der weitesten Kreise der Arbeiterschaft. Vor solchen Lehren, wie das jetzige deutsche Fiasko im Westen hält der gedankenloseste Sklavensinn nicht Stand. Wozu waren all die Opfer? Was soll aus all dem werden? Wie lange soll noch das irrsinnige Hinundher des blutigen Gemetzels gehen? Solche Fragen und Gedanken müssen sich heute unzweifelhaft im Kopfe jedes deutschen Soldaten im Felde und jedes Arbeiters, sowie jeder arbeitenden Frau daheim regen. Und auch die einzige Antwort, die darauf gegeben werden kann, muß allen allmählich aufdämmern: die Ueberzeugung nämlich, daß dem Kriege überhaupt nicht anders ein Ziel zu setzen ist, als durch die Massenerhebung des Volkes selbst.

Was heutzutage die Aeußerung der steigenden Erbitterung in den Volksmassen lähmt, ist sicher weniger der Mangel an Mut und Entschlossenheit, als die politische Ratlosigkeit, als das Zurückschrecken vor der unbestimmten Größe der Aufgabe.

Deutschland ist nicht umsonst das Land ohne revolutionäre Traditionen, das Land des preußischen Kasernendrills. Auch die deutsche Sozialdemokratie hat sich 50 Jahre lang nur darin geübt, die Arbeitermassen im Kasernendrill, genannt „Organisationsdisziplin" zu verblöden. Mit dem Resultat, daß heute die deutschen Arbeiter eben nur dem Taktstock einer Obrigkeit sich zu bewegen vermögen: sei es nach dem Taktstock eines Feldwebels oder eines Legien von der Generalkommission der Gewerkschaften. Und auch dann wenn der deutsche Arbeiter geistig bereits der Autorität des Feldwebels und Legiens entwachsen ist, fühlt er sich noch zunächst ganz hilflos, wenn er *gegen* den Feldwebel und *gegen* den Legien vorgehen, wenn er als *freier* Proletarier sich selbst führen soll.

Und doch arbeitet der Imperialismus gerade der revolutionären Mobilisierung der Arbeiterschaft sehr erheblich vor. Die überlieferten Organisationsrahmen des Proletariats: Sozialdemokratie und Gewerkschaften haben sich der Aufgabe des Klassenkampfes versagt, sind umgekehrt zu Organen der imperialistischen Klassenherrschaft geworden. Doch der Weltkrieg hat andere Gruppierungen und Rahmen geschaffen.

Die Konzentration gewaltiger Massen des Proletariats an der Front in jahrelanger täglicher Kameradschaft und Gemeinsamkeit der Daseinsbedingungen, die Konzentration gleichfalls gewaltiger Massen von Männern und Frauen der Arbeit in der Munitionsindustrie der Heimat — das alles hat geradezu die fertigen Truppen herangebildet, die bei jeder größeren politischen Aktion in Frage kommen. Diese vom Imperialismus selbst zusammengeschweißten kompakten Massen der „Arbeiter und Soldaten" ermangeln nur der inneren Selbsterkenntnis ihrer Mission und ihrer eigenen Macht, um sich aktionsfähig zu erweisen.

Ihnen nach dieser Richtung den Anstoß zu geben, sie mit innerem Wagemut, mit dem Glauben an die eigene Kraft zu erfüllen, das ist jetzt die dringendste Aufgabe aller ehrlichen sozialistischen Elemente. Das Beispiel der russischen Proletarier, ihrer zähen Energie und ihres ungebrochenen Mutes in den schwierigsten Verhältnissen muß dabei hervorragende Dienste leisten und wird sie erst in vollem Umfang leisten, sobald das Eis gebrochen,

sobald die ersten Schritte der Massenaktivität in Deutschland getan sein werden.

Was gerade jetzt die Pflicht der intensivsten Agitation ganz besonders dringend erscheinen läßt, ist die internationale Lage. Es wäre die fatalste Taktik, wenn die Arbeiterklasse eines Landes erst die revolutionäre Vorhut im anderen Lande sich im ungleichen Kampfe verbluten ließe, um alsdann nach ihrer Niederlage selbst auf den Kampfplatz zu treten.

Die Aussichten und Wirkungen der deutschen Massenerhebung, die nun einmal früher oder später unvermeidlich ist, steigen und fallen zusammen mit der Frage, ob es ihr gelingen wird oder nicht, der russischen Revolution noch beizuspringen und mit ihr gemeinsam vorzugehen.

Ist es so von allen Standpunkten eine dringende Aufgabe, gerade im gegenwärtigen Moment die öffentliche Pleite des deutschen Imperialismus mit verzehnfachter Energie agitatorisch auszunutzen, so drängt sich von selbst die Frage auf: wo sind eigentlich die Führer der Unabhängigen? Was tun sie, um die Massen zu mobilisieren? Nach den paar „scharfen Reden" und Erklärungen, die Ledebour, Haase, Geyer im Reichstage geleistet haben, ruhen sie sich offenbar auf den Lorbeeren aus. Aber mit Reichstagsreden und Abstimmungen allein lockt man heut keinen Hund hinter dem Ofen hervor. Vor vier Jahren, bei den ersten Kreditvorlagen, als die Abstimmungen noch von entscheidender Bedeutung für die Orientierung der Massen in Deutschland und der Internationale waren, da waren die Haase, Ledebour und Genossen noch nicht „so weit". Heute entfalten sie im Reichstag einen erschrecklichen Radikalismus, leider aber ist heute der ganze Reichstag mitsamt seinen Reden und Abstimmungen ins Hintertreffen geraten. Heute sind nur *außerparlamentarische Massenaktionen* von Bedeutung. Da sind aber Haase, Ledebour und Genossen offenbar wieder noch nicht „soweit". Immer um zwei Posttage zu spät! . . .

Hört man sie über die Massen reden, die ihre Anhängerschaft bilden und unverdrossen anwachsen — das Pochen auf die großen Zahlen haben sie mit anderen Tugenden von der alten deutschen Sozialdemokratie getreulich übernommen —, dann ist man doch berechtigt zu fragen: was versteht Ihr denn in dieser historischen Stunde mit Eurem Massenanhang anzufangen? Wo sind Eure Flugblätter, Eure Demonstrationen, Eure Agitation für außerparlamentarische Aktionen? Nichts von alledem ist zu merken. Sie warten offenbar wieder auf den Reichstag, um Reden zu schwingen. Da jedoch der Reichstag bekanntermaßen, je kritischer die politische Situation, je gründlicher und länger ausgeschaltet wird, so bleiben auch Haase, Ledebour und Genossen mit ihren fertigen Konzepten radikaler Reden und Abstimmungen ausgeschaltet. Genau wie in den schönen Zeiten der alten deutschen Sozialdemokratie, die just bei allen internationalen Krisen untätig blieb, weil sich solche Krisen mit ausgesuchter Bosheit während der parlamentarischen Ferien zu ereignen pflegten. „Die Legalität", auf gut deutsch: der parlamentarische Kretinismus hat die alte Sozialdemokratie getötet. Ihr heutiger Sproß, die Haase-Partei, findet nach vier Jahren Weltkrieg und Weltuntergang nichts besseres zu tun, als das Vermächtnis der teuren Entschlafenen pietätvoll zu hüten und getreulich in ihren Fußtapfen zu wandeln.

Die russische Tragödie.*)

Seit dem Brest-Litowsker Frieden ist die russische Revolution in eine sehr schiefe Lage geraten. Die Politik, von der sich die Bolschewiki dabei haben leiten lassen, liegt auf der Hand: Friede um jeden Preis, um eine Atempause zu gewinnen, inzwischen die proletarische Diktatur in Rußland auszubauen und zu befestigen, soviel wie irgend möglich an Reformen im Sinne des Sozialismus zu verwirklichen und so den Ausbruch der internationalen proletarischen Revolution abzuwarten, sie zugleich durch das Beispiel Rußlands zu beschleunigen. Da die absolute Kriegsmüdigkeit der russischen Volksmassen und zugleich die militärische Desorganisation, die vom Zarismus hinterlassen war, die Fortsetzung des Krieges sowieso zu einem aussichtslosen Verbluten Rußlands zu machen schienen, so war ohnehin kein anderer Ausweg als schleuniger Abschluß des Friedens möglich. Dies war die Rechnung von Lenin und Genossen.

Sie war diktiert von zwei rein revolutionären Gesichtspunkten: von dem unerschütterlichen Glauben an die europäische Revolution des Proletariats als den einzigen Ausweg und die unvermeidliche Konsequenz des Weltkrieges, und von der ebenso unerschütterlichen Entschlossenheit, die einmal errungene Macht in Rußland bis zum äußersten zu verteidigen, um sie zur energischsten und radikalsten Umwälzung auszunützen.

Und doch war sie zum größten Teil eine Rechnung ohne den Wirt, nämlich ohne den deutschen Militarismus, dem sich Rußland durch den Separatfrieden auf Gnade und Ungnade ausgeliefert hat. Der Brester Friede war in Wirklichkeit nichts anderes als eine Kapitulation des russischen revolutionären Proletariats vor dem deutschen Imperialismus. Freilich, Lenin und seine Freunde täuschten über die Tatsachen weder sich noch andere. Sie gaben die Kapitulation unumwunden zu. Worüber sie sich leider täuschten, war die Hoffnung, um den Preis dieser Kapitulation eine wirkliche Atempause zu erkaufen, durch einen Separatfrieden sich aus dem Höllenbrand des Weltkrieges wirklich retten zu können. Sie zogen die Tatsache nicht in Betracht, daß die Kapitulation Rußlands in Brest-Litowsk eine enorme Stärkung der imperialistisch-alldeutschen Politik, damit gerade die Schwächung der Chancen einer revolutionären Erhebung in Deutschland bedeuten und nicht den Abschluß des Krieges mit Deutschland herbeiführen würde, sondern bloß den Anfang eines neuen Kapitels dieses Krieges.

Tatsächlich ist der „Friede" von Brest-Litowsk eine Chimäre. Nicht einen Augenblick hat es Frieden zwischen Rußland und Deutschland gegeben. Es war seit Brest-Litowsk bis auf heute fortgesetzter Krieg, nur ein eigenartiger, von einer Seite geführter Krieg: systematisches deutsches Vordringen und stillschweigendes Zurückweichen der Bolschewiki Schritt für

*) Der Artikel spricht Befürchtungen aus, die auch in unseren Kreisen vielfach vorhanden sind – Befürchtungen, die aus der objektiven Lage der Bolschewiki, nicht aus ihrem subjektiven Verhalten entspringen. Wir bringen den Artikel vornehmlich wegen seiner Schlußfolgerung: ohne die deutsche Revolution keine Rettung der russischen Revolution, keine Hoffnung für den Sozialismus in diesem Weltkriege. Es bleibt nur die eine Lösung: der Massenaufstand des deutschen Proletariats.

Schritt. Die Okkupation der Ukraine, Finnlands, Livlands, Estlands, der Krim, des Kaukasus, immer weiterer Strecken Südrußlands — das ist das Ergebnis des „Friedenszustandes" seit Brest-Litowsk.

Und das bedeutete: erstens Erdrosselung der Revolution und Sieg der Konterrevolution in allen revolutionären Hochburgen Rußlands. Denn Finnland, Baltikum, Ukraine, Kaukasus, Schwarzmeergebiet — das ist alles Rußland, nämlich Terrain der russischen Revolution, was auch die hohle, kleinbürgerliche Phraseologie über das „Selbstbestimmungsrecht der Nationen" dagegen schwatzen mag.

Zweitens bedeutet dies: Abschnürung auch des großrussischen Teils des revolutionären Terrains vom Getreidegebiet, Kohlengebiet, Erzgebiet und Naphthagebiet, also von den wichtigsten wirtschaftlichen Lebensquellen der Revolution.

Drittens: Ermunterung und Stärkung aller konterrevolutionären Elemente innerhalb Rußlands zum tatkräftigsten Widerstand gegen die Bolschewikis und ihre Maßnahmen.

Viertens: Schiedsrichterrolle Deutschlands in den politischen und wirtschaftlichen Beziehungen Rußlands zu allen seinen eigenen Provinzen: Finnland, Polen, Litauen, Ukraine, Kaukasus, sowie zu den Nachbarstaaten: Rumänien.

Die allgemeine Konsequenz dieses unumschränkten Schaltens und Waltens Deutschlands in Rußland war naturgemäß eine ungeheure Stärkung der Position des deutschen Imperialismus nach innen wie nach außen und dadurch selbstverständlich Anfachung des Widerstandes und des Kriegswillens der Ententeländer bis zum Weißglühen, also Verlängerung und Verschärfung des Weltkrieges. Ja, noch mehr: die der deutschen fortschreitenden Okkupation gegenüber an den Tag gelegte Widerstandslosigkeit Rußlands mußte naturgemäß auch die Entente und Japan zu einer Gegenaktion auf russischem Gebiete anlocken, um das ungeheure Uebergewicht Deutschlands zu parieren und gleichfalls an dem wehrlosen Koloß die imperialistischen Appetite zu befriedigen. Nun wird der Norden und Osten des europäischen Rußlands, sowie ganz Sibirien abgeschnürt, und die Bolschewiki werden von den letzten Lebensquellen abgesperrt.

So wird die russische Revolution im Endresultat des Brester Friedens von allen Seiten umzingelt, ausgehungert, erdrosselt.

Aber auch im Innern, auf dem von Deutschland den Bolschewiki noch übrig gelassenen Terrain, mußte die Herrschaft und die Politik der Revolution in schiefe Bahnen gedrängt werden. Die Attentate auf Mirbach und Eichhorn sind eine begreifliche Antwort auf die Schreckensherrschaft des deutschen Imperialismus in Rußland. Die Sozialdemokratie hat freilich seit jeher den Terror als Einzelakte verworfen, aber nur, weil sie ihm den Massenkampf als wirksameres Mittel entgegenstellte, nicht weil sie ihm passives Dulden der reaktionären Gewaltherrschaft vorzog. Es ist natürlich nur eine der offiziösen Fälschungen des W.T.B., daß die Linken Sozialrevolutionäre diese Attentate auf Anstiftung oder im Auftrage der Entente ausführten. Diese Attentate sollten entweder als Signal für einen Massenaufstand gegen die deutsche Herrschaft sein oder sie waren nur impulsive

Racheakte der Verzweiflung und des Hasses gegen die deutsche Blutherrschaft. Wie sie auch gemeint sein mochten, sie haben eine schwere Gefährdung der Sache der Revolution in Rußland mit sich gebracht, nämlich die Spaltung innerhalb der bisher herrschenden sozialistischen Gruppierung. Sie haben einen Keil zwischen die Bolschewiki und die Linken Sozial-Revolutionäre getrieben, ja, einen Abgrund und die Todfeindschaft zwischen den beiden Flügeln der Revolutionsarmee geschaffen.

Gewiß, auch die sozialen Unterschiede: der Gegensatz des besitzenden Bauerntums und des Landproletariats, sowie anderes hätten früher oder später eine Entzweiung der Bolschewiki und der Linken Sozial-Revolutionäre herbeigeführt. Bis zum Attentat auf Mirbach scheinen die Dinge noch nicht soweit gediehen zu sein. Tatsache ist jedenfalls, daß die Linken Sozialisten-Revolutionäre den Bolschewiki ihre Unterstützung liehen. Die Novemberrevolution, die die Bolschewiki ans Ruder brachte, die Auseinandertreibung der Konstituante, die bisherigen Reformen der Bolschewiki wären ohne die Mitwirkung der Linken Sozialisten-Revolutionäre kaum möglich. Erst Brest-Litowsk und seine Nachwirkungen haben den Keil zwischen die beiden Flügel getrieben. Der deutsche Imperialismus erscheint jetzt als der Schiedsrichter in den Beziehungen der Bolschewikis zu ihren gestrigen Bundesgenossen in der Revolution, wie er Schiedsrichter in ihren Beziehungen zu den Randprovinzen Rußlands und seiner Nachbarstaaten ist. Daß sich dadurch die ohnehin gewaltigen Widerstände gegen die Herrschaft und das Reformwerk der Bolschewikis steigern, daß die Basis, auf der ihre Herrschaft beruht, sich dadurch bedeutend verschmälert hat, liegt auf der Hand. Wahrscheinlich war diese innere Auseinandersetzung und Spaltung der heterogenen Elemente der Revolution an sich unvermeidlich, wie dies bei der fortschreitenden Radikalisierung in jeder aufsteigenden Revolution unvermeidlich ist. Jetzt ist aber tatsächlich eine Auseinandersetzung um die Säbelherrschaft Deutschlands über die russische Revolution eingetreten. Der deutsche Imperialismus ist der Pfahl, der im Fleische der russischen Revolution wühlt.

Doch damit nicht genug der Gefahren! Der eherne Ring des Weltkrieges, der im Osten durchbrochen schien, schließt sich wieder um Rußland und um die Welt lückenlos: die Entente rückt mit Tschecho-Slowaken und Japanern vom Norden und Osten her — eine natürliche und unvermeidliche Folge des Vorrückens Deutschlands vom Westen und vom Süden aus. Die Flammen des Weltkrieges züngeln auf russischen Boden hinüber und werden im nächsten Augenblick über der russischen Revolution zusammenschlagen. Sich dem Weltkriege — und sei es um den Preis der größten Opfer — zu entziehen, erweist sich letzten Endes für Rußland allein unmöglich.

Und nun droht den Bolschewikis als Endstation ihres Dornenwegs das schrecklichste: wie ein unheimliches Gespenst nähert sich — ein Bündnis der Bolschewikis mit Deutschland! Das wäre allerdings das letzte Glied in der verhängnisvollen Kette, die der Weltkrieg um den Hals der russischen Revolution geschlungen hat: erst Zurückweichen, dann Kapitulation und schließlich ein Bündnis mit dem deutschen Imperialismus. Die russische Revolution wäre somit vom Weltkriege, dem sie sich um jeden Preis entziehen

wollte, nur auf den Gegenpol geschleudert — von der Seite der Entente unter dem Zaren auf die Seite Deutschlands unter den Bolschewiki.

Es bleibt ein Ruhmestitel des russischen revolutionären Proletariats, daß seine erste Geste nach Ausbruch der Revolution — die Absage an die Gefolgschaft im Heerbann des franko-englischen Imperialismus war. Aber Heerbanndienste an den deutschen Imperialismus sind angesichts der internationalen Lage noch viel schlimmer.

Trotzki soll erklärt haben, wenn Rußland die Wahl zwischen japanischer und deutscher Okkupation hätte, so würde es die letztere wählen, da Deutschland viel reifer zur Revolution sei als Japan. Das Gequälte dieser Spekulation liegt auf der Hand. Es handelt sich ja nicht allein um Japan als Gegner Deutschlands, sondern um England und Frankreich, von denen niemand heute zu sagen vermag, ob ihre inneren Verhältnisse der proletarischen Revolution günstiger sind als in Deutschland, oder nicht. Das Raisonnement Trotzkis ist aber überhaupt insofern falsch, als gerade die Aussichten und Möglichkeiten einer Revolution in Deutschland durch jede Stärkung und jeden Sieg des deutschen Militarismus verschüttet werden.

Sodann aber kommen noch ganz andere Gesichtspunkte als diese angeblich realistischen in Betracht. Eine Allianz der Bolschewiki mit dem deutschen Imperialismus wäre der furchtbarste moralische Schlag für den internationalen Sozialismus, der ihm noch versetzt werden könnte. Rußland war der einzige letzte Winkel, wo revolutionärer Sozialismus, Reinheit der Grundsätze, ideale Güter noch einen Kurs hatten, wohin sich die Blicke aller ehrlichen sozialistischen Elemente in Deutschland wie in ganz Europa richteten, um sich von dem Ekel zu erholen, den die Praxis der westeuropäischen Arbeiterbewegung hervorruft, um sich mit Mut zum Ausharren, mit Glauben an ideelle Werke, an heilige Worte zu wappnen. Mit der grotesken „Paarung" zwischen Lenin und Hindenburg wäre die moralische Lichtquelle im Osten verlöscht. Es liegt auf der Hand, daß die deutschen Machthaber der Sowjet-Regierung die Pistole auf die Brust setzen und ihre verzweifelte Lage ausnutzen, um ihr diese ungeheuerliche Allianz aufzuzwingen. Aber wir hoffen, daß Lenin und seine Freunde um keinen Preis nachgeben werden, daß sie dieser Zumutung gegenüber ein kategorisches: Bis hierher und nicht weiter! zurufen werden.

Sozialistische Revolution auf deutschen Bajonetten sitzend, proletarische Diktatur unter der Schirmvogtei des deutschen Imperialismus — das wäre das ungeheuerlichste, was wir noch erleben könnten. Und obendrein wäre es — *reine Utopie*. Ganz zu schweigen davon, daß das moralische Prestige der Bolschewiki im Lande selbst vernichtet wäre — sie würden jede Bewegungsfreiheit und jede Unabhängigkeit auch in der inneren Politik verlieren, um in kürzester Zeit — von der Bühne überhaupt zu verschwinden. Sieht doch jedes Kind seit langem, daß Deutschland nur schwankt und auf die Gelegenheit lauert, um mit Miljukows, irgendwelchen Hetmans und Gott weiß welchen dunklen Ehrenmännern und Strohpuppen der bolschewistischen Herrschaft ein Ende zu machen, Lenin und Genossen, nachdem sie wie die Ukrainer, die Lubinskys und Konsorten, die Rolle des trojanischen Pferdes ausgespielt haben werden, sie selbst abzuwürgen.

Dann erst wären alle bisherigen Opfer, das große Opfer des Brester Friedens rein umsonst gebracht; denn ihr Kaufpreis wäre zum Schluß der – moralische Bankerott. Jeder politische Untergang der Bolschewikis im ehrlichen Kampfe gegen die Uebermacht und Ungunst der geschichtlichen Situation wäre diesem moralischen Untergang vorzuziehen.

Die Bolschewikis haben sicher verschiedene Fehler in ihrer Politik begangen und begehen sie vielleicht noch jetzt – man nenne uns eine Revolution, in der keine Fehler begangen worden sind! Die Vorstellung von einer Revolutionspolitik ohne Fehler, obendrein in dieser völlig beispiellosen Situation, ist so abgeschmackt, daß sie nur eines deutschen Schulmeisters würdig wäre. Wenn die sogenannten Führer des deutschen Sozialismus in einer außergewöhnlichen Situation schon vor einer einfachen Reichstagsabstimmung die sogenannten Köpfe verlieren und ihnen schon dort, wo das einfache ABC des Sozialismus den Weg klar vorzeichnet, das Herz in die Hosen rutscht und sie den ganzen Sozialismus wie eine schlecht gelernte Lektion vergessen – wie will man, daß eine Partei in einer wahrhaft dornenvollen und unerhörten historischen Situation, in der sie der Welt ganz neue Bahnen weisen will, keine Fehler begeht?

Die fatale Lage jedoch, in der sich die Bolschewiki heute befinden, ist mitsamt den meisten ihrer Fehler selbst eine Folge der grundsätzlichen Unlösbarkeit des Problems, vor das sie durch das internationale, in erster Linie durch das deutsche Proletariat gestellt worden sind. Die proletarische Diktatur und sozialistische Umwälzung in einem einzelnen Lande durchführen, das von starrer imperialistischer Reaktionsherrschaft umgeben und vom blutigsten Weltkriege der menschlichen Geschichte umtobt ist, das ist eine Quadratur des Zirkels. Jede sozialistische Partei müßte an dieser Aufgabe scheitern und zugrunde gehen – ob sie den Willen zum Sieg und den Glauben an den internationalen Sozialismus oder aber den Selbstverzicht zum Leitstern ihrer Politik macht.

Wir möchten jene pflaumenweichen Heulmeier, jene Axelrod, Dan, Grigorjanz und wie sie alle heißen, sehen, die jetzt mit Schaum am Munde über die Bolschewikis zetern und im Auslande ihr Leid herumklagen, wobei sie – siehe da! – eine mitfühlende Brust bei solchen Helden wie Ströbel, Bernstein und Kautsky finden –, wir möchten jene Deutschen an der Bolschewiki-Stelle sehen! Ihre ganze Besserwisserei würde sich natürlich in einer Allianz mit den Miljukows im Innern und mit der Entente nach außen erschöpfen, wozu noch im Innern bewußter Verzicht auf alle sozialistischen Reformen oder auch nur Anläufe zu solchen hinzukäme – von wegen der bewußten Eunuchen-Weisheit, daß Rußland ein Agrarland und kapitalistisch noch nicht gargekocht sei.

Es ist eben die falsche Logik der objektiven Situation: jede sozialistische Partei, die heute in Rußland zur Macht gelangt, muß eine falsche Taktik befolgen, solange sie als ein Teil der internationalen proletarischen Armee vom Gros dieser Armee im Stiche gelassen wird.

Die Schuld an den Fehlern der Bolschewiki trägt in letzter Linie das internationale Proletariat und vor allem die beispiellose beharrliche Niederträchtigkeit der deutschen Sozialdemokratie, einer Partei, die im Frieden an der

Spitze des Weltproletariats zu marschieren vorgab, alle Welt zu belehren und zu führen sich anmaßte, im eigenen Lande mindestens zehn Millionen Anhänger beider Geschlechter zählte, und nun seit vier Jahren wie die feilen Landsknechte des Mittelalters auf Geheiß der herrschenden Klassen den Sozialismus vierundzwanzigmal an jedem Tage ans Kreuz schlägt.

Die Nachrichten, die heute aus Rußland kommen und die Lage der Bolschewiki sind ein erschütternder Appell an den letzten Funken Ehrgefühl in den deutschen Arbeiter- und Soldatenmassen. Sie haben die russische Revolution kaltblütig in Stücke reißen, umzingeln, aushungern lassen. Mögen sie sie wenigstens noch in zwölfter Stunde vor dem Furchtbarsten retten: vor dem moralischen Selbstmord, vor der Allianz mit dem deutschen Imperialismus.

Es gibt nur eine Lösung der Tragödie, in die Rußland verstrickt ist: der Aufstand im Rücken des deutschen Imperialismus, die deutsche Massenerhebung, als Signal zur internationalen revolutionären Beendigung des Völkermordes. Die Rettung der Ehre der russischen Revolution ist in dieser Schicksalsstunde identisch mit der Ehrenrettung des deutschen Proletariats und des internationalen Sozialismus.

Der Knoten der internationalen Lage.

Trotz aller Vertuschungen und Fälschungen des Wolffschen Telegraphenbureaus und der Zensur liegt es klar zu Tage, daß in Bulgarien eine politische Umwälzung entweder bereits im Gange oder nahezu reif ist. Der erzwungene Rückzug, die rasche Kapitulation, das Gemunkel der deutschen offiziösen Nachrichten über „bolschewistische" Strömungen in Bulgarien und über „Deserteure", denen „regierungstreue" Truppen vor Sofia Schlachten liefern mußten, all dies zeigt deutlich, daß in Bulgarien die Massen in größter Gärung sind, und daß es unter ihrem Druck geschah, wenn Bulgarien so plötzlich aus der eisernen Kette des Weltkrieges losgelöst worden ist. Der Koburger, der eine Puppe in der Hand des deutschen Imperialismus war, ist schon vom Thron gepurzelt, seine Töchter hat er schnell in Ungarn in Sicherheit gebracht. Das zeigt jedenfalls, daß in Sofia ein sehr scharfer Wind bläst, und wer weiß, wie lange der Sohn auf dem Throne noch sitzen bleibt, von dem der Vater fliehen mußte.

Die furchtbaren Leiden des Krieges, Hunger und Entbehrungen, sowie das Zwecklose und Unmenschliche des Völkermordes haben also das bulgarische Volk eher revolutioniert und zur männlichen Tat reifgemacht, als das deutsche! Es geht schon wieder nicht nach dem Schema Kautskys und seiner geistesverwandten „unabhängigen" Geschichtsphilosophen: Bulgarien ist ja noch „agrarischer", also noch „unreifer" zur Revolution als Rußland!!

Ja, wir erleben immer erbaulichere historische Momente: statt daß die deutschen „Arbeiter und Soldaten" als die des führenden kapitalistischen Landes mit der besten sozialistischen Schulung mit dem Beispiel vorangehen, spielen sie weiter unentwegt die Rolle des internationalen Gendarmen. Die erste Geste der Hindenburg-Ludendorff angesichts des „Ungehorsams" Bulgariens war – deutsche Soldaten nach Sofia zu schicken, um den bulgarischen Soldaten die revolutionären Mucken auszutreiben. Die Herrlichkeit hat ja nicht lange gewährt; angesichts der furchtbaren Schläge im Westen und des entschiedenen Protestes der Bulgaren, mußte sich die deutsch-österreichische ungebetene „Hilfe" wieder aus Bulgarien trollen. Aber es bleibt als geschichtliche Tatsache: auch in Bulgarien sollte der deutsche Soldat Henkerdienste leisten. Zu den Ruhmesblättern in Rußland, in der Ukraine, in Finnland, in den Ostseeländern, in Polen, Littauen, tritt noch der Lorbeer der versuchten „Zähmung" Bulgariens hinzu!

Wenn dieses Verhalten der deutschen Arbeiter im Soldatenrock als internationales Vorbild dienen sollte, dann müßte man erwarten, daß in dem Augenblick, in dem in Deutschland die Massen sich gegen den Krieg und die imperialistische Herrschaft erheben werden, ihnen andere Proletarier – Franzosen, Engländer, Amerikaner – ihrerseits auf den Hals rücken, um

sie zu zähmen und niederzuschlagen. Mit dieser Aussicht spielen ja auch die Regierungssozialisten seit der Niederlage des deutschen Imperialismus, um die Erhebung des Proletariats in Deutschland durch den Popanz einer feindlichen Invasion niederzuhalten.

In Wirklichkeit ist das nichts als demagogische Spiegelfechterei im Interesse und im Geiste der herrschenden Klassen. Die internationale Lage hat sich allenthalben so zugespitzt, daß der Schlüssel zu ihrer Lösung, der Ansatzpunkt, gerade in Deutschland liegt. Der Ausbruch der Revolution in Deutschland würde nicht eine siegreiche Invasion des feindlichen Imperialismus zur Folge haben, sondern den Ausbruch derselben Revolution in dessen Rücken: in Frankreich, Italien, England.

Gerade weil Deutschland bisher der Bezwinger und Schinder der Nationen war, gerade weil die deutsche Arbeiterschaft ein halbes Jahrhundert lang die geistige Führerin des Weltproletariats war, um dann plötzlich zum Werkzeug des völkerknechtenden Imperialismus zu werden, deshalb muß ihre endliche entschlossene Erhebung den heftigsten Ruck in der gesamten Lage und die tiefste moralische und politische Wirkung hervorbringen.

Nach dem, was wir schon im Laufe des Krieges in Oesterreich-Ungarn an spontanen Massenaktionen erlebt haben, angesichts der jetzigen inneren Krise und Gärung in Oesterreich unterliegt es nicht dem geringsten Zweifel, daß die erste Kunde von einer ernsten Massenerhebung in Deutschland zum Signal für eine gleiche in Oesterreich-Ungarn werden würde. Die Flamme in Deutschland, Oesterreich, Bulgarien, wahrscheinlich auch Rumänien, würde naturgemäß sofort mit der russischen Revolution den Kontakt herstellen, und angesichts eines so gewaltigen Machtgebietes der proletarischen Revolution in ganz Mittel- und Osteuropa würden die Westmächte sich unmöglich dem allgemeinen Strom der Entwicklung entziehen können.

Eine deutsche Revolution würde somit jetzt unter ganz anderen und unendlich günstigeren Bedingungen zu operieren haben, als die russische, die allein, isoliert, dem noch triumphierenden Imperialismus preisgegeben, sich in seinem Halseisen machtlos verbluten müßte. Darum sind alle Hinweise der Nachtwächter vom Regierungssozialismus auf das „warnende Exempel" der russischen Revolution nichts als die üblichen Flunkereien zur Nasführung der Massen. In Deutschland liegt von Anfang an der Knoten der internationalen Lage; ihn durchhauen kann nur das Schwert in der Hand des deutschen Proletariats.

Die kleinen Lafayette.

Das alte bekannte Spiel der Geschichte wiederholt sich regelrecht in Deutschland. Wenn der Boden der alten Klassenherrschaft zu wanken und zu beben beginnt, dann erscheint in zwölfter Stunde ein „Reformministerium" auf der Bildfläche. Im Jahre 1789, als der Donner der großen Revolution in Frankreich schon vernehmlich zu grollen begann, entschloß sich Ludwig XVI. schweren Herzens zu dem Ministerium Necker. Am Vorabend der Julirevolution im Jahre 1830 versuchte es die bour-

bonische Restauration einen Augenblick mit dem Ministerium Martignac, das an die Opposition Zugeständnisse machen sollte. Und im Jahre 1848, als schon die ersten Barrikaden der Februarrevolution von den Parisern errichtet wurden, erschien auf der Bildfläche das Eintagsministerium Thiers-Odilon Barrot.

Der historische Sinn und Zweck solcher „Reformministerien" in letzter Stunde, bei heraufziehendem Vollgewitter, ist stets derselbe: die „Erneuerung" des alten Klassenstaates „auf friedlichem Wege", d. h. die Aenderung von Aeußerlichkeiten und Lappalien, um den Kern und das Wesen der alten Klassenherrschaft zu retten, um einer radikalen, wirklichen Erneuerung der Gesellschaft durch die Massenerhebung vorzubeugen.

Das historische Schicksal dieser Ministerien der zwölften Stunde ist auch stets dasselbe: sie sind durch ihre innere Halbheit und ihrem inneren Widerspruch mit dem Fluche der Ohnmacht beladen. Das Volk empfindet sie instinktiv als einen Schachzug der alten Mächte, um sich am Ruder zu erhalten. Die alten Mächte mißtrauen ihnen als unzuverlässigen Dienern ihrer Interessen. Die treibenden Kräfte der Geschichte, die das Reformministerium erzwungen haben, eilen alsbald über dasselbe hinaus. Es rettet nichts und verhindert nichts. Es beschleunigt und entfesselt nur die Revolution, der es vorbeugen sollte.

Dies ist auch der Sinn und dies das künftige Schicksal des Reformministeriums Prinz Max-Groeber-Scheidemann-Payer.

Das Neue an dem historischen Spiel ist nur dies: bisher gaben sich zu solcher Blitzableiter-Rolle in letzter Stunde nur die verwaschensten, lendenlahmsten Liberalen her: ein Necker, ein Martignac, ein Odilon Barrot. Nie hat sich ein entschiedener Radikaler, ein Führer der bürgerlichen Opposition, ein Republikaner zu dieser schoflen Rolle verstanden. Diesmal, zum ersten Male in der Geschichte, gibt sich eine Partei, die sich sozialdemokratisch nennt, dazu her, bei sichtbar nahender Katastrophe der bestehenden Klassenherrschaft, den Retter in der Not zu spielen, durch Scheinreformen und Scheinerneuerung dem herrannahenden Volkssturm den Wind aus den Segeln zu nehmen, die Massen im Zaum zu halten.

Schon ruft das politische Allerweltsmädchen „Vorwärts" den deutschen Arbeitern zu:

„Das Ziel einer deutschen Demokratie wird in kurzer Zeit **auf dem Wege der friedlichen Umwälzung** erreicht sein. Dann tritt die gewaltige Frage der weltwirtschaftlichen Neuordnung an uns heran, und **der Sozialismus wird seinen Vormarsch antreten.** Jetzt kommt alles darauf an, daß von dem, was uns bleibt, **nichts überflüssig zerstört und vernichtet wird.** Wir dürfen uns nicht von Gefühlen leiten lassen, sondern nur von der klaren Erkenntnis dessen, was unserem schwergeprüften Volke **not tut. — — Not tut ihm die Vermeidung** alles dessen, **was nur zu altem Unglück neues Unglück fügt.**"

Also die Sache ist klar. Die Demokratie ist erreicht, und zwar „auf friedlichem Wege". Denn ein badischer Thronfolger als Reichskanzler und Scheidemann und Bauer auf dem Ministersessel — das ist „Demokratie".

Und dann beginnt der „Sozialismus". Groeber rechts, Payer links, Scheidemann in der Mitte, ein Nationalliberaler hinten und Prinz Max an der Spitze — so wird der „Sozialismus seinen Vormarsch antreten". Marx und Engels meinten im kommunistischen Manifest in ihrer Naivität: die Befreiung der Arbeiterklasse müsse das Werk der Arbeiterklasse sein. Diese Toren! In Deutschland wird die Befreiung der Arbeiterklasse das Werk der Nationalliberalen, des Zentrums, der Freisinnigen und ihrer regierungssozialistischen Schleppträger sein!

Und der Zweck dieser politischen Unzucht: „Ordnung! Ruhe!" Nur keine Anschläge gegen das Privateigentum und die Kapitalsherrschaft! Ihr Arbeitermassen, die Ihr hungert und friert, die Ihr grollt und aufbegehrt, rührt Euch ja nicht, „vernichtet" nichts, „zerstört" nichts, fügt „neues Unglück" nicht zum „alten Unglück". Denn Zusammenbruch der Hindenburg-Diktatur und des deutschen Imperialismus — das ist „altes Unglück", und eine proletarische Revolution in Deutschland — das ist „neues Unglück". Kein Wunder, daß das Mosse-Blatt zu diesem Ruf des „Vorwärts" sagt: „Diese besonnenen Richtlinien werden in den weitesten Kreisen des liberalen Bürgertums entschlossene Zustimmung finden". Na, und ob!

Das Programm des Regierungssozialismus in diesem Augenblick ist also klar und deutlich ausgesprochen, mit dem ganzen Zynismus der in politischer Prostitution langerprobten.

Und darin liegt der Kernunterschied des heutigen deutschen Ministersozialismus von dem französischen und belgischen. Als Guesde und Sembat, als Vandervelde in das bürgerliche Ministerium eintraten, war in ihren Ländern nicht die proletarische Revolution im Anzuge, sondern die deutsche Invasion. Es war die erste gewaltige Springflut des entfesselten Imperialismus, die sie vom Klassenstandpunkt hinweggespült und in eine Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie zum Behufe der „nationalen Verteidigung" hineingestoßen hat.

Die deutschen Regierungssozialisten traten zur Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie ins Ministerium nicht zu Beginn, sondern am Schluß des Krieges, nachdem sich das ministerialistische Experiment in Frankreich wie in Belgien völlig abgetragen, zerschlissen, korrumpiert hat, nachdem dort bereits die Ernüchterung der proletarischen Massen und ihre Rückkehr zum Klassenkampf auf dem Anmarsche ist, nachdem die russische Revolution das Gefüge der bürgerlichen Gesellschaft in der ganzen Welt erschüttert hat, nachdem der Imperialismus militärisch, politisch und moralisch ausgespielt hat, nachdem der Bestand des Klassenstaates in Oesterreich in eine hoffnungslose Krise geraten ist, nachdem im deutschen Heere die Auflösung der Disziplin und die Revolutionierung der Soldatenmassen in vollem Gange ist, nachdem in Deutschland, in Oesterreich, in Bulgarien die Volksmassen in heftigster Gärung sind, kurz: nachdem der vierjährige Krieg durch seine Dialektik die internationale Revolution des Proletariats unvermeidlich gemacht hat! Die Guesde und Vandervelde desertierten vom Klassenstandpunkt im ersten Augenblick des Krieges vor dem Anmarsch der deutschen Militärbataillone, die Scheidemann und Bauer treten in die Regierung der Bourgeoisie ein am Schluß des Krieges, vor dem drohenden Anmarsch der

revolutionären Bataillone des sozialistischen Proletariats. Die Guesde und Vandervelde dienten dem Popanz der „nationalen Verteidigung", die Scheidemann und Bauer dem blutigen Ernst der „kapitalistischen Verteidigung".

Deshalb ist es nur ein sichtbares Symbol, daß sie ihre Ministersessel neben einem fürstlichen Thronfolger einnehmen, daß sie ihre „Demokratie" mit einer feierlichen demonstrativen Huldigung vor der **Monarchie** einleiten.

Als am 5. Oktober 1789 in Paris die Massenrevolution ausbrach und der Zug der Pariser Weiber mit Trommelwirbel und dem Ruf „Brot! Brot!" nach Versailles ging, wo die königliche Familie mit ihren Schranzen schreckensbleich im Schloß versteckt saß, da führte Lafayette, der revolutionäre Hanswurst zweier Weltteile, seine berühmte Balkonszene auf. Er überredete die schlotternde Marie Antoinette dazu, mit ihm auf den Balkon zu treten, und hier, vor der wogenden Volksmenge, küßte er der Königin feierlich die Hand. Diese rührende monarchistische Huldigung verwirrte für einen Augenblick die Menge und riß sie sogar zum Beifall hin. Die Posse aber hinderte nicht, daß das Drama weiter seinen Gang nahm, daß die Marie Antoinette ihrem Gemahl bald auf die Guillotine folgten, und daß Lafayette selbst sich vor dem Groll der Revolution durch die Flucht ins Ausland retten mußte. Die Scheidemann und Bauer, die jetzt mit einem Kuß auf die Hand der deutschen Monarchie beginnen, werden noch mit blauen Bohnen gegen streikende und demonstrierende deutsche Arbeiter enden. Der Regierungssozialismus stellt sich mit seinem jetzigen Eintritt in die Regierung als Retter des Kapitalismus der kommenden proletarischen Revolution in den Weg. Die proletarische Revolution wird über seine Leiche hinwegschreiten. Ihr erster Ruf, ihre erste Etappe muß sein: **Deutschland – Republik.**

Friedensbedingungen.

So sind denn alle auf Wilsons Boden getreten: alle sind plötzlich einig im Schwärmen für Völkerbund, Abrüstung, Selbstbestimmung der Völker, Demokratie. Daß der deutsche Militarismus, der gestern noch aus fremden Ländern Riemen für seine Sandalen schnitt und fremde Völker würgt, daß er sich in 24 Stunden zum Völkerbund und zur Abrüstung bekehrt hat, dafür sind die Begebenheiten im Westen eine genügende Erklärung:

„Der Schwarze aber aß seit dieser
Begebenheit nur noch Gemüser,"

wie Wilhelm Busch sagt. Solche plötzlichen tugendhaften Anwandlungen unter der Einwirkung derber Prügel sind in der Geschichte der Klassenstaaten eine sehr häufige Erscheinung.

Viel auffallender ist es, daß Sozialdemokraten, die nicht auf den Regierungssozialismus eingeschworen sind, die sich für echte, grundsatztreue Sozialisten ausgeben, an solche Wunderwandlungen glauben, ja, sich selbst und der Welt einreden, daß der Tiger allen Ernstes ein Vegetarier werden und von Gemüsen leben könne!

Eine solche Spezies Sozialisten sind die Unabhängigen. Eigentlich sind die Haase-Kautsky-Bernstein-Leute seit der neuesten Wendung der Dinge in eine ganz originelle Lage geraten: ihr eigenes Friedensprogramm ist jetzt von Scheidemann, von dem Zentrum, den Freisinnigen, dem Prinzen Max von Baden angenommen und ins Werk gesetzt worden. Ja, selbst Hindenburg und Ludendorff haben ihren Segen dazu gegeben: das Friedensangebot an Wilson auf Grund der Wilsonschen Bedingungen ist ja „mit Zustimmung aller maßgebenden Faktoren im Reich" gemacht worden.

Das Friedensprogramm der Haase & Co. erschöpfte sich ja erstens in der ewigen Forderung, die deutsche Regierung solle klar und deutlich ihre Friedensbedingungen formulieren, zweitens in der Forderung der Abrüstung und der Schiedsgerichte. Deshalb „begrüßten" sie ja im „Mitteilungsblatt" die famose Papstnote, deshalb schreibt jetzt Kautsky wieder in der „Sozialistischen Auslandspolitik" eine Artikelserie zur „historisch-materialistischen" Glorifizierung Wilsons als des berufenen Vorkämpfers der Abrüstung und des Weltfriedens. Wilson ist groß und Kautsky ist sein Prophet.

Nun sind heute die Wünsche der Unabhängigen erfüllt. Die deutsche Regierung hat ihre Friedensbedingungen klar formuliert. Sie hat Abrüstung und Völkerbund, sie hat den ganzen Wilson mit seinen vierzehn alten und fünf neuen Punkten geschluckt. Mein Liebchen, was willst du noch mehr? Nun sind also die Scheidemänner mit Zentrumsleuten und Nationalliberalen, mit Hindenburg und Prinz Max die Vollstrecker des „Friedensprogramms" der Haase-Kautsky! Kann man sich eine lächerlichere Lage für „grundsatztreue" unentwegte Sozialisten denken?

Und die biederen Leute haben noch den unfreiwilligen Humor, im Reichstag durch Haases Mund triumphierend festzustellen, daß ja jene nette Gesellschaft von Hindenburg bis Scheidemann nichts anderes getan hätte, als das Friedensprogramm der Unabhängigen auszuführen, das sie „von Anfang an" gefordert hätten!

Hier zeigt sich wieder, wie wenig die Politik der Haase-Leute sich ihrem Kern, ihrem Wesen nach von den Regierungssozialisten abzugrenzen vermag. So heiser sie sich in der Kritik der Scheidemänner schreien, an den entscheidensten Wendepunkten geraten sie immer wieder knietief in den Morast derselben Schwindelpolitik wie jene.

Die Sachlage wird immer deutlicher. Zur Krönung der imperialistischen Weltkriegsorgie bereitet sich jetzt ein grandioses Schelmenstück des für den Augenblick bankerotten und lendenlahmen Imperialismus vor: eine Versöhnungs- und Friedenskomödie, die dazu dienen soll, dem Imperialismus die nötige Atempause zu gönnen zur Erholung. Erstarkung und Vorbereitung – auf den neuen Tanz in noch größerem Maßstab nach einer Reihe von Jahren. Eine Heilige Allianz mit triefenden Phrasen in neuer Aufmachung und mit dem alten reaktionären Inhalt – das ist der kommende „Völkerbund" von Wilsons, Clemenceaus und Hindenburgs Gnaden.

Statt nun mit aller Kraft das deutsche und das internationale Proletariat vor diesem Schwindel zu warnen, statt ihm klar zu machen, daß Abrüstung, Frieden, Völkerbund ebensoviele hirnverbrannte Utopien und Betrügereien sind, solange das Proletariat die politische Macht nicht erobert

und dem Kapitalismus nicht den Garaus gemacht hat, daß alle Völkerbunde und Versöhnungen der kapitalistischen Regierungen nur auf Kosten der Arbeiter abgeschlossen werden können — statt dessen unterstützen die Unabhängigen selbst diesen grandiosen Schwindel und liefern noch die „historisch-materialistische Theorie" zum „Wilson-Bluff" dazu!

Was nützen danach alle „scharfe Reden" der Haase und Genossen und all ihr Gezeter über Scheidemänner? In diesem Moment ist Wilson ihr aller gemeinsamer Hort, und auf das radikale Gerede der Haase & Co. kann jeder klardenkende Arbeiter antworten: „Mit ein bißchen anderen Worten sagt's der Herr Pfarrer — nämlich Scheidemann — auch!"

Reichskonferenz der Spartakusgruppe.

Am 7. Oktober hat eine Konferenz der Gruppe Internationale (Spartakusgruppe) stattgefunden. Auf der Konferenz waren Vertreter der Spartakusorganisationen aller wichtigen Bezirke und Orte Deutschlands vertreten, ferner mehrere Ortsgruppen der „Linksradikalen Bewegung", die bekanntlich der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei nicht angehören. Bei der Berichterstattung wurden die Erfahrungen über die Zusammenarbeit mit der Unabhängigen Partei ausgetauscht. Günstige Erfolge sind in keinem Orte mit der U. S. P. gemacht worden. Nur in den Orten, wo sich die Organisationen der U. S. P. völlig in den Händen von Spartakusanhängern befinden, sind die Genossen mit dem in Gotha vollzogenen Zusammenschluß zufrieden. In allen Orten hat die Gruppe eigene Aktionen legaler und illegaler Art unternommen. Die Stellung der Unabhängigen zu dem Wilsonschen Friedensprogramm findet die allerschärfste Kritik der Spartakusgruppe, die in dem Wilsonschen Völkerbund nur ein Mittel sieht, die aufkeimende proletarische Weltrevolution zu ersticken. Ebenso verwirrend wirkt die Agitation der Unabhängigen für die Parlamentarisierung, was zu einer Ablenkung von dem eigentlichen Ziel der proletarischen Bewegung, nämlich der Herbeiführung der Revolution, führt.

Der Versammlung wurde eine Resolution über die weltpolitische Lage vorgelegt. Mit der Grundidee der Resolution erklärte sich die Versammlung einverstanden, ohnen sie zum Beschluß zu erheben.

Weiter wurde ein Aufruf an die Bevölkerung beschlossen.

Schließlich wurde beschlossen, die Bildung von Arbeiter- und Soldatenräten sofort in allen Orten in Angriff zu nehmen, soweit solche Räte bisher nicht in Funktion getreten sind.

Die Frage der Militäragitation bildete einen besonderen Gegenstand der Tagesordnung. Entsprechende Beschlüsse zur Förderung dieser Agitation wurden gefaßt.

Die Zusammenarbeit zwischen allen revolutionären Gruppen, die sich nach dem Zerfall der früheren sozialdemokratischen Partei Deuschlands gebildet haben, wurde auf eine feste gemeinsame Grundlage gestellt. Dadurch ist ein Zusammenschluß zwischen der Linksradikalen Bewegung und der

Spartakus-Organisation zustande gekommen. Der Eintritt in die U. S. P. ist damit indessen **nicht** verbunden.

Nach einem Referat über die Situation in der Jugendbewegung wurde die Form der Zusammenarbeit zwischen den Jugendlichen und den Erwachsenen näher vereinbart.

In der Diskussion über die internationale Lage wurde der Tatsache Ausdruck gegeben, daß die Bewegung in Deutschland eine wesentliche moralische Unterstützung durch die russische Revolution gefunden hat. Es wurde beschlossen, den Genossen in Rußland den Ausdruck des Dankes, der Solidarität und brüderlichen Sympathie zu übermitteln mit dem Versprechen, diese Solidarität nicht nur durch Worte, sondern durch Aktionen, entsprechend dem russischen Vorbild, zu betätigen.

Nach einer Solidaritätserklärung für die immer noch in Haft befindlichen Genossen und Genossinnen, insbesondere Liebknecht und Rosa Luxemburg, wurde die Konferenz geschlossen.

Kommunistische Schriften.

Broschüren.

Was will der Spartakusbund? . . . . . 0,30 M.
Das Aktionsprogramm der kommunistischen Partei Deutschlands . . . . . 0,30 „
Klassenkampf gegen Krieg von K. Liebknecht und R. Luxemburg . . . . . 0,30 „
Rosa Luxemburg: Rede zum Programm der K. P. D. 0,50 „
Die Krise der Sozialdemokratie (Junius-Broschüre) 1,50 „
Sozialreform oder Revolution? . . . . . 1,50 „
Klassenkampf, Partei und Gewerkschaften . . . . 1,50 „
Militarismus, Krieg und Arbeiterklasse (Verteidigungsrede vor der Frankfurter Strafkammer) 0,80 „
Wilhelm Herzog: Krieg, gebunden und dem K. S. V.-Parteitag 0,40 „
Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht . . . . . 0,30 „
Revolutionäre Kämpfe und Kämpfer . . . . . 0,90 „
K. Radek: Zur Taktik des Spartakusbund . . . . . 0,30 „
Die Streikkämpfe und die Sowjetrepublik . . . . 0,40 „
Die russische und die deutsche Revolution und die Weltlage . . . . . 0,60 „
Die Entwicklung der Weltrevolution . . . . . 2,50 „
Die internationale Lage und die äußere Politik der Sowjetregierung . . . . . 0,30 „
A. Pannekoek: Die Bolschewiki und die Arbeiterrätte . . . . . 1,50 „
Der Weg zur Revolution . . . . . 0,60 „
H. Laufenberg: Vom Sturz des Zarismus bis zum Sturz der Sozialpatrioten . . . . . 1,50 „
F. Wendel: Von der Brüderschaftsidee bis zum Brester Friedensvertrag . . . . . 1,50 „
H. Gorter: Die Krise der Sozialdemokratie und die Kommunistische Partei . . . . . 0,90 „
Die Entwicklung der deutschen Revolution und die Programme der kommunistischen Partei . . . 1,00
Die Spartakusbriefe und der Hamburger Nationalkongreßkommunist . . . . . 0,20 „
W. Koenen: Der politische Streik und die K. P. D. . 0,30 „
Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg zum Gedächtnis 0,60 „
W. Pieck: Die Partei der Klassenkämpfe von 1914 bis 1919 . . . . . 0,80 „
H. Gorter: Opportunismus und Sozialismus . . . . 0,50 „
[illegible]: Die sozialistische Arbeiterpartei . . . 0,30 „
[illegible]: Von der Revolte bis zur Revolution 0,50

UNIVERSITY OF ILLINOIS-URBANA
3 0112 113411240

Broschüren.

Das Programm der Kommunistischen Partei Rußlands (Bolschewiki). Angenommen auf dem 8. Parteitag (1919) . . . . . 0,20 M.

Cajuk: Generalstreik und Metall-Blutbad in Berlin . . . 0,80 „

Das Zuchthausurteil gegen Karl Liebknecht (Vergriffen) . . . . . 3,00 „

Bauer, wo fehlt's? Ein ernstes Wort vom Sozialismus an die deutschen Kleinbauern . . . . . 0,70 „

Den Märtyrern des Kommunismus. Liebknecht-Luxemburg-Gedenkbuch mit Bildern . . . . . 0,30 „

Kommunistische Bibliothek.

Nr. 1. **Die Verfassung der russischen sozialistischen föderativen Sowjetrepublik** . . . . . 0,50 M.

„ 2. **K. Radek:** Die Entwicklung des Sozialismus von der Wissenschaft zur Tat . . . . . 0,80 „

„ 3. **N. Lenin: Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht** . . . . . 1,20 „

„ 4. **Staat und Revolution** . . . . . 2,00 „

„ 5. **N. Bucharin: Programm der Kommunisten (Bolschewiki)** . . . . . 2,50 „

„ 6. **Zur Geschichte und Tätigkeit der Komintern in Rußland** . . . . . 1,00 „

Zeitschriften.

Die Internationale. Eine Kampfschrift für Praxis u. Theorie des Marxismus. Begründet von Rosa Luxemburg und Franz Mehring. Erscheint am 1. und 15. jeden Monats. Preis der Nummer 1,50 M.

Die Kommunistische Internationale. Organ der Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale. Bisher zur Ausgabe gelangt: Heft 1, 2, 3 u. 4–5. Preis der Nummern 1, 2 und 3 je . . . . . 1,50 „ Preis der Nummer 4–5 (11 Bogen stark) . . . . . 6,00 „

Kommunistische Rätepost. Erscheint wöchentlich. Preis der Nummer . . . . . 0,60 „

Die Kommunistin. Frauenorgan der K.P.D. Herausgegeben von Klara Zetkin. Erscheint am 1., 11. und 21. jeden Monats. Preis vierteljährlich 1,80 Preis vierteljährlich, durch die Post bezogen, ohne Bestellgeld . . . . . 1,50 „ Preis der Nummer . . . . . 0,20 „

Der Pflug. Organ für Landarbeiter und Kleinbauern. Erscheint vierzehntägig. Preis vierteljährlich 2,10 „ Preis der Nummer . . . . . 0,30 „

Bezugsstelle für sämtl. Literatur: Berlin-Neukölln, Thorstr. 19
Auch durch Nachnahme erhältlich.